

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2013

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	8
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2013.....	11
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften.....	14
1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG).....	14
2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA).....	16
3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	17
4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE).....	20
5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU).....	22
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	25
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	25
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	29
a) Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	31
aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	31
ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	31
b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH.....	31
c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	32
d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH.....	32
e) KKM Servicegesellschaft mbH.....	32
ea) KKM Gebäudedienste GmbH	32
f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH.....	32
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	33
8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	35
9. vogelsang ip gGmbH	37
10. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	39
11. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	40
11.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises.....	42
a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).....	42
b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	42
c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)	42
d) KEV Energie GmbH.....	42
e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	42
11.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises	43
zu 11.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene).....	43
a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG.....	43
b) Quantum GmbH.....	43
c) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG	43
d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH.....	43
e) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	43

f)	Green Gecco Verwaltungs GmbH	43
g)	Green Gecco GmbH & Co. KG	43
ga)	An Suidhe Wind Farm Limited	44
gb)	WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH	44
gc)	WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH	44
gd)	RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH	44
ge)	RWE Innogy Windpark GmbH	44
zu 11.1 d)	KEV Energie GmbH.....	44
a)	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)	44
b)	Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	44
c)	Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	44
d)	Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG.....	44
e)	BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH.....	45
f)	BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	45
12.	Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH	48
13.	Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....	50
14.	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR	52
15.	„LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts	54
16.	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR)	56
17.	Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH).....	58
Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2013		59
Teil D – Auswertungen und Übersichten		338
1.	Auswertung der Jahresabschlüsse	338
2.	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	367
3.	Personalbestand	368
4.	Leistungen und Kennzahlen	369
Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 31.08.2014		370
1.	Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen	370
2.	Beteiligungsverhältnisse – Übersicht	370
Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden.....		372
1.	Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)	373
2.	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur.....	385
3.	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)	405
4.	Zweckverband Kronenburger See	422
5.	Zweckverband Naturpark Rheinland	423
6.	Zweckverband Region Aachen	425
7.	Erftverband	427
8.	Wasserverband Eifel-Rur (WVER).....	428
9.	AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	429

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2013 wird mit dem Haushaltsplan 2015 veröffentlicht. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108a der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistages gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

nachrichtlich:

Aufgrund der Neuwahl des Kreistages am 25.05.2014 sind die Vertreter/innen des Kreises Euskirchen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. als Mitglieder des Vorstandes, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs in der Sitzung des Kreistages vom 25.06.2014 neu bestimmt worden.

2.4 Einführung des NKF

Der Kreis Euskirchen hat zum 01.01.2009 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. Nach den gesetzlichen Regelungen (insb. §§ 116, 117 GO, §§ 49-52 GemHVO) ergeben sich im Bereich der Beteiligungen die folgenden Änderungen:

- Bewertung und Bilanzierung der Beteiligungen in der Eröffnungsbilanz des Kreises zum 01.01.2009,

- Konsolidierung von verbundenen Unternehmen und assoziierten Bereichen im Gesamtabschluss, Stichtag spätestens 31.12.2010,
- Erhöhung der Anforderungen an den Beteiligungsbericht,
- Einbeziehung von Anstalten des öffentlichen Rechts und Zweckverbänden in die Bilanzierung und Konsolidierung.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Teil B
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Teil B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Übersicht in Teil A.4, einzeln in Teil B
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Teil D.1
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Teil D.4
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Teil B, Zahlungen in Teil D.2
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Teil B
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Teil D.3

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRW) (Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 01.12.2009)
- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Rur-Express (RRX) im Kooperationsraum Rheinland mbH
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- Quantum GmbH (bis 31.12.2013)
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Windpark GmbH

In den Beteiligungsbericht wurden auch die Zweckverbände aufgenommen, in denen der Kreis Euskirchen Mitglied ist, s. Teil F.

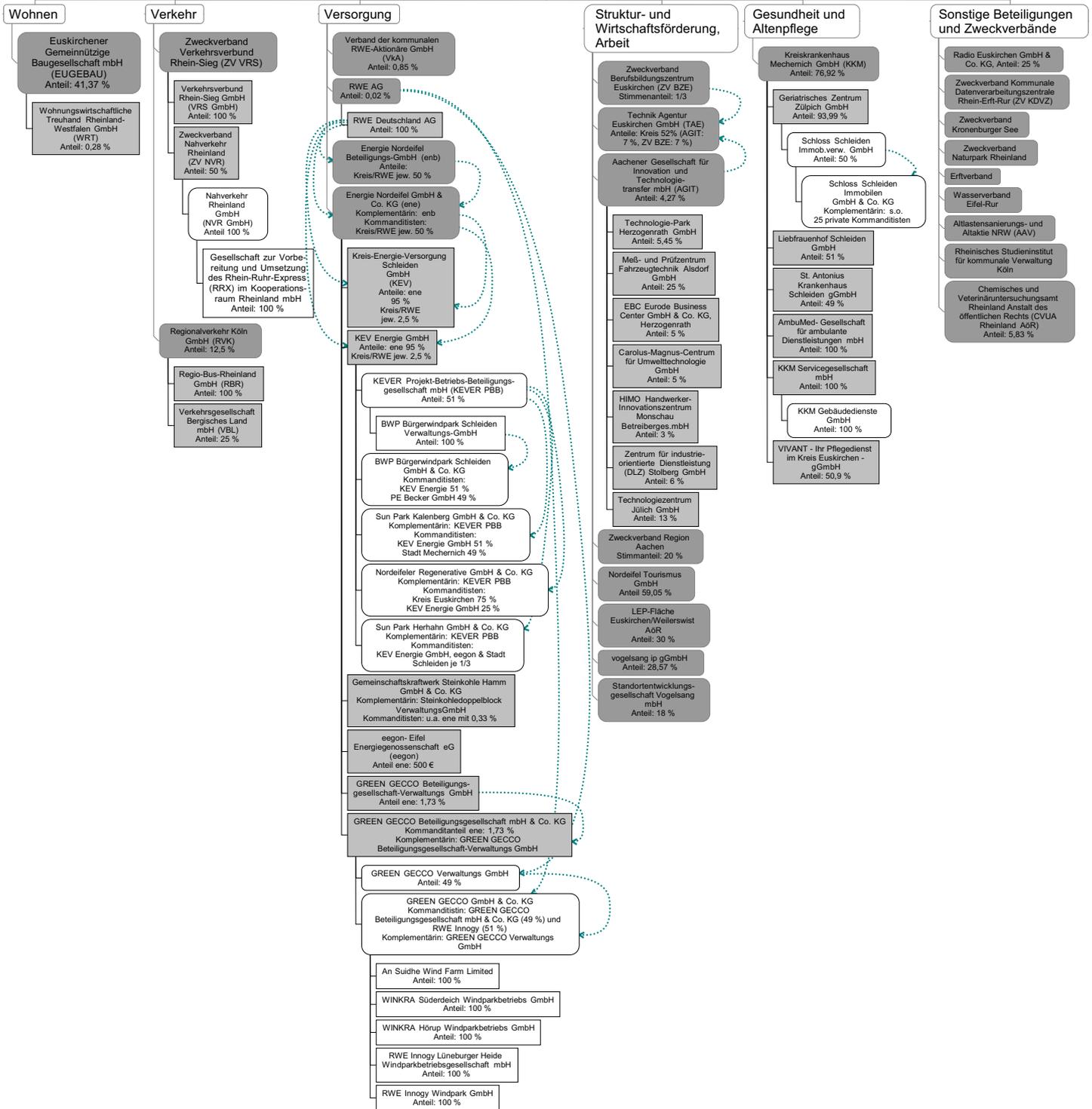
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2013. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 31.08.2014 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

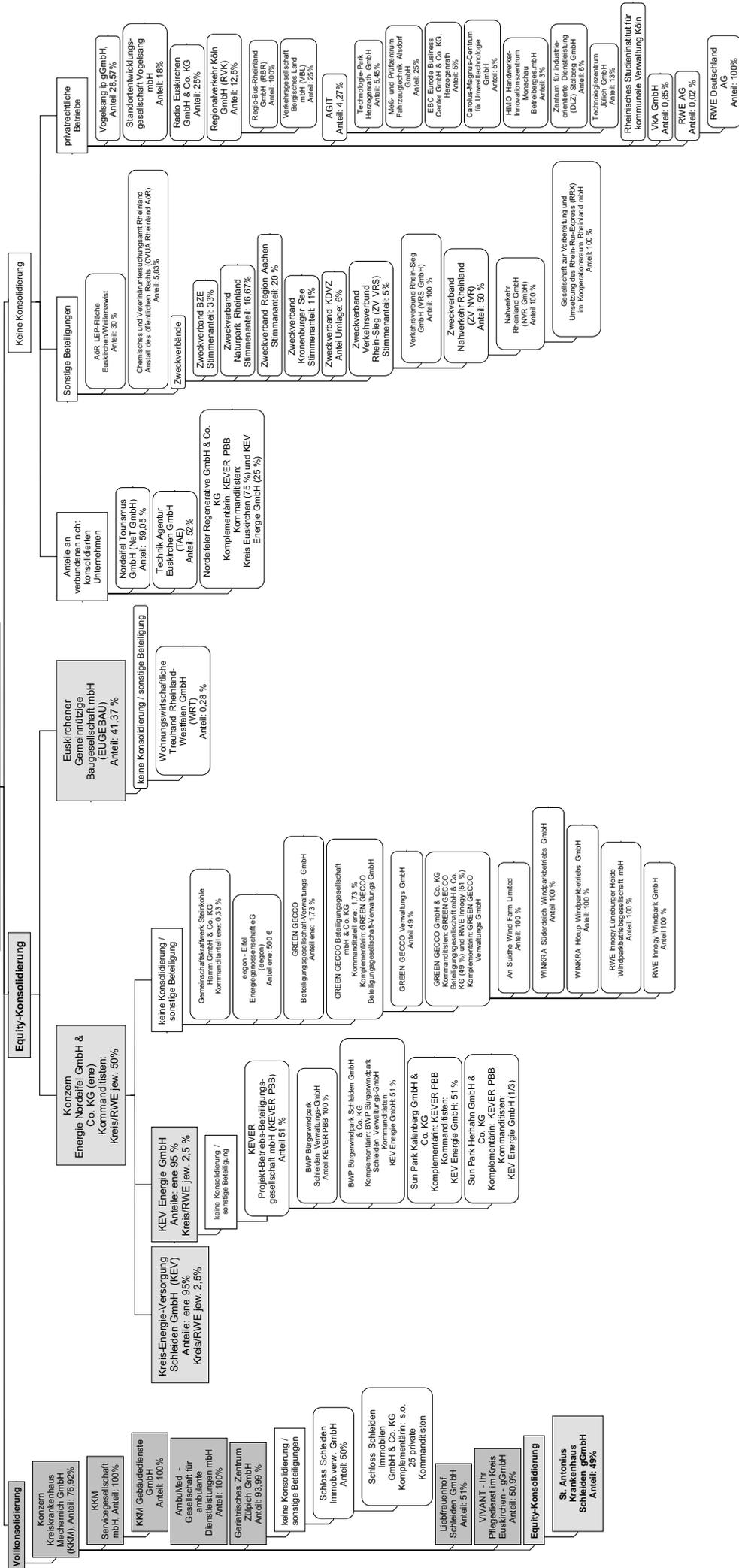
Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 9: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2013
- Seite 10: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2013



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen - Entwurf -
Stand 31.12.2013



5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2013

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 20.03.2013

- Der Kreistag hat beschlossen, Herrn Johannes Esser (CDU) als Delegierten der Mitglieder des **Wasserverbandes Eifel-Rur** in die Verbandsversammlung zu entsenden (D 3/2013). Die Amtszeit der bisherigen Delegierten endete am 16.06.2013.
- Der Kreistag hat beschlossen, aufgrund der vollen Beitragseinheit Herrn Hans Schmitz (SPD) in die Delegiertenversammlung des **Erftverbandes** zu entsenden (D 4/2013).
Ferner hat der Kreistag für die Mitgliedergruppe 4 - Kreise - entsprechend der Beitragsteileinheiten einen einheitlichen Wahlvorschlag wie folgt beschlossen:
 - a) Der Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss und der Kreis Euskirchen entsenden für ihre vollen Beitragseinheiten je 1 Delegierten.
 - b) Die zwei zu wählenden Delegierten stellen der Kreis Düren und der Rhein-Sieg-Kreis mit jeweils 1 Delegiertensitz, damit jeder Kreis in der Delegiertenversammlung vertreten ist.
 - c) Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten stellen die beiden beitragsstärksten Kreise den 1. und 2. Nachfolger. Demnach 1. Nachfolger vom Rhein-Erft-Kreis und 2. Nachfolger vom Kreis Euskirchen. Als 2. Nachfolger benennt der Kreis Euskirchen Herrn Urban-Josef Jülich (CDU).
 - d) Aufgrund des vereinbarten Rotationsverfahrens stellen die drei beitragsstärksten Mitglieder Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen und Rhein-Kreis-Neuss das Mitglied im Verbandsrat. Für die kommende Legislaturperiode stellt der Kreis Euskirchen das ordentliche Mitglied und der Rhein-Erft-Kreis das stellvertretende Mitglied. Der Kreis Euskirchen benennt als ordentliches Mitglied im Verbandsrat Herrn Josef Reidt (CDU).
- Der Kreistag hat die sofortige Auszahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von 50.000 € an den **Zweckverband Region Aachen** beschlossen, um nach Geschäftsaufnahme am 01.01.2013 dessen Liquidität sicher zu stellen (D 6/2013).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 17.07.2013

- Der Kreistag hat beschlossen, die Kulturhauptstadtbewerbung weiterhin aktiv zu unterstützen und die anteiligen Eigenmittel des Kreises Euskirchen in Höhe von insgesamt 236.000 € (in den Jahren 2014 - 2019 jeweils 39.333 €) über den **Zweckverband Region Aachen** zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung ist:
 - a) eine positive Entscheidung der Jury für Maastricht & die EUREGIO Maas-Rhein als Kulturhauptstadt Europas 2018,
 - b) dass sichergestellt ist, dass 40% der Mittel für das beschriebene Stadt-/Lokalprogramm der Aachener Region entsprechend der Vorlage reserviert bleiben,
 - c) eine Beteiligung/Vertretung der Aachener Region in der Organisations- und Verwaltungsstruktur der Stichting Kulturhauptstadt Maastricht & die EUREGIO Maas-Rhein 2018 im Rahmen des durch die Europäische Kommission gegebenen Regelwerks sichergestellt ist und
 - d) eine Co-Finanzierung des Landes NRW und des Landschaftsverbands Rheinland in der beschriebenen Höhe erfolgt (V 45/2012).
- Der Kreistag hat der Beteiligung der KEV Energie GmbH als Gründungskommanditistin der „**Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG**“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 120.000 € (33,33 %) sowie der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftender Gesellschafterin – Komplementärin – an dieser Gesellschaft zugestimmt (V 20/2013). Die Komplementärin ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.
- Der Kreistag hat den Änderungen im mit der D 62/2012 am 28.08.2012 beschlossenen Vertragswerk (**ene**) zugestimmt. Der Beschluss vom 28.08.2012 über die Veräußerung der Kommanditanteile bzw. Geschäftsanteile bleibt mit der Maßgabe bestehen, dass die Veräußerung an die in der neu gefassten Anlage 3 zum Konsortialvertrag aufgeführten Städte und Gemeinden geschieht (V 30/2013).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 09.10.2013

- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion (A 17/2013) zugestimmt und Herrn Thilo Waasem als Nachfolger des ausgeschiedenen Kreistagsmitglieds Uwe Schmitz als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** gewählt.
- In seiner Sitzung am 09.10.2013 hat der Kreistag dem Antrag der CDU-Fraktion (A 18/2013) entsprochen und für Frau Ruth Schmitz als bisheriges ordentliches Mitglied der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** den bisherigen Stellvertreter, Herrn Johannes Esser, als neues ordentliches Mitglied der Zweckverbandsversammlung gewählt. Zum neuen stellvertretenden Mitglied wurde Herr Hans-Erhard Schneider bestellt.
- Der Kreistag hat die Vereinbarung der Gesellschafter der **AGIT mbH** zur Trennung und Finanzierung der Geschäftsbereiche zustimmend zur Kenntnis genommen und den aufgrund der Vereinbarung erforderlich geworden geänderten Gesellschaftsvertrag beschlossen (V 59/2013). Ferner wurde der Vertreter des Kreises Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der AGIT mbH angewiesen, vor Beschlussfassungen im Sinne des § 15 Abs. 5 Satz 4 Gesellschaftsvertrag die vorherige Entscheidung des Kreistages einzuholen
- Der Kreistag hat der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an der „**Projektentwicklung Eifel Energien GmbH**“ (PEE GmbH) unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 8.500 € (1/3) gemeinsam mit der RWE Deutschland AG (1/3) und Manfred Mundt (1/3) zugestimmt (V 61/2013).
- Der Kreistag hat der Übernahme der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (V 62/2013) wie folgt zugestimmt:
 - Zum 01.01.2014 erfolgt die Erhöhung der Beteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH von bisher 49 % auf 93,33 % durch Übernahme von Geschäftsanteilen in Höhe von 13.300 € (44,33 %) der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW).
 - Die bei der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH verbleibenden Geschäftsanteile in Höhe von 2.000 € (6,67 %) werden nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung bis spätestens 31.12.2015 durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen.
 - Für die Übernahme der Geschäftsanteile zahlt die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH eine Vergütung von insgesamt 498.812,83 €.
 - Bis spätestens 31.12.2015 wird die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit allen Aktiva und Passiva in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen.
 - Den erforderlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH wurde zugestimmt.
- Der Kreistag hat gem. Vorlage D 64/2013 im Wege der Dringlichkeit der Gründung einer **gemeinsamen Netzgesellschaft** zwischen der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH) und der Stadt Mechernich im Sinne des Konsortialvertrages und der Gründungsgesellschaftsverträge der „Netzgesellschaft Mechernich GmbH & Co. KG“ sowie der Komplementärin dieser Gesellschaft, der „Netzgesellschaft Mechernich Verwaltungs-GmbH“, zugestimmt. Sowohl die „Netzgesellschaft Mechernich Verwaltungs-GmbH“ (Stammkapital 25.000 €) als auch die „Netzgesellschaft Mechernich GmbH & Co. KG“ (Kommanditkapital 100.000 €) sollten vorbehaltlich einer entsprechend positiven Beschlussfassung der Stadt Mechernich zunächst allein durch die KEV GmbH gegründet werden. Weiterhin wurde beschlossen, dass nach Einbringung des gesamten im Stadtgebiet Mechernich belegenen Verteilnetzes in die „Netzgesellschaft Mechernich GmbH & Co. KG“ die Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an den v. g. Gesellschaften in Höhe von jeweils 51 % an die Stadt Mechernich erfolgen sollte. Eine entsprechende positive Beschlusslage wurde durch die Stadt Mechernich nicht herbeigeführt.
- Als Nachfolger des ausgeschiedenen Kreistagsmitglieds Uwe Schmitz hat der Kreistag Herrn Karl Vermöhlen als Vertreter des Kreises Euskirchen für die Dauer der restlichen Wahlperiode als ordentliches Mitglied in den Verwaltungsrat der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** entsandt (V 67/2013).
- Der Kreistag hat die weitere Beteiligung des Kreises Euskirchen als Gesellschafter an der **„Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV)“** um bis zu fünf weitere Jahre und die Bereitstellung des Finanzierungsanteils des Kreises Euskirchen in Höhe von jeweils

81.000 € / a beschlossen sowie die Zustimmung zur Verlängerung des bestehenden Gesellschaftsvertrages erteilt. Dieser soll, bis auf die Formulierung über die Dauer der Gesellschaft, unverändert beibehalten werden. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) sowie der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der SEV GmbH (V 68/2013).

5.4 Beschlüsse des Kreistages vom 18.12.2013

- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit die Beteiligung der KEV Energie GmbH als Gründungskommanditistin an der „**Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG**“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 255.000 € (51 %) gemeinsam mit der PE Becker GmbH, Kall, (49 % = 245.000 €) sowie die Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB) als Gesellschafterin an der Komplementärin dieser Gesellschaft, der „**Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH**“ unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 25.000 € (100 %) beschlossen (D 12/2013). Vorbehaltlich einer zum 28.02.2014 erfolgten positiven Bewertung des Gesamtprojektes und einer auf Basis der Ergebnisse der EEG-Reform festgestellten Effizienzsicherung durch die Gremien des Konzerns „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ wurde der Erhöhung des Kommanditanteils der KEV Energie GmbH unter Übernahme einer weiteren Pflichteinlage von max. 5.145 T€ auf insgesamt max. 5,4 Mio. € zugestimmt. Einer sukzessiven Veräußerung der Kommanditanteile der KEV Energie GmbH an der „Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG“ an neu hinzukommende Kommanditisten, mit Ausnahme eines bei der KEV Energie GmbH verbleibenden Sockelbetrages von 500 T€, wurde ebenfalls zugestimmt.
- Der Kreistag hat der Beendigung der strategischen Partnerschaft zwischen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und der **Quantum GmbH** gem. der durch die ene mit Schreiben vom 21.12.2012 ausgesprochenen Kündigung zum 31.12.2013 zugestimmt (V 97/2013).
- Der Kreistag hat dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (A 28/2013) entsprochen und als Nachfolgerin für Frau Nathalie Konias Frau Valérie Nitsche wie nachstehend in die folgenden Gremien gewählt:
 1. als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** und
 2. als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungs- und Projektbeirat der **LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AÖR**.

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften

1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <http://www.rwe.com/web/cms/de/8/rwe/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

Seit 2013 ist der RWE-Konzern in 8 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgt durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Upstream Gas & Öl (RWE Dea)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Grundversorgung der Kreisbevölkerung kann angesichts des liberalisierten Marktes auch anderweitig sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? siehe Ziffer 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? Ja.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien ist grundsätzlich möglich. Soweit eine Veräußerung erfolgen soll, ist der richtige Zeitpunkt über einen zu erzielenden Mindestpreis festzulegen. Bei der Abwägung über einen etwaigen Verkauf ist zu berücksichtigen, dass die RWE Partner des Kreises (bzw. der KVE) als Gesellschafterin der KEV sowie der Energie Nordeifel ist. Insofern sprechen durchaus strategische Erwägungen für das Halten der Aktien, da der Kreis nicht nur als Partner, sondern auch gleichzeitig als Aktionär auftritt. Zwischen diesen strategischen Überlegungen und der Veräußerungsmöglichkeit ist abzuwägen.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	1.181.320 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.649	7.736.818.680 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.499	7.738.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein

Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend von Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €.

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wird. Mit dieser Abwertung werden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt. Im Rahmen des Jahresabschlusses des Kreises Euskirchen zum 31.12.2013 erfolgte keine weitere Wertberichtigung.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates. Der Jahresabschluss der RWE AG ist in Teil C nur auszugsweise dargestellt. Der vollständige Geschäftsbericht ist auf der Homepage der RWE dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Clas Kohlheyer, CDU

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im Beirat des RWE Konzerns und im Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG

Landrat Günter Rosenke

Zur Vertretung des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG wurde in der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 25.06.2014 Herr Dirk Jahr (CDU) gewählt.

2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Vka)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Die Beteiligung an der Vka ist so lange erforderlich wie Aktien an der RWE AG gehalten werden. Im Falle einer Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien kann die Vka-Beteiligung eingestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?
siehe Ziffer 1

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? siehe Ziffer 1

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? siehe Ziffer 1

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? siehe Ziffer 1

5. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Beteiligung an der Vka steht in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung an der RWE AG. Sofern eine Veräußerung der RWE-Aktien bejaht wird, entfällt auch der Anknüpfungspunkt zu einer Beteiligung an der Vka.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
24 Städte/Gemeinden		
30 Kreise		
3 kommunale Verbände		
28 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Verwaltungsrat
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen
Landrat a.D. Roger Graef, Bollendorf

nachrichtlich:

Zur Vertretung des Kreises in der Gesellschafterversammlung der Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH wurde in der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 25.06.2014 Herr Landrat Günter Rosenke gewählt.

3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Die Struktur- und Wirtschaftsförderung dient der wirtschaftlichen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 Abs. 1 KrO, es handelt sich um eine Einrichtung der Wirtschaftsförderung nach § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO. Demnach besteht ein wichtiges Interesse des Kreises im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NW i.V.m. § 53 KrO.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Zum einen stellt der Kreis Euskirchen durch seine Beteiligung an der AGIT die überregionale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen als Teil der Region Aachen im In- und Ausland sicher. Zum anderen partizipiert der Kreis Euskirchen an technologieorientierten Projekten (z. B. Zentrum für Automobile Innovation und Ansiedlung von Entwicklungslaboren von Automobilherstellern und Zulieferern), für die allerdings in aller Regel zusätzliche Finanzmittel aufzubringen sind. Bei der Vermarktung durch die AGIT – und dies lässt der Gesellschaftsname unterstellen – wird die in seinem Zentrum hochschulgeprägte Region Aachen durch Innovationspotenzial und Technologietransfer profiliert, wobei die positiven Standortfaktoren des Kreises Euskirchen nicht in entsprechendem Maße zur Geltung kommen können. Auch ist das Potenzial an ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Betrieben nachweislich bundesweit zurückgegangen, sodass der AGIT erfolgreiche Neuansiedlungen im Kreis Euskirchen bislang nicht zugeschrieben werden können. Mit der Beteiligung an der AGIT hat sich der Kreis Euskirchen seinerzeit (1992) zur Wirtschaftsregion Aachen bekannt. Die regional bedeutsame Funktion der AGIT wird nunmehr durch die Einrichtung der „Regionalagentur für die Region Aachen“ (GbR) gestärkt. Ein Austritt aus der AGIT würde den Kreis in der Wirtschaftsregion Aachen isolieren, es sei denn, dass alle regional bedeutsamen Funktionen in einer anderen, regional getragenen Organisation konzentriert würden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die AGIT hat die Vermarktung der Region Aachen in In- und Ausland zur Aufgabe und betreibt entsprechende Geschäftskontakte. Eine Aufgabenreduzierung wäre hinsichtlich der Profilierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen und Akquisitionsbemühungen kontraproduktiv und nur durch Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Kreises und ggf. der TAE GmbH aufzufangen.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Verwaltungsseitig ist an der AGIT-Mitgliedschaft festzuhalten. Gemäß § 13 bedürfen Abtretung und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der Zustimmung aller Gesellschafter und sind nur zum Ende eines Geschäftsjahres zulässig. Eine Verpflichtung der übrigen Gesellschafter, den Gesellschaftsanteil zu erwerben, besteht nicht. Beim Ausscheiden eines Gesellschafters wird der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters von der Gesellschaft eingezogen. Der ausscheidende Gesellschafter

erhält als Vergütung die § 3 geleistete Stammeinlage. Die Vergütung ist nicht auszuführen, sondern als zinsloses Darlehen in der Gesellschaft zu belassen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht ersichtlich.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Die Erfüllungsdefizite der Vergangenheit wurden durch eine Neuausrichtung der AGIT (Schnittstellenminimierung, Konzentration auf Kompetenzfelder) aufgehoben, an der insbesondere die Kreise der Region mitgewirkt haben.“

In der Sitzung des Kreistages vom 07.09.2005 wurde der Antrag A 30/2005, die AGIT zum baldmöglichsten Zeitpunkt zu verlassen, abgelehnt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242,00 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09 %
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) werden bis zum Geschäftsjahr 2012 wie nachstehend beschrieben getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 waren zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

In 2013 wurde im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationalen Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschusschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
- b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung):</u>
Johannes Esser (CDU)	Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke	Stellvertreter: AV Manfred Poth
------------------------	---------------------------------

c) Geschäftsführung

Dr. Helmut Greif

Ulrich Schirowski bis 06.02.2013

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung):</u>
Franz Cremer (SPD)	Hans Peter Wasems

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<i>Landrat Günter Rosenke</i>	<i>Stellvertreter: Franz Cremer (SPD)</i>
-------------------------------	---

4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.tae-gmbh.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Mit der Rechtsform einer GmbH soll die TAE das Leistungsangebot des öffentlich-rechtlich organisierten BZE, der Wirtschaftsförderung des Kreises und der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer sinnvoll ergänzen. Die TAE ist originär technisch bzw. technologisch ausgerichtet. So zählt zu den Schwerpunkten der Beratungen der Technologietransfer (Informationen zu neuen Technologien und Fördermitteln, Vermittlung von Technologieexperten, Entwicklung und Einführung von Neuerungen), die Vermittlung von Verbundprojekten und das Durchführen von Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu firmenspezifischer Qualifizierung.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Auf Grund der engen organisatorischen Verbindung zwischen BZE und TAE GmbH sind die Aufgabeninhalte beider Einrichtungen in gegenseitiger Abgrenzung und in Abgrenzung zu anderen Dienstleistern zu überprüfen und es ist festzustellen, ob die Einrichtungen mit ihrem Dienstleistungsangebot in dem beabsichtigten Maß angenommen werden (Siehe auch Ausführungen zur Mitgliedschaft BZE).

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Gemäß § 6 des TAE Gesellschaftsvertrags vom 19.09.1994 kann der Kreis Euskirchen seit dem 31.12.2004 mit halbjährlicher Frist zum Schluss eines Geschäftsjahres seinen Austritt erklären. Der Geschäftsanteil des Kreises Euskirchen kann von der Gesellschaft unter Beachtung der Bestimmungen des GmbHG erworben oder eingezogen werden. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung den Buchwert seiner Einlage, maximal jedoch den Nennwert seiner geleisteten Stammeinlage. Im Übrigen sind weitere Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages bedarf diese Abtretung zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Gesellschafter.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) hat in ihrer Stellungnahme vom Juli 2004 herausgearbeitet, dass die Organisationsform des Zweckverbandes für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben und in Abgrenzung zu den Aufgaben und der Rechtsform der TAE GmbH sinnvoll ist. Dabei stellt die Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) insbesondere darauf ab, dass sich die Angebote von BZE und TAE GmbH sinnvoll ergänzen und, da die Geschäftsführung für beide Organisationsformen in einer Hand liegt, das Angebot je nach Qualifizierungsart, -inhalt, -zielrichtung und -förderung von der einen oder der anderen Organisationsform vorgehalten werden kann.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

TAE GmbH und das BZE sind organisatorisch eng verbunden. Auf Grund der Tatsache, dass nunmehr auch private Qualifizierungsträger Angebote zur Berufsbildung erstellen, sollte in einer Prüfung festgestellt werden, ob das Angebot der TAE GmbH weiterhin aufrecht erhalten werden muss. Ggf. ist in Verbindung mit dem BZE auch für die TAE GmbH eine Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, die die Position der Einrichtung transparent und nachvollziehbar aufzeigt und deren wirtschaftliche Zukunft beleuchtet.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Defizitenausgleich erfolgt durch Betriebskostenzuschüsse von maximal 30.000 € jährlich und wird entsprechend der Geschäftsanteile von allen Gesellschaftern getragen (beschränkte Nachschusspflicht). Ab dem Jahr 2009 erklärten die Gesellschafter ihre Bereitschaft, einen Verlust von max. 85.500 € entsprechend ihrer Gesellschafteranteile auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 (5) des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

- Günter Weber (Stimmführer) CDU
- Hans-Erhard Schneider CDU
- Stefanie Seidler SPD
- Hans Reiff FDP

Stellvertreter/innen:

- Bernd Kolvenbach CDU
- Clas Kohlheyer CDU
- Heinrich Hettmer SPD
- Volker Kindler FDP

b) Geschäftsführung

Maria Breuer

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende vier weitere Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

- Hans-Erhard Schneider (Stimmführer) CDU
- Karsten Stickeler CDU
- Heinrich Hettmer SPD
- Dirk van Meenen FDP

Stellvertreter/innen:

- Clas Kohlheyer CDU
- Franz-Josef Nießen CDU
- Stefanie Seidler SPD
- Hans Reiff FDP

Zum 30.06.2014 wurde Frau Maria Breuer als Geschäftsführerin abberufen und Herr Michael Franssen ab 01.07.2014 zum Interimsgeschäftsführer bestellt.

5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages. Damit liegt kommunalrechtlich ein öffentlicher Zweck im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 GO vor.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Aufgabe der Wohnungsversorgung muss nicht über eine Beteiligung sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? Ja.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Die Geschäftsanteile an der EGB können mit Zustimmung des Aufsichtsrates veräußert bzw. abgetreten werden (§ 4 des Gesellschaftervertrages). Es kann unterstellt werden, dass der Aufsichtsrat immer dann seine erforderliche Zustimmung erteilt, wenn die Interessen der Gesellschaft durch die Übertragung des Geschäftsanteils in hinreichendem Umfang gewahrt bleiben, d. h. wenn der potenzielle Erwerber der Geschäftsanteile den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Gesellschaftszweck genauso gut verwirklichen könnte wie der Kreis Euskirchen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? entfällt

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? entfällt

Abschlussbewertung:

Die Anteile des Kreises an der Euskirchener Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH (EGB) können generell veräußert bzw. abgetreten werden. Über die Veräußerungsmöglichkeiten hat der Kreistag bereits in seiner Sitzung am 02.04.2003 (Haushaltsplanberatung) sowie anschließend in nichtöffentlichen Sitzungen (siehe V 224/2003, Sitzungen des Kreistages vom 08.10.2003 und 23.06.2004) beraten. Das Thema ist anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2005 erneut aufzugreifen (Beschluss des Kreistages vom 23.06.2004).“

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 18.12.2006 zu A100/2006 folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Die durch die Verwaltung vorgesehene Heranziehung von angenommenen Erlösen aus dem Verkauf der Anteile des Kreises an der Euskirchener gemeinnützigen Baugesellschaft zum Ausgleich des Haushaltsentwurfes 2007 wird gestrichen.

2. Die vom Kreistag entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der EUGEBAU werden beauftragt, ein ergebnisoffenes externes Organisationsgutachten hinsichtlich der künftigen Unternehmensausrichtung der Gesellschaft in Auftrag zu geben. Dabei ist unter anderem die Frage zu untersuchen, welchen höheren unmittelbaren und mittelbaren Nutzen der Kreis aus einer Weiterführung einer Beteiligung erzielen kann. Diese Untersuchung soll zeitlich so angelegt werden, dass der Kreistag in die Lage versetzt wird, einen fundierten Beschluss über die weitere Beteiligung an der EugeBau in der zweiten Jahreshälfte 2007 herbeiführen zu können.“

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht (Teil C) Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850,00 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420,00 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070,00 €	0,08 %
Stadt Zulpich	6.210,00 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070,00 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290,00 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530,00 €	0,10 %
Eigene Anteile	2.070,00 €	0,08 %
6 private Gesellschafter	2.990,00 €	0,11 %
Summe	2.610.500,00 €	100,00 %

Die EUGEBAU ist mit 0,28% an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH beteiligt. Auf eine weitergehende Berichterstattung wird verzichtet, siehe Teil A Nr. 3.

Am 01.12.2009 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der WRW Wohnungswirtschaftlichen Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH vor dem Insolvenzgericht Düsseldorf eröffnet. Im Rahmen des Jahresabschlusses der EUGEBAU zum 31.12.2009 wurde der Geschäftsanteil an der Gesellschaft außerplanmäßig abgeschrieben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Ingrid Berners CDU

Stellvertreter:

Heinrich Hettmer SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Hans-Josef Engels CDU
- 2. Bernd Kolvenbach CDU
- 3. Franz Albert Groß FDP
- 4. Norbert Häger SPD

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

nachrichtlich

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:	Stefan Schmitz	SPD
Stellvertreter:	Hans-Erhard Schneider	CDU

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

1. Hans-Josef Engels	CDU
2. Bernd Kolvenbach	CDU
3. Norbert Häger	SPD
4. Ellen Mende	B 90/Grüne

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kkkm.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Somit liegt der öffentliche Zweck in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO, sodass ein wichtiges Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO gegeben ist.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nicht erforderlich, aber sinnvoll. Die Vorhaltung mindestens eines Krankenhauses im Kreisgebiet ist im Interesse der Einwohner erforderlich, allerdings ist diese Vorhaltung nicht zwingend über ein eigenes Krankenhaus (bzw. die Mehrheitsbeteiligung an einer entsprechenden Gesellschaft) sicherzustellen. Nach § 1 Abs. 2 Krankenhausgesetz NRW (KHG NRW) ist die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes NRW dabei mit. Krankenhausträger sind nach § 1 Abs. 3 KHG NRW in der Regel freie gemeinnützige, kommunale, private Träger und das Land. Falls sich kein anderer geeigneter Träger findet, sind Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, Krankenhäuser zu errichten und zu betreiben. Die stationäre Krankenversorgung ist im Kreisgebiet sichergestellt, die gegenwärtige Struktur mit 3 Krankenhäusern ist als bedarfsgerecht anzusehen. Dies ist zuletzt durch die weitgehend abgeschlossene Krankenhausplanung bestätigt worden. Letzten Endes ist im Kreis Euskirchen eine Trägerpluralität, die auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchaus Vorteile bietet, realisiert: Neben den kirchlichen Krankenhäusern in Schleiden und Euskirchen wird die mit kommunalen Gesellschaftern strukturierte Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) vorgehalten. Über die (Mit-)Trägerschaft eines eigenen Krankenhauses hat der Kreis Euskirchen unmittelbar die Möglichkeit, die für die medizinische Versorgung der Bevölkerung notwendigen Strukturen und Leistungsangebote im medizinischen Bereich vorzuhalten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass in der jüngeren Vergangenheit immer wieder private oder auch freigemeinnützige Krankenhausträger ihren Betrieb einstellen mussten. Bei Gebietskörperschaften, die mit derartigen Betriebsaufgaben konfrontiert werden, kann durchaus eine nicht unerhebliche Reduzierung des Leistungsangebotes für die eigene Bevölkerung verbunden sein. Darüber hinaus ist der Kreis Euskirchen über die KKM in der Lage, auch bei nicht von vorneherein rentablen Aufgabenerfüllungen Leistungsangebote in entsprechenden Regionen des Kreises Euskirchen zu schaffen. Dies betrifft vor allem die Versorgung älterer Menschen in und am Schloss Schleiden, die neue Struktur des St. Antonius Krankenhauses Schleiden, aber auch die Schaffung des Geriatrischen Zentrums sowie des ambulanten OP-Zentrums Zülpich.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die Vorhaltung eines Krankenhauses im Kreisgebiet in kommunaler Trägerschaft ist im Interesse der Einwohner erforderlich. Als Folge der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts ist mit einer wachsenden Nachfrage nach medizinischen Leistungen zu rechnen. Ansonsten siehe Antwort zur Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Eine Übertragung des Gesellschaftsanteils wäre allerdings nur an den verbleibenden Gesellschafter (Stadt Zülpich) und nur mit dessen Zustimmung (§ 6 des Gesellschaftsvertrages) möglich. Eine entsprechende Realisierungsmöglichkeit erscheint zweifelhaft.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Organisationsform einer GmbH ist für diese Aufgabenstellung gut gewählt.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Wie den Prüfungsberichten für das Jahr 2003 zu entnehmen ist, ist die KKM GmbH sowohl unter Beachtung leistungsmäßiger Kriterien als auch unter Zugrundelegung von wirtschaftlichen Anforderungen als gesundes und stabiles Gesundheitsunternehmen zu bezeichnen. Trotz der nicht zuletzt auf Anlaufsituationen zurückzuführenden Verluste bei verschiedenen Tochtergesellschaften ist auch das Konzernergebnis im Jahre 2003 - wie in den Vorjahren - positiv.

Wie im Lagebericht des Konzern ausgeführt, werden die Einrichtungen des Liebfrauenhofes Schleiden auch im Jahre 2004 ein negatives Ergebnis nicht vermeiden können. Ergebnisbelastend wirkt sich zum einen aus, dass die bis längstens 30. Juni 2005 vereinbarten Investitionskostenentgelte keine volle Refinanzierung der entsprechenden Kosten ermöglichen. Neben der Deckungslücke bei den Investitionskosten ist die Situation, dass im Haus St. Josef aufgrund der vorgegebenen Betriebsgröße kein betriebswirtschaftlich adäquates Ergebnis zu erreichen ist, zu berücksichtigen. Mit der Neustrukturierung der Wohnbereiche unter Berücksichtigung des Ersatzneubaus auf dem Sportplatzgelände werden spätestens nach Fertigstellung des Neubaus alle Verlustquellen beseitigt werden können.

Bei der Ambulantes OP-Zentrum Zülpich GmbH wird in diesem Jahr die Inanspruchnahme schon auf über 1.000 Patienten steigen. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird aber erst bei über 2.000 Patienten zu erreichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wird seitens der Geschäftsführung ein Zeitraum von 2-3 Jahren veranschlagt.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist eine Gesellschaft, die sich aufgrund der geringen Größe der einzelnen Leistungsangebote immer im Bereich +/- Null bewegen wird. Für das Jahr 2004 ist festzuhalten, dass aufgrund einer positiven Entwicklung in den Monaten ab März 2003 im Hauptumsatzbereich „Geriatriische Rehabilitation“ das erste Halbjahr 2004 mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen hat. Sofern diese Entwicklung anhält, ist für das Jahr 2004 zumindest mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Den vorstehenden Ausführungen Rechnung tragend, ist davon auszugehen, dass bei den genannten Tochtergesellschaften auch auf Dauer keine größeren Ergebnisbeiträge zu erwarten sind. Allerdings werden ausgeglichene Ergebnisse angestrebt und auch als realistisch angesehen. Die Leistungsangebote der Tochtergesellschaften sind wichtig für die Attraktivität des Gesamtverbundes KKM GmbH. Auf mittlere Sicht werden Gesundheitsunternehmen nur dann erfolgreich agieren können, wenn sie umfassende Leistungsangebote in der akuten Krankenhausversorgung, in der Rehabilitation, in der Altenpflege und im ambulanten Sektor darstellen können und sie damit als regionales Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werden. Der Aufbau der Leistungsketten ermöglicht es, den Patienten ein umfassendes Leistungsangebot zu bieten.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Die Vergütung der Krankenhausbehandlung erfolgt seit dem 01.01.2003 komplett über so genannte DRG-Fallpauschalen. In den Prüfungsberichten kommt zum Ausdruck, dass die KKM GmbH gut für diese Anforderungen gewappnet ist. Darüber hinaus sind die Kompetenzen und die Managementstrukturen im Gesamtverbund so ausgestaltet, dass den sicherlich nicht einfachen Veränderungen in den Rahmenbedingungen erfolgreich begegnet werden kann.

Abschlussbewertung:

Für die stationäre Krankenhausversorgung ist die Vorhaltung eines eigenen Krankenhauses bzw. die Beteiligung an der KKM GmbH nicht zwingend vorgeschrieben. Ob überhaupt eine Veräußerung realisiert werden kann, ist derzeit zu bezweifeln. Bei der Beurteilung etwaiger Veräußerungsüberlegungen sind die unter Frage 1 aufgeführten Argumente in die Abwägung einzubeziehen.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500,00 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500,00 €	23,08 %
Summe	665.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Seit der Änderung des Gesellschaftsvertrages am 15.07.2010 sind die Gesellschafter nicht mehr verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Manfred Schmitz (Stimmführer)	CDU
3. Maria Zibell	CDU
4. Ingrid Berners	CDU
5. Günther Schulz	CDU
6. Stefanie Seidler	SPD
7. Hans Schmitz	SPD
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne
9. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
10. Wulf-Dietrich Simon	UWV

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU
3. Josef Carl Rhiem	CDU
4. Günther Schulz	CDU
5. Uwe Schmitz (bis 31.08.2013)	SPD
6. Kal Vermöhlen (ab 09.10.2013)	SPD
7. Winfried Hergarten	SPD
8. Hans Reiff	FDP
9. Wulf-Dietrich Simon	UWV

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung):

1. Manfred Poth	AV
2. Hans Peter Wasems	CDU
3. Dr. Sabine Dirhold	CDU
4. Matthias Vogelsberg	CDU
5. Hans Schmitz	SPD
6. Stefanie Seidler	SPD
7. Volker Kindler	FDP
8. Dr. Dieter Pesch	UWV

c) Geschäftsführung

Dr. Hans Rossels, Hauptgeschäftsführer

Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik

Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss lt. Beschluss des Verwaltungsrates dabei im Innenverhältnis dessen Zustimmung einholen.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Verwaltungsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Rita Gerdemann	CDU
3. Rudi Mießeler	CDU
4. Hans-Peter Wasems (Stimmführer)	CDU
5. Leo Wolter	CDU
6. Heinrich Hettmer	SPD
7. Hans Schmitz	SPD
8. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
9. Nathalie Konias	B 90/Grüne
10. Andreas Bühl	UWV

Zu Nr. 10:

Im Nachgang der Sitzung wurde festgestellt, dass bei der Auswertung der Sitzberechnung ein Fehler unterlaufen ist und der Losentscheid nicht zwischen den Fraktionen AfD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN hätte stattfinden müssen, sondern zwischen der Fraktion AfD und der Liste FDP/UWV. Der Losentscheid wird in der Sitzung des Kreistages am 01.10.2014 nachgeholt.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt	CDU
3. Günther Schulz	CDU
4. Ute Stolz	CDU
5. Karl Vermöhlen	SPD
6. Wolfgang Heller	SPD
7. Hans Reiff	FDP
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung):

1. Manfred Poth	AV
2. Dirk Jahr	CDU
3. Ursula Beul	CDU
4. Dr. Sabine Dirhold	CDU
5. Heinrich Hettmer	SPD
6. Andreas Schulte	SPD
7. Frederik Schorn	FDP
8. Angela Kalnins	B 90/Grüne

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden. Die Berichterstattung erfolgt hier zusammengefasst für alle Gesellschaften innerhalb des Konzerns.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Folgende Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

A) Ziele der Beteiligungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

AmbuMed GmbH

Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Träger des MVZ an der Olefmündung in Gemünd.

VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe und -betreuung in Schleiden und Zülpich.

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ¹⁾

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

KKM Servicegesellschaft mbH

Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung.

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

¹⁾ Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Minderheitsgesellschafter.

nachrichtlich:

Zum 01.01.2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Übernahme von 44,33 % der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW) ihre Beteiligung an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH von bisher 49 % auf 93,33 % erhöht. Nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung sollen bis spätestens 31.12.2015 auch die bei der CTW verbleibenden Geschäftsanteile von 6,67 % durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 62/2013).

Quelle: www.kkkm.de

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ergebnis der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003 ist bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Teil B 6.1 dargestellt.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000,00 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000,00 €	6,01 %
Summe	5.704.000,00 €	100,00 %

zu a) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,88 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,88 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
24 private Kommanditisten, insgesamt:	1.553.043,29 €	100,00 %
Summe	1.553.043,29 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2011

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	51.000,00 €	51,00 %
Familienpflege der Franziskusschwestern e.V. Essen	49.000,00 €	49,00 %
Summe	100.000,00 €	100,00 %

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Gesellschafter bis 31.12.2013	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	14.700,00 €	49,00 %
Caritas-Trärgesellschaft West gGmbH	15.300,00 €	51,00 %
Summe	30.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Gesellschafter ab 01.01.2014	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	28.000,00 €	93,33 %
Caritas-Trärgesellschaft West gGmbH	2.000,00 €	6,67 %
Summe	30.000,00 €	100,00 %

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

e) KKM Servicegesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu e) KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KKM Servicegesellschaft mbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen – gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750,00 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Summe	25.050,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und ggf. nach Genehmigung des Beirats bzw. Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bei **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** und **VIVANT gGmbH**: Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Durch notariellen Vertrag ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH – als Nachfolgerin der ehemals beteiligten St. Antonius-Betreibergesellschaft – verpflichtet, die Verluste der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH**, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 250 T€ auszugleichen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Personalgestellung, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss dabei lt. geltender Beschlusslage im Innenverhältnis die Zustimmung des Verwaltungsrates einholen. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

1. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Josef Reidt
2. Erster Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Bürgermeister Albert Bergmann
3. Zweiter Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Josef C. Rhiem
4. Landrat des Kreises Euskirchen: Günter Rosenke
5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: Dieter Pritzsche † 07.11.2013
André Heinrichs seit 14.12.2013

aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der GZZ durch Geschäftsführer der KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Dipl. Ing. Joachim Stiller, Dr. Hans Rossels

ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (7 Sitze, davon 4 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der Liebfrauenhof Schleiden GmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Pastor Philipp Cuck
4. Winfried Hergarten

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (9 Sitze, davon 4 von KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Gábor Szük und Bernd Koch

Vertreter der KKM im Beirat der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt (Vorsitzender)
3. Winfried Hergarten
4. Dr. Hans Rossels

nachrichtlich:

Durch die Übernahme der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH wird ab 01.01.2014 auf die Einrichtung eines Beirates verzichtet. Alle Entscheidungen, welche über den Kompetenzrahmen der Geschäftsführung hinausgehen, werden unmittelbar von der Gesellschafterversammlung getroffen.

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

e) KKM Servicegesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

ea) KKM Gebäudedienste GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der KKM GmbH durch ihren Geschäftsführer)
- Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Winfried Hergarten

7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Beteiligung an einer Radiogesellschaft gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?
Siehe Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?
entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Ja. Die finanzielle Lage der Einheitsgesellschaft zeigt, dass die Verluste nur durch Zuschüsse des Mitgesellschafters gedeckt werden können.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Nein.

Abschlussbewertung:

Da es sich bei der Beteiligung an der Radiogesellschaft um eine freiwillige Aufgabe des Kreises handelt, wäre eine Veräußerung der Anteile generell denkbar. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Markus Ramers (SPD) Stellvertreter: Hans-Erhard Schneider (CDU)

b) Geschäftsführung

durch die Komplementärin (Radio Euskirchen GmbH)
Geschäftsführer: Dietmar Henkel, Leichlingen

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

- 1. Manfred Poth Allgem. Vertr. d. Landrates
- 2. Maria Zibell CDU

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in die Veranstaltergemeinschaft entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Dominik Schmitz (CDU) Stellvertreter: Emmanuel Kunz (SPD)

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

- 1. Manfred Poth Allgem. Vertr. d. Landrates
- 2. Stefanie Seidler SPD

8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2014. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2014, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der "Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH" in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich	(Stimmführer) CDU	2. Ingrid Berners	CDU
3. Franz Cremer	SPD	3. Heinrich Hettmer	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Josef Reidt	CDU	1. Günther Schulz	CDU
2. Manfred Poth	(Vorsitzender) Allg. Vertreter	2. Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	3. Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Frank Weimbs	(Stimmführer) CDU	2. Dominik Schmitz	CDU
3. Franz Cremer	(stv. Stimmführer) SPD	3. Markus Ramers	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt	CDU	2. Ute Stolz	CDU
3. Franz Cremer	SPD	3. Markus Ramers	SPD

9. vogelsang ip gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650 €	2,38 %
Gesamtsumme	27.300 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	2. Ute Stolz	CDU
3. Markus Ramers	SPD	3. Uwe Schmitz	SPD

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

In 2013 wurde der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschafterversammlung, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Josef Reidt		1. Bernd Kolvenbach	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	2. Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz		3. Markus Ramers	SPD

Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt - analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom anderen Gesellschafter gestellt.

In 2013 wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrates Herr Manfred Poth vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Johannes Mertens (Stimmführer)		2. Urban-Josef Jülich	CDU
3. Emmanuel Kunz (stv. Stimmführer)	SPD	3. Markus Ramers	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt		2. Ute Stolz	CDU
3. Markus Ramers	SPD	3. Emmanuel Kunz	SPD

10. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an:

- **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,
- **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH**, Gummersbach, (**VBL**), mit 25 % am Stammkapital von 200.000 €.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind auszugleichende Verluste vergangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negative Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011).

E) Zusammensetzung der Organe

- Vertreter des Kreises Euskirchen in der **Gesellschafterversammlung**:
Hans Schmitz (SPD)
- **Aufsichtsrat** (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter):
Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)
- **Geschäftsführung**: Eugen Puderbach, Köln

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

- a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung Hans Schmitz (SPD)
b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat Landrat Günter Rosenke

11. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-strom.de/>

Innerhalb der Konzernstruktur bestehen die folgenden Gesellschaften

Mutterunternehmen: Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Komplementärin der ene: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Tochterunternehmen:

- Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)
- KEV Energie GmbH
 - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)
 - BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
 - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG
 - Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER)
 - Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG
 - BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- Quantum GmbH
- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Windpark GmbH

Am 09.10.2013 hat der Kreistag der Beteiligung der KEVER PBB an der „Projektentwicklung Eifel Energien GmbH“ (PEE GmbH) unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 8.500 € (1/3) gemeinsam mit der RWE Deutschland AG (1/3) und Manfred Mund (1/3) zugestimmt (V 61/2013). Die Gesellschaftsgründung ist bislang noch nicht erfolgt (Stand: 31.08.2014).

Der Kreistag hat der Beendigung der strategischen Partnerschaft zwischen der ene und der Quantum GmbH gem. der bereits in 2012 zum 31.12.2013 ausgesprochenen Kündigung am 18.12.2013 zugestimmt (V 97/2013).

A) Ziele der Beteiligung

ene: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen. Weiterhin das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Entsprechend den Beschlussfassung des Kreistages vom 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) und vom 17.07.2013 (V 30/2013) zur Zukunft der Energieversorgung im Kreis Euskirchen wird sich das Unternehmensziel der **ene** nach Umsetzung der Maßnahmen wie folgt darstellen:

Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an

der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

enb: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der *ene*.

KEV GmbH: Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEV Energie GmbH: Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEVER PBB: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und /oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG mit Sitz in Schleiden.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG: Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes.

Quantum GmbH: Handel mit Energie und Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die öffentliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG: Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, sowie Errichtung und Betrieb von KWK-Anlagen. Weiterhin die Verteilung und Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung und Energieeffizienz sowie gemeinsamen Einkauf von Anlagen und Betriebsstoffen zur Energieerzeugung.

Green Gecco: Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland und weiteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Planung, Errichtung und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung. Für jedes Einzelprojekt zur regenerativen Energieerzeugung soll eine separate Projektgesellschaft als Zweckgesellschaft gegründet oder erworben werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

11.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises

a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Gesellschafterin in die „Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH“ zugestimmt (D 62/2012). Zum aktuellen Sachstand s. Teil B Nr. 12 „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“

b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zugestimmt (D 62/2012).

c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	77.550,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	2.944.900,00 €	95,00 %
Summe	3.100.000,00 €	100,00 %

d) KEV Energie GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	7.500,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	285.000,00 €	95,00 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000,00 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000,00 €	25,00 %
Summe	200.000,00 €	100,00 %

11.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises

zu 11.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG

Komplementärin: Steinkohledoppelblock VerwaltungsGmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
ene	163.398,69 €	0,33 %
RWE AG	38.562.091,50 €	77,12 %
GEKKO Vorschaltgesellschaft GmbH & Co. KG	2.679.738,57 €	5,36 %
Andere Versorgungsunternehmen	8.594.771,24 €	17,19 %
Summe	50.000.000,00 €	100,00 %

b) Quantum GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	33.000,00 €	4,00 %
Andere Versorgungsunternehmen	972.000,00 €	96,00 %
Summe	825.000,00 €	100,00 %

c) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG

Die ene hat einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben. Zum 31.12.2013 umfasste die Mitgliederliste der Genossenschaft 415 Mitglieder, die zusammen 1.762 Genossenschaftsanteile halten.

d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	525,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	29.895,00 €	98,27 %
Summe	30.420,00 €	100,00 %

e) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	2.227.176,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	126.821.764,80 €	98,27 %
Summe	129.048.940,80 €	100,00 %

f) Green Gecco Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	12.250,00 €	49,00 %
RWE Innogy	12.750,00 €	51,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

g) Green Gecco GmbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	490.000,00 €	49,00 %
RWE Innogy	510.000,00 €	51,00 %
Summe	1.000.000,00 €	100,00 %

ga) An Suidhe Wind Farm Limited

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	1,00 £	100,00 %
Summe	1,00 £	100,00 %

gb) WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

gc) WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

gd) RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

ge) RWE Innogy Windpark GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu 11.1 d) KEV Energie GmbH

a) KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250,00 €	49,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100,00 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900,00 €	49,00 %
Summe	310.000,00 €	100,00 %

c) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

siehe auch C 11.1 – Unmittelbare Beteiligungen – Buchstabe e).

d) Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000,00 €	33,33 %
eegon-Eifel-Energiegenossenschaft	120.000,00 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000,00 €	33,33 %
Summe	360.000,00 €	100,00 %

e) **BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) **BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG**

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten Stand: 31.12.2013	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	255.000,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	245.000,00 €	49,00 %
Summe	500.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Im März 2014 erfolgte eine Kapitalerhöhung auf insgesamt 5,6 Mio. €. Die Kommanditanteile stellen sich zum Stichtag 31.08.2014 wie folgt dar:

Kommanditisten Stand: 12.03.2014	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.856.000,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	2.744.000,00 €	49,00 %
Summe	5.600.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen. Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil, also Kreis Euskirchen und RWE Deutschland AG jeweils zur Hälfte. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene. Die Höhe der Zuflüsse an den Kreis ist in Teil D Nr. 2 dargestellt.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Die ene hat sich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer eingestellt worden sind.

Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst.

Hinweis:

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	Gesellschafterversammlung	Johannes Mertens CDU	Winfried Hergarten CDU
	Geschäftsführer	Dieter Hinze † 25.06.2014	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	LR Günter Rosenke	AV Manfred Poth
		Josef Reidt CDU	Hans Peter Wasems CDU
		Ute Stolz CDU	Johannes Mertens CDU
		Ingrid Berners CDU	Matthias Vogelsberg CDU
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	Franz Cremer SPD	Stefanie Seidler SPD
		Jörg Grutke B90/Grüne	Klaus Kaldenbach skB 90/Grüne
		Axel Gerth (bis 01.07.2012) UWV	Thomas Pick UWV
		Frank Westerburg (ab 02.07.2012) UWV	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	LR Günter Rosenke	
	Aufsichtsrat	Helmut Schmitz CDU	
		Jörg Grutke B90/Grüne	
Geschäftsführung	Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH*1		
Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014	
Quantum GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014	
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014	
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Helmut Kläßen	
KEV Energie GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Markus Böhm	
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	Markus Mertgens	
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH*2	
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	Hans Peter Wasems CDU GF Markus Böhm	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	
BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	
	Geschäftsführung	GF Markus Mertgens	
BWP-Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH *2	

*1 Lt. Gesellschaftsvertrag der ene ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

*2 Lt. Gesellschaftsverträgen der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG und der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Hinweise:

- Die Ausübung der der ene aus ihren Beteiligungen an der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH zustehenden Rechte bedarf der vorherigen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der ene.
- Die Geschäftsführung der KEV Energie GmbH ist verpflichtet, vor Ausübung ihres Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung einer Beteiligungsgesellschaft bei wesentlichen Angelegenheiten die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen, z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses Entlastung des Geschäftsführers.

nachrichtlich:

In der Gesellschafterversammlung der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH am 23.06.2014 wurde Herr Markus Böhm zum Geschäftsführer bestellt.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die folgenden Organe entsandt:

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	Gesellschafterversammlung	Johannes Mertens CDU	Thilo Waasem SPD
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	LR Günter Rosenke	AV Manfred Poth
		Josef Reidt CDU	Ute Stolz CDU
		Hans Peter Wasems CDU	Franz-Josef Nießen CDU
		Frank Weimbs CDU	Johannes Mertens CDU
		Gerhard Stentrup SPD	Heinrich Hettmer SPD
		Angela Kalnins B90/Grüne	Jörg Grutke B90/Grüne
		Markus Herbrand FDP	Hans Reiff FDP
	Aufsichtsrat	LR Günter Rosenke	
	Johannes Esser CDU		
	Thilo Waasem SPD		
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	Gesellschafterversammlung	Franz-Josef Nießen CDU	Franz Cremer SPD
KEV Energie GmbH	Gesellschafterversammlung	Thilo Waasem SPD	Dominik Schmitz CDU
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	Franz Cremer SPD GF Markus Böhm	Hans Peter Wasems CDU

12. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (Vorlage D 62/2012) folgenden Beschluss gefasst:

„Der Kreistag stimmt

1. dem Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Entwurfs des Konsortialvertrages zwischen dem Kreis Euskirchen und der RWE Deutschland AG zu.
Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wird ebenfalls erteilt.
2. der Beteiligung des Kreises Euskirchen
 - a) als Gründungskommanditist an der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines festen Kapitalanteils in Höhe von jeweils 12.500 € (50 %) sowie
 - b) als Gesellschafter an der Komplementärgesellschaft dieser Gesellschaft, der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“, gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines Geschäftsanteils von jeweils 12.500 € (50 %) zu.
3. dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zu.
4. Der Kreistag nimmt die folgenden beiliegenden Vertragsentwürfe
 - Gründungsgesellschaftsvertrag der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (Anlage 1 zum Konsortialvertrag)
 - Gründungsgesellschaftsvertrag der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (Anlage 2 zum Konsortialvertrag)
 - geänderter Gesellschaftsvertrag der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (Synopsis - Anlage 2) und
 - geänderter Gesellschaftsvertrag der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Synopsis - Anlage 3)zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Vertreter des Kreises in den jeweiligen Gremien des Konzerns „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zur Beschlussfassung.
Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wird ebenfalls erteilt.
5. Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ durch 1 Person vertreten werden soll.
Der Kreistag benennt den Vertreter des Kreises Euskirchen für die „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ für die Dauer der Wahlzeit wie folgt:

<u>Ordentliches Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Ingo Hessenius, Kreiskämmerer	Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I

Sofern in der neuen Wahlperiode noch keine neuen Vertreter bestellt sind, üben die bisherigen Vertreter ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter weiter aus.
6. Weiterhin beschließt der Kreistag, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ durch 1 Person vertreten werden soll.
Der Kreistag benennt den Vertreter des Kreises Euskirchen für die „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ für die Dauer der Wahlzeit wie folgt:

<u>Ordentliches Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Ingo Hessenius, Kreiskämmerer	Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I

Sofern in der neuen Wahlperiode noch keine neuen Vertreter bestellt sind, üben die bisherigen Vertreter ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter weiter aus.
7. Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungskommanditist der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Kommanditanteile entsprechend dem beiliegenden Entwurf des Konsortialvertrages sukzessive an die in Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußert.
Ferner beschließt der Kreistag, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungsgesellschafter der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Geschäftsanteile in gleichem Umfang wie vorstehend an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußert.
8. Der Kreistag beschließt, die Mittel für die Gründung der neuen Gesellschaften außerplanmäßig bereitzustellen.“

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.07.2013 den Änderungen im mit der D 62/2012 am 28.08.2012 beschlossenen Vertragswerk zugestimmt. Der Beschluss vom 28.08.2012 über die Veräußerung der Kommanditanteile bzw. Geschäftsanteile bleibt mit der Maßgabe bestehen, dass die Veräußerung an die in der neu gefassten Anlage 3 zum Konsortialvertrag aufgeführten Städte und Gemeinden geschieht (V30/2013).

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 beschlossen, dass der Kreis Euskirchen in den Gesellschafterversammlungen der v.g. Gesellschaften unverändert durch Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) und durch Johannes Adams (Geschäftsbereichsleiter I) als dessen Stellvertreter vertreten werden soll.

Die vorstehend aufgeführten Maßnahmen wurden zum 31.08.2014 gesellschaftsrechtlich noch nicht umgesetzt.

13. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	15.600 €	59,05 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400 €	100,00 %

Der Kreistag hat aufgrund der Vorlage V 273/2012 am 02.07.2012 die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von 1.200 € u.a. an die Stadt Bad Münstereifel zum 01.01.2013 beschlossen. Die Veräußerung an die Stadt Bad Münstereifel erfolgte vorbehaltlich des noch zu fassenden Stadtratsbeschlusses.

Ein entsprechender Beschluss des Rates der Stadt Bad Münstereifel ist bislang (Stand: 31.08.2014) noch nicht erfolgt.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden als Abschlag jeweils zum 1. eines Quartalsim Voraus an die Gesellschaft gezahlt.

Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		1. KK Ingo Hessenius	
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	2. Johannes Mertens	CDU
3. Thilo Waasem	SPD	3. Markus Ramers	SPD

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		1. KK Ingo Hessenius	
2. Günther Weber (Stimmführer)	CDU	2. Leo Wolter	CDU
3. Thilo Waasem (stv. Stimmführer)	SPD	3. Gerhard Stentrup	SPD

14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt.

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	59.223,72 €	5,4515 %
Rhein-Erft-Kreis	157.177,24 €	14,4680 %
Landschaftsverband Rheinland	174.40,43 €	16,0539 %
Oberbergischer Kreis	98.932,30 €	9,1066 %
Rheinisch Bergischer Kreis	90.219,03 €	8,3045 %
Rhein-Sieg-Kreis	207.321,95 €	19,0837 %
Stadt Bonn	118.193,35 €	10,8795 %
Stadt Köln	180.907,19 €	16,6523 %
Gesamtsumme	1.086.381,21 €	100,0000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied	Stellvertreter
LR Günter Rosenke	Manfred Poth

Allg. Vertreter

b) Institutsausschuss

Mitglied	Stellvertreter
1. Manfred Poth	1. Johannes Adams
2. Hans Peter Wasems	2. Markus Ramers

Allg. Vertreter
GBL I
CDU
SPD

c) Institutsvorsteher

Landrat des Rheinisch-Bergischen-Kreises, Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke, vertreten durch Frau Patricia Florack

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in den Institutsausschuss entsandt:

Mitglied	Stellvertreter
1. Johannes Adams	1. Ingo Hessenius
2. Hans Peter Wasems	2. Emmanuel Kunz

GBL I
CDU
Kreiskämmerer
SPD

15. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite-rhineregion.eu/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Bank oder Sparkassen. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist angegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von 18,4 Mio. € haften werden.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Urban-Josef Jülich	CDU	2. Nathalie Konias bis 15.12.2013	B90/Grüne
		2. Valérie Nitsche seit 18.12.2013	B90/Grüne
3. Norbert Häger	SPD	3. Margret Rhiem	SPD

b) Vorstand

Josef Forstner

Johannes Adams

Paul Zündorf (Vorsitzender bis 31.01.2013)

Johannes Winckler (Vorsitzender ab 01.02. – 25.05.2013)

Oliver Knaup (Vorsitzender seit 26.05.2013)

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die wichtige Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AÖR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffende Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

Der Kreistag hat der personenidentischen Entsendung der in den Verwaltungsrat entsandten Mitglieder und Stellvertreter als Vertreter und Stellvertreter in den Projektbeirat beschlossen.

Zum Stimmführer des Projektbeirates ist Urban-Josef Jülich und als dessen Stellvertreter Norbert Häger bestellt.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in den Verwaltungsrat und den Projektbeirat entsandt:

a) Verwaltungsrat

<i>Mitglieder</i>		<i>Stellvertreter</i>	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	2. Karsten Stickeler	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD	3. Norbert Häger	SPD

b) Projektbeirat

<i>Mitglieder</i>		<i>Stellvertreter</i>	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)	CDU	2. Günter Weber	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD	3. Norbert Häger	SPD

16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Blücherplatz 43
52068 Aachen

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500 €	5,83 %
Land NRW	90.000 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500 €	5,83 %
Rheinisch-Bergische Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500 €	5,83 %
Summe	300.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trä-

gern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied		Stellvertreter	
Heinz Rosell	Geschäftsbereichsleiter II	Dr. Jochen Weins	Abt.-Leiter 39

b) Vorstand

Herr Dr. Löhr (Standort Aachen), Vorstandsvorsitzender
Frau Pauly-Mundegar (Standort Leverkusen)

17. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)

nachrichtlich:

Der Kreistag hat der unmittelbaren Beteiligung des Kreises Euskirchen an der IRR – Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH mit einem Stammkapitalanteil in Höhe von 2.000 € (8 %) auf der Grundlage des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Stand: 19.02.2014) zugestimmt. Diese Zustimmung galt auch insoweit, als an dem zu Grunde liegenden Gesellschaftsvertrag im Rahmen von ausstehenden Beratungen oder des Anzeigeverfahrens nach § 115 GO NRW Änderungen vorgenommen werden mussten, die die inhaltliche Aussage des Vertrages nicht grundlegend veränderten. Die Zustimmung galt insbesondere erteilt für die Aufnahme des Weisungsrechtes gem. § 108 Abs. 5 Nr. 2 GO NRW. Der Kreistag beschloss weiterhin, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle") in Höhe von maximal 12.000 €/Jahr bis zum Jahr 2017 bereitzustellen. Der Kreistag hat den Beschluss gefasst, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung durch 3 Person(en) vertreten werden soll und hat diese benannt. Darüberhinaus hat der Kreistag die unmittelbare Beteiligung des Zweckverbandes Region Aachen an der IRR GmbH mit einem Stammkapitalanteil in Höhe von 2.000 € (8 %) auf der Grundlage des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Stand: 19.02.2014) zustimmend zur Kenntnis genommen (D16/2014). Zur Vertretung des Kreises in der Gesellschafterversammlung wurden die folgenden Vertreter gewählt:

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Bernd Kolvenbach (Stimmführer)	CDU	2. Günther Weber	CDU
3. Hans Schmitz	SPD	3. Markus Ramers	SPD

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Günther Weber (Stimmführer)	CDU	2. Urban-Josef Jülich	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD	3. Heinrich Hettmer	SPD

Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2013

Auf den folgenden Seiten werden die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Lageberichte zum 31.12.2013 abgebildet. Bei der KKM GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und RVK ist der Konzernlagebericht enthalten. Aus Datenschutzgründen wurden personenbezogene Angaben unkenntlich gemacht.

Gesellschaft	ab Seite
1. RWE AG *1	61
2. Vka – Stand 30.06.2013	63
3. AGIT	67
4. TAE *2	84
5. EuGeBau *3	
• Jahresabschluss zum 31.12.2012	91
• Jahresabschluss zum 31.12.2013 *3	
6. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern *2	101
• KKM GmbH	121
• Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH	123
• Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (31.12.2012) *3	125
• Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG (31.12.2012) *3	127
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	
Jahresabschluss zum 31.12.2012	129
Jahresabschluss zum 31.12.2013	131
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	135
• AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	137
• 139KKM Servicegesellschaft mbH	139
• KKM Gebäudedienste GmbH	141
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	143
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG und Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.	145
8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	154
9. Vogelsang ip gGmbH	165
10. RVK	
• RVK Konzern	177
• RVK GmbH	201
11. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	
• Konzern	
geänderter Jahresabschluss zum 31.12.2012	203
Jahresabschluss zum 31.12.2013	227
• Energie Nordeifel GmbH & Co KG	
geänderter Jahresabschluss zum 31.12.2012	258
Jahresabschluss zum 31.12.2013	260
• Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH	262
• KEV Schleiden GmbH	
geänderter Jahresabschluss zum 31.12.2012	264
Jahresabschluss zum 31.12.2013	266
• KEV Energie GmbH	
geänderter Jahresabschluss zum 31.12.2012	268
Jahresabschluss zum 31.12.2013	270
• KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	272
• Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	274
• Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	276

• Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	278
• BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	280
• BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	282
13. Nordeifel Tourismus GmbH *2	284
14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	
• Jahresabschluss zum 31.12.2012	304
• Jahresabschluss zum 31.12.2013 *3	
15. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR	307
16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts	
• Jahresabschluss zum 31.12.2012	316
• Jahresabschluss zum 31.12.2013	327

*1 Wegen des geringen Beteiligungsanteils wird bei der RWE AG auf die Wiedergabe des Lageberichts verzichtet.

*2 Bei Beteiligungen über 50% (KKM, TAE und NeT) sind die Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung beigefügt.

*3 Der Jahresabschluss für 2013 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

4.3 BILANZ¹

Aktiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.2013	31.12.2012	01.01.2012
Langfristiges Vermögen				
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	13.198	16.017	16.946
Sachanlagen	(11)	33.305	36.006	34.847
Investment Property	(12)	96	111	136
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	(13)	4.254	3.625	4.113
Übrige Finanzanlagen	(14)	884	959	836
Finanzforderungen	(15)	506	1.461	1.928
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	(16)	1.071	1.519	2.041
Ertragsteueransprüche		171	60	71
Latente Steuern	(17)	3.258	3.580	2.597
		56.743	63.338	63.515
Kurzfristiges Vermögen				
Vorräte	(18)	2.360	3.128	3.342
Finanzforderungen	(15)	988	1.737	2.171
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(19)	7.959	8.033	7.468
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	(16)	6.161	6.501	8.934
Ertragsteueransprüche		212	165	198
Wertpapiere	(20)	2.791	2.604	4.995
Flüssige Mittel	(21)	3.905	2.672	2.009
		24.376	24.840	29.117
		81.119	88.178	92.632
Passiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.2013	31.12.2012	01.01.2012
Eigenkapital	(22)			
Anteile der Aktionäre der RWE AG		7.738	12.171	14.028
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG		2.701	2.702	1.759
Anteile anderer Gesellschafter		1.698	1.616	1.347
		12.137	16.489	17.134
Langfristige Schulden				
Rückstellungen	(24)	27.119	27.991	23.753
Finanzverbindlichkeiten	(25)	16.539	15.417	15.428
Übrige Verbindlichkeiten	(27)	2.233	2.714	3.438
Latente Steuern	(17)	1.212	1.323	1.696
		47.103	47.445	44.315
Kurzfristige Schulden				
Rückstellungen	(24)	6.389	4.811	5.327
Finanzverbindlichkeiten	(25)	2.149	4.529	6.495
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(26)	6.468	7.315	7.886
Ertragsteuerverbindlichkeiten		232	136	144
Übrige Verbindlichkeiten	(27)	6.641	7.453	11.331
		21.879	24.244	31.183
		81.119	88.178	92.632

¹ Angepasste Vorjahreswerte aufgrund der Erstanwendung des überarbeiteten IAS 19

4.1 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

in Mio. €	(s. Anhang)	2013	2012
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	(1)	54.070	53.227
Erdgas-/Stromsteuer	(1)	2.677	2.456
Umsatzerlöse	(1)	51.393	50.771
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	2.191	1.867
Materialaufwand	(3)	36.108	34.496
Personalaufwand	(4)	5.277	5.318
Abschreibungen	(5), (10)	7.619	5.071
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	4.452	3.908
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	(7)	384	261
Übriges Beteiligungsergebnis	(7)	-106	216
Finanzerträge	(8)	829	770
Finanzaufwendungen	(8)	2.722	2.862
Ergebnis vor Steuern		-1.487	2.230
Ertragsteuern	(9)	956	526
Ergebnis		-2.443	1.704
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter		210	302
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG		104	96
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG		-2.757	1.306
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Stamm- und Vorzugsaktie in €	(28)	-4,49	2,13

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen

Bilanz zum 30. Juni 2013

	30.06.2013	30.06.2012
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Geschäftsausstattung	1.231,00	4.912,00
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	273.467,00	273.467,00
	274.698,00	278.379,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	10.387,02	11.040,67
II. Guthaben bei Kreditinstituten	173.087,43	229.619,09
	183.474,45	240.659,76
	458.172,45	519.038,76

	30.06.2013	30.06.2012
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
Eigene Anteile	-2.556,45	-2.045,16
Eingefordertes Kapital	125.266,52	125.777,81
II. Kapitalrücklage	993.517,68	805.585,68
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	2.556,45	2.045,16
Ausgleichsrücklage	400.000,00	400.000,00
IV. Bilanzverlust	-1.091.493,57	-840.395,27
	429.847,08	493.013,38
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	21.600,00	20.800,00
C. Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	6.725,37	5.225,38
(davon aus Steuern € 3.882,35; 30.6.2012 € 3.858,64)		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 6.725,37; 30.6.2012 € 5.225,38)		
	6.725,37	5.225,38
	458.172,45	519.038,76

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

	2012/13	2011/12
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	451,65	3.807,00
2. Personalaufwand		
a) Gehälter	-164.812,97	-160.763,83
b) Soziale Abgaben	-12.011,31	-11.586,32
	-176.824,28	-172.350,15
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-1.652,00	-2.368,39
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-91.754,30	-78.391,29
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.650,00	16.650,00
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.541,92	3.594,37
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-250.587,01	-229.058,46
8. Jahresfehlbetrag	-250.587,01	-229.058,46
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-840.395,27	-610.314,23
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-511,29	-1.022,58
11. Bilanzverlust	-1.091.493,57	-840.395,27

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012/2013

1. Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

2. Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2012/2013 ein Jahresfehlbetrag von € 250.587,01. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 187.932,00 in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 93,8 % der Bilanzsumme.

3. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 24. November 2011 zur Minimierung zukünftiger Fehlbeträge einstimmig beschlossen, die Nachschüsse der Gesellschafter ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50 % zu erhöhen.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

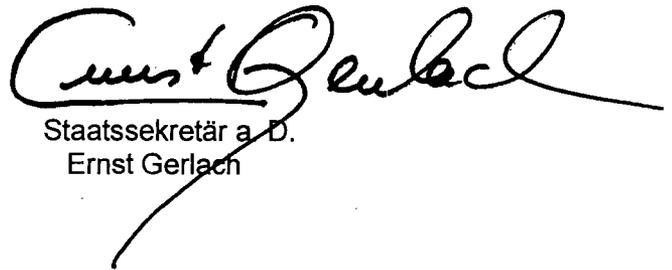
Essen, den 26. August 2013

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführer



Landrat a. D.
Roger Graef



Staatssekretär a. D.
Ernst Gerlach

BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	174,00	2.349,04
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.929.999,40	7.768.930,40
2. technische Anlagen und Maschinen	13.750,00	20.373,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>91.750,31</u>	<u>103.025,41</u>
	7.035.499,71	7.892.328,81
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	48.996,38	50.530,26
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	68.165,05	85.772,04
2. Forderungen gegen Gesellschafter	200.941,95	280.256,33
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.086.415,35</u>	<u>1.174.408,24</u>
	1.355.522,35	1.540.436,61
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
	272.615,87	130.687,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	2.006,84	372,04
	<u>8.714.815,15</u>	<u>9.616.704,06</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2013

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00	3.253.000,00
II. Verlustvortrag	2.103.488,79-	2.150.095,41-
III. Jahresüberschuss	10.413,41	46.606,62
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	2.900.709,20	3.550.867,05
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	174.600,00	138.600,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.510.626,57	3.548.910,91
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.982.009,31 (Euro 1.002.284,35)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	331.051,80	447.247,69
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 331.051,80 (Euro 447.247,69)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	139.897,12	140.627,07
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 28.010,83 (Euro 28.740,78)		
4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>498.005,84</u>	<u>635.940,13</u>
- davon aus Steuern Euro 29.350,05 (Euro 38.072,68)	4.479.581,33	4.772.725,80
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 9.122,29 (Euro 13.368,13)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 91.623,21 (Euro 229.557,50)		
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	5.000,00
	<hr/>	<hr/>
	<u>8.714.815,15</u>	<u>9.616.704,06</u>
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	3.697.228,51	3.368.646,17
2. sonstige betriebliche Erträge	2.279.622,62	3.865.810,74
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.324.604,21	1.907.419,51
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>339.053,05</u>	<u>489.875,34</u>
	1.663.657,26	2.397.294,85
- davon für Altersversorgung Euro 100.891,46 (Euro 145.826,52)		
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	902.094,77	913.530,54
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.147.144,94	3.615.035,00
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	270,08	825,17
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>148.080,39</u>	<u>156.679,42</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	116.143,85	152.742,27
9. sonstige Steuern	105.730,44	106.135,65
	<hr/>	<hr/>
10. Jahresüberschuss	<u>10.413,41</u>	<u>46.606,62</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

Vorbemerkung zum Jahr 2013

Das Jahr 2013 war das Jahr 1 der AGITneu nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Großteil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentramsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen.

Dadurch ist das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGITneu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte AGITneu wird sich in Zukunft wieder verstärkt auf ihre klassischen Aufgaben konzentrieren: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert.

Entsprechend dieses neuen Aufgabenprofils hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentramsmanagement“ und technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ gegeben. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf die Geschäftsbereichsaufteilung.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt.

Sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Vorjahr sind deshalb nur mit Einschränkungen möglich.

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam

definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Entsprechend dieses Aufgabenprofils hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche.

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrenmanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben.
- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September in 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als vergleichbare andere europäische Länder.

Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme.

Im Bereich der Aufträge konnte die AGIT ihre Position in 2013 halten. In der öffentlichen Projektförderung ergeben sich in 2013 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die Ziel-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2013 aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte bearbeitet, die jedoch wegen Projektverlängerungen noch in das Jahr 2014 hineinreichen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen noch nicht bekannt und die Ausschreibungen stehen noch aus. Neue Projekte kommen somit nur verzögert zur Anwendung und deshalb ist mit einem deutlichen Rückgang dieser Aktivitäten in 2014 und auch noch in 2015 zu rechnen.

Zudem sollen sich nach aktuellem Stand die Zuwendungsbedingungen (Förderungsanteile) so deutlich ändern, dass nicht gewährleistet ist, ob die AGIT-Gesellschafter ggf. diese deutlich höheren, jedoch notwendigen Eigenleistungsanteile aufbringen wollen und werden.

2. Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentrummanagement“ und technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2013 war geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw. Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 30 Personen in 2013 reduziert. Der Personalaufwand hat sich entsprechend rückläufig entwickelt.

Unter Berücksichtigung der erhaltenen Gesellschafterzuschüsse ist der Geschäftsverlauf 2013 im Bereich „Technologiezentrummanagement“ zufriedenstellend.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrummanagement (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2013 in den drei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA, MTZ und ZBMT fort.

Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz konnte gegen Jahresende wieder auf ein hohes Niveau von fast 100 % gefahren werden, nachdem Mitte des Jahres der größte Mieter des TZA über 10 % der Fläche freigemacht hat. Der Erlösrückgang war somit geringer als in der Planung vorgesehen und das Ergebnis in Summe für das TZA ist positiv. Das MTZ war in 2013 wie in den letzten Jahren mit 100 % wieder voll ausgelastet und erzielte vor Umlage zentraler Dienste ein positives Ergebnis. Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2013 am Ende des Jahres Vollausslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen entstanden sind.

Mehr als erfreulich entwickelt sich der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit über 40.000 Personen in 2013 wurde die größte Teilnehmerzahl gezählt und der bisher höchste Umsatz erzielt.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2013 qualitativ und quantitativ auf dem hohen Niveau der Vorjahre (Gründungsquote aus den erfolgten Beratungen liegt bei 50 % (Vorjahr 42 %)). Die 27 (Vorjahr 30) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 67 Arbeitsplätze (Vorjahr 130) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 4,4 Mio. € (Vorjahr 8,3 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2013 erstmalig das neue Konzept des **Innovationspreis Region Aachen** in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)

Im Jahr 2013 betreute die AGIT 60 potenzielle Investoren (Vorjahr 65). Insgesamt 13 Unternehmen (Vorjahr 8), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen. Bei 4 Unternehmen (Vorjahr 2) handelt es sich um Unternehmen, die bereits in der Region Aachen ansässig waren und sich bei der kreisübergreifenden Suche nach einem neuen Standort an die AGIT gewandt haben.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST GmbH verantwortet wird und die mit dem Slogan "Germany at its best" wirbt, auch im Jahr 2013. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland, der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2013 besuchten 14 Delegationen aus dem In- und Ausland die AGIT.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business – B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2013 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA hervorzuheben, das die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken.

Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im

Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld stellen. Hier geht es insbesondere darum, die besonderen Stärken der „Hochtechnologie-Hot-spots“ im gesamten Raum zwischen Eindhoven (NL), Leuven (B) und Aachen (D) noch deutlich stärker für die Wirtschaft zu erschließen. Mit zwei grenzüberschreitenden Modellprojekten, TTC und GCS, konnten hier in 2013 markante Zeichen gesetzt werden, in dem über zwanzig KMU-getriebene Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mio. € über die Grenzen hinweg stimuliert und begleitet werden konnten. Mit der südlimburgischen Industriebank LIOF (NL) wurde in diesem Kontext deshalb in 2013 eine strategische Partnerschaft eingegangen und eine Vereinbarung unterzeichnet, die allen Bereichen der Wirtschaftsförderung der AGIT zugute kommen soll und insbesondere die euregionale Zusammenarbeit stärkt.

Sowohl für Technologietransfer als auch Business Development Support relevant waren darüber hinaus die Aktivitäten im Rahmen des „Industrie-Dialogs Region Aachen“, die gemeinsam mit anderen Akteuren aus der gesamten Region initiiert worden sind, um die Bedürfnisse der Unternehmen aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in den Mittelpunkt neuer Aktivitäten zu stellen.

Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels DL-Auftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Struktur- und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Interreg-Förderung zu, die ebenfalls von NRW co-finanziert wird.

Unternehmenskommunikation

Im Rahmen ihrer Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin **Region Aachen46** letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 **neu gestaltete Internetauftritt** wurde auf die AGIT 2.0 angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2013 im Rahmen der **Pressearbeit** insgesamt 37 (Vorjahr 39) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 176 (Vorjahr 195) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2013 insgesamt 40 Firmen für die Standortwerbekampagne „**Wussten Sie schon, dass...?**“ gewonnen werden. Für diese Kampagne wurde die AGIT mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

3. Lage

a) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 brachte eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was mit der Strukturreform zusammenhängt. AGIT 2.0 wurde um wesentliche Aufgabenbereiche, wie etwa die „Regionalagentur“ (RA) oder die Projekte „Frau und Beruf“, „SAG AN“, „Region Aachen Innovativ“, „Region Aachen visávis“, „Region Aachen.think“ sowie die „Landesinitiative zur Fachkräftesicherung“ etc. reduziert. Hierdurch ergeben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen in 2013.

Die Umsatzerlöse nahmen deutlich gegenüber 2012 mit einem Wert von 328 T€ auf jetzt 3 697 T€ zu, was primär mit den Koordinierungsleistungen in Projekten zusammenhängt und mit der Seminarräumvermietung im TZA, die in 2013 ihren bisher größten Umsatz erzielte. Für das ZBMT war 2013 das zweite volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf fast 100 %. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht an. Die Umsatzerlöse werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrummanagement erwirtschaftet. Das Er-

gebnis für das TZM liegt bei 41 T€, die nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert ist deutlich besser als der Planwert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 1.586 T€ auf nunmehr 2.280 T€ (Vorjahr 3.866 T€) und setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter (1.241 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (650 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt (308 T€) zusammen. Durch die Reduzierung der Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT gegenüber 2012 und die Weitergabe von Projekten an den ZV erklärt sich der hohe Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ verausgabt.

Das Gesamtergebnis 2013 muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM“ und „Wirtschaftsförderung“, die als jeweils eigene Profit Center fungieren. In dem Ergebnis laut GuV von 10 T€ (Vorjahr 47 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel weitgehend erreicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, das hierin das negative Ergebnis des TZA BA II in Höhe von -286 T€ bereits enthalten ist. Hingewiesen werden sollte zudem noch auf die Tatsache, dass die steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 310 T€ erheblich zur Tilgung des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann.

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresüberschuss in Höhe von 10 T€ (Vorjahr 47 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich bzw. ist etwas besser als das Planergebnis und begründet sich aus der Finanzierungsstruktur der AGITneu ab dem Jahr 2013.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II sowie der Neuregelungen im Profit Centerbereich „TZM“ mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA I, konnte ein Überschuss von insgesamt 41 T€ erzielt werden; dieser Überschuss wird vertragsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit dem Auszug des größten Mieters des TZA in 2013 eine Fläche von über 10 % freigemacht wurde. Diese Lücke konnte jedoch noch in 2013 weitgehend durch eine schnelle Neuvermietung reduziert und durch eine Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung zum Teil kompensiert werden. Mit ca. 150 T€ hat dieser Teilbereich des TZM seinen bisher besten Umsatz erzielt, mit einer Teilnehmerzahl von über 40.000 Personen. Positiv wirkte sich zudem die Tatsache aus, dass verschiedene Darlehen ausliefen und neu verhandelt wurden, so ein Darlehen für das TZA I und das Darlehen für den Leasingvertrag für das TZA II. Letzteres führte zu deutlich besseren Finanzierungskonditionen (ca. 45 T€) in 2013. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, was zu dem deutlich schlechteren Ergebnis gegenüber 2012 beigetragen hat. Das Ergebnis des TZM hätte auch deutlich besser ausfallen können, wenn nicht die hohen Sonderaufwendungen für die Verträge von AGITneu (Notargebühren, Beratungsgebühren) angefallen wären.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 327 T€ (Vorjahr 383 T€) erzielt. Die Gründe für diesen deutlichen Überschussrückgang liegen eindeutig in den erhöhten Instandhaltungsaufwendungen gegenüber 2012 für die Dachsanierung im TZA BA I sowie den erstmalig zu leistenden Umlagekosten. Im TZA BA II entstand ein

Verlust von rund 286 T€ (Vorjahr Verlust von 114 T€), der ebenfalls auf erhöhte Instandhaltungsaufwendungen, den erstmalig zu leistenden Umlagekosten sowie Rechts- und Beratungskosten wegen der Satzungsänderung zurückzuführen ist. Da durch die AGIT-Neuregelung der Zuschuss durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen nicht mehr zum Tragen kommt (Vorjahr 98 T€), wurde dieses gegenüber 2012 deutlich schlechtere Ergebnis erreicht, das jedoch mit 41 T€ deutlich über dem Planergebnis liegt. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate für das TZA BA II 279 T€ in 2013 betrug.

Im MTZ, das in 2013 wiederum zu 100 % ausgelastet war, lag das Ergebnis vor Verlustübernahme bei knapp -9 T€ (Vorjahr Überschuss von 19 T€). Die Verschlechterung gegenüber 2012 ergibt sich aus einem leichten Rückgang der Umsatzerlöse und aus den erstmalig zu leistenden Umlagekosten. Der Fehlbetrag wird von der Stadt Aachen ausgeglichen.

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, die damit zu erheblichen Mietminderungen geführt haben. Auch in 2013 konnten nicht alle diese Mängel beseitigt werden, so dass weiterhin Mietminderungen entstanden sind, die das Ergebnis negativ beeinflussen. Ebenso mussten Forderungsverluste im Bereich der NK eingeplant werden. Das Ergebnis von ca. -191 T€ vor Verlustübernahme (Vorjahr -182 T€) ist noch etwas schlechter als 2012, weil auch hier erstmalig die Umlagekosten berücksichtigt wurden und zudem der Betreuungsaufwand deutlich höher war als in 2012 sowie die Rechts- und Beratungskosten (+7 T€) stark angestiegen sind. Das Ergebnis ist wenig zufriedenstellend, belastet die AGIT jedoch nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass in 2013 trotz immer noch erheblicher Mietmängel im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt, was sich in den höheren Mieterlösen (+6 T€) zeigt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ konnte ein nicht ausgeglichenes Ergebnis vorweisen. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus AGITalt bzw. aus den Vorjahren durch nicht Erstattung von erbrachten Leistungen zu Forderungsverlusten geführt haben. Obwohl die Gesellschafter in 2013 auch bereit waren, neben der finanziellen Grundausstattung der AGIT in Höhe von 845 T€ auch die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile in Höhe von ca. 169 T€ für die durchzuführenden Projekte zu übernehmen, reichten die Zuwendungen nicht aus, die Forderungsverluste der früheren Jahre auszugleichen. Bei einer Gesamtzuwendung seitens der AGIT-Gesellschafter in Höhe von 1.014 T€ und bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung“, einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von 1.565 T€, würden Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 1.045 T€ benötigt. Die Differenz von ca. 31 T€ zu den genehmigten Planmitteln für 2013 in Höhe von 1.014 T€ sind laut Gesellschaftervertrag von den Gesellschaftern aufzubringen. Die Projekte sind ab 2013 an den Zweckverband überführt worden. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die Kernaufgaben der AGIT auskömmlich waren.

b) Finanzlage

Der Bestand an Finanzmitteln ist im Berichtsjahr insgesamt um 142 T€ auf 273 T€ gestiegen. Investitionen in das Sachanlagevermögen wurden in Höhe von 46 T€ getätigt. Die Liquidität 1. Grades (liquide Mittel / kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 10 % (Vorjahr 7 %).

↑

Auf Grund hoher Außenstände, die insbesondere im Bereich der Projektförderung entstanden sind, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2013 eine gleichbleibend schlechte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Die volle Höhe des Kontokorrentkredites von 850 T€ musste auch in 2013 in Anspruch genommen werden. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit ca. 12 T€ jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus unter dem Wert des Vorjahres (ca. 16 T€ in 2012). Insgesamt konnte die Zinsbelastung deutlich reduziert werden, da ein Darlehen für das TZA BA I neu verhandelt wurde; ebenso wurde der Leasingvertrag neu verhandelt mit dem Ergebnis deutlich besserer Konditionen.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Liquiditätsmäßig machen sich die baulichen Mängel im ZBMT negativ bemerkbar, denn die NK-Abrechnung für 2012 konnte noch nicht abgeschlossen werden. Etwa 50 % der Nebenkosten werden von der AGIT vorfinanziert, da die NK-Vorauszahlung noch nicht den tatsächlichen Kosten angepasst werden konnte. Dieser Sachverhalt gilt auch für 2013 und belastet die Liquidität der Gesellschaft. Zur Finanzierung des nicht übernommenen Teils des Vorjahresverlustes im TZA II wurde ein Darlehen in Höhe von 114 T€ aufgenommen. Im Umfang von 153 T€ wurden Darlehen zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Durch die Zahlung der Projekteigenanteile durch die Gesellschafter in 2013 konnte im Projektbereich die Projektfinanzierung und die Liquidität verbessert werden. Die Projektbearbeitung erfolgt nach dem Kostendeckungsprinzip. Jedoch müssen die Projekte größtenteils immer noch vorfinanziert werden, da die Projektabrechnung nach dem Kostenerstattungsprinzip sehr zeitverzögert stattfindet und Auszahlungen oft erst 1,5 Jahre nach erbrachter Leistung erfolgen; zudem gibt es keine Projektvorschüsse. Die Forderungen im Projektbereich haben sich auch wegen der Weitergabe von Projekten an den Zweckverband etwas entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2013 aber immer noch bei 973 T€ (Vorjahr 1.044 T€).

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 81 % (Vorjahr 83 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich leicht. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich aufgrund reduzierter Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln auf 973 T€ (Vorjahr 1.044 T€). Diese Entwicklung korrespondiert mit der Reduzierung der Projekte in 2013. Obwohl sich der Bestand an liquiden Mitteln verglichen mit dem Vorjahr erhöht hat, war unterjährig die vollständige Inanspruchnahme des Euribor-Kredites notwendig.

Das positive Ergebnis 2013 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital nicht weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 13 % (Vorjahr 12 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 47 % (Vorjahr 49 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. Im Berichtsjahr ist der Sonderposten um 650 T€ gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-39 T€) haben sich ebenso wie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-116 T€) und die sonstigen Verbindlichkeiten (-138 T€) im Berichtsjahr reduziert.

Unter strategischen Gesichtspunkte hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bereits in 2012 hat die Gesellschafterversammlung der ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH, Geilenkirchen, die Auflösung der Gesellschaft beschlossen und einen Liquidator bestimmt. Die Gesellschaft war in 2013 nicht mehr aktiv.
- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 1,8 T€ (Vorjahr 4 T€) geleistet.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, verwandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TZM“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positives Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhaltung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2013 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 200 T€ erreicht. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig.

Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT&BDS) heruntergebrochen. Auch hier wurde in 2013 das Ziel der Budgeteinhaltung erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentrummanagement“ (TZM)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % voll ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“) und der Einzug von neuen Firmen mit 12 Einzügen bei einem Bestand von 95 Firmen bzw. Auszug von etablierten Firmen liegt ebenfalls im Soll (> 12,5 % pro Jahr).

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Beratung technologieorientier Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT im Soll der letzten Jahre.

Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist in 2013 das bisher beste Ergebnis seit 10 Jahren festzustellen. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze gab es schon bessere Jahre.

Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unterschiedlich ermittelt. In 2013 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht.

Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden sind:

- Vorkast: Projekte und Aufträge (monatliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität

Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben in den letzten Jahren zu einer angespannten Liquidität der AGIT geführt. In 2014 hat sich gezeigt, dass die getroffenen Maßnahmen einer deutlichen Reduzierung der Projekte, die in großen Teilen zum ZV übergegangen sind, zu einer deutlichen Verringerung der Vorfinanzierungsleistungen und damit auch zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität geführt haben. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme resultiert auch weiterhin aus der Vorfinanzierung der Projekte, aber auch aus den NK des ZBMT. Die dargelegte Verbesserung ist auch dadurch eingetreten, dass die Gesellschafter den Eigenanteil der Projekte für 2013 durch zusätzliche Zuschüsse in Höhe von ca. 170 € finanziert haben.

IV. Prognosebericht

Liquidität

Wie im Nachtragsbericht ausgeführt, hat sich durch die getroffenen Maßnahmen die Liquidität der AGIT in 2014 deutlich verbessert. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen und die Situation wird sich im Laufe des Jahres projektseitig weiter verbessern. Die ZBMT-Problematik mit der NK-Vorauszahlung ist im Klärungsprozess begriffen. Ab 2015 dürften sich keine Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentrummanagement“ (TZM)

Inspektionen am Technologiezentrum am Europaplatz, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 eine größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich wurde. Die ersten Dachsanierungen erfolgten in 2012. Weitere Sanierungen wurden in 2013 entsprechend der Planung durchgeführt bzw. werden auch in 2014 durchgeführt. Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2014 wird die Kostensituation etwas abmildern, so dass in diesem Jahr unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) auch mit einem positiven Ergebnis im TZM gerechnet werden kann. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die

nächsten Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2015 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis erreicht werden.

Mittels Dienstleistungsvertrag betreut das Technologiezentrumsmanagement der AGIT auch das MTZ und ZBMT. Das MTZ wird vertragsgemäß zum 1.1.2015 an das UKA übergeben. Der Betreuungsvertrag der AGIT mit GEGRA bzw. der Stadt Aachen endet damit. Alle Verträge wurden gekündigt. Ein Risiko besteht nicht mehr. Nach aktuellem Stand wird das MTZ auch in 2014 in etwa ein neutrales Ergebnis erzielen können.

Obwohl erhebliche bauliche Mängel am ZBMT in 2013 zu Mietminderungen geführt haben, und möglicherweise auch in 2014 zu Mietminderungen führen werden, belasten diese nicht die AGIT, da die Stadt Aachen die Gesamtverluste mittels einer Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht. In 2014 sind diese Mängel (Aufzug) inzwischen behoben, jedoch taten sich in 2013 im Zuge der Nebenkostenabrechnung neue Probleme auf. Somit ist in 2014 zwar mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung zu rechnen, jedoch nicht in der geplanten Höhe laut Wirtschafts- und Stellenplan der AGIT, obwohl das Zentrum zu 100 % ausgelastet ist. 2015 wird sich der Geschäftsbetrieb voraussichtlich stabilisieren, da bis dahin alle Probleme mit den Mietern ausgeräumt sein dürften. Dann laufen jedoch auch schon die ersten Mietverträge aus; bisher wurden aber alle Mietoptionen seitens der Mieter eingelöst.

GB „Wirtschaftsförderung“

Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der AGITneu umgesetzt. Die AGITneu konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte durch als bisher oder ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. In 2013 betrug das Auftrags- und Projektvolumen für die AGITneu 1.070 T€. Für 2014 sind bisher noch keine weiteren neuen Projekte, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, vorgesehen, sondern es werden vorhandene Projekte und Aufträge kostenneutral verlängert bzw. vertraglich zu Ende geführt. Das Auftrags- und Projektvolumen hat für 2014 einen Planwert von 615 T€. Die geplanten Personalmaßnahmen für AGITneu in diesem Bereich laut konzipiertem AGITneu-Stellenplan konnten bisher plangemäß durchgeführt werden.

In 2014 kann damit gerechnet werden, dass alle Projekte, die die AGIT noch aus 2012 aufgrund rechtlicher Verpflichtungen übernommen hat, vollständig geprüft sind. Erst dann kann definitiv gesagt werden, ob alle Leistungen anerkannt und genehmigt wurden. Die Prüfungen in 2013 und 2014 haben gezeigt, dass dies in dem einen oder anderen Falle eintritt und zu Forderungsverlusten geführt hat und somit auch in 2014 weitere Forderungsverluste eintreten können. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind.

Für 2014 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2013. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2014 pendelt sich auf niedrigem Niveau ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und Projekte werden vertraglich zu Ende geführt. Neue Projekte wurden in geringem Umfang eingeworben und nur dann durchgeführt, wenn Sie mit 100 % der Kosten durch Einnahmen gedeckt sind. Das Auftrags- und Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Hinsichtlich der Anerkennung der Projektkosten müssen die Projektprüfungen in 2014 abgewartet werden. Für 2014 lässt sich zurzeit die Prognose erstellen, dass die geplanten Zie-

le und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2014 weitgehend erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2014

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2014 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

In 2013 wurde ein Auftrags- und Projektvolumen von 1.070 T€ (Vorjahr 1.773 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2012 sowie 2011 deutlich – wie geplant – unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile in 2013 hinterlegt, so dass nur noch durch nicht anerkannte Projektkosten Risiken entstehen. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt- und Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter vom 21.11.2012, den Eigenanteil der Projekte zzgl. Gemeinkosten in 2013 zu genehmigen, hat sich diese Problematik deutlich entschärft. Damit wird zudem die Liquidität nach einer begründbaren Übergangszeit in 2013 (Forderungen aus 2012 und 2013) ab Mitte 2014 deutlich verbessert, was sich bereits zeigt. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Projekte (Regionalagentur, Frau und Beruf, etc.) an den neuen Zweckverband mit Übergangsdatum 1.1.2013 überführt wurde und damit für die AGIT in 2012 abgeschlossen wurde. Damit fällt die weitere Vorfinanzierung dieser Projekte weg.

In 2014 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGITneu mit ca. 615 T€ deutlich unter dem Niveau von 2013. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme. Natürlich können auch für 2014 – wie das Jahr 2013 gezeigt hat – leichte Forderungsverluste in Projekten entstehen.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA I und BA II werden auch in 2014 und 2015 durchgeführt werden. Das in Auftrag gegebene Instandhaltungsgutachten hat einen Finanzierungsrahmen von 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Diese Werte wurden bereits in die Wirtschaftspläne der nächsten Jahre übernommen.

Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das als Test in 2014 eingeführt werden soll. Teil dieses QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt.

2. Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne 2013 und 2014. In einer Arbeitsgruppe wurden alle Kostengruppen

pen der „Zentralen Dienste“ (ZD) bewertet und weitgehend den Sparten zugeordnet. Die verbleibenden Kosten der „ZD“ wurden mit unterschiedlichen sachgerechten Schlüsseln auf die Bereiche verteilt. Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise der Verteilung der „ZD“ auf die Bereiche nach „Personenanzahl“ (VZÄ) wurde der Schlüssel „Personalkosten“ gewählt, der als sachgerechter für die AGIT neu als der bisherige Schlüssel eingestuft wurde.

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ sowie das ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, das umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA können damit wie vorgesehen durchgeführt werden. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann dann planmäßig erfolgen.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In 2012 wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg erarbeitet, die in 2013 unterzeichnet und in Kraft treten sollen. Der Zuwendungsbescheid wurde vom Kreis Heinsberg ab dem 01.07.2013 vollzogen. Beim Kooperationsvertrag mit der RWTH Aachen gab es noch strittige Punkte, so dass erst Mitte 2014 mit einer Vertragsunterzeichnung zu rechnen ist. Diese Vereinbarungen, die auch eine finanzielle Beteiligung des Kreises Heinsberg vorsehen, sollen Kosten und Eigenanteile in Projekten absichern und die AGIT-Aktivitäten im Arbeitsbereich GALILEO vor Ort in Wegberg-Wildenrath unterstützen.

3 Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlägt, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer.

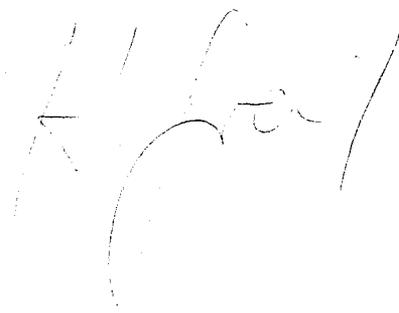
Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden. Das neue Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT.

Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“, die sich noch aus den alten Vertragsbindungen ergeben können, insbesondere aus den Projekten aus dem Jahr 2012, die nicht alle an den ZV übergeben wurden und die in 2013 und 2014 von der AGIT fortgeführt werden müssen, sind überschaubar. Hier können nach erfolgter Projektprüfung durch die Zuwendungsgeber Forderungsverluste entstehen bzw. es sind auch in 2014 noch Eigenleistungen zu erbringen, die sich aus den Verträgen ergeben. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregelungen ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentriertes Management“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT.

Für 2014 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte eintreten. Die strategische Ausrichtung der AGIT 2.0 ist deshalb auf einem guten Weg.

Aachen, im Juni 2014

Dr. Helmut Greif
Geschäftsführer



Bilanz zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
AKTIVA					PASSIVA
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00	729,99	II. Kapitalrücklage	41.148,78	65.989,66
II. Sachanlagen			III. Jahresfehlbetrag	27.795,48	24.840,88
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.413,00	2.983,93	B. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			sonstige Rückstellungen	5.819,75	7.550,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			C. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	52.242,44	67.423,74	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.191,19	0,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>82,35</u>	<u>0,00</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.191,19 (EUR 0,00)		
	52.324,79	67.423,74	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.657,36	8.734,49
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2,02	13.557,29	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 4.657,36 (EUR 8.734,49)		
			3. sonstige Verbindlichkeiten	1.154,62	1.697,09
			- davon aus Steuern EUR 1.154,62 (EUR 1.697,09)	9.003,17	10.431,58
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.154,62 (EUR 1.697,09)		
	<u>53.740,81</u>	<u>84.694,95</u>		<u>53.740,81</u>	<u>84.694,95</u>

TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	93.788,84	138.413,21
2. sonstige betriebliche Erträge	10.066,56	35.736,63
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.284,76	46.099,54
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	61.304,06	106.144,87
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>13.869,39</u>	<u>22.590,42</u>
	75.173,45	128.735,29
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	2.299,92	2.358,48
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	20.566,08	20.700,20
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>326,67</u>	<u>1.097,21</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>27.795,48-</u>	<u>24.840,88-</u>
9. Jahresfehlbetrag	<u><u>27.795,48</u></u>	<u><u>24.840,88</u></u>

Technik-Agentur Euskirchen TAE GmbH

Lagebericht 2013

1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Technik-Agentur Euskirchen TAE wird in Form einer GmbH geführt. Die Geschäftsanteile entfallen auf folgende Institutionen:

- | | |
|--------------------|------|
| • Kreis Euskirchen | 52 % |
| • KSK Euskirchen | 20 % |
| • IHK Aachen | 7 % |
| • HWK Aachen | 7 % |
| • AGIT mbH Aachen | 7 % |
| • BZE Euskirchen | 7 % |

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Die TAE ist eine sehr kleine Gesellschaft und beschäftigt zurzeit einen Vollzeitmitarbeiter, der als Technologiescout tätig ist. Die Geschäftsführung wird als Nebentätigkeit durch die Leiterin des Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE wahrgenommen. Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages stellt das BZE zudem Büro- und Besprechungsräume sowie die gesamte Infrastruktur und EDV kostenfrei zur Verfügung. Bestimmte Dienstleistungen, wie z. B. die Buchhaltung oder Bewirtung für Veranstaltungen, werden durch das BZE kostenpflichtig für die TAE durchgeführt.

b) Ziele und Strategien

Die TAE betreibt technologieorientierte Wirtschaftsförderung und bietet Beratungsleistungen an, die insbesondere im Bereich Technologietransfer und Fachkräftesicherung liegen. Diese Beratungsangebote richten sich vorwiegend an kleine und mittlere Unternehmen im Kreis Euskirchen, die mit Hilfe der TAE ihre Innovationskraft verstärken und damit die Konkurrenzfähigkeit erhöhen können. Für die Unternehmen ist diese technologieorientierte Wirtschaftsförderung kostenfrei.

Durch die Beteiligung an unterschiedlichen Förderprojekten erwirtschaftet die TAE Drittmittel und kann damit einen Teil der Personalkosten decken. Dabei erfolgt die Bereitstellung der finanziellen Mittel in der Regel nach dem Ausgabenerstattungsprinzip und fordert somit eine Vorfinanzierung durch die TAE selbst. Die Ergebnisse aus diesen Förderprojekten kommen auf direktem Wege den Unternehmen in der Region zu Gute. Desweiteren bietet die TAE Qualifizierungsmaßnahmen für Führungskräfte an, die insbesondere regelmäßig seitens eines Großunternehmens im Kreis Euskirchen gebucht werden.

Die TAE ist mit ihrem Unternehmenszweck der Wirtschaftsförderung nicht auf die Erzielung von Unternehmensgewinnen ausgerichtet. Für den Ausgleich der zu erwartenden Verluste gibt es eine entsprechende Vereinbarung zur Zahlung eines Betriebskostenzuschusses der Gesellschafter. Dieser wurde per Gesellschafterbeschluss vom 26.05.2011 auf eine Maximalhöhe von insgesamt 85,5 T€ pro Jahr festgelegt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Geschäftstätigkeit der TAE und die entsprechende Akquirierung von Fördermitteln ist abhängig von der aktuellen Wirtschaftslage und von aktuellen Fragestellungen wie z. B. bezüglich des demografischen Wandels und der Fachkräftesicherung in ländlichen Regionen. Zur Bewältigung dieser Fragestellungen werden aktuelle Förderprogramme aufgelegt, um kleinen und mittleren Unternehmen Hilfestellungen geben zu können. An diesen Förderprogrammen beteiligt sich die TAE regelmäßig, um damit Drittmittel zu akquirieren.

b) Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen ergeben im Hinblick auf rechtliche oder wirtschaftliche Rahmenbedingungen bzw. auf die Situation des Marktes und des Wettbewerbs.

Die Umsatzerlöse der TAE im Jahr 2013 liegen bei 93,8 T€ und wurden etwa zur Hälfte mit der Durchführung von Führungskräfte Seminaren erzielt. Der Betrag von 48,2 T€ resultiert aus den Personal- und Sachkostenerstattungen aus einem bewilligten Fördermittelprojekt. Insgesamt liegen damit die erzielten Umsatzerlöse unter dem Betrag des Vorjahres, der sich auf 138,4 T€ belief.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 8,7 T€ sind im Wesentlichen durch die Weiterbelastung von Personalkosten an das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE generiert worden. Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages werden wechselseitig bestimmte Personalkosten zwischen TAE und BZE verrechnet.

c) Ertragslage

Die TAE musste im Geschäftsjahr 2013 erneut einen Verlust hinnehmen. Im Vergleich der letzten drei Jahre zeigt sich folgendes Bild:

Geschäftsjahr 2011: Jahresfehlbetrag	33,9 T€
Geschäftsjahr 2012: Jahresfehlbetrag	24,8 T€
Geschäftsjahr 2013: Jahresfehlbetrag	27,3 T€

Im Geschäftsfeld „Führungskräfte Seminare“ erwirtschaftete die TAE im Jahr 2013 einen Überschuss von 17 T€. Mit der Durchführung von Drittmittelprojekten kann die TAE grundsätzlich keine Überschüsse erwirtschaften, da diese Projekte eine Förderquote von maximal 80 % haben. Der Eigenanteil der TAE in Höhe von mindestens 20 % ist immer aus eigenen Mitteln aufzubringen. Der entstehende Verlust wird innerhalb eines Geschäftsjahres bis zur Höhe von 85,5 T€ durch die Gesellschafter getragen und mit liquiden Mitteln ausgeglichen.

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital der TAE beträgt 25.564,59 € und wird entsprechend der Geschäftsanteile wie folgt durch die Gesellschafter gehalten:

• Kreis Euskirchen	13,3 T€
• KSK Euskirchen	5,1 T€
• IHK Aachen	1,8 T€
• HWK Aachen	1,8 T€
• AGIT mbH Aachen	1,8 T€
• BZE Euskirchen	1,8 T€

Der Vorjahresverlust in Höhe von 24,8 T€ wurde im Rahmen des Beschlusses zur Verlustübernahme durch die Gesellschafter mit liquiden Mitteln ausgeglichen.

Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2013 sind keine Investitionen getätigt worden.

Liquidität

Die Liquidität der TAE ist zurzeit nicht zufriedenstellend, da die Mittelabrufe innerhalb des laufenden Drittmittelprojektes nur sehr schleppend seitens des Förderers bearbeitet werden. So bestehen aus dem Geschäftsjahr 2013 Forderungen in Höhe von 48,1 T€, die bereits abgerufen, aber bisher nicht gezahlt worden sind. Der Ausgleich dieser Forderungen ist als sicher einzustufen.

Zur Überbrückung von Engpässen in der Liquidität nimmt die TAE einen Kontokorrentkredit bei der KSK Euskirchen in Höhe von maximal 50 T€ in Anspruch.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 52,2 T€, wovon 48,1 T€ auf Forderungen in Form von ausstehenden Personal- und Sachkostenerstattungen aus einem bewilligten Drittmittelprojekt entfallen. Aufgrund aufwendiger Überprüfungen auf Seiten des Fördermittelgebers erfolgt die Freigabe der Mittel mit einer Zeitverzögerung von bis zu einem Jahr. Dennoch sind die Forderungen in Gänze als einbringlich zu bewerten.

f) Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund des Gesellschaftszwecks werden finanzielle Leistungsindikatoren der TAE nicht erfasst.

nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund des Gesellschaftszwecks werden keine nichtfinanziellen Leistungsindikatoren innerhalb der TAE erfasst.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose

Das Gesamtergebnis der TAE im Jahr 2013 ist besser als geplant und liegt mit einem Verlust von 27,4 T€ deutlich unter der Planzahl von -45,3 T€. Der Grund hierfür liegt im Rückgang der Personalkosten durch die Kündigung eines Mitarbeiters im Laufe des Geschäftsjahres 2013. Der Zeitraum zur Verausgabung der für diesen Mitarbeiter vorgesehenen Projektmittel zur Finanzierung der Personalkosten wurde daraufhin verlängert, sodass die Projektmittel nicht an den Förderer zurückfließen müssen. Im Laufe des Geschäftsjahres 2014 muss ein neues Projekt beantragt werden oder ein Folgeantrag zur Verlängerung des laufenden Projektes gestellt und möglichst auch bewilligt werden, da die Laufzeit des aktuellen Drittmittelprojektes im September endet. Die Aussichten auf eine Bewilligung des in Arbeit befindlichen Folgeantrags zum laufenden Förderprojekt sind derzeit relativ gut.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TAE und damit für ihre zukünftige Entwicklung sind in erster Linie in der Ungewissheit bei der Akquise neuer Förderprojekte zu sehen. Wenn keine Drittmittelprojekte akquiriert werden können, dann fallen die Personalkosten vollständig zu Lasten der Gesellschaft und können nur zum Teil durch den Gewinn des Seminargeschäfts aufgefangen werden. Der zukünftige Umfang des Seminargeschäfts in Form von Führungskräfte trainings mit einem externen Referenten ist zudem sehr ungewiss, da der Hauptkunde zurzeit einen erheblich geringeren Bedarf hat als in den letzten Jahren. Hier müssen die Aktivitäten zur Gewinnung neuer Kunden für dieses Fachseminar für Führungskräfte auf der mittleren Ebene von Industrieunternehmen verstärkt werden.

Chancenbericht

Die Aktivitäten des Technologiescouts der TAE haben sich im Laufe des Geschäftsjahres 2013 gut etabliert und die neu entwickelten Veranstaltungsformate für fachlichen Austausch innerhalb bestimmter Branchen sowie zur Fachkräftegewinnung werden von den Unternehmern gut genutzt. Trotz Drittmitteln aus Förderprojekten und Weiterführung des Seminargeschäfts im derzeitigen Umfang wird die TAE mittelfristig keine Gewinne erzielen können. Das Ziel ist daher, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln in Form des zugesagten Betriebskostenzuschusses der Gesellschafter das größtmögliche Volumen technologieorientierter Wirtschaftsförderung für die Unternehmen in der Region Euskirchen zu generieren.

Euskirchen, 30.04.2014

Maria Breuer
Geschäftsführerin TAE GmbH

Bericht

über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2013

Zu den Zielen und der Ausrichtung der Gesellschaft beinhaltet der Gesellschaftsvertrag der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen folgende Bestimmungen:

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2013 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrages entsprochen hat.

Euskirchen, 25. Juni 2014

TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen



Günter Rosenke

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva	31.12.2012		Passiva	
	EUR	Vorjahr EUR	31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Schutzrechte und ähnliche Rechte	38.642,00	27.112,00	2.608.430,00	2.608.430,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	39.150.222,34	38.940.173,81		
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	4.196.319,56	1.135.524,00	1.305.250,00	1.305.250,00
3. Grundstücke ohne Bauten	1.545.745,69	1.584.190,96	5.607.250,48	5.507.250,48
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	153.122,75	205.563,10	4.041.851,77	3.969.220,88
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	116.195,00	102.704,00	10.954.352,25	10.781.721,36
6. Anlagen im Bau	812.738,50	2.596.234,96		
7. Bauvorbereitungskosten	53.633,23	54.968,26		
	<u>46.027.977,07</u>	<u>44.619.359,09</u>	<u>14.058.344,22</u>	<u>13.875.793,85</u>
III. Finanzanlagen				
Andere Finanzanlagen	170,00	170,00	128.740,44	113.355,43
	<u>46.066.789,07</u>	<u>44.646.641,09</u>		
B. Umlaufvermögen				
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte				
1. Grundstücke ohne Bauten	471.924,60	587.636,66	26.435.412,35	23.914.637,48
2. Bauvorbereitungskosten	35.464,83	39.668,18	8.409.473,93	8.572.713,43
3. Grundstücke mit unfertigen Bauten	144.426,35	0,00	2.411.958,60	2.420.294,97
4. Grundstücke mit fertigen Bauten	57.791,78	59.671,78	180.857,07	324.163,31
5. Unfertige Leistungen	2.225.818,49	1.992.389,24	612.970,11	176.540,90
6. Andere Vorräte	6.397,48	13.720,55	586.553,27	719.119,96
	<u>2.941.823,53</u>	<u>2.693.086,41</u>	<u>94.703,02</u>	<u>120.535,33</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Vermietung	9.673,49	12.085,26		
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	104.025,71	85.220,51		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	358.069,84	461.217,50		
	<u>471.769,04</u>	<u>558.523,27</u>		
III. Liquide Mittel				
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.433.178,14	2.335.196,12		
	<u>6.846.770,71</u>	<u>5.586.805,80</u>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
1. Geldbeschaffungskosten	2.209,00	2.378,00		
2. Andere Rechnungsabgrenzungsposten	3.244,23	1.524,86		
	<u>5.453,23</u>	<u>3.902,86</u>		
	<u>52.919.013,01</u>	<u>50.237.349,75</u>		
			<u>38.731.928,35</u>	<u>36.248.005,38</u>
			0,00	195,09

Aktiva	31.12.2012		Passiva	
	EUR	Vorjahr EUR	31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
II. Gewinnrücklagen				
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen				
2. Bauerneuerungsrücklage				
3. Andere Gewinnrücklagen				
III. Jahresüberschuss				
B. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen				
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern				
3. Erhaltene Anzahlungen				
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung				
5. Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit				
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
7. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon aus Steuern:				
EUR 86.193,87 (Vorjahr: EUR 120.541,81)				
D. Rechnungsabgrenzungsposten				

Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH, Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	7.201.916,11	7.089.201,96
b) aus dem Verkauf von Grundstücken	271.258,00	917.066,00
c) aus Betreuungstätigkeit	214.560,77	179.046,05
2. Erhöhung (Vorjahr: Verminderung) des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	256.060,19	-320.740,32
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	590,24	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	135.498,98	110.465,39
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.693.187,33	3.634.266,93
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	168.937,03	458.668,30
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	1.893,92	361,92
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	919.871,94	875.982,44
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 57.444,76 (Vorjahr: EUR 55.406,90)	258.157,38	241.000,37
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.003.285,42	987.564,88
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	343.475,68	330.276,72
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10,28	11,15
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.004,03	27.964,66
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	908.365,14	810.771,08
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	808.724,76	664.122,25
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	149.403,11	13.732,94
14. Sonstige Steuern	163.759,68	164.746,82
15. Jahresüberschuss	495.561,97	485.642,49

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Rahmenbedingungen **Allgemeine Angaben**

Die Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 5. Dezember 2008 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages, sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Die weltwirtschaftliche Konjunktur hat 2012 nahezu überall an Fahrt verloren, und die Stimmung von Unternehmen und Haushalten hat sich weiter verschlechtert. Ein wichtiger Belastungsfaktor ist schon seit dem Jahr 2011 die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum. Hinzu kommt, dass Anpassungsprozesse, die seit dem Platzen der Immobilienblase in den USA im Jahr 2007 auch in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften stattfinden, noch nicht abgeschlossen sind.

Die Rezession im Euroraum hat sich im Verlauf des Jahres 2012 fortgesetzt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging seit dem Herbst 2011 zurück; im zweiten Quartal 2012 sank sie um 0,2 %. Vergleichsweise günstig verlief die Entwicklung in Deutschland und Österreich, wo die wirtschaftliche Aktivität bis zuletzt aufwärts gerichtet war, sowie in Belgien und der Slowakei. Geradezu dramatisch sind demgegenüber die Produktionsrückgänge in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern. Seit dem Sommer 2011 schrumpft die Binnennachfrage im Euroraum kontinuierlich. Anregungen gehen hingegen vom Außenhandel aus. Wohl nicht zuletzt infolge der Abwertung des Euro legten die Exporte im zweiten Quartal dieses Jahres trotz der schwächeren Weltkonjunktur in beschleunigtem Tempo zu. Gleichzeitig verringerte sich die Zunahme der Importe, weil die Inlandsnachfrage weiterhin merklich zurückging.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2012 weiter gewachsen: Um 0,7 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel kräftiger gestiegen (2010 um 4,2 % und 2011 um 3,0 %). Dabei handelte es sich aber um Aufholprozesse nach der weltweiten Wirtschaftskrise 2009. Die deutsche Wirtschaft erwies sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig und trotzte der europäischen Rezession. Allerdings hat sich die deutsche Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte deutlich abgekühlt. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts erwies sich der Außenhandel angesichts eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds als sehr robust: Deutschland exportierte im Jahr 2012 preisbereinigt insgesamt 4,1 % mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Importe lediglich um 2,3 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen - der Außenbeitrag - steuerte 1,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum 2012 bei und war damit einmal mehr wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft.

Branchenspezifische Entwicklung Im Kreis Euskirchen wurden in 2012 rund 398 Wohnungen erstellt, insgesamt 4,2 % mehr als in 2011. Nur 34 Wohnungen wurden in Mehrfamilienhäusern fertiggestellt, das sind 59 % weniger als in 2011. Die Anzahl der Baugenehmigungen für zu erstellende Wohnungen stieg gleichfalls in 2012 um 0,9 %. Somit wurden für 472 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt.

Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern.

Wohnungsmarkt Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein "Vermietermarkt". Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungsbau Das Mehrfamilienhaus mit acht Wohnungen in der Carl-Schurz-Str. 12a (Baubeginn 2010) und die zwei Mieteinfamilienhäuser in der Dechant-Boßhammer-Str. 22-24 (Baubeginn 2011) in Euskirchen wurden in 2012 fertiggestellt und vermietet. Außerdem wurden erste bauvorbereitende Maßnahmen für die Errichtung eines Miethauses mit elf Wohnungen in der Trierer Straße 11, Euskirchen getroffen.

Sonstiger Neubau Das in 2011 begonnene Bauprojekt "Kulturhof" in der Wilhelmstr. 32-34 in Euskirchen mit zwei gewerblichen Einheiten (Bücherei mit Museum und Büros sowie einem Café) wurde noch zum Jahresende 2012 der Stadt als Mieterin übergeben. Außerdem wurde in 2012 mit dem Bau der Kindertagesstätte Mitbachaue, Am Mitbach 8, Euskirchen begonnen. Die Fertigstellung ist bis zum 31. Juli 2013 geplant.

Instandhaltung / Instandsetzung Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2012 betragen einschließlich der Aufwendungen für die Modernisierungen TEUR 1.625. Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Modernisierung Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit elf Häusern wird zur Zeit modernisiert. Die in 2011 begonnene Modernisierung und Instandhaltung der Liegenschaft Appelsgarten 12-14 in Euskirchen, wurde in 2012 abgeschlossen. Mit der

Modernisierung des Hauses Hubert-Salentin-Str. 27 wurde in 2012 begonnen. Außerdem wird das im Sanierungsgebiet "Viehplätzchen" liegende Gebäudes "Bischofstr. 12" instandgesetzt.

Die ebenfalls in 2010 begonnene Instandsetzung der Seniorenwohnanlage Dominikanerinnen Platz 2 in Euskirchen wurde Anfang 2012 abgeschlossen. Einhergehend mit der Fassadensanierung erhielt das Gebäude eine zusätzliche Wärmedämmung. Weiterhin wurden die Fenster und die Heizung modernisiert.

Trägerbau

Für den Bau eines Mehrfamilienhauses mit elf Eigentumswohnungen in der Trierer Str. 11a, Euskirchen wurden in 2012 erste bauvorbereitende Maßnahmen getroffen. Mit dem Bau wurde im März 2013 begonnen. Es soll Mitte 2014 den Eigentümern übergeben werden.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2012 insgesamt 1.325 Wohnungen, 8 gewerbliche Einheiten und 379 Garagen. Von den Wohnungen waren 682 freifinanziert, die anderen unterlagen öffentlich-rechtlicher Zweckbindung.

Zum Wohnungsbestand der Gesellschaft kamen in 2012 durch den oben genannten Neubau zehn Wohnungen und zwei gewerbliche Einheiten hinzu. Im Gegenzug veräußerte die Gesellschaft ein sanierungsbedürftiges Mehrfamilienhaus mit vier Wohnungen und ein ehemaliges, eigentlich zum Abriss, vorgesehene Schulgebäude.

Fremdverwaltung

Ende 2012 wurden von der Gesellschaft Gebäude mit 385 Wohnungen, vier gewerblichen Einheiten, 102 Garagen für Dritte verwaltet.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war in 2012 die Gesellschaft für 14 Wohnungseigentümergeinschaften mit 229 Wohnungen und 134 Garagen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über vier baureife Grundstücke mit 8.627 qm, zwei Grundstücke im Zustand der Erschließung mit 16.210 qm, zwei Ackerlandflächen mit 28.272 qm, zwei Waldgrundstücke mit 27.532 qm, eine Parzelle von 4.507 qm, die zurzeit von der Stadt Euskirchen erschlossen wird und im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, sowie zwei Gartenparzellen von 663 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2012 ein Jahresüberschuss von 496 TEUR (Vorjahr: 486 TEUR) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2012 TEUR	Vorjahr TEUR	Verände- rung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	1.667	1.474	193
- Bauträgertätigkeit	125	178	-53
- Betreuungstätigkeit	213	179	34
- Sonstigem	10	11	-1
	2.015	1.842	173
Nicht direkt zurechen- bare Aufwendungen	1.482	1.423	59
Betriebsergebnis	533	419	114
Ergebnis der Finanz- rechnung	26	28	-2
Ergebnis der neutra- len Rechnung	86	52	34
Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag	149	13	136
Jahresergebnis	496	486	10

Die Mietausfälle von TEUR 163 betragen 2,2 % (Vorjahr: 2,2 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,0 % (Vorjahr: 1,4 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2012.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2012 gesichert.

**Vermögens- und
Finanzlage**

Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Vermögenswerte, hauptsächlich Sachanlagen, sind fristgerecht durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel finanziert. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2012 um TEUR 2.682 auf TEUR 52.919 erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen und Neubautätigkeiten in erheblichem Maß Eigenkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 87,1 % (Vorjahr: 88,9 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 26,0 % (Vorjahr: 27,0 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind z.B. die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 26,0 %, die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,9 %, der Cashflow mit TEUR 1.488, die Fluktuationsquote mit 7,8 % und die Leerstandsquote mit 1,0 %.

**Gesamtaussage zur
Wirtschaftlichen Lage**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

**Besondere
Ereignisse im
Geschäftsjahr**

Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2012 nicht eingetreten.

**Nicht finanzielle
Leistungsindikatoren
nach § 289 Abs. 3 HGB**

Betriebswirtschaftlich werden die Geschäftsprozesse mittels des ERP-Systems "Immotion" der GAPmbH weiterhin automatisiert. Auch in 2013 sollen Optimierungen durchgeführt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft nehmen auch in 2013 verstärkt an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.

**Ergänzende Angaben
nach § 289 Abs. 2
Nr. 1 HGB**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2012 nicht eingetreten.

**Risikobericht und
Risikomanagement/
Chancen und Risiken
der künftigen Entwick-
lung**

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zu Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierearm und seniorengerecht zu erstellen.

Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Frauenbergerstraße.

Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Die Anforderungen der Basel II - Ratingprozesse müssen weiterhin beachtet werden.

Euskirchen, 28. März 2013

Die Geschäftsführung:

(Knuth)

Kreis Krankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2013

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Erlöse aus Altenpflege, Altenpfliegewohnungen und geriatrischer Rehabilitation	16.507.249,05	16.012.759,06
2. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	57.190.849,55	54.293.440,31
3. Erlöse aus Wahlleistungen	1.987.170,15	2.008.035,61
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.549.212,89	2.523.992,33
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.100.203,01	1.157.314,26
6. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen/unfertigen Leistungen	-35.300,00	6.400,00
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.753.046,94	1.610.944,21
8. Umsatzerlöse	688.889,00	752.530,60
9. sonstige betriebliche Erträge	3.733.759,35	3.331.646,69
	85.475.079,94	81.697.063,07
10. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-41.337.328,78	-38.741.693,73
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: EUR 3.007.648,97; 2012: EUR 2.795.362,31)	-10.185.661,99	-9.677.120,46
11. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-10.267.887,32	-10.115.887,94
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-9.455.825,67	-9.280.775,94
	-71.246.703,76	-67.815.478,07
Zwischenergebnis	14.228.376,18	13.881.585,00
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.870.098,30	1.914.342,52
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.945.664,90	2.665.359,62
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-1.997.741,25	-2.045.282,69
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-198.748,17	-202.405,02
	2.619.273,78	2.332.014,43
16. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.664.092,90	-4.289.863,37
17. sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.471.768,06	-9.377.391,66
	-13.135.860,96	-13.667.255,03
Zwischenergebnis	3.711.789,00	2.546.344,40
18. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 221.005,98; 2012: EUR 230,00)	288.263,72	116.956,01
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 1.439,00; 2012: EUR 0,00)	-1.063.507,78	-1.116.748,22
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.936.544,94	1.546.552,19
21. Steuern	-45.731,59	-37.427,02
22. Konzern-Jahresüberschuss	2.890.813,35	1.509.125,17
23. auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-233.750,67	-108.188,08
24. Konzerngewinn	2.657.062,68	1.400.937,09

Zusammengefasster Lagebericht zum Jahresabschluss der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH per 31. Dezember 2013 und des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2013

Vorbemerkung: Die Geschäftsführung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat von der Regelung des § 315 Abs. 3 i.V.m. § 298 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und den Lagebericht der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zusammengefasst.

1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Sitz in Mechernich.

Im Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 24. November 2005 ist die abgestimmte Struktur des Kreiskrankenhauses Mechernich krankenhauserplanerisch umgesetzt worden. Nach den Festlegungen wird das Kreiskrankenhaus Mechernich ab dem 01. Januar 2006 mit 413 Betten/Plätzen im Krankenhausplan geführt. Mit Bescheid der Bezirksregierung vom 17. März 2014 ist die Erweiterung der Intensivpflegebetten für Erwachsene ohne Änderung der Gesamtbettenzahl von 14 auf 18 Betten auch im Betten-Ist mit Wirkung 01. August 2013 nachvollzogen worden. Der Bescheid vom 17. März 2014 ist bereits auf der Grundlage der Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 erstellt worden. Im Bescheid vom 17. März 2014 ist vorgegeben, dass die Erbringung der Leistungsangebote vom Versorgungsauftrag nur dann erfasst ist, wenn und soweit die diesbezüglichen qualitativen Vorgaben des Krankenhausrahmenplans (Krankenhausplan 2015) vom 22. Juli 2013 bei der Leistungserbringung erfüllt sind.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hält an der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 93,99 %; dies entspricht einem Betrag von TEUR 5.361. Die verbleibenden 6,01 % oder TEUR 343 des Stammkapitals der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält die Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatriischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich)

an. Seit April 2008 betreibt die Gesellschaft zudem das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie und Chirurgie. Im Rahmen einer Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums zum 01. April 2013 ist ein orthopädischer Versorgungsbereich in Zweigpraxisräumen des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich in die Nutzung überführt worden. Weiterhin ist im Jahre 2013 eine gynäkologische Praxis käuflich erworben worden; diese soll zum 01. Oktober 2014 den Betrieb in der Zweigpraxis aufnehmen. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH. Deren Stammkapital beträgt TEUR 27,6. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt.

An der Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 am Stammkapital von TEUR 100 einen Geschäftsanteil von 51 %. Die übrigen TEUR 49 des Stammkapitals werden vom Familienpflege der Franziskus-schwester e. V., Essen, gehalten. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, nämlich den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatriischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen. Durch notariellen Vertrag vom 09. Dezember 2003 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Zusammenhang mit der Übernahme des Geschäftsanteils der St. Antonius Betreibergesellschaft Schleiden mbH an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH auch deren Verlustausgleichsverpflichtung übernommen. Diese besagt, dass die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verpflichtet ist, die Verluste der Liebfrauenhof Schleiden GmbH, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von TEUR 250 auszugleichen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von TEUR 25,05 hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 51 % (TEUR 12,75). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile in einer Größenordnung von jeweils TEUR 6,15. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Hellenthal-Blumenthal sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich (seit 2010), in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden (seit 2012) und auf dem Gelände des Geriatriischen Zentrums in Zülpich (seit 2013).

Bei der im Jahre 2008 neu strukturierten AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nach der Neuordnung das Stammkapital von TEUR 25 zu 100 % in ihrem Besitz. Zweck der Gesellschaft ist die

Förderung der Wohlfahrtspflege. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich und durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums an der Olefmündung in Gemünd mit den Versorgungsbereichen Allgemeinmedizin und Frauenheilkunde erfüllt.

Das Stammkapital der im Jahre 2002 gegründeten KKM Servicegesellschaft mbH von TEUR 25 ist zu 100 % im Besitz der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH. Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen. Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestaltung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung. Als 100 %ige Tochtergesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von TEUR 25 die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

An der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH war die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 bis zum 31.12.2013 mit 49 % am Stammkapital in Höhe von TEUR 30 beteiligt (Anteil: TEUR 14,7). Die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von 51 % hielt die Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH. Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ist durch Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 20. Januar 2011 mit 105 Betten in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Von den 105 Betten sind 48 Betten der Chirurgie und 57 Betten der Inneren Medizin zugeordnet. Durch notariellen Vertrag vom 30. Oktober 2013 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung 01. Januar 2014 ihren Anteil am Stammkapital der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH von 49 % auf 93,33 % erhöht; die übrigen 6,67 % sind bei dem vorherigen Mehrheitsgesellschafter Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH verblieben.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahre 2013 zeichnete sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland durch ein geringes Wachstum aus: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug es nur 0,4 % und war damit so gering wie zuletzt im Rezessionsjahr 2009. Das Wachstum resultierte überwiegend aus den Beiträgen der Binnenwirtschaft (insbesondere Konsum, + 0,9 %). Positiv stellte sich die Entwicklung auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt dar.

Die für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH maßgeblichen Rahmenbedingungen im **Gesundheitssektor** lassen sich für 2013 wie folgt beschreiben:

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser, insbesondere der kleineren Krankenhäuser, stellte sich weiterhin schlecht dar. Nach einer Verbandsumfrage des Verbands der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. vom September 2013 gaben 46 % der antwortenden Krankenhäuser an, dass sie für das Gesamtjahr 2013 negative Ergebnisse erwarten. Als Hauptursache der strukturellen Unterfinanzierung der bundesdeutschen Krankenhäuser wird die nicht gegebene Refinanzierung der Betriebskosten (insbesondere der tariflich bedingten Mehrkosten) durch die nach oben begrenzte Erhöhung der Landesbasisfallwerte eingestuft. Darüber hinaus wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder die nicht zutreffende Abbildung verschiedener Leistungen im DRG-Fallpauschalensystem und die damit nicht kostendeckende Vergütung betont, insbesondere von den Maximalversorgern. Das im Jahre 2013 von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket zur finanziellen Entlastung der Krankenhäuser hat die problematische finanzielle Situation der bundesdeutschen Krankenhäuser für die Jahre 2013 und 2014 entlastet, aber keine nachhaltige Finanzierungssicherheit herbeigeführt. Die finanzielle Problematik der bundesdeutschen Krankenhäuser ist nicht nur auf eine unzureichende Finanzierung der Betriebskosten, sondern auch auf eine seit Jahren unzureichende Investitionsförderung durch die zuständigen Bundesländer zurückzuführen. Nach einer aktuellen Bestandsaufnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur Krankenhausinvestitionsförderung durch die Länder fehlen den Kliniken weiterhin jedes Jahr rund 3 Mrd. Euro. Die von den Ländern bereitgestellten Investitionsmittel in Höhe von 2,72 Mrd. Euro lägen „weit unter dem Niveau, das notwendig wäre, die Kliniken auf einem modernen Stand zu halten.“ Nach Darstellung der DKG halte die Investitionsmittelbereitstellung durch die Bundesländer weder mit der allgemeinen Teuerung noch mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch nur ansatzweise Schritt. Vor dem Hintergrund fordert die DKG in ihrer Stellungnahme zum Koalitionsvertrag der großen Koalition auf Bundesebene vehement eine nachhaltige Reform der Krankenhausfinanzierung. Die Refinanzierung der Personal- und der übrigen laufenden Kosten sowie die Investitionsfähigkeit der Kliniken sollten nach Auffassung der DKG ganz oben auf der Agenda der neuen Bundesregierung stehen. Die Krankenhäuser müssten in die Lage versetzt werden, die Personalkostensteigerungen ohne fortgesetzte Rationalisierung und Personalabbau refinanzieren zu können. Ob und inwieweit die neu eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der geplanten Krankenhausreform diesen Forderungen nachkommt, werden die nächsten Monate zeigen.

Für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser ist im Jahre 2013 zudem eine wesentliche Änderung eingetreten: Mit Wirkung 22. Juli 2013 ist der Krankenhausplan NRW 2015 in Kraft getreten. Über die im Krankenhausgestaltungsgesetz Nordrhein-Westfalen vorgesehenen und zu Beginn des Jahres 2014 durch die Landesverbände der Krankenkassen initiierten regionalen Planungskonzepte sollen die Rahmenvorgaben bis 2015 umgesetzt und für die einzelnen Krankenhäuser konkretisiert werden. Durch den Krankenhausplan NRW 2015 ist die Planung der Teil-

gebiete abgeschafft worden; nach Auffassung des zuständigen Ministeriums dürften damit die regionalen Planungsverfahren erheblich zügiger durchzuführen sein. Anstelle der Teilgebieteplanung ist im Krankenhausplan NRW 2015 die Vorgabe von Strukturqualitäten getreten. Nur wenn die Krankenhäuser die vorgegebenen Strukturqualitäten erfüllen und damit die jeweiligen Leistungsangebote zum Versorgungsauftrag gehören, sind sie berechtigt, entsprechende Leistungen zu erbringen und abzurechnen. Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen hatte bei den jahrelangen Vorarbeiten zur Aufstellung des Krankenhausplans NRW 2015 immer wieder vehement darauf hingewiesen, dass durch die teilweise nicht evidenzbasierten Kriterien zu Struktur und Qualität sowie die fehlende Analyse der Folgen bei deren Umsetzung die flächendeckende Krankenhausversorgung in Nordrhein-Westfalen gefährdet sein könnte. Die angelaufenen regionalen Planungsverfahren sowie das Agieren der Kostenträger in den Entgeltverhandlungen werden zeigen, ob die Sorgen der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser berechtigt oder unberechtigt sind.

Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes festzuhalten:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Erbringung von stationären Altenpflegeleistungen sind auch im Jahre 2013 nicht zugunsten der Einrichtungen und damit der dort versorgten Menschen verbessert worden. Das am 29. Juni 2012 durch den Deutschen Bundestag verabschiedete Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) zielt in erster Linie darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld verbleiben können. Unterbringungen in stationären Altenpflegereinrichtungen sollen so vermieden bzw. hinausgezögert werden. Kern der Pflegereform 2012 sind verbesserte Leistungen für Menschen mit Demenz in dem Bereich der ambulanten Versorgung. Darüber hinaus haben Angehörige und Pflegebedürftige in Zukunft mehr Wahlfreiheit, die Pflegeleistungen an ihre individuellen Bedürfnisse anzupassen. Mit den ambulanten Pflegediensten können ab 2013 neben den bekannten Pflegekomplexleistungen auch Zeitkontingente vereinbart werden. Außerdem werden neue Wohnformen gestärkt, damit Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld verbleiben können.

Die seit Dezember 2013 im Amt befindliche neue Bundesregierung hat das Thema Pflege zu einem Arbeitsschwerpunkt der laufenden Legislaturperiode erklärt. In diesem Zusammenhang sollen auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenbeirats zur konkreten Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes noch im Jahre 2014 Erprobungen in der Praxis beginnen. Im Zuge einer weiteren Pflegereform sollen darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger, zur Verbesserung von Leistungen für Pflegebedürftige und zur Entlastung von Menschen in Pflegeberufen umgesetzt werden.

Für das **Mutterunternehmen Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** und den **Konzern Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten:

Den Vorgaben des Krankenhausplans NRW für das Jahr 2015 Rechnung tragend, hat die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH im Jahre 2013 die auf der Grundlage des Krankenhausplans weitergehenden Voraussetzungen für die Zuordnung von Versorgungsaufträgen für die Bereiche Kardiologie und Gefäßchirurgie geschaffen: In der Medizinischen Klinik 2 (Kardiologie) sind zwei weitere Kardiologen eingestellt worden, so dass die Klinik aktuell über vier Kardiologen verfügt; ab 01. Januar 2015 kann die invasive Kardiologie über eine 24-stündige Bereitschaft des Linksherz-kathetermessplatzes rund um die Uhr sichergestellt werden. In der Gefäßchirurgie ist die Zahl der beschäftigten Gefäßchirurgen auf die auch für eine Zertifizierung als Gefäßzentrum erforderliche Zahl von drei Gefäßchirurgen erweitert worden. Um die Patientenversorgung weiter zu optimieren und die Rahmenbedingungen für das im Kreis-Krankenhaus Mechernich errichtete Darmkrebszentrum zu verbessern, ist im März 2013 eine neue Station, die im wesentlichen als interdisziplinäre Station der Gastroenterologie und der Viszeralchirurgie betrieben wird, mit 31 Betten in die Nutzung überführt worden. Darüber hinaus sind im Jahre 2013 wesentliche Voraussetzungen für eine Zertifizierung des Kreis-Krankenhauses Mechernich auf der Grundlage der DIN-ISO-Vorgaben sowie der Klinik für Orthopädie als Endoprothetikzentrum geschaffen worden. Beide Zertifizierungsverfahren sollen im ersten Halbjahr 2014 abgeschlossen werden; die weiteren Zertifizierungen als Gefäßzentrum und Darmkrebszentrum sollen anschließend auf den Weg gebracht werden.

Über die Einfügung eines orthopädischen Versorgungsbereichs in das MVZ am Kreis-Krankenhaus Mechernich und den Kauf einer gynäkologischen Praxis werden weitere Bausteine im Rahmen der Verzahnung des stationären mit dem ambulanten Sektor gesetzt. Darüber hinaus sind die schon bereits seit mehreren Jahren mit dem Kreis-Krankenhaus Mechernich verbundenen niedergelassenen Praxen im Bereich der invasiven Kardiologie und der Angiologie umfassend in die vorstehend beschriebenen Weiterentwicklungen der Versorgungsaufträge „Kardiologie“ und „Gefäßchirurgie“ einbezogen worden.

Neben den vorstehend skizzierten Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Patientenversorgung sowie dem weiteren Ausbau der Verzahnung mit dem ambulanten Sektor ist im Konzern Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH die Entwicklung der komplementären Leistungsangebote im Bereich der Betreuung älterer Menschen weiter vorangegangen: Über die mehrheitliche Tochtergesellschaft VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH hat der Konzern Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH am Altenpflegestandort Zülpich Mitte des Jahres 2013 eine weitere Tagespflegeeinrichtung in die Nutzung überführt.

b) Geschäftsverlauf

Im Mutterunternehmen **Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** ist im Jahre 2013 die Zahl der in den Fachabteilungen behandelten Fälle (S4-Statistik) von 18.024 in 2012 auf 18.694 in 2013 gestiegen (+ 670; + 3,7 %). Die Zahl der für das Erlösvolumen relevanten Case-Mix-Punkte hat von 18.019 in 2012 auf 18.312 in 2013 zugenommen (+ 293; + 1,6 %); die geringere Zunahme bei den Case-Mix-Punkten ist u. a. darauf zurückzuführen, dass der Case-Mix-Index, d. h. die Fall-schwere in mehreren Abteilungen – teilweise im Zusammenhang mit Verweildauer-reduzierungen - zurückgegangen ist. Die mit den Kostenträgern in den Entgelt-verhandlungen vereinbarten Case-Mix-Punkte von 18.245 konnten in 2013 über-troffen werden. Die Verweildauer ist weiter gesunken, und zwar von 6,97 Tagen in 2012 auf 6,60 Tage in 2013. Größere Fallzahlsteigerungen haben in 2013 insbe-sondere die Innere Medizin (+ 226,5 Fälle) sowie die Kliniken für Chirurgie (+ 162,5 Fälle) und Urologie (+ 150,0 Fälle) zu verzeichnen; Fallzahlrückgänge waren in der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin (-84,5 Fälle) und in der Belegabteilung für HNO-Krankheiten (-27,5 Fälle) zu konstatieren.

Die einzelnen Leistungsbereiche der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** stellen sich wie folgt dar: Die Inanspruchnahme der Geriatrischen Rehabilitation konnte in 2013 mit durchschnittlich 43,1 Betten gegenüber 42,7 im Vorjahr nochmals gesteigert werden. Dadurch stieg die Zahl der Belegungstage von 15.641 in 2012 auf 16.331 im Berichtsjahr. Die am Standort Zülpich solitär betriebene Kurzzeitpflegeeinrichtung mit insgesamt 13 Plätzen konnte mit durchschnittlich 8,8 Plätzen und damit um 1,1 Plätze über dem Vorjahreswert ausgelastet werden. Die Gesamtbelegung im Barbarahof Mechernich lag bei 64,7 Plätzen (99,5 %) gegenüber 63,8 Plätzen im Vorjahr. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für geistig Behinderte waren insgesamt 21,3 Plätze und damit 0,6 Plätze mehr als im Vorjahr ausgelastet. Von den insgesamt 66 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2013 durchschnittlich 61 Wohnungen (92,4 %) belegt, damit liegt der Auslastungsgrad um 4,6 %-Punkte über dem Vorjahreswert.

Die Entwicklung bei den Einrichtungen der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** stellte sich in 2013 wie folgt dar: Die Inanspruchnahme des Altenpflegeheims im und am Schloss Schleiden (Liebfrauenhof) lag 2013 bei 103,2 Plätzen (Vorjahr: 99,6 Plätze) und damit um 3,6 Plätze über der durchschnittlichen Auslastung des Vorjahres. Die zweite Einrichtung der Liebfrauenhof Schleiden GmbH, das Brabenderstift in Zülpich, war bei 61 Soll-Plätzen im Durchschnitt des Jahres 2013 mit 59,6 Plätzen ausgelastet. Die durchschnittliche Belegung 2013 lag damit auf der Höhe der durchschnittlichen Auslastung des Jahres 2012 (59,7 Plätze). Die beiden Altenpflegeheime konnten damit im Jahre 2013 die den Entgeltkalkulationen zugrunde zu legenden Soll-Auslastungsgrade von 98 % erreichen bzw. sogar überschreiten.

Die wirtschaftliche Entwicklung und Inanspruchnahme der **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** war auch im Geschäftsjahr 2013 positiv. Wie bereits in den vergangenen Jahren, konnte auch in dem Berichtsjahr die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle der Sozialstationen gegenüber dem Vorjahr erhöht werden, und zwar insgesamt um 221. Zur Leistungsausweitung trugen insbesondere die Sozialstationen in Zülpich und Weilerswist bei. Die positive Entwicklung ist einerseits auf die demographische Entwicklung der Bevölkerung im Kreis Euskirchen mit einem zunehmend steigenden Anteil älterer Menschen zurückzuführen, andererseits trägt aber auch das umfassende Leistungsspektrum der VIVANT gGmbH und die Verzahnung mit den komplementären Leistungsstrukturen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und deren Tochtergesellschaften im Altenpflegebereich sowie den Mitgesellschaftern Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft und Euskirchen e. V. und Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. bei.

Im Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich, das von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** getragen wird, war die Leistungsentwicklung im Jahre 2013 nochmals rückläufig. Die Zahl der im Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich operierten Patienten hat sich von 1.473 Operationen im Jahre 2012 auf 1.345 (- 8,6 %) im Jahre 2013 reduziert. Während die Zahl der Eingriffe, die für Unternehmen im Konzernverbund Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH erbracht wurden, mit 33 Minderleistungen nur leicht rückläufig war, ist die Zahl der Eingriffe, die für niedergelassene Ärzte, die nicht dem Konzernverbund zuzurechnen sind, deutlich rückläufig. Hier wirkte sich insbesondere der Leistungsrückgang für niedergelassene HNO-Ärzte aus.

Die Belegung der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** hat sich im letzten Quartal des Jahres 2013 erheblich schlechter entwickelt als in den ersten drei Quartalen für das Jahr 2013: Für das Jahr 2013 sind insgesamt 4.159 Case-Mix-Punkte erreicht worden. Damit wurde der mit den Kostenträgern vereinbarte Planwert von 4.360 Punkten um 201 Case-Mix-Punkte unterschritten; die Unterschreitung des Vorjahresergebnisses (4.302 Punkte) betrug 143 Punkte.

Die Konzernunternehmen **KKM Servicegesellschaft mbH** (Einkauf und Zentral-lager) sowie **KKM Gebäudedienste GmbH** (Unterhaltsreinigung) erbringen Leistungen für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzerngesellschaften. Die Leistungserbringung beider Gesellschaften beruht auf Kostenerstattungsvereinbarungen mit den Konzernunternehmen.

c) Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die **Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** hat im Jahre 2013 ein Jahresergebnis von 1.467 TEUR erwirtschaftet. In dem Ergebnis ist der Erlass von internen Darlehen an Tochtergesellschaften in Höhe von 1 Mio. EUR bereits berücksichtigt (750 TEUR für die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH, 250 TEUR für die AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH). Auf Vorschlag der Geschäftsführung ist der Erlass der internen Darlehen vom Verwaltungsrat der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH in seiner Sitzung am 13. Dezember 2013 beschlossen worden. Weiterhin sind in dem Ergebnis die Verlustübernahmen für die Tochtergesellschaften (insgesamt 141 TEUR für das von der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreis-Krankenhaus Mechernich und für das von der AmbuMed getragene Medizinische Versorgungszentrum in Gemünd) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 189 TEUR bereits enthalten. Das positive Jahresergebnis der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH ist nicht zuletzt auf die vorstehend skizzierte positive Leistungsentwicklung in den verschiedenen Fachabteilungen zurückzuführen.

Für die **Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH** resultiert für das Jahr 2013 ein positives Ergebnis von 729 TEUR nach einem Vorjahresüberschuss in Höhe von 206 TEUR. Maßgeblich beeinflusst ist das Ergebnis durch den Darlehenserlass durch die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH in Höhe von 750 TEUR. Das Jahresergebnis ohne den außerordentlichen Ertrag aus dem Darlehenserlass beträgt ./ 21 TEUR. Positive Jahresergebnisse konnten mit dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof (90 TEUR) und in den übrigen Leistungsbereichen (Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen, Vermietungen) (21 TEUR) erreicht werden. Aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums resultierte im Geschäftsjahr 2013 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 132 TEUR. Die Verluste 2012 waren noch vollständig durch die Mehrheitsgesellschafterin Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH übernommen worden. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte eine Begrenzung der Verlustübernahme auf maximal 75 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde in der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ein Jahresüberschuss von 182 TEUR im Vergleich zu 73 TEUR im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfällt auf das Brabenderstift in Zülpich ein Verlust von -2 TEUR (Vorjahr: -53 TEUR) und auf die Altenpflegeeinrichtungen im und am Schloss Schleiden ein Überschuss von 184 TEUR (Vorjahr: +126 TEUR). Ursächlich für den Überschuss im Liebfrauenhof in Schleiden ist – wie bereits in den Vorjahren – ein positives Ergebnis im Investitionskostenbereich: Die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH hat auch im Jahre 2013 eine Mietreduzierung für die Räumlichkeiten des

Altenpflegeheims im und am Schloss Schleiden gewährt. Diese Mietreduzierung ist in 2013 mit einem Entlastungsbetrag von 189 TEUR verbunden.

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** einen Jahresüberschuss von 205 TEUR gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 122 TEUR erwirtschaften. Die Sozialstationen in Mechernich, Zülpich und Weilerswist erreichten – wie bereits in den Vorjahren – positive Ergebnisse. Dabei verbesserten die Stationen in Zülpich und Mechernich nochmals ihre Vorjahresergebnisse. Die Sozialstation Hellenthal-Blumenthal sowie alle Tagespflegeeinrichtungen schlossen dagegen erwartungsgemäß mit Verlusten ab.

Das Jahresergebnis der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** beträgt im Jahre 2013 296 TEUR (Vorjahresergebnis: + 46 TEUR). Das Ergebnis wird außerordentlich beeinflusst durch einen Darlehenserlass der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Höhe von 250 TEUR und die Verlustübernahme für das Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Höhe von 66 TEUR. Das Jahresergebnis ohne vorgenannte außerordentliche Erträge beträgt wie im Vorjahr 46 TEUR. Das Ergebnis entfällt vollständig auf den Betrieb des AOPZ in Zülpich.

In der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** ist für das Jahr 2013 ein Verlust von – 1.097 TEUR ausgewiesen. Das negative Ergebnis ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die mit den Kostenträgern vereinbarte Belegung nicht erreicht werden konnte. Zum anderen waren Rückstellungen zu erhöhen (Überstunden-Rückstellung, Rückstellung für das Leistungsentgelt Pflege) bzw. neu zu bilden (Rückstellung für offene Abrechnungsfälle (MDK-Rückstellung), Rückstellungen für seit Jahren bestehende Abrechnungsstreitigkeiten mit Chefarzten sowie eine Rückstellung für von der Stadt Schleiden zu erhebende Anliegerbeiträge im Rahmen von Straßensanierungsmaßnahmen). Der Jahresabschluss der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ist im Geschäftsjahr 2013 noch in den Konzernabschluss der Caritas-Trägergesellschaft West, Düren, einzubeziehen. Daher hat der erzielte Jahresfehlbetrag keinen Einfluss auf das Konzernergebnis.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse der Konzerngesellschaften ein Konzerngewinn in Höhe von 2.657 TEUR nach 1.401 TEUR in 2012 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2013 Gewinnanteile in Höhe von 234 TEUR zugewiesen.

Die Gesamtleistung des Konzerns konnte in 2013 um 3.377 TEUR (+4,3%) wiederum gesteigert werden. Der Anstieg der Gesamtleistung ist mit 2.903 TEUR (+4,9%)

auf den Bereich der stationären und der ambulanten Krankenhausleistungen und mit 494 TEUR (+3,1%) auf die Bereiche der Altenpflege, der betreuten Seniorenwohnungen und der Geriatrischen Rehabilitation zurückzuführen.

Mit 3.431 TEUR lag der Anstieg der Personal- und Materialaufwendungen im Geschäftsjahr 2013 insgesamt um 54 TEUR oberhalb des Anstiegs der Gesamtleistung. Zu dem Anstieg des Konzerngewinnes um 1.256 TEUR trugen insofern insbesondere die Zunahme sonstiger betrieblicher Erträge (+402 TEUR; 12,1%), die Abnahme sonstiger betrieblicher Aufwendungen (-905 TEUR; -9,7%) und die Verbesserung des Finanzergebnisses um 225 TEUR (+22,5%) bei. Die Personalkosten nahmen konzernweit deutlich um 3.104 TEUR (+6,4%) zu. Neben tariflichen Personalkostensteigerungen hat sich auch die leistungsbedingte Erhöhung der Mitarbeiterzahl ausgewirkt. Im Mutterunternehmen konnten tarifliche Personalkostensteigerungen über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen wiederum nicht vollständig refinanziert werden.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des **Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert: Der Konzerngewinn in Höhe von 2.657 TEUR und die Fremden Gesellschaftern zugewiesenen Gewinnanteile in Höhe von 234 TEUR führten bei einer gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Bilanzsumme zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote von 28,0% auf 31,5%. Dies entspricht einem Eigenkapital in Höhe von 26.240 TEUR. Hiervon entfällt ein Anteil von 23.579 TEUR (89,9%) auf die Konzernmutter. Für die Konzerngesellschaften Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH und AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH konnten im Geschäftsjahr 2013 unter Berücksichtigung der Darlehenserrlasse durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH erstmals Bilanzgewinne erzielt werden.

Während sich die Konzern-Bilanzsumme mit 83.341 TEUR annähernd auf dem Vorjahresniveau darstellte, hat die Bilanzsumme des Mutterunternehmens um 1.377 TEUR auf 68.641 TEUR abgenommen.

In der Bilanz des Mutterunternehmens reduzierte sich insbesondere infolge der fortgesetzten Investitionstätigkeit der Finanzmittelfonds der Muttergesellschaft um 3.568 TEUR auf 3.958 TEUR. Dem stand im Wesentlichen eine Zunahme des Sachanlagevermögens in Höhe von 2.359 TEUR gegenüber. Auf der Passivseite stehen einem um den Jahresüberschuss erhöhten Eigenkapital (+1.467 TEUR) Rückgänge im Bereich der Verbindlichkeiten (-1.003 TEUR), der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (-948 TEUR) sowie der Rückstellungen (-881 TEUR) gegenüber.

Entsprechend der Entwicklungen in der Bilanz der Muttergesellschaft stehen auch in der Konzern-Bilanz auf der Passivseite einem durch den Konzern-Jahresüberschuss gestiegenen Eigenkapital (2.891 TEUR), Rückgänge bei den Verbindlichkeiten (-1.140 TEUR) den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (-948 TEUR) sowie den Rückstellungen (-800 TEUR) gegenüber. Bei den Rückstellungen reduzierten sich insbesondere die Werte für Abrechnungsrisiken (MDK-Verfahren) und für Altersvorsorge- sowie Altersteilzeitaufwendungen. Höhere Rückstellungen entfielen auf ausstehende Rechnungen für abgeschlossene Baumaßnahme sowie auf Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern insbesondere aus zukünftigen Zahlungen für tarifliche Leistungsentgelte und Jubiläumszuwendungen. Auf der Aktivseite der Konzern-Bilanz steht der Zunahme des Anlagevermögens (2.398 TEUR) und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (1.195 TEUR) im Wesentlichen die infolge fortgesetzter Investitionstätigkeit resultierende Abnahme des Finanzmittelfonds (-3.516 TEUR) gegenüber.

Der Finanzmittelbestand des Mutterunternehmens betrug zum Bilanzstichtag 3.958 TEUR (31.12.2012: 7.526 TEUR), der des Konzerns 4.525 TEUR (31.12.2012: 8.041 TEUR). Im Vergleich zum Vorjahr wurden sowohl im Mutterunternehmen wie auch im Konzern wiederum deutliche Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit erzielt, die eingesetzt wurden, um den Mittelbedarf für die Finanzierung der Investitionen in das Anlagevermögen zu finanzieren. Zusätzlich zur Finanzierung der Investitionstätigkeit erforderliche Mittel wurden dem Finanzmittelfonds entnommen.

Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

Im Jahre 2013 sind im Mutterunternehmen Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH bzw. in den übrigen Konzernunternehmen folgende Baumaßnahmen abgeschlossen bzw. fortgeführt worden:

- Im Kreis-Krankenhaus Mechernich konnte die Baumaßnahme „Errichtung einer neuen Station mit 37 Betten“ im März 2013 abgeschlossen werden. Neben den von der Gastroenterologie und der Viszeralchirurgie interdisziplinär zu betreibenden 31 Betten werden auf der Station 6 Betten für die im Jahre 2013 verselbständigte Klinik für Handchirurgie vorgehalten.

Der Umbau von 40 Patientenbädern konnte noch nicht abgeschlossen werden; die offenen Arbeiten im Umfang von etwa 25 % der Gesamtmaßnahme werden in Verbindung zu der Baumaßnahme „Neugestaltung und Erweiterung der Eingangshalle und des Eingangsbereichs“ umgesetzt. Für den Umbau der 40 Patientenbäder sind insgesamt 980 TEUR veranschlagt.

- Die im Jahre 2012 beschlossene Errichtung einer weiteren Wahlleistungsstation mit insgesamt 18 Betten (10 Einzelzimmer, 8 Betten in 4 Zweibettzimmern) mit einem Plankostenvolumen von 1.620 TEUR ist in 2013 begonnen worden; nach dem aktuellen Zeitplan soll die Maßnahme bis Ende 2014 abgeschlossen werden.
- Im Jahre 2012 war beschlossen worden, in einem dreigeschossig zu errichtenden Rohbau im 2. Obergeschoss zunächst die bestehende OP-Einheit von derzeit 4 voll nutzbaren OP-Sälen auf 7 Säle zu erweitern. Unter Berücksichtigung der mehrheitlichen Übernahme der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH sowie der Engpässe in der bestehenden Zentralsterilisation ist im Jahre 2013 der Beschluss gefasst worden, in dem dreigeschossigen Gebäude zunächst das Erdgeschoss mit der Zentralsterilisation zu errichten. Die neu zu errichtende Zentralsterilisation soll für alle Einrichtungen des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH die entsprechenden Dienstleistungen erbringen. Für diese Maßnahme ist ein Kostenvolumen von 4.000 TEUR kalkuliert. Mit der Baumaßnahme soll im April 2014 begonnen werden, der Abschluss ist für April 2015 geplant.
- Die Erweiterung des Ambulanten Zentrums Mechernich (Ärztehaus) mit 521 TEUR sowie die Erweiterung und Neugestaltung der Notdienstpraxis der niedergelassenen Ärzte am Kreis-Krankenhaus Mechernich mit Gesamtkosten von 185 TEUR konnten in 2013 abgeschlossen werden.
- Im ehemaligen Krankenhausgebäude des Geriatriischen Zentrums Zülpich sind im Jahre 2013 zwei Baumaßnahmen abgeschlossen worden: Errichtung von Räumlichkeiten für die Aufnahme einer logopädischen Praxis mit Kosten von insgesamt 330 TEUR (inklusive Einrichtung eines Aufzuges) sowie Errichtung einer weiteren Tagespflegeeinrichtung (11 Plätze) im Erdgeschoss des Gebäudes mit einem Kostenvolumen von rund 240 TEUR. Darüber hinaus ist im Jahre 2013 eine Baumaßnahme zur Erweiterung von vermieteten Räumlichkeiten für den Betrieb einer Physiotherapiepraxis mit einem Kostenvolumen von 113 TEUR begonnen worden; die Maßnahme soll im ersten Quartal des Jahres 2014 abgeschlossen werden.

Personal- und Sozialbereich

In 2013 wurden konzernweit 1.371 Mitarbeiter in den Dienststellen ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienste, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 71,3 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienststellen.

3. Nachtragsbericht

Durch notariellen Vertrag vom 30. Oktober 2013 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung 01. Januar 2014 ihren Anteil am Stammkapital der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH von 49 % auf 93,33 % erhöht; die übrigen 6,67 % sind bei dem vorherigen Mehrheitsgesellschafter Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH verblieben. Bis zum 31. Dezember 2015 soll der Betrieb der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH integriert werden. Danach wird die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH über zwei Betriebsstätten verfügen, nämlich das Krankenhaus Mechernich und das Krankenhaus Schleiden. Durch die krankenhausplanerische Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und dem Entstehen eines Gesamtkrankenhauses soll den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 begegnet werden.

Im März 2014 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH der Erweiterung der bereits im Jahre 2010 beschlossenen Baumaßnahme zur Neugestaltung und Erweiterung der Eingangshalle und des Eingangsbereichs zugestimmt. Bei zusätzlicher Einbeziehung der Renovierung des am Haupteingang gelegenen Konferenzzimmers beträgt das Gesamtkostenvolumen 2.010 TEUR. Mit der Gesamtmaßnahme soll im Juni 2014 begonnen werden; der Abschluss ist für Mitte 2015 geplant.

Die mit dem Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH kooperierende Logopädiepraxis wird ab dem Jahr 2015 auf dem Gelände des Geriatriischen Zentrums in Zülpich eine Schule für Logopädie betreiben. Hierzu wurde mit Datum vom 24.04.2014 ein langfristiger Mietvertrag mit der Logopädiepraxis geschlossen. Die Schulräume werden in einem bisher nicht genutzten Gebäudeteil des ehemaligen Krankenhausgebäudes an der Kölnstraße eingerichtet. Die von der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH zu tragenden Umbaukosten in Höhe von 570 TEUR werden über ein Darlehen finanziert. Die Refinanzierung erfolgt über Mietzahlungen im vereinbarten Mietzeitraum von 15 Jahren.

Vor dem Hintergrund der Übernahme der Mehrheitsbeteiligung an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat die von der VIVANT gGmbH getragene Sozialstation in Hellenthal-Blumenthal im März

2014 zur Verbesserung der Konkurrenzsituation ihren Standort in das Krankenhaus Schleiden verlegt.

4. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risikobericht

Die branchenbezogenen Risiken der Krankenhausbranche und des Altenpflege-sektors sind grundlegend in Kapitel 2. a) dargestellt worden. Für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser bleibt im Jahre 2014 insbesondere abzuwarten, wie sich die Umsetzung des Krankenhausplans NRW 2015 über die regionalen Planungskonzepte für die einzelnen Krankenhäuser auswirken wird. Trotz des landesweit vorgegebenen Bettenabbaus in einer Größenordnung von rund 10.000 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH eine leichte Bettenerhöhung beantragt. Für das Kreiskrankenhaus Mechernich wird erwartet, dass die Strukturvorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 für die bislang vorgehaltenen Leistungsangebote voll und ganz erfüllt werden können. Für das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden ist bei Beibehaltung der Gesamtbettenzahl von 105 der Ausweis von 15 geriatrischen Betten beantragt. Die 15 geriatrischen Betten sollen im Rahmen einer Dependancelösung von der Klinik für Geriatrie des Kreiskrankenhauses Mechernich mit betrieben werden. Unter Berücksichtigung der starken Leistungsanspruchnahme des Kreiskrankenhauses Mechernich und der Erfüllung der Strukturvorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 werden aus der Umsetzung des Krankenhausplans keine größeren Risiken gesehen. Nicht zuletzt durch die beschlossene und bis Ende 2015 umzusetzende Integration des Krankenhausbetriebes in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH dürfte das St. Antonius Krankenhaus Schleiden krankenhauspianerisch gesichert sein.

Für den Altenpflegektor ist zu konstatieren, dass die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere durch das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz 2012, eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote bewirken. Was sich in dem Kontext positiv für die von der VIVANT gGmbH getragenen Einrichtungen auswirken könnte, könnte sich mittelfristig nachteilig für die von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH und der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragenen vollstationären Einrichtungen darstellen. Spezielle Risiken für den vollstationären Bereich können sich durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime ergeben. Für den ambulanten Pflegesektor besteht mittel- und langfristige eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen sowie durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den sogenannten Billiglohnländern.

b) Chancen- und Prognosebericht

Unter Berücksichtigung der positiven Leistungsentwicklung im Jahre 2013 und in den ersten Monaten des Jahres 2014 sowie der auf dieser Grundlage zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2014 geht die **Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** davon aus, dass die nicht refinanzierten tariflich bedingten Mehrpersonal-kosten aufgefangen werden können und damit – wie in den Vorjahren – mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet werden kann. Der im Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 in Ansatz gebrachte Überschuss von 944 TEUR wird weiterhin als erreichbar eingestuft.

Für die **übrigen Konzernunternehmen** ist folgendes festzuhalten:

Die ab dem 01. Januar 2014 zum Konzern Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH gehörende **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** hat in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 eine Belegung erreicht, die mit ca. 30 Case-Mix-Punkten unter der Vorjahresbelegung liegt. Dieser Belegungsrückgang ist mit einem Ertragsrückgang von 95 TEUR verbunden. Trotz bereits eingeleiteter Maßnahmen zu einem effizienteren Ressourceneinsatz und zur Leistungssteigerung ist für das Jahr 2014 ein negatives Ergebnis in einer Größenordnung von über 500 TEUR nicht auszuschließen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wird maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen geprägt. In den ersten drei Monaten 2014 konnte in der Geriatrischen Rehabilitation das hohe Vorjahresbelegungsniveau mit 43,3 durchschnittlich belegten Plätzen noch leicht übertroffen werden. Auch in der Kurzzeitpflege stieg die Inanspruchnahme von durchschnittlich 8,8 Plätzen in 2013 auf 9,4 Plätze. Im Barbarahof lag die Auslastung bei durchschnittlich 64,6 Plätzen (99,4 %). Die aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreis-Krankenhaus Mechernich resultierenden Verluste werden wie im Vorjahr auch im Jahre 2014 mit einem Betrag bis zu maximal 75 TEUR weiterhin durch die Mehrheitsgesellschafterin Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH übernommen. Den Betrag von 75 TEUR übersteigende Verlustanteile müssen durch die Gesellschaft getragen werden. Unter Berücksichtigung der im ersten Quartal 2014 erreichten Belegungsentwicklung wird für das Geschäftsjahr 2014 insgesamt mit einem leicht positiven Jahresergebnis in der Größenordnung von 20 TEUR gerechnet.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ist maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen abhängig. Im ersten Quartal des Jahres 2014 konnte die durchschnittliche Auslastung verglichen zum Vorjahreszeitraum sowohl für den Liebfrauenhof in Schleiden als auch für das Brabenderstift in Zülpich weiter gesteigert werden. Für das Jahr 2014 wird bei einer

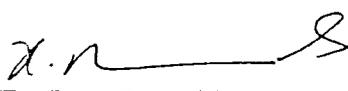
kalkulierten Sollauslastung von 98 % für die beiden Altenpflegeeinrichtungen unter Berücksichtigung des Überschusses im Investitionskostenbereich (Fortführung der Mietreduzierung durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit einer Entlastungswirkung von 189 TEUR) insgesamt ein positives Jahresergebnis in einer Größenordnung von 27 TEUR erwartet.

Für die Leistungen der **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** wird vor dem Hintergrund der zu erwartenden steigenden Nachfrage nach qualifizierten Pflegeleistungen auch im Jahre 2014 ein positiver Rahmen gesehen. Für die Sozialstationen in Zülpich, Mechernich und Weilerswist werden im Jahre 2014 weiterhin positive Ergebnisse geplant. Für die ehemalige Sozialstation Hellenthal-Blumenthal wird in Folge der Standortverlegung in das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden eine Verbesserung der Leistungsanspruchnahme und damit auch der wirtschaftlichen Situation erwartet. Für die Tagespflegeeinrichtungen an den Standorten Schleiden und Mechernich werden trotz verbesserter Inanspruchnahme auch für 2014 noch Verluste kalkuliert; für die Tagespflegeeinrichtung am Barbarahof in Mechernich wird dagegen ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis geplant. Insgesamt ist im Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 für die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ein positives Ergebnis von 150 TEUR in Ansatz gebracht.

Auf der Basis der Wirtschaftsplanung für die **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** ist für 2014 mit einem positiven Jahresergebnis in der Größenordnung von 35 TEUR zu rechnen, das aus dem Betrieb des AOPZ in Zülpich resultiert. Hinsichtlich etwaiger Verluste des Medizinischen Versorgungszentrums an der Olefmündung in Gemünd wird in der Wirtschaftsplanung unterstellt, dass diese – wie für das Jahr 2013 – weiterhin bis zu einem Betrag von TEUR 75 p. a. von der Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich übernommen werden.

Trotz der aktuell nicht gegebenen vollen Refinanzierung insbesondere von tarifbedingten Mehrkosten werden sowohl für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (944 TEUR) als auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (700 TEUR) im Jahre 2014 deutlich positive Ergebnisse erwartet. Im vorgenannten erwarteten Konzernergebnis für 2014 wird erstmals auch das Jahresergebnis der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH berücksichtigt.

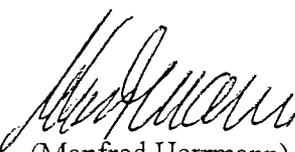
Mechernich, 15. Mai 2014



(Dr. Hans Rossels)
Hauptgeschäftsführer



(Hermann Gemke)
Geschäftsführer



(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2013

Der Gesellschaftsvertrag der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH enthält in der für das Jahr 2013 geltenden Fassung (Notarurkunde vom 15. Juli 2010) in § 2 zum Gegenstand der Gesellschaft folgende Bestimmungen:

§ 2 – Gegenstand der Gesellschaft, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe.

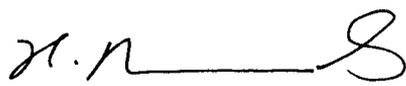
Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Darüber hinaus darf sie sich an anderen Gesellschaften beteiligen sowie die Betriebsführung von anderen Einrichtungen übernehmen, soweit damit der Zweck nach Absatz 1 erfüllt wird.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH im Geschäftsjahr 2013 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrags entsprochen hat.

Mechernich, den 30. Mai 2014

Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH



(Dr. Hans Rossels)
Hauptgeschäftsführer



(Hermann Gemke)
Geschäftsführer



(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2013

der
Kreiskrankenhaus Mechemnich GmbH, Mechemnich

AKTIVSEITE	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR	PASSIVSEITE	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			1. Gezeichnetes Kapital	665.000,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen	425.391,00	450.026,00	2. Kapitalrücklagen	3.782.695,79
II. Sachanlagen	33.779.230,00	29.556.160,00	3. Gewinnrücklage	4.304.594,44
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	1.811.918,00	887.389,00	4. Gewinnvortrag	13.360.066,62
2. technische Anlagen	4.913.173,05	4.602.353,21	5. Jahresüberschuss	1.466.542,63
3. Einrichtungen und Ausstattungen	1.472.185,34	4.571.564,37		<u>23.578.899,48</u>
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	41.976.506,39	39.617.466,58		18.518.097,49
III. Finanzanlagen	5.596.804,95	5.596.804,95		574.962,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.700,00	14.700,00		4.660,00
2. Beteiligungen	5.000,00	5.000,00		<u>18.170.759,84</u>
3. Sonstige Ausleihungen	5.616.504,95	5.616.504,95		8.731.037,24
B. Umlaufvermögen				12.888.468,96
I. Vorräte	702.817,99	681.206,21		0,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.193.200,00	1.228.500,00		0,00
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.896.017,90	1.909.706,21		819.708,91
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	139.982,00	227.927,00		787.634,44
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.169.257,33	7.591.620,71		9.196.274,56
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:				9.721.038,78
(Vorjahr: EUR 0,00)				2.420.753,35
(Vorjahr: EUR 0,00)				2.178.289,77
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	139.982,00	227.927,00		730.219,56
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:				1.369.873,63
(Vorjahr: EUR 0,00)				712.481,65
(Vorjahr: EUR 0,00)				1.351.935,72
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	421.825,22	1.513.362,15		626.570,56
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:				1.298.628,63
(Vorjahr: EUR 227.927,00)				17.381,00
(Vorjahr: EUR 227.927,00)				9.105,25
4. sonstige Vermögensgegenstände	2.518.820,96	2.049.263,31		420.046,00
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:				251.162,75
(Vorjahr: EUR 218.830,00)				72.218,20
(Vorjahr: EUR 355.417,80)				146.926,62
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	11.249.885,51	11.382.173,17		1.537.921,90
	3.955.224,94	7.526.418,83		1.488.150,23
	3.490.074,24	3.490.074,24		564.924,08
	28.612,59	25.759,84		504.954,37
	68.641.217,61	70.018.129,82		0,00
	3.988,08	16.295,08		0,00
	18.156.532,97	19.159.143,65		19.159.143,65
	68.641.217,61	70.018.129,82		16.295,08
	1.648.614,96	1.488.051,52		70.018.129,82
	1.648.614,96	1.488.051,52		1.488.051,52

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
der
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich

	2013		2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	57.190.849,55		54.293.440,31	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	1.987.170,15		2.008.035,61	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.549.212,89		2.523.992,33	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.100.203,01		1.157.314,26	
5. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-35.300,00		6.400,00	
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand, soweit nicht unter Nr. 10	1.648.464,62		1.510.491,83	
7. sonstige betriebliche Erträge	<u>4.322.432,94</u>	68.763.033,16	<u>4.232.632,60</u>	65.732.306,94
8. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	32.872.696,48		30.671.250,82	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung EUR 2.649.677,46 (im Vorjahr: EUR 2.476.445,87)	<u>8.107.397,51</u>	40.980.093,99	<u>7.746.853,60</u>	38.418.104,42
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.982.491,55		8.754.085,48	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>8.748.270,63</u>	17.730.762,18	<u>8.680.239,72</u>	17.434.325,20
Zwischenergebnis		10.052.176,99		9.879.877,32
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen, davon Fördermittel nach dem KHG EUR 1.870.098,30 (im Vorjahr: EUR 1.914.342,52)	1.870.098,30		1.914.342,52	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	<u>2.945.430,90</u>	4.815.529,20	<u>2.665.125,62</u>	4.579.468,14
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.997.741,25		2.045.282,69	
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	198.748,17		202.405,02	
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.908.545,80		3.540.850,83	
15. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>6.974.724,69</u>	13.079.759,91	<u>7.113.139,56</u>	12.901.678,10
Zwischenergebnis		1.787.946,28		1.557.667,36
16. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verb. Unternehmen EUR 34.818,54 (im Vorjahr: EUR 31.647,37)	305.919,12		139.027,22	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon für Betriebsmittelkredite EUR 0,00 (im Vorjahr: EUR 0,62)	596.665,52		628.791,64	
		<u>-290.746,40</u>		<u>-489.764,42</u>
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.497.199,88		1.067.902,94
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.801,00		5.152,64	
20. sonstige Steuern	<u>17.856,25</u>	30.657,25	<u>17.181,17</u>	22.333,81
21. Jahresüberschuss		<u>1.466.542,63</u>		<u>1.045.569,13</u>

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechemnich

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	31.12.2013		31.12.2012		31.12.2013		31.12.2012	
	EUR		EUR		EUR		EUR	
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Lizenzen	5.658,34		7.262,34		5.704.000,00		5.704.000,00	
2. Geschäftswert	115.978,66		72.533,60		-248.409,41		-454.309,58	
	121.637,00		79.795,94		728.652,12		205.900,17	
II. Sachanlagen					6.184.242,71		5.455.590,59	
1. Grundstücke und Bauten	16.076.665,83		15.803.430,83		352.017,61		277.604,00	
2. technische Anlagen	63.209,00		76.779,00		352.017,61		277.604,00	
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	566.030,12		604.794,52					
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.300,81		141.790,19					
	16.731.205,76		16.626.794,54		9.370.074,89		9.546.817,00	
III. Finanzanlagen					179.929,65		169.664,75	
1. Beteiligungen	13.804,88		13.804,88		1.963.036,04		2.471.906,33	
	13.804,88		13.804,88		201.532,82		227.505,21	
	16.866.647,64		16.720.395,36		11.714.573,40		12.415.893,29	
B. Umlaufvermögen					29.519,71		24.441,03	
I. Vorräte								
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	37.090,09		52.340,47					
	37.090,09		52.340,47					
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände								
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	661.894,25		541.370,14					
2. sonstige Vermögensgegenstände	4.689,35		12.209,04					
	666.583,60		553.579,18					
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	113.617,44		165.631,81					
	817.291,13		771.551,46					
C. Rechnungsabgrenzungsposten	596.414,66		681.582,09					
	18.280.353,43		18.173.528,91		18.280.353,43		18.173.528,91	
Passiva								
A. Eigenkapital								
I. Gezeichnetes Kapital								
II. Verlustvortrag								
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag								
B. Rückstellungen								
1. sonstige Rückstellungen								
C. Verbindlichkeiten								
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen								
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen								
4. sonstige Verbindlichkeiten								
davon aus Steuern: EUR 42.468,67; 2012: EUR 35.059,76								
D. Rechnungsabgrenzungsposten								

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2013

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.479.905,93	6.353.291,21
2. sonstige betriebliche Erträge	3.420.699,36	2.624.061,46
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-723.884,39	-693.871,75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.427.429,56	-1.376.703,56
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.139.216,66	-2.827.276,09
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung - davon für Altersversorgung: EUR 217.647,51; 2012: EUR 194.686,99	-836.331,36	-755.013,07
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-626.615,71	-623.792,06
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.943.143,26	-2.003.991,95
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.315,32	7.553,65
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 162,80; 2012: EUR 244,20		
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 10.880,00; 2012: EUR 0,00		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-483.823,49	-491.350,78
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 43.935,51; 2011: EUR 38.856,38		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	736.476,18	212.907,06
9. sonstige Steuern	-7.824,06	-7.006,89
Jahresüberschuss	728.652,12	205.900,17

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2012

		Aktiva		Passiva	
		31.12.2012 €	31.12.2011 €	31.12.2012 €	31.12.2011 €
A. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Sonstige Vermögensgegenstände		47.660,75	44.273,72	27.609,76	27.609,76
II. Guthaben bei Kreditinstituten		1.068,54	1.081,99	13.782,27	13.654,70
		48.719,29	45.355,71	42.557,82	41.392,03
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen				239,38	22,00
2. Sonstige Rückstellungen				1.300,00	1.300,00
				1.539,38	1.322,00
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				1.092,66	0,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten				3.529,43	2.641,68
davon aus Steuern: € 410,76; Vorjahr: € 410,76					
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 3.005,15;					
Vorjahr: € 2.174,16				4.622,09	2.641,68
		48.719,29	45.355,71	48.719,29	45.355,71

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechernich

**Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2012**

	2012	2011
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	12.206,54	9.273,36
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-9.501,60	-8.583,60
b) Soziale Abgaben	-953,04	-689,76
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.751,90	-1.234,56
4. Erträge aus Beteiligungen	1.380,49	1.380,49
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,60	4,88
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.384,09	150,81
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-218,30	-23,24
Jahresüberschuss	1.165,79	127,57

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG, Mechnernich

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva	31.12.2012		31.12.2011		Passiva	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Geschäftswert	1,00	1,00				
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	5.027.140,22	5.215.612,22				
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.324,00	10.095,00				
	5.032.464,22	5.225.707,22				
	5.032.465,22	5.225.708,22				
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.016,25	7.526,75				
2. Sonstige Vermögensgegenstände	2.655,84	0,00				
	6.672,09	7.526,75				
	5.690,18	11.531,73				
	12.362,27	19.058,48				
II. Guthaben bei Kreditinstituten						
	5.044.827,49	5.244.766,70				
A. Eigenkapital						
I. Kapitalanteile						
II. Rücklagen						
B. Rückstellungen						
1. Sonstige Rückstellungen	7.500,00	7.500,00				
	7.500,00	7.500,00				
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.421.131,26	3.550.302,54				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.827,94	10.213,60				
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	48.860,75	45.473,72				
4. Sonstige Verbindlichkeiten	464,25	1.560,81				
davon aus Steuern: € 464,25; Vorjahr: € 1.508,81						
	3.484.284,20	3.607.550,67				
	5.044.827,49	5.244.766,70				

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2012

	2012	2011
	€	€
1. Umsatzerlöse	494.312,03	507.474,41
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	203.676,36
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-203.710,20	-203.167,44
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-75.863,21	-72.025,99
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	187,81	343,66
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-134.904,71	-139.667,64
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	80.021,72	296.633,36
7. Sonstige Steuern	-10.244,96	-9.699,23
Jahresüberschuss	69.776,76	286.934,13
8. Gutschrift auf Kapitalkonten	-69.776,76	-286.934,13
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Bilanz zum 31. Dezember 2012

PASSIVSEITE

AKTIVSEITE

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 TEUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Einzellich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			25.983,00	36
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.047.096,35	5.378		
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	543.841,85	580		
3. Technische Anlagen	124.561,00	140		
4. Einrichtungen und Ausstattungen	1.017.160,00	1.162		
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	171.111,16	24		
	<u>6.903.770,36</u>	<u>7.284</u>		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	80.614,31	92		
2. Unerfährte Leistungen	223.828,29	73		
	<u>304.442,60</u>	<u>165</u>		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.857.806,18	1.349		
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntg/GBPfIV 166.786,00 EUR (Vorjahr 214 TEUR)	<u>166.786,00</u>	<u>229</u>		
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8.494,57	10		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>199.804,58</u>	<u>235</u>		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.232.891,33	1.823		
	<u>1.195.488,07</u>	<u>1.309</u>		
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG				
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	166.563,42	167		
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
Andere Abgrenzungsposten	<u>3.724,61</u>	<u>5</u>		
	<u>10.832.873,39</u>	<u>10.789</u>		
A. EIGENKAPITAL				
1. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30		
2. Kapitalrücklagen	272.483,22	272		
3. Gewinnrücklagen	3.063.913,89	3.064		
4. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	-260.246,26	44		
5. Jahresfehlbetrag	<u>-73.223,40</u>	<u>-304</u>		
	<u>3.032.927,45</u>	<u>3.106</u>		
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS				
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	2.850.037,17	2.992		
Hand	113.186,00	138		
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	<u>287.136,00</u>	<u>319</u>		
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter				
	<u>3.250.359,17</u>	<u>3.449</u>		
C. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	94.500,00	95		
2. Steuerrückstellungen	5.000,00	0		
3. Sonstige Rückstellungen	<u>742.276,31</u>	<u>670</u>		
	<u>841.776,31</u>	<u>765</u>		
D. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.017.897,00	1.094		
- 77.133,81 EUR (Vorjahr 81 TEUR)				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	305.911,14	333		
- 305.911,14 EUR (Vorjahr 333 TEUR)				
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	82.387,96	9		
- 82.387,96 EUR (Vorjahr 9 TEUR)				
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	940.995,53	715		
- 940.995,53 EUR (Vorjahr 715 TEUR)				
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	39.611,44	9		
- 39.611,44 EUR (Vorjahr 9 TEUR)				
6. Sonstige Verbindlichkeiten				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	374.539,71	302		
- davon aus Steuern				
- 155.367,29 EUR (Vorjahr 137 TEUR)				
	<u>2.761.342,78</u>	<u>2.462</u>		
E. AUSGLEICHSPOSTEN AUS DARLEHENSFÖRDERUNG				
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	945.889,00	1.007		
	<u>578,68</u>	<u>0</u>		
	<u>10.832.873,39</u>	<u>10.789</u>		

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

	2012 EUR	2011 TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	12.943.513,88	12.219
2. Erlöse aus Wahlleistungen	322.570,39	280
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	333.576,73	330
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	879.422,07	769
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	150.798,99	2
6. Sonstige betriebliche Erträge	961.064,11	1.445
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 0,00 EUR (Vorjahr 157 TEUR)		
	<u>15.590.946,17</u>	<u>15.045</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.105.318,92	7.766
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.760.400,11	1.700
- davon für Altersversorgung 456.281,07 EUR (Vorjahr 442 TEUR)		
	<u>9.865.719,03</u>	<u>9.466</u>
8. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.725.654,56	1.657
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.216.883,18	2.137
	<u>3.942.537,74</u>	<u>3.794</u>
Zwischenergebnis	1.782.689,40	1.785
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	449.077,72	464
- davon Fördermittel nach dem KHG 449.077,72 EUR (Vorjahr 464 TEUR)		
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	444.795,19	492
11. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343,00	61
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	467.529,48	489
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	<u>26.420,54</u>	<u>27</u>
	461.265,89	501
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	716.489,16	771
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.540.316,06	1.783
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 6.647,00 EUR (Vorjahr 4 TEUR)		
Zwischenergebnis	<u>-12.849,93</u>	<u>-268</u>
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.239,56	30
- davon aus Abzinsung 0,00 EUR (Vorjahr 1 TEUR)		
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	55.153,00	60
- davon aus Aufzinsung 7.787,13 EUR (Vorjahr 6 TEUR)		
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-51.763,37</u>	<u>-298</u>
19. Steuern	21.460,03	6
- davon vom Einkommen und vom Ertrag 13.923,02 EUR (Vorjahr 2 TEUR)		
20. Jahresfehlbetrag	<u><u>-73.223,40</u></u>	<u><u>-304</u></u>

Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVSEITE

	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	22.921,00	26
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	4.834.824,35	5.047
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	507.811,85	544
3. Technische Anlagen	109.303,00	125
4. Einrichtungen und Ausstattungen	1.057.054,00	1.017
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>241.515,94</u>	<u>171</u>
	6.750.509,14	6.904
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	78.548,18	81
2 Unfertige Leistungen	<u>120.480,00</u>	<u>224</u>
	199.028,18	305
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.733.094,55	1.858
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht - davon nach KHEntgG/BpflV 301.993,02 EUR (Vorjahr 167 TEUR)	301.993,02	167
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	49,76	8
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>92.086,27</u>	<u>200</u>
	2.127.223,60	2.233
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.028.854,53	1.195
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG		
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	166.563,42	167
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>13.356,28</u>	<u>4</u>
	<u>10.308.456,15</u>	<u>10.834</u>

PASSIVSEITE

	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30
II. Kapitalrücklagen	272.483,22	272
III. Gewinnrücklagen	3.063.913,89	3.064
IV. Verlustvortrag	-333.469,66	-260
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>-1.097.026,09</u>	<u>-73</u>
	1.935.901,36	3.033
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	3.025.800,94	2.850
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	87.946,00	113
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	<u>254.823,00</u>	<u>287</u>
	3.368.569,94	3.250
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	94.500,00	95
2. Steuerrückstellungen	8.000,00	5
3. Sonstige Rückstellungen	<u>1.209.455,75</u>	<u>742</u>
	1.311.955,75	842
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.124.624,94	1.018
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
262.384,83 EUR (Vorjahr 77 TEUR)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	405.462,43	306
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
405.462,43 EUR (Vorjahr 306 TEUR)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Krankenhausträger	11.236,41	82
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
11.236,41 EUR (Vorjahr 82 TEUR)		
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	836.551,93	941
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
836.551,93 EUR (Vorjahr 691 TEUR)		
- davon nach KHEntgG/BPflV		
0,00 EUR (Vorjahr 167 TEUR)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	35.493,42	40
- davon mit einer Restlaufzeit von einem Jahr		
35.493,42 EUR (Vorjahr 40 TEUR)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	394.113,97	375
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
394.113,97 EUR (Vorjahr 375 TEUR)		
- davon aus Steuern		
183.953,91 EUR (Vorjahr 155 TEUR)		
	<u>2.807.483,10</u>	<u>2.762</u>
E. AUSGLEICHSPOSTEN AUS DARLEHENSFÖRDERUNG	884.546,00	946
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	1
	<u>10.308.456,15</u>	<u>10.834</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	13.020.121,15	12.944
2. Erlöse aus Wahlleistungen	321.140,01	322
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	363.994,51	334
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	955.596,25	879
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-103.348,29	151
6. Sonstige betriebliche Erträge	1.184.638,18	961
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre		
1.550,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)	1.550,00	0
	<u>15.742.141,81</u>	<u>15.591</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.841.755,42	8.105
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.802.466,35	1.760
- davon für Altersversorgung		
424.787,05 EUR (Vorjahr 456 TEUR)	424.787,05	456
	<u>10.644.221,77</u>	<u>9.865</u>
8. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.704.383,19	1.726
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.076.114,78	2.217
	<u>3.780.497,97</u>	<u>3.943</u>
Zwischenergebnis	1.317.422,07	1.783
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	455.070,78	449
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	440.557,54	445
11. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343,00	61
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	458.604,19	468

	2013 EUR	2012 TEUR
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	32.460,99	26
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	713.368,43	717
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.120.007,72	1.540
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 8.582,00 EUR (Vorjahr 7 TEUR)		
Zwischenergebnis	<u>-1.050.047,94</u>	<u>-13</u>
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.950,76	16
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44.718,34	55
- davon für Betriebsmittelkredite 181,17 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
- davon aus Aufzinsung 2.483,53 EUR (Vorjahr 8 TEUR)		
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-1.087.815,52</u>	<u>-52</u>
19. Steuern	9.210,57	21
- davon vom Einkommen und vom Ertrag 5.180,00 EUR (Vorjahr 14 TEUR)		
20. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u><u>-1.097.026,09</u></u>	<u><u>-73</u></u>

Bilanz zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	TEUR
<u>A. K T I V S E I T E</u>		
A. ANLAGEVERMÖGEN		
Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.827,00	3
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	485,00	1
	3.312,00	4
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.637,27	15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105.973,00	43
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	971.300,82	900
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.142,50	10
	1.088.416,32	953
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	232.503,47	216
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.247,06	1
	<u>1.341.116,12</u>	<u>1.189</u>
<u>P A S S I V S E I T E</u>		
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100
II. Gewinnrücklagen	1.070,00	1
III. Gewinnvortrag	485.774,40	423
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	181.811,35	73
	778.655,75	597
B. SONDERPOSTEN AUS ZUMENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS	2.827,00	3
C. RÜCKSTELLUNGEN	263.881,78	244
Sonstige Rückstellungen		
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	27
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
0,00 EUR (Vorjahr 27 TEUR)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	102.537,36	96
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr		
102.537,36 EUR (Vorjahr 96 TEUR)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	15.570,77	66
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
15.570,77 EUR (Vorjahr 66 TEUR)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	135.300,91	115
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr		
135.300,91 EUR (Vorjahr 115 TEUR)		
- davon aus Steuern		
24.539,60 EUR (Vorjahr 23 TEUR)		
	253.409,04	304
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	42.342,55	41
	<u>1.341.116,12</u>	<u>1.189</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	6.925.419,55	6.705
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>262.793,79</u>	<u>195</u>
	7.188.213,34	6.900
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	501.672,19	494
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>859.035,80</u>	<u>865</u>
	1.360.707,99	1.359
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.623.701,15	2.546
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	662.633,89	626
- davon für Altersversorgung		
134.977,19 EUR (Vorjahr 119 TEUR)		
	<u>3.286.335,04</u>	<u>3.172</u>
Zwischenergebnis	2.541.170,31	2.369
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234,00	0
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	527,00	1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.372.471,42</u>	<u>2.308</u>
Zwischenergebnis	168.405,89	60
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.321,69	15
- davon aus verbundenen Unternehmen		
14.029,61 EUR (Vorjahr 14 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	916,23	2
- davon für Betriebsmittelkredite		
1,66 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
440,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, zugleich Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>181.811,35</u>	<u>73</u>

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Mechemnich

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	31.12.2013		31.12.2012		Passiva	
	EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Lizenzen	1.430,38	1.032,92			25.000,00	25.000,00
2. Geschäftswert	8.437,00	42.187,00			-185.964,76	-231.680,27
	9.867,38	43.219,92			296.480,48	45.715,51
II. Sachanlagen					0,00	160.964,76
1. Bauten auf fremden Grundstücken	793.357,73	830.199,82				0,00
2. technische Anlagen	31.578,75	38.866,16				
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.020,39	60.678,54				
	859.956,87	929.744,52				
	869.824,25	972.964,44				
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Waren	18.539,95	14.922,90				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	107.779,49	74.183,30			574.542,54	770.569,63
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	21.202,86	71.076,52			3.536,36	3.578,99
3. sonstige Vermögensgegenstände	5.854,03	1.295,99			274.563,91	469.816,97
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	11.795,69	5.324,61			9.889,74	4.467,52
	146.632,07	151.880,42			862.531,54	1.248.433,11
	165.172,02	166.803,32				
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
	23,96	45,33				
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag						
	0,00	160.964,76				
	1.035.020,23	1.300.777,85			1.035.020,23	1.300.777,85

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2013

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	776.609,54	751.163,69
2. sonstige betriebliche Erträge	331.012,67	110.747,53
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-126.152,62	-120.273,45
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-41.516,33	-41.996,79
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	-304.237,86	-284.179,78
b) soziale Abgaben	-47.307,56	-47.464,47
5. Abschreibungen:		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-106.293,04	-105.967,29
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-150.419,06	-175.157,70
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 88,00; 2012: EUR 132,00	97,20	177,95
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen: EUR 10.283,59; 2012: EUR 8.809,48	-35.312,46	-41.334,18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	296.480,48	45.715,51
Jahresüberschuss	296.480,48	45.715,51

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechnernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.564.494,38	6.381.050,63
2. sonstige betriebliche Erträge	453,80	0,00
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	-6.096.336,49	-5.882.388,99
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-269.900,94	-260.271,53
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-64.621,96	-97.712,43
b) Soziale Abgaben	-14.642,59	-11.949,66
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-938,65	-537,69
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-96.058,94	-101.904,86
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	119,80	574,07
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.210,18	-13.800,00
(davon an verbundene Unternehmen: EUR 9.200,00; 2012: EUR 13.800,00)		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.358,23	13.059,54
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.135,78	-3.989,82
Jahresüberschuss	9.222,45	9.069,72

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013		31.12.2012		Passiva	
	EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2013	31.12.2012
Aktiva						
A. Anlagevermögen						
i. Sachanlagen						
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.268,00	0,00			25.000,00	25.000,00
	17.268,00	0,00			26.685,89	20.585,57
B. Umlaufvermögen					4.221,01	6.100,32
i. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	85,68	85,68				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	90.754,64	109.919,35				
3. sonstige Vermögensgegenstände	814,01	0,00				
	91.654,33	110.005,03				
ii. Guthaben bei Kreditinstituten	49.558,59	33.429,25				
	141.212,92	143.434,28				
	158.480,92	143.434,28				
A. Eigenkapital						
i. Gezeichnetes Kapital					25.000,00	25.000,00
ii. Gewinnvortrag					26.685,89	20.585,57
iii. Jahresüberschuss					4.221,01	6.100,32
					55.906,90	51.685,89
B. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen					724,76	2.878,98
2. sonstige Rückstellungen					22.005,44	15.381,76
					22.730,20	18.260,74
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					28.748,79	28.596,36
2. sonstige Verbindlichkeiten					51.095,03	44.891,29
					79.843,82	73.487,65
	158.480,92	143.434,28			158.480,92	143.434,28

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechernich

**Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2013**

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.064.041,15	1.032.608,48
2. sonstige betriebliche Erträge	206,55	301,81
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-714.038,91	-680.199,02
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-163.572,62	-160.080,18
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	-1.746,24	-2.858,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-178.891,30	-181.328,03
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	94,13	320,73
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.092,76	8.765,79
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.871,75	-2.665,47
Jahresüberschuss	4.221,01	6.100,32

Bilanz zum 31. Dezember 2013

<u>A.K.T.I.V.S.E.I.T.E</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	TEUR	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.336,00	3		
II. Sachanlagen				
Anderere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	60.102,00	59		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	460.817,89	422		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	862.177,85	732		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	12.065,12	34		
	<u>1.335.060,86</u>	<u>1.188</u>		
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	145.019,45	65		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	<u>4.848,34</u>	<u>5</u>		
	<u>1.551.367,65</u>	<u>1.320</u>		
P.A.S.S.I.V.S.E.I.T.E				
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital	25.050,00	25		
II. Gewinnrücklagen	610,00	0		
III. Gewinnvortrag	809.648,44	688		
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	205.363,31	122		
	<u>1.040.691,75</u>	<u>835</u>		
B. RÜCKSTELLUNGEN				
Sonstige Rückstellungen	379.404,80	384		
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	50.477,47	21		
50.477,47 EUR (Vorjahr 21 TEUR)				
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	33.105,20	45		
33.105,20 EUR (Vorjahr 45 TEUR)				
3. Sonstige Verbindlichkeiten				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	47.688,43	35		
47.688,43 EUR (Vorjahr 35 TEUR)				
- davon aus Steuern				
14.307,99 EUR (Vorjahr 14 TEUR)				
	<u>131.271,10</u>	<u>101</u>		
	<u>1.551.367,65</u>	<u>1.320</u>		

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	3.101.923,57	2.955
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	104.582,32	100
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>127.124,82</u>	<u>74</u>
	3.333.630,71	3.129
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	166.614,67	181
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>152.929,32</u>	<u>151</u>
	319.543,99	332
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.618.815,76	1.635
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	353.776,46	330
- davon für Altersversorgung		
5.346,81 EUR (Vorjahr 5 TEUR)		
	<u>1.972.592,22</u>	<u>1.965</u>
Zwischenergebnis	1.041.494,50	832
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.426,46	16
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>829.258,54</u>	<u>708</u>
Zwischenergebnis	192.809,50	108
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.815,56	16
- davon aus verbundenen Unternehmen		
14.320,15 EUR (Vorjahr 15 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	999,00	0
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
999,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>206.626,06</u>	<u>124</u>
11. Sonstige Steuern	<u>1.242,75</u>	<u>2</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u><u>205.383,31</u></u>	<u><u>122</u></u>

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Bilanz

Aktiva

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR		EUR	
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	8.256,00		0,00	
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.869,00		57.675,00	
III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59		25.564,59	
	80.689,59		83.239,59	
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen gegen Gesellschafter	5.567,18		5.567,18	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 213.719,69 (i. V. EUR 186.726,92)	1.451.631,43		1.275.321,18	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	18.233,89		27.544,88	
	1.475.432,50		1.308.433,24	
II. Kassenbestand	144,91		234,02	
	1.475.577,41		1.308.667,26	
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	1.750,00		2.250,00	
	1.558.017,00		1.394.156,85	

Passiva

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR		EUR	
A. EIGENKAPITAL				
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	511.291,88		511.291,88	
II. Rücklagen der Kommanditisten	924.435,41		924.435,41	
III. Gewinnrücklage	0,00		3.494,52	
IV. Verlustsonderkonten der Kommanditisten	-122.778,95		-279.841,93	
	1.312.948,34		1.159.379,88	
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen	12.310,00		26.749,00	
2. Sonstige Rückstellungen	39.900,00		41.110,00	
	52.210,00		67.859,00	
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.066,03		21.534,03	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon gegenüber verbundenen Unternehmen EUR 96.918,07 (i. V. EUR 92.279,81)	149.272,40		130.060,10	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.135,36		610,63	
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 6.538,07 (i. V. EUR 11.273,46)	15.384,87		14.713,21	
	192.858,66		166.917,97	
	1.558.017,00		1.394.156,85	

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	977.982,86	891.179,99
2. Sonstige betriebliche Erträge	17.165,88	22.735,14
3. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	2.509,08	2.710,79
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.146,92	15.577,16
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	728.022,83	721.391,34
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.444,57	4.031,47
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.242,85	3.940,85
davon an verbundene Unternehmen EUR 2.298,34 (i.V. EUR 2.202,99)		
davon aus Aufzinsung EUR 0,00 (i.V. EUR 1.011,85)		
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	247.671,63	174.326,46
9. Steuern vom Ertrag	38.020,65	22.981,00
10. Sonstige Steuern	233,67	224,29
11. Jahresüberschuss	209.417,31	151.121,17
12. Gutschrift auf Verlustsonderkonten der Kommanditisten	157.062,98	113.340,88
13. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	52.354,33	37.780,29
14. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lagebericht 2013

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland verzeichnet im Jahr 2013 insgesamt ein Wachstum von 2,8%. Die Print-Mediengattungen verlieren, während alle anderen klassischen Mediengattungen in 2013 Zuwächse erreichen.

Die Gattung Radio erzielte 2013 ein Umsatzwachstum von 3,6%. Während die Vermarktungsumsätze der RMS um 6,7% steigen, verliert die AS & S um -2,7%.

Der Marktanteil der Gattung Radio liegt mit 5,9% auf Vorjahresniveau. Auch die Rheinland Kombi Köln - als Verband von sieben lokalen Radiosendern, zu denen auch Radio Köln gehört - konnte ihren Marktanteil mit 1,2% halten.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2013 mit dem besten Ergebnis seit Bestehen ab. Mit einem Jahresüberschuss von TEUR 209 wird das gute Ergebnis des Vorjahres nochmals um TEUR 58 übertroffen.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 87 auf nun TEUR 978 gestiegen. Hiervon entfallen TEUR 646 (+11,6% zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen Werbeumsätze und TEUR 307 (+1,6% zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH. Erstmals erzielt die Gesellschaft Erlöse aus der Flexibilisierung von Werbezeiten von Radio NRW mit TEUR 28.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 728 nur 0,9% (TEUR 6) höher als im Vorjahr. Die Kostenerhöhung resultiert mit TEUR 8 aus den auf TEUR 329 gestiegenen Kosten der Veranstaltergemeinschaft.

Die Gesellschaft hatte für 2013 ein deutlich niedrigeres Ergebnis geplant (TEUR 51). Die positive Planüberschreitung ergibt sich allein aus der verbesserten und so nicht erwarteten Steigerung der Werbeumsätze.

Die Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ des Senders lagen im März 2013 (E.M.A. I/2013) bei 31,8% und im Juli 2013 (E.M.A. II/2013) bei 37,5%. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet Marktführer vor den öffentlich-rechtlichen Sendern des WDR. Mit einer Verweildauer von 163 Minuten im März bzw. 183 Minuten im Juli 2013 liegt der Sender im Rahmen des Mittelwertes aller NRW-Lokalsender.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Neben dem Kommanditkapital von TEUR 511 bestehen weitere Kapitalrücklagen von TEUR 924 und ein Verlustvortrag von -TEUR 123 der Gesellschafterin RRB Rheinische Rundfunk Beteiligungs GmbH & Co. KG.

Die Verlustvorträge aus früheren Jahren sind vollständig ausgeglichen.

Damit weist die Gesellschaft zum 31.12.2013 ein Eigenkapital von TEUR 1.313 und eine Eigenkapitalquote von 84,3% aus.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Lage der Gesellschaft nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2014 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 137.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 569 niedriger als in 2013 und auf dem Niveau des Jahres 2012 berücksichtigt. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW liegen im Plan auf dem Niveau von 2013.

Die Einbuchungen der Werbeerlöse liegen im Januar und Februar leicht über Plan und Vorjahr, so dass die für das Jahr geplanten Umsatzziele erreichbar sind.

Die für die Zuweisung der Vertriebsprovisionen von Radio NRW wichtigen Hörerreichweiten liegen in der E.M.A. I/2014 für den Wert „Hörer gestern Montag bis Freitag“ bei 33,2%. Die Verweildauer beträgt 167 Minuten.

V. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrissen führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme.

Für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Euskirchen, 10. März 2014

Geschäftsführung

Bilanz

AKTIVA	31.12.2013	31.12.2012	PASSIVA	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR		EUR	EUR
UMLAUFVERMÖGEN			A. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Sonstige Vermögensgegenstände	7.268,05	2.995,41	Sonstige Rückstellungen	4.100,00	3.200,00
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6.200,73	6.242,43	B. VERBINDLICHKEITEN		
			Sonstige Verbindlichkeiten - mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr - - davon aus Steuern EUR 8.677,75 (i. V. EUR 5.370,37) - - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 691,03 (i. V. EUR 667,47) -	9.368,78	6.037,84
	13.468,78	9.237,84		13.468,78	9.237,84

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 EUR	2012 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	328.863,30	321.096,59
2. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	73.231,39	69.035,74
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	201.397,10	196.549,67
b) Soziale Abgaben	38.890,33	38.599,18
	240.287,43	235.148,85
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.344,48	16.912,00
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit = Jahresüberschuss	0,00	0,00

BILANZ

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH
Schleiden

zum
31. Dezember 2013

PASSIVA

AKTIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3,00	3,00		
II. Sachanlagen				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.172,00	26.927,00		
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. sonstige Vermögensgegenstände	15.626,98	11.874,40		
II. Wertpapiere				
1. sonstige Wertpapiere	36.000,00	36.000,00		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	230.914,97	119.354,41		
	1.721,42	2.288,90		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	304.438,37	196.447,71		
			304.438,37	196.447,71
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital			36.000,00	36.000,00
II. Gewinnvortrag			111.875,74	115.999,11
III. Jahresüberschuss			35.301,50	4.123,37
B. Rückstellungen				
1. sonstige Rückstellungen	3,00	3,00	14.274,00	13.710,00
C. Verbindlichkeiten				
1. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern EUR 944,98 (EUR 350,17) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 106.987,13 (EUR 34.861,97)			106.987,13	34.861,97

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	%	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		81.545,67	100,00	101.873,66
2. sonstige betriebliche Erträge		549.474,97	673,82	560.952,62
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		0,00	0,00	36.898,17
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	116.559,81			121.823,51
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>26.676,54</u>			<u>30.065,96</u>
		143.236,35	175,65	151.889,47
- davon für Altersversorgung EUR 2.640,00 (EUR 2.640,00)				
5. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		11.006,43	13,50	12.393,05
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		442.060,40	542,10	466.501,25
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>781,08</u>	0,96	<u>978,29</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		35.498,54	43,53	3.877,37-
9. sonstige Steuern		197,04	0,24	246,00
10. Jahresüberschuss		<u>35.301,50</u>	43,29	<u>4.123,37-</u>

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH

Lagebericht für das Jahr 2013

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde dann um fünf Jahre bis zum 31.12.2013 und mit notarieller Beurkundung am 11.11.2013 um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2014 verlängert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2013 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe. Das neue „Kulturkino vogelsang ip“ wurde an die vogelsang gemeinnützige GmbH übertragen.

Die im Jahr 2012 begonnen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Informations- und Bildungszentrum mit den beiden Kernaussstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum wurden fortgeführt. Sie verlaufen allerdings nicht so zügig wie geplant, die Fertigstellung und Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip wird sich in das Jahr 2015 verschieben. Der Baubetrieb sowie Infrastrukturmaßnahmen, wie der neue Besucherparkplatz, haben Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb und bedürfen der intensiven Abstimmung durch die SEV.

Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge in Trägerschaft des Deutschen Jugendherbergswerks Landesverband Rheinland konnte auch im Jahr 2013 noch kein belastbares Finanzierungskonzept vereinbart werden. Ziel ist die Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung und die Festlegung des Realisierungszeitraumes im ersten Halbjahr 2014. Damit würde auch für das Kernprojekt Jugendwaldheim, welches gemeinsam mit der Jugendherberge gebaut werden soll, eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen.

Für das Kernprojekt Nationalparkforstamt hat sich das Land NRW Ende des Jahres entgegen bisheriger Planungen auf die Realisierung eines Neubaus festgelegt. Im Jahr 2014 sind die Voraussetzungen für eine zeitnahe Umsetzung am Standort zu schaffen.

Die Ansiedlung privater Nutzer bleibt weiterhin schwierig. Als wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Betrieb der Astronomie-Werkstatt wurde der Nationalpark Eifel in einem ersten Schritt von der International Dark-Sky Association als Sternenpark anerkannt. Die Astronomie-Werkstatt will ihren Betrieb in Vogelsang im April 2014 aufnehmen.

Die Entwicklung des barrierefreien „Panoramasteges“ wird genauso wie die angestoßene Entwicklung eines „Vogelsang-Hotels“ weiterverfolgt. Zur Nutzung von zwei Kameradschaftshäusern als „Fledermauszentrum“ und „Open House“ mit Jugendbauhütte wurden zwei weitere Vorhaben angeschoben.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen konnte die SEV die Sanierung des Schmutzwassernetzes noch nicht abschließen. Neue Versorgungsleitungen wurden für die östlichen Kameradschaftshäuser angelegt. Die Baumaßnahmen für die Versickerung der Regenwässer der nicht übertragenen Gebäude sollen im Frühjahr 2014 durchgeführt werden. Die Beleuchtungsplanung für die öffentlichen Bereiche sowie das Forum Vogelsang, das Kulturkino und den neuen Besucherparkplatz wurde mit allen Beteiligten abgestimmt und weitgehend abgeschlossen, die Realisierung ist im Jahr 2014 vorgesehen.

Die Entwurfsplanung für die neue ÖPNV-Wendeschleife wurde erstellt, der Förderantrag durch den Kreis Euskirchen eingereicht. Ziel ist die Realisierung bis zum Mai 2015.

Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurden im Hangbereich in zwei Bereichen Stützwände saniert. Für die unterirdischen Räume am Schwimmbad sowie an den Hundertschaftshäusern wurden jeweils Sanierungskonzepte aufgestellt. Die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen der Räume am Schwimmbad ist für das Jahr 2014, die der übrigen unterirdischen Räume für das Jahr 2015 geplant. Zur Verbesserung der Vermarktbarkeit wurden die ehemaligen Panzerhallen zurückgebaut, weitere Abbruchmaßnahmen werden vorbereitet.

Das ab Mai 2011 betriebene Geländemanagement-Modell „Bürgerarbeit“ wurde im Jahr 2013 erfolgreich weitergeführt. Alle „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes konnten gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern unterhalten und gepflegt werden. Da die Förderung der Bürgerarbeit durch das Bundesverwaltungsamt im April 2014 ausläuft, wurde für das Jahr 2014 ein Folgemodell mit reduziertem eigenem Personal entwickelt und mit den Nutzern abgestimmt.

Die formalen Verfahren der Bezirksregierung Köln, die Gesamtfläche der Liegenschaft Vogelsang flächendeckend unter Denkmalschutz zu stellen und den nördlichen, etwa 54 ha umfassenden Bereich als Bodendenkmal auszuweisen, wurden fortgeführt. Den Bedenken der SEV, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Stadt Schleiden und des Kreises Euskirchen, den südlichen Teil der Standortfläche nicht unter Denkmalschutz zu stellen, wurde nicht gefolgt. Die Eintragungen in die Denkmalliste der Stadt Schleiden sind Anfang 2014 erfolgt.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Aufgrund der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang und die damit fehlenden Ausstellungsflächen sowie eine unattraktive Besucherführung sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2013 nochmals zurückgegangen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr von 200.000 auf 172.500 sank, betrug nach einer vorläufigen Auswertung der vogelsang ip gemeinnützige GmbH im Jahr 2013 ca. 150.000. Für das Jahr 2014 wird eine Stagnation auf diesem Wert erwartet. Erst ab dem Jahr 2015 wird mit Eröffnung des „Forum Vogelsang“ wieder ein deutlicher Anstieg der Besucherzahlen prognostiziert.

Ungebrochen ist aber nach wie vor auch im Jahr 2013 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino vogelsang ip weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist weiterhin eine deutliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Die Investitionsbereitschaft von privater Seite kann insgesamt als gering bezeichnet werden. Mit der „Astronomie-Werkstatt“ steht eine private Ansiedlung kurz vor der Realisierung, von der Signalwirkung für weitere private Interessen ausgehen kann. Mit dem „Vogelsang-Hotel“, dem „Panoramasteg“ sowie dem „Fledermauszentrum“ und „Open House“ befinden sich vier weitere privat zu finanzierende Projekte in der Entwicklungsphase.

Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass neben dem Leitprojekte „Forum Vogelsang“ bei den drei anderen öffentlich finanzierten Kernprojekten Jugendherberge, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt klare Umsetzungsperspektiven geschaffen werden. Die Impulse, die von der Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe für die Privatwirtschaft zu erwarten sind, werden dringend zur Akquisition weiterer Nutzungen benötigt.

Daher ist es für den weiteren Entwicklungsprozess wichtig, die Finanzierungsfragen im Falle der Jugendherberge im Jahr 2014 zu lösen und das Vorhaben zeitnah zu realisieren. Auch für die Realisierung des Nationalparkforstamtes in einem Neubau sollten kurzfristig die Verfahrensschritte geklärt werden.

1.3 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2013

Im Geschäftsjahr 2013 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus Fördermitteln und den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch die Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 35.301,50 € (Vorjahr Jahresfehlbetrag von 4.123,37 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten halten wir stabil.

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 230.914,97 € (Vorjahr: 119.354,41 €) dargestellt. Es handelt sich um Einnahmen aus Fördermitteln und den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement. Die Fördermittel stammen aus Städtebaumitteln des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV).

Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 183.177,24 € (Vorjahr: 147.875,74 €) gegenüber.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2013 entsteht ein Jahresüberschuss in Höhe von 35.301,50 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.123,37 € im Jahr 2012. Erträgen in Höhe von 631.801,72 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 596.500,22 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus Fördermitteln und Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das positive Jahresergebnis sind geringere Ausgaben bei den Fremdleistungen für Projektentwicklung und den Sachkosten.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,00 € (Vorjahr: 302.259,96 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 143.236,35 € im Jahr 2013 für die Personalkosten.

2.3. Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt 304.438,37 € (Vorjahr: 196.447,71 €). Das Eigenkapital beträgt 183.177,24 € (Vorjahr: 147.875,74 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 60 % (Vorjahr: 75 %). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 40 % (Vorjahr: 25 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das zentrale Ankerprojekt am Standort bis zum Jahr 2015 realisiert. Die reale Konversion, die vor acht Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Umweltbildungshaus „Transit 59“ und Schwimmbad als Erfolg zu bewerten. Gute Chancen auf eine zeitnahe Ansiedlung werden weiterhin für die Kernprojekte Internationale Begegnungsstätte DJH, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt gesehen. Private, leitbildkonforme Nutzungen werden durch die Ansiedlung der Astronomie-Werkstatt und die sich in der Entwicklung befindlichen Projekte Vogelsang-Hotel, Panoramasteg, Fledermauszentrum und Open House gesehen. Auch die Infrastruktur des Standortes konnte gegenüber dem Jahr 2006 qualitativ entscheidend verbessert werden. Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert.

Die ersten elf Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt. Aufgrund der Besonderheiten des Standortes und seiner vielschichtigen Potentiale sowie der legitimen Interessen der Beteiligten wird im Rahmen des einvernehmlich verabschiedeten Leitbildes immer wieder um die Ausrichtung der Gesamtentwicklung gerungen.

Umso wichtiger ist es, dass für die öffentlich geförderten Kernprojekte Jugendherberge, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine zeitnahe Umsetzungsperspektive geschaffen wird, um die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination vogelsang ip zu stärken. Die Ansiedlungsbedingungen für private Investitionen würden damit verbessert, das Vertrauen des Marktes in den Standort würde gestärkt und damit hoffentlich auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zunehmen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu einem Drittel aus Fördermitteln des Landes NRW und zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt und der Kommunen finanziert. Die Landesmittel sowie die direkten Zuweisungen sind bis zum Ende des Fortführungszeitraumes im Jahr 2014 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern bis Ende 2014. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2014 nicht erkennbar.

5. Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2014 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Insbesondere die letzten vier Jahre des Konversionsprozesses unter Federführung der SEV haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 gedacht. Um die entwickelten Projekte Jugendherberge, Jugendwaldheim, Nationalparkforstamt und Astronomie-Werkstatt und die anentwickelten Projekte sowie die hierfür erforderliche Infrastruktur zu realisieren, sollte die SEV in ihrer bisherigen Struktur über das Jahr 2014 hinaus fortgeführt werden. Nur mit Verwirklichung dieser sowie weiterer Nutzungen prioritär in Bestandsgebäuden kann dauerhaft der denkmalgerechte Erhalt und eine sich selbst tragende Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

Die Gesellschaftervertreter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Region haben ihren grundsätzlichen Willen bekundet, die Gesellschaft über das Jahr 2014 hinaus weiter zu führen. Das Land NRW will im Rahmen einer 3. Leitentscheidung über die weitere Beteiligung an der Gesellschaft entscheiden.

Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2014 werden die Abstimmung des Finanzierungskonzeptes für die Kernnutzung „Jugendherberge“ und für das „Nationalparkforstamt“ die Klärung der Standortfrage und des weiteren Investorenverfahrens sein. Angesiedelt werden soll im Jahr 2014 die Astronomie-Werkstatt, die Projekte „Vogelsang-Hotel“, Panoramasteg, Fledermauszentrum und Open House sollen weiter entwickelt werden.

Als Infrastrukturmaßnahmen sind die Errichtung der Beleuchtung und der ÖPNV-Wendeschleife, die Anlage von Versickerungsanlagen und die Sanierung von unterirdischen Räumen geplant. Weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft wird die Akquisition neuer Investorenprojekte für den Standort sein.

Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Schleiden, 25. Februar 2014



Thomas Fischer-Reinbach

Geschäftsführung

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			
II. Sachanlagen		27.931,00	20.272,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.992.826,28		2.494.656,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	128.766,00		100.556,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>11.410.831,85</u>	14.532.424,13	5.035.889,44
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. fertige Erzeugnisse und Waren		16.876,27	13.516,78
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.790,58		11.029,22
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.169.317,97</u>	1.185.108,55	1.052.155,42
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		844.246,92	1.758.083,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten		24.714,97	26.684,49
		<u>16.631.301,84</u>	<u>10.512.843,06</u>

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	27.300,00	27.300,00	27.300,00
II. Verlustvortrag	6.891,62-	6.891,62-	6.349,02-
III. Jahresüberschuss	0,00	0,00	542,60-
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		11.753.589,93	6.513.344,50
C. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		58.471,69	122.006,35
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	240.148,78		737.405,79
EUR 240.148,78			
(EUR 737.405,79)			
2. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern	<u>4.550.558,06</u>	4.790.706,84	3.119.678,04
EUR 37.183,41 (EUR 28.175,41)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit			
EUR 3.540,49 (EUR 2.770,07)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 4.550.558,06			
(EUR 3.119.678,04)			
E. Rechnungsabgrenzungsposten		8.125,00	0,00
		<u>16.631.301,84</u>	<u>10.512.843,06</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

vogelsang ip gemeinnützige GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		412.099,90	464.486,31
2. sonstige betriebliche Erträge		1.690.911,80	1.478.010,49
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	39.779,66		54.279,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>406,70</u>	40.186,36	924,00
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.036.926,09		1.003.894,55
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>218.757,39</u>	1.255.683,48	198.842,97
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		110.174,61	68.774,51
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		696.969,51	617.448,02
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		8.519,20	5.679,66
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>8.516,94</u>	<u>4.555,11</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>0,00</u>	<u>542,60-</u>
10. Jahresüberschuss		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>542,60-</u></u>

vogelsang ip gemeinnützige GmbH

LAGEBERICHT 31.12.2013

1. **GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT**
2. **WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE**
 - 2.1. Geschäftsverlauf
 - 2.1.1 Laufender Betrieb
 - 2.1.2 Investitionsprojekte
 - 2.1.3 Geschäftsergebnis
 - 2.2 Vermögenslage
 - 2.3 Finanzlage
 - 2.4 Ertragslage
3. **NACHTRAGSBERICHT**
4. **PROGNOSEBERICHT**
5. **CHANCEN/RISIKOBERICHT**
6. **RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN**

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang
- sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 ihres Gesellschaftsvertrages zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Im Jahr 2013 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR | (50 %)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR | (28,57% %)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR | (7,14% %)
- Kreis Düren mit 1.300 EUR | (4,76% %)
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR | (2,38% %)
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR | (4,76% %)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR | (2,38% %)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wird im jährlichen Wechsel durch Vertreter des LVR und des Kreises Euskirchen wahrgenommen.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der **zentralen Besucherinformation** von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener **Bildungsaktivitäten** durch.

Dies umfasst als **regelmäßige Aktivitäten** u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
 - das Angebot eines Netzes von Besucherrundgängen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
 - die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
 - die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen
- und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

2012 erfolgte der temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das Kulturkino. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierenden Einschränkungen für den Besucherbetrieb einher ging (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkungen bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, diversen Provisorien, etc. ...).

Trotz der wesentlich eingeschränkten Nutzungsbedingungen und der damit einhergehenden negativen Mund-zu-Mund-Propaganda unter potenziellen Besuchern konnte die Nachfrage auch in 2013 auf hohem Niveau gehalten werden, mit

- +/- 150.500 Besuchern,
das sind minus 13% zum Vorjahr bzw. minus 25% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 200.500 Besuchern),
- +/- 1.330 Bildungsformaten mit +/- 25.750 Teilnehmenden,

das sind minus 19% zum Vorjahr bzw. minus 40% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit +/- 2.200 Bildungsformaten mit +/- 38.000 Teilnehmenden),

- +/- 300 Formaten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen, das sind gegenüber dem Vorjahr annähernd gleichviele, sowie
- 17 kulturellen und anderen Großveranstaltungen im großen Kinosaal (mit +/- 7.500 Teilnehmenden),
- 70 externen Seminaren/Tagungen (mit +/- 2.500 Teilnehmenden) in den übrigen Räumen des Kulturkinos.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2013 zudem mehrere **Sonderprojekte** durchgeführt. Neben einem größeren, bildungsbezogenen

- Förderprojekt „Mensch, hast Recht!“ (gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft) sowie
- diversen vertiefenden Jugendbildungsprojekten (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter)

war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen

- Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Neben dem laufenden Betrieb wurden im Jahr 2013 die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR),
 2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (Volumen: 3 Mio. EUR)
- und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

durchgeführt. Der 10%ige Eigenanteil wird durch Finanzierungsanteile der Gesellschafter sichergestellt.

Der ursprünglich für das Jahr 2014 avisierte Abschluss dieser Maßnahmen ist auf Grund einer Reihe unvorhergesehener, zusätzlicher Sanierungsbedarfe und Bauzustände nunmehr für den Frühsommer 2015 avisiert.

Die wesentlichen baulichen Konturen des Umbauprojekts sind ablesbar, im Januar 2014 wurde das Richtfest gefeiert. Die Ausstellungsprojekte sind konzeptionell im Wesentlichen fertiggestellt, die diesbezüglichen Ausführungsplanungen und Ausschreibungen sind in Vorbereitung.

Alle drei Projekte sind aktuell innerhalb des jeweiligen finanziellen, fördertechnisch gesicherten Rahmens realisierbar. Ende 2013 sind +/- 45 % der Mittel für Sanierung und Umbau verausgabt.

2.2.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Der lfd. Betrieb im Jahr 2013 kann angesichts der unter 2.2.1 genannten Nachfragerwerte trotz der enorm eingeschränkten Besuchersituation durch die Großbaustelle am Forum noch als erfolgreich bewertet werden. Laufender Betrieb und Förderprojekte konnten im satzungsgemäß vorgegebenen Finanzrahmen realisiert werden.

Der Verlauf der Investitionsprojekte ist trotz der eingetretenen Verzögerungen und vielfältigen Komplikationen befriedigend.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Im Geschäftsjahr 2013 wurde zusätzlich zum laufenden Betrieb insbesondere durch die Verfolgung der drei o.g. infrastrukturellen Projekte die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.

Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen und das erfolgreiche Anlaufen des Kulturkinos als Veranstaltungsort sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 14.532 TEUR (Vorjahr 7.631 TEUR; + 90 %) geprägt, darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 328 TEUR, durch
- Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 780 TEUR (Vorjahr 393 TEUR; + 98 %)

sowie

- liquide Mittel in Höhe von 844 TEUR (Vorjahr 1.758 TEUR, - 52 %)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 11.754 TEUR (Vorjahr 6.513 TEUR; + 80 %),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 4.400 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 3.080 TEUR; + 43 %),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 240 TEUR (Vorjahr 737 TEUR; - 67 %)

sowie

- Rückstellungen in Höhe von 58 TEUR (Vorjahr 122 TEUR; - 52 %)

gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des üblichen Kontokorrentrahmens,
- eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR

sowie

- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2013 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2013 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.202,46 EUR (Vorjahr 500.542,60 EUR) aus. Der Verlust liegt geringfügig unter dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Der Verlustvortrag aus den Vorjahren von insgesamt 6.891,62 EUR wird vorgetragen.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2013 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 412.100 EUR, d.h. -11,3%
2. Sonstige betriebliche Erträge | 1.690.912, d.h. +14,4%
3. Materialaufwand | 40.186 EUR, d.h. -27,2%
4. Personalaufwand | 1.255.683 EUR, d.h. + 4,4 %
5. Abschreibungen | 110.175 EUR, d.h. + 60,2%
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 696.969 EUR, d.h. + 12,9%
7. Zinserträge | 8.519 EUR, d.h. + 87,0%

sowie

8. Zinsaufwand | 8.517 EUR, d.h. + 50,0%

Zum 31.12.2013 stand das Ergebnis der im Zusammenhang mit den Förderprojekten laufenden Umsatzsteuer-Sonderprüfung noch aus.

3. NACHTRAGSBERICHT

Die Überprüfung der in den Vorjahren geltend gemachten Vorsteuerabzüge im Zusammenhang mit den Förderprojekten durch eine diesbezügliche Umsatzsteuersonderprüfung wurde mit dem „Bericht vom 28.03.2014 über die auf Anordnung des Finanzamtes für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Köln vorgenommene Umsatzsteuer-Sonderprüfung bei vogelsang ip gemeinnützige GmbH, 53937 Schleiden, Forum Vogelsang“ abgeschlossen.

Die Vorsteuerabzüge wurden durch die Prüfung in der von der vogelsang ip gemeinnützigen GmbH vorgelegten bzw. in der dem Jahresabschluss zugrunde liegenden Form bestätigt. Somit ergibt sich kein Änderungsbedarf für den Jahresabschluss.

4. PROGNOSEBERICHT

In 2014 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die konzentrierte Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des

Umbaus des "Forums Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ weiter an Volumen zunehmen.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis Frühjahr 2015 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH sowie des Besucherzentrums in das „Kulturkino“ einerseits sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum andererseits werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten und möglicher Weise auch im Jahre 2014 zu weiter sinkenden Besucherzahlen führen. Die Besucherzahlen des laufenden Jahres bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind gegenüber den Vorjahren äußerst positiv. Dies ist offensichtlich auf den äußerst milden Winter zurückzuführen und auf Grund der in den ersten Monaten des Jahres im Verhältnis zum Jahresdurchschnitt sehr geringen Nachfrage noch keine belastbare Prognosegrundlage.

Wir erwarten auch für das Geschäftsjahr 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis im Rahmen des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalem Gesellschafterzuschuss. Basis für das prognostiziert ausgeglichene Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse,
- Projektförderungen,
- sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Im Geschäftsjahr 2015 wird der Geschäftsbetrieb von zwei wesentlichen Komponenten geprägt sein:

- 1.) den Abschluss der investiven Maßnahmen und den damit verbundenen Umzugs zurück ins Forum; hierdurch werden grundsätzlich neue betriebliche Randbedingungen eintreten.
- 2.) die neuen räumlichen Dimensionen im Forum Vogelsang, die zusätzlichen Nutzungskomponenten (insbesondere die NS-Dokumentation und die vom Nationalparkforstamt betriebene Nationalparkausstellung, aber auch das neue Besucherzentrum sowie die neue Panoramagastronomie und -terrasse) sowie die insgesamt deutlich aufwändigere Haustechnik; hierdurch werden der Personal- und Betriebsaufwand, aber auch die Erlöse deutlich steigen.

Durch die insgesamt wesentlich erhöhte Attraktivität wird bereits für das Jahr 2015 mit +/- 300.000 Besuchern gerechnet. Eine erste mittelfristige Wirtschaftsplanung für die Zeit nach Bezug des neuen Forum Vogelsang aus dem Jahr 2012 wird zur Zeit aktualisiert.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Angesichts des aktuellen Verlaufs der Nachfragewerte wird für das Jahr 2014 von einem vergleichbaren Geschäftsverlauf mit ähnlichen Besucherzahlen und ähnlichen Verkaufserlösen wie im Jahr 2013 ausgegangen.

Dieser Ansatz beinhaltet insofern ein Risiko, als bedingt durch eine Reihe äußerer Faktoren auch Rückgänge möglich sind: neben eventuellen weiteren, baustellenbedingten Rückgängen können auch die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, ein eventuell eintretende grundsätzliche „Sättigung“ der Nachfrage, das Fehlen neuer Attraktionen sowie saisonale bzw. Wettereffekte zu einem Besucher- und Erlösrückgang führen.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und dort beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Für das Projekt „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“ sind entsprechende Notfalloptionen (Zurückstellen von Teilinvestitionen) diskutiert und verabschiedet; diese können bei Bedarf gezogen werden.

Im Förderbereich können zudem Risiken durch notwendige, aber nicht förderbare Ausgaben eintreten. Hierzu gehören u.a. Kreditzinsen für die Vorfinanzierung von Projektausgaben sowie Prüfungskosten. Weiterhin kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne, zunächst anerkannte und abgerechnete Projektausgaben im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch übergeordnete Stellen wie LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig erkannt werden.

Durch die gesellschafterseits gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters LVR bis zu einer Höhe von 6,7 Mio. € ist für die Jahre 2014-2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2014 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz mit gleichzeitigem Soll/Ist-Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftsplanung durchgeführt. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und - ggf. unter Beteiligung des Aufsichtsrates - eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im

Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten ein kontinuierliches Projektcontrolling mit Berichten an den Aufsichtsrat und die Fördergeber, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel sicherzustellen.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 23.05.2014
gez. Albert Moritz | Geschäftsführer

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013

Regionalverkehr Köln, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

AKTIVA	Stand 31.12.2013 €	Stand 31.12.2012 €	Stand 31.12.2013 €	Stand 31.12.2012 €
			PASSIVA	
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.007.340,00	977.952,00		3.579.200,00
2. Geleistete Anzahlungen	<u>29.287,00</u>	<u>237.827,50</u>	II. Kapitalrücklage	8.014.583,45
	1.861.490,96	1.861.490,96	III. Gewinnrücklagen	710.944,13
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.030.429,00	1.457.601,00	IV. Bilanzgewinn	<u>3.269.300,42</u>
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	32.351.681,00	32.118.026,00		15.658.028,00
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	14.656,00	18.421,00		
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	3.192.146,48	3.506.941,00		
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.562.993,69</u>	<u>4.707.852,94</u>		
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	46.013.397,13	43.670.332,90	B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	9.423.406,38
	50.000,00	50.000,00		11.309.874,67
III. Finanzanlagen	<u>12.740,53</u>	<u>17.834,73</u>		
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	62.740,53	67.834,73		
2. Sonstige Ausleihungen	47.112.764,66	44.953.947,13		
B. Umlaufvermögen			C. Rückstellungen	
I. Vorräte			1. Rückstellungen für Pensionen	
Hilfs- und Betriebsstoffe	349.619,63	357.415,60		667.496,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. Sonstige Rückstellungen	<u>8.903.667,00</u>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.029.176,54	3.342.191,58		631.159,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	2.838.415,24	5.356.331,16	D. Verbindlichkeiten	8.258.751,27
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	130.526,73	316.903,69	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.901.188,58
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>966.936,01</u>	<u>881.787,52</u>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.011.332,09
	5.965.054,52	9.897.213,95	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	596.075,45
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	11.104.481,34	6.293.495,33	4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.996.050,59</u>
	17.419.155,49	16.548.124,88		4.224.255,40
C. Rechnungsabgrenzungsposten	117.649,45	115.309,15	E. Rechnungsabgrenzungsposten	537.243,59
D. Aktiver Unterschiedsbeitrag aus der Vermögensverrechnung	44.918,08	44.918,08		312.847,48
	<u>64.694.487,68</u>	<u>61.617.381,16</u>		<u>61.617.381,16</u>

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013
Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	2013 EUR	2012 EUR
1. Umsatzerlöse	66.550.743,91	65.320.039,05
2. Sonstige betriebliche Erträge	19.398.743,03	18.853.531,95
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	8.173.247,71	8.515.936,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>27.287.104,71</u>	<u>26.012.654,78</u>
	35.460.352,42	34.528.591,74
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	27.865.557,69	26.985.232,55
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.677.968,84	5.520.141,86
	<u>33.543.526,53</u>	<u>32.505.374,41</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.735.475,41	7.659.361,59
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.961.650,73	8.376.793,75
7. Betriebsergebnis	1.248.481,85	1.103.449,51
8. Erträge aus Beteiligungen	3.000,00	3.000,00
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.010,91	27.893,77
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	661.420,59	651.926,18
12. Finanzergebnis	-641.409,68	-621.032,41
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	607.072,17	482.417,10
14. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
16. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
17. Steuern	0,00	0,00
18. Sonstige Steuern	33.977,92	31.567,93
19. Jahresüberschuss	573.094,25	450.849,17
20. Gewinnvortrag	1.562.236,59	1.652.153,75
21. Entnahme aus der Kapitalrücklage	1.133.969,58	1.196.233,67
22. Bilanzgewinn	<u>3.269.300,42</u>	<u>3.299.236,59</u>

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2013

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2013 weiterhin durch die Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und die Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Die Anpassung des ÖPNV-Gesetzes für Nordrhein-Westfalen brachte wesentliche Veränderungen der Gesetzeslage aus Sicht der Verkehrsunternehmen mit sich. Im Ergebnis jedoch ändert sich für die RVK als kommunales Unternehmen insofern nur, dass ihre Eigentümer mittelbar oder unmittelbar Empfänger von bisher an die RVK direkt zugewiesenen Fördermitteln oder Ausgleichszahlungen werden. Wie in der Vergangenheit steht es daher im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt. Diese Entwicklung ist sachgerecht und verstärkt die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen dem RVK-Konzern und ihren Gesellschaftern.

Zu beachten sein wird künftig auch verstärkt die EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr und die mit Wirkung zum 01. Januar 2013 erfolgte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Die Fülle neuer unbestimmter Rechtsbegriffe und noch weiterhin vorhandener Interpretationsspielraum erschweren Prognosen über die künftige Praxis.

Die RVK hat sich, soweit möglich, auf diese Situation vorbereitet: Zum einen wurden seinerzeit durch Unterzeichnung von Vereinbarungen bzw. durch Betrauungsakte, unter Berücksichtigung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 24. Juli 2003 in Sachen Altmark-Trans, mit den Gebietskörperschaften Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis (via Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH) und Kreis Euskirchen den geänderten rechtlichen Erfordernissen nach der im Jahre 2009 geltenden Rechtslage entsprochen.

Zum anderen wird zur Sicherstellung von für die Zukunft rechtssicheren Gestaltungen für die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK für den Gesellschafter- bzw. Aufgabenträgerkreis ein Vorschlag unter Berücksichtigung der EU-VO (EG) 1370/2007, des neuen PBefG, des ÖPNVG NRW, des TVgG NRW und der aktuellen Rechtsprechung erarbeitet.

Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen erbracht. Hierbei ist für das Jahr 2013 die Fortführung des Vertrages mit der SWBV hervorzuheben, die sich aus der fortgesetzten Betrauung der SWBV durch die Stadt Bonn ergeben hat.

Ein strategischer Aufgabenschwerpunkt des Jahres 2013 lag in der Neuorganisation des Bedienungsgebietes Oberbergischer Kreis. Die RVK hat sich zum 31. Dezember 2013 aus dem operativen Geschäft im dortigen Verkehrsgebiet nahezu vollständig zurückgezogen. Die Verkehrserbringung der bisher von der RVK gefahrenen Leistungen erfolgt nach einem Betriebsübergang gemäß § 613 a BGB seit dieser Zeit durch die Verkehrsgesellschaft Bergisches Land GmbH (VBL). Weitere Einzelheiten hierzu siehe unter Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Seite 9).

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrahmens entsprechen nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientierten Systems. Insbesondere die gravierenden demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region, machen ein nahezu ausschließlich nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel, allen Menschen, ganz gleich in welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.

Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang“ seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklauseln im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BO Kraft), die es z.B. ermöglichen „ad hoc-Haltestellen“ einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Geschäftsverlauf

Im RVK-Konzern sind die Gesamtfahrleistungen im Berichtsjahr 2013 geringfügig angestiegen und umfassen insgesamt 27,95 Mio. Km (Vorjahr 27,83 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren im Berichtsjahr sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG gab es eine Steigerung um 0,92 % (+94.280 Km). Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ist infolge der Beendigung eines Werkverkehrs im Oktober 2012 und der vollumfänglichen Auswirkung im Geschäftsjahr 2013 ein Rückgang in Höhe von 90,75 % (-34.486 Km) zu verzeichnen.

Die AST-Verkehre sind mit einer Steigerung um 0,05% (+ 27 Km) im Vorjahresvergleich nahezu deckungsgleich. Bei den TaxiBus-Leistungen hat sich ein Rückgang um 3,20% (-34.193 Km) ergeben. Ein Rückgang ist auch beim Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG festzustellen. Dieser Rückgang beträgt lediglich 0,51% (-351 Km).

Beim Notverkehr ist eine sehr hohe Zunahme um 2.318,36 % (+123.128 Km) zu verzeichnen. Grund für diese Zunahme ist die Durchführung von Schienenersatzverkehren im Auftrag der Deutschen Bahn AG.

Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind mit einem geringfügigen Rückgang in Höhe von 0,10 % (-14.576 Km) im Vorjahresvergleich nahezu unverändert.

Nach wie vor bleibt es bei dem Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus) in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften anzuregen und diese, bei entsprechender Beschlusslage des Aufgabenträgers, auch vorzunehmen. Auch Veränderungen der Größe der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, sind eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Zusammenfassend kann der Verlauf des Geschäftsjahres 2013 als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind lediglich auf der Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von ca. 9.941 T€ getätigt worden.

Auf Konzernebene ergibt sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von 9.944 T€. Die Investitionen betreffen überwiegend die Busbeschaffung (8.000 T€), den Neubau in Meckenheim (1.281 T€) und Software (274 T€).

Die finanziellen Mittel haben sich im Vorjahresvergleich im Konzern um 4.811 T€ erhöht.

Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert.

Die Höhe der Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 3.077 T€ auf 64.695 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich ein Anstieg um 3.238 T€ auf 64.795 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2013 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 28,33% (Vorjahr 31,02%). Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote 28,25 % (Vorjahr 31,03%).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgt grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung. Im Berichtsjahr erfolgte die Aufnahme von Bankdarlehen in einer Größenordnung von insgesamt 8.078 T€.

Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung und für das Bauvorhaben in Meckenheim ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 2.803 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 14.983 T€.

Von der RVK wurden für Zwecke der Zinssicherung zwei Zinsbegrenzungsgeschäfte (Cap) mit Laufzeiten bis 2014 bzw. 2017 abgeschlossen. Der Abschluss der Zinssicherungsgeschäfte erfolgte in Zusammenhang mit Darlehen zu Busbeschaffungen der Jahre 2004 und 2007. Im Berichtsjahr wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Die voraussichtliche Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf

Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 2013 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	10.359	10.361
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-9.882	-6.074
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	4.471	-1.619
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	4.948	2.668
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	6.050	3.382
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.998	6.050

Ertragslage

Das positive handelsrechtliche Jahresergebnis 2013 in Höhe von rd. 573 T€ ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis. Eine steuerrechtliche Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich aufgrund dieses Ergebnisses allerdings nicht, da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von rd. 11.759 T€ keiner ertragsteuerlichen Berücksichtigung unterliegen und außerhalb der handelsrechtlichen Bilanz (für Zwecke der Besteuerung) abzusetzen sind.

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Die Umsatzerlöse sind im RVK-Konzern um insgesamt ca. 1.231 T€ auf 66.551 T€ gestiegen, bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um ca. 1.134 T€ auf 68.758 T€.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Steigerung zu verzeichnen (+5,17%). Im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG ist es zu einem deutlichen Rückgang gekommen (-75,22%). Dieser Rückgang ist begründet mit der Beendigung eines Werkverkehrs im Oktober 2012 und der vollumfänglichen Auswirkung im Geschäftsjahr 2013. Beim freigestellten Schülerverkehr ergibt sich eine Steigerung (+2,54 %). Auch die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen haben sich im Vorjahresvergleich erhöht (+0,24 %).

Bei den Abgeltungen nach SGB IX ist nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen eine Minderung um 175 T€ (-19,09%) zu verzeichnen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.500 T€ (-7,06%).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 1.631 T€ auf 84.701 T€ erhöht. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich ein Anstieg um 1.573 T€ auf 86.990 T€, im Wesentlichen verursacht durch höhere Aufwendungen in den Bereichen bezogene Personaldienstleistungen und Auftragsunternehmervergütungen.

Eine Erhöhung um 1.039 T€ ergibt sich auf Konzernebene bei den Personalkosten. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 81 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Erhöhung im Konzern ergibt sich im Wesentlichen aufgrund tariflicher Lohnsteigerungen ab dem 01. Januar 2013 (RBR) bzw. ab 01. Juni 2013 (RVK) und der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Zusammenhang mit der zusätzlichen Übernahme von Fahrleistungen im Jahresverlauf. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Erhöhung um 20 Personen (RBR +29, RVK -9).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 932 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 1.979 T€. Diese Steigerung ist im Wesentlichen mit einem Anstieg im Bereich der bezogenen Personaldienstleistungen durch die Konzerngesellschaft RBR und einer Erhöhung im Bereich der Auftragsunternehmervergütungen begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 415 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 402 T€ gesunken. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen zurückzuführen auf entsprechende Minderungen bei den Positionen Instandhaltungen, Raumkosten und sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 600 T€ aufgewendet.

Den Zinsaufwendungen stehen auf Konzernebene Zins- und Beteiligungserträge in Höhe von 20 T€ gegenüber. Diese Erträge betreffen nur die Muttergesellschaft RVK.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Neuorganisation im Oberbergischen Kreis

Seit Gründung der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land GmbH (VBL) als gemeinsame Tochter der RVK und der OVAG am 15. November 2001 bestand die Absicht, den Betrieb von VBL, OVAG und RVK auf einem gemeinsamen Betriebshof zu organisieren. Hierzu wäre es erforderlich gewesen, den Betriebshof der RVK in Gummersbach, Kölner Straße 260 - 264, aufzugeben und ihn in den Betriebshof der OVAG auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu integrieren, bei gleichzeitiger Verwertung der RVK-Liegenschaft. Darüber hinaus sollte für einen integrierten Betrieb auch das RVK-Grundstück in Waldbröl, Brölbahnstr.17, auf die OVAG übergehen.

Unabhängig von den vorstehenden Überlegungen, die aber bis Mitte 2013 nicht zum Erfolg geführt haben, hat die OVAG mitgeteilt, dass der Kreistag des Oberbergischen Kreises die OVAG mit Beschluss vom 10. Oktober 2013 veranlasst hat, ihren Anteilsbesitz an der RVK abzugeben. Damit wurde der Rückzug der RVK aus dem Oberbergischen Kreis unumgänglich, da eine Vergabe der Verkehrsleistungen durch die OVAG an die RVK über 2016 hinaus nach einer Anteilsabgabe rechtskonform nicht gestaltbar ist. Die hierdurch erforderlich gewordene Neuorganisation auf oberbergischem Verkehrsgebiet wurde auf der Basis der Beschlüsse von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung von Dezember 2013 im Rahmen eines Übergangs des RVK-Betriebsteils im Oberbergischen Kreis auf die VBL gemäß § 613 a BGB zum 01. Januar 2014 sozialverträglich, d.h. ohne betriebsbedingte Kündigungen, umgesetzt.

Ausgestaltet durch eine „Rahmenvereinbarung“ wurden u.a. folgende konkretisierende Regelungen und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt:

a. Personal

Die VBL hat von der RVK das gesamte Fahrpersonal und den betriebsnahen Verwaltungsdienst mit Ausnahme von zwei in den Ruhestand wechselnden Personen übernommen. Bereits im November 2013 wurde für alle Reinigungskräfte der RVK eine Beschäftigungssicherung über

einen privaten Dienstleister realisiert, der die Reinigung der Omnibusse für die VBL übernimmt.

b. Fahrzeuge

Die VBL hat von der RVK 21 teilabgeschriebene Busse (KOM) erworben und mietet für eine Übergangszeit bis maximal Oktober 2014 weitere 4 KOM und 2 GOM der an den Standorten Gummersbach und Waldbröl bisher eingesetzten RVK-Omnibusse an.

Die restlichen Busse wurden zum Bestpreis an private Käufer veräußert.

c. Grundstücke und Gebäude

Für die beiden Liegenschaften in Gummersbach und Waldbröl wurden Ende 2013 verbindliche Kaufangebote von einem Autohaus (Gummersbach) und der OVAG (Waldbröl) zu einem Gesamterlös von 1.660 T€ vorgelegt. Unter Berücksichtigung der bilanziellen Buchwerte von rd. 200 T€ für Gummersbach und 517 T€ für Waldbröl wird ein außerordentlicher Ertrag von rd. 940 T€ erzielt, der zur Abdeckung der naturgemäß entstehenden Remanenz-Kosten dient.

d. Remanenz-Kosten und zusätzliche Erträge

Durch den oben beschriebenen Betriebsübergang ist bezogen auf die Niederlassung Gummersbach und die Zweigniederlassung Waldbröl weder betrieblich noch wirtschaftlich eine Remanenz entstanden. Wenn die verkehrliche Leistung und alle den Niederlassungen Waldbröl und Gummersbach zuzurechnenden Personale, Betriebsmittel und Liegenschaften auf die VBL/OVAG übertragen werden, bleiben hiervon jedoch die Kosten der Hauptverwaltung zunächst unberührt. Auf Basis des bei der RVK anzuwendenden fahrleistungs-basierten Umlageschlüssels wurden bisher Personal- und Sachkosten der Hauptverwaltung in Höhe von insgesamt 800 T€ p.a. auf den Auftragsverkehr VBL/OVAG umgelegt. Diese Summe verbleibt zunächst als Remanenz.

Mittelfristig ist dieser Kostenüberhang zwingend zu eliminieren und durch zusätzliche Erträge auszugleichen. Deshalb wurden der VBL/OVAG Dienstleistungen angeboten, die dort auf großes Interesse gestoßen sind. Derzeit kann davon ausgegangen werden, dass durch den

Abschluss von Dienstleistungsverträgen im technischen und personellen Bereich rd. 400 T€ p.a. dauerhaft an Erträgen erwirtschaftet werden können.

Zusammenfassende Bewertung der Maßnahme

Die Neuorganisation, ist sowohl bezogen auf die betrieblichen Abläufe als auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, planmäßig verlaufen bzw. umgesetzt worden.

Die Remanenz-Kosten bis zum Jahre 2018 abzubauen ist, unabhängig von der Tatsache dass die Grundlagen hierfür durch das vorliegende Konzept zur Restrukturierung geschaffen wurden, ein ambitioniertes Ziel, bei dem ein überschaubares Restrisiko besteht.

Projekt „RegioM 2030“ –Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

In Anlehnung an die bereits durchgeführten Untersuchungen zum Themenfeld „Absehbare Folgen des demografischen Wandels“ (DESS ON, MoSiM, SchuliMM) hat die RVK mit Zustimmung durch den Aufsichtsrats in seiner 138. Sitzung am 17. April 2012 das Ergänzungsprojekt – RegioM 2030 – initiiert. Das über den §14 ÖPNVG NRW mit 80% geförderte Projekt fokussiert Handlungsansätze zur zukünftigen Mobilitätsversorgung im ländlichen Raum, nicht zuletzt, um dem Teufelskreis Bevölkerungsrückgang / sinkende ÖPNV-Nachfrage / Angebotsreduktion / Abwanderung / Fortzug entgegenzuwirken. Darüber hinaus sieht sich die RVK in der Verpflichtung, dem Problem steigender Betriebskosten bei gleichzeitig sinkenden Fahrgeldeinnahmen (Schülerrückgang) frühzeitig zu begegnen und geeignete Strategien zu entwickeln. Somit stellt die Daseinsvorsorge (in punkto Mobilität) unter sich ändernden strukturellen Rahmenbedingungen den wesentlichen Anlass bzw. Begründungszusammenhang für das Projekt RegioM 2030 dar.

Bei den im Rahmen der Konzeptentwicklung angestrebten „unkonventionellen Ansätzen“ steht das Instrument der kommunizierenden Planung im Vordergrund. Aus diesem Grunde wurde bereits zu Beginn der Bearbeitung eine projektbegleitende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, bestehend aus je einem Vertreter der Kreise Euskirchen und Düren, des Rhein-Sieg-

Kreises und des Rhein-Erft-Kreises sowie aus den Kreisen Rhein-Berg, Oberberg und Heinsberg nebst Vertretern des Planungsbüros PGV Köln und Prof. Dr. Hebel von der FH Aachen.

Wesentlicher Bestandteil der Analyse war neben der Übernahme / Auswertung / Aufbereitung planungsrelevanter Grundlagendaten und der Recherche andernorts (erfolgreich) realisierter Maßnahmen die Analyse der Potenziale in den involvierten Städten und Gemeinden: Wo besteht der größte Handlungsbedarf und wo erscheinen entsprechende (ÖPNV-)Maßnahmen am ehesten erfolgversprechend zu sein. Hierzu sind alle relevanten kommunalen Kenndaten – von Einwohnerzahlen über Kennzahlen zur ÖPNV-Verbindungsqualität und -Bedienungshäufigkeiten je Einwohner bis hin zur demografischen Entwicklung – in ein Bewertungsmodell für alle 42 Städte und Gemeinden der Kreise Düren, Euskirchen sowie des Rhein-Erft-Kreises und des linksrheinischen Teils des Rhein-Sieg-Kreises eingearbeitet worden.

Die objektive Auswertung dieser Kennziffern hat neben den Gesprächen mit den Vertretern der Kreise hauptsächlich die Auswahl der vier Referenzorte mit folgendem Ergebnis determiniert:

- für den Kreis Euskirchen die Stadt Bad Münstereifel,
- für den Rhein-Erft-Kreis die Stadt Erftstadt,
- für den Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinde Swisttal
- für den Kreis Düren die Gemeinde Aldenhoven.

Neben der klassischen Analyse des ÖPNV-Angebotes sind im Sinne der kommunizierenden Planung in jedem Referenzort Expertengespräche durchgeführt worden. Angesprochen wurden insbesondere Vertreter von Senioreneinrichtungen /-treffs, Einrichtungen für Jugendliche, Erwachsenenbildungsstätten und Sportvereinen sowie in einigen Fällen auch Ortsbürgermeister /-vorsteher. Die genannten Gespräche und Diskussionsrunden verfolgten das Ziel, die Befindlichkeiten und Wünsche in punkto Mobilität möglichst vieler gesellschaftlichen Gruppierungen in den Referenzorten herauszuarbeiten.

Zugeschnitten auf die Erfahrungen aus den o. g. Gesprächen sind für die vier Referenzorte unterschiedliche Maßnahmen(-Bündel) für die Bereiche Angebot, Tarif, Service und Marketing entwickelt worden. Im Rahmen der letzten Arbeitsgruppensitzung bei der RVK wurden diese Konzeptideen vorgestellt und diskutiert. Entsprechend modifizierte Vorschläge wurden zusammen mit den Vertretern der Kreise in den ausgewählten Referenzorten vorgestellt. So soll bereits frühzeitig, nämlich im Vorfeld der Detaillierung, die Machbarkeit bzw. die Chancen für eine spätere Umsetzung der Vorschläge – dies nicht zuletzt im Hinblick auf die Opportunitätserwägungen in den Städten und Gemeinden - geprüft und abgewogen werden.

Im Ergebnis dieser Gespräche werden im Weiteren die ausgesuchten Konzepte für die Referenzorte detailliert. Dies geschieht in steter Rückkoppelung mit den Vertretern der Kreise und der Referenzorte. Selbstverständlicher Baustein der Detaillierung ist die wirtschaftliche Bewertung der jeweiligen Maßnahmen (-Bündel). Dazu zählen die Ermittlung der Investitions- und der laufenden Betriebskosten, die Darstellung der Folgewirkungen sowie eine Nutzen-Kosten-Bewertung. Ergänzend werden gleichermaßen Hinweise zu Fördermöglichkeiten der einzelnen Maßnahmen erarbeitet.

Die Abschlussveranstaltung hat am 20. März 2014 mit über 100 Teilnehmern in Kooperation mit dem Verein Region Köln/Bonn stattgefunden. Im Sinne der Übertragbarkeit auf andere Kommunen steht die Palette der Maßnahmensteckbriefe zur Überprüfung der Adaptierbarkeit im Mittelpunkt der weiteren Projektumsetzung. Die RVK wird die weiteren Schritte in ihrem Bedienungsgebiet und auf Anfrage auch darüber hinaus begleiten.

Umweltschutz und Ressourcenschonung

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen mindestens die Grenzwerte der Schadstoffklasse Euro 6 einhalten.

Zudem fördert die RVK erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten durch praxisnahe Projekte, wie z. B. den Einsatz der ersten beiden Brennstoffzellen-Hybridbusse im regulären Linienverkehr in NRW seit September 2011 und die Inbetriebnahme von Photovoltaikanlagen an den RVK-Standorten Bergheim (Rhein-Erft-Kreis), Euskirchen (Kreis Euskirchen), Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) und Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) in den Jahren 2011 und 2012. Am Standort in Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) wurde zudem im Jahre 2013 ein Solarcarport inklusive zwei Elektro-Ladestellen installiert.

Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Projektumsetzung E-PKW

Im Zuge des Förderprojekts „colognE-Mobil“ hat die RVK im Juli 2013 drei E-Pkw (Ford Focus Electric, zwei C-Max Plug-In Hybrid) angeschafft. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird mit 50 % durch den Bund bezuschusst.

Bereits seit April 2013 kommt in Hürth ein Ford Transit Connect Electric aus der Phase I des Projekts „colognE-Mobil“ als „Fahrtaxi“ zum Einsatz und ersetzt das bisher eingesetzte Diesel-Fahrzeug. Dieses Fahrzeug wird der RVK durch die Ford Werke GmbH kostenneutral zur

Verfügung gestellt. Die Leihvereinbarung gilt bis zum 31. Dezember 2014, eine Verlängerung ist beabsichtigt.

Im Oktober 2013 wurden der RVK zwei weitere rein elektrische Fahrzeuge durch die Firma e-Wolf übergeben. Im Dezember 2013 desselben Jahres und im März 2014 folgten zwei weitere E-Nutzfahrzeuge. Die Fahrzeuge der Firma e-Wolf hat die RVK im Zuge des Projekts NiVVE (Nutzfahrzeuge im Vergleich – Verbrennungs- vs. Elektromotor) bezogen. Dieses Projekt wird mit einer Förderquote von 50 % durch das Land NRW gefördert und hat eine Laufzeit bis Mitte 2015. Somit verfügt die RVK zurzeit über 8 E-Pkw.

Zusätzlich zum Erwerb und Einsatz von E-Fahrzeugen ist es auch Ziel der Bemühungen der RVK, den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranzutreiben. Zusätzlich zu der bereits auf dem Betriebshof in Meckenheim eingerichteten E-Ladesäule ist im September 2013 eine weitere an der Hauptverwaltung der RVK am Theodor-Heuss-Ring in Köln aufgestellt worden.

Projektumsetzung Brennstoffzellen-Hybridbusse auf Wasserstoffbasis

Seit September 2011 hat die RVK zwei Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs „Phileas“ von VDL im Linienverkehr im Rhein-Erft-Kreis im Einsatz. Der Einsatz der Fahrzeuge und die innovative Brennstoffzellen-Technologie werden seither kontinuierlich evaluiert und optimiert.

Um den eingeschlagenen Weg des Aufbaus eines nachhaltigen und emissionsfreien ÖPNV konsequent weiterzugehen, wurden im April 2014 zwei weitere Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs A330 FC von Van Hool beschafft. Die Fahrzeuge wurden am 06. Mai 2014 der Öffentlichkeit in Brühl vorgestellt und sollen nach den erforderlichen Testfahrten und Fahrerschulungen im zweiten Quartal 2014 ihren Dienst im Linienverkehr in Brühl und Hürth aufnehmen.

Um die hochgesteckten Umweltziele zu erreichen, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, mittel- bis langfristig (Zielgröße ist das Jahr 2030) den gesamten Fuhrpark des Konzerns auf alternative Antriebstechniken umzustellen.

Die RVK handelt, soweit irgend möglich, in allen Konzern-Bereichen umweltbewusst und ressourcenschonend. Neben dem Einkauf und Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge und Kraftstoffe zählt hierzu u. a. auch die Nutzung von Regen- und Brauchwasser in allen unseren Fahrzeugwaschanlagen sowie die strikte Trennung sämtlicher Abfallarten, sofern diese nicht zu vermeiden sind.

Der schonende und sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen ist ebenfalls Teil der Unternehmensphilosophie. So ist Energieeinsparung in den Betriebs- und Verwaltungsbereichen gelebte Praxis.

Die geschilderten Maßnahmen und Projekte, die Ganzheitlichkeit des Ansatzes, die erfolgreichen bisherigen Bemühungen sowie der Nachweis über deren Nachhaltigkeit haben dazu beigetragen, dass die Konzernunternehmen der RVK die im März 2011 erreichte Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001:2009 in den Folgejahren bestätigt bekommen haben.

Warum gerade die Themen „Kraftstoffverbrauch“, „Suche nach alternativen Treibstoffen“ und Nachhaltigkeit, insbesondere auch aus wirtschaftlicher Sicht von grundlegender Bedeutung für die RVK und ihre kommunalen Eigentümer sind, zeigt alleine die Tatsache, dass der RVK-Konzern am Ende des Berichtsjahres über 336 eigene Omnibusse verfügte, mit denen 54 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Hierfür wurden, trotz einer breit angelegten und intensiv betriebenen Einsparkampagne, ca. 5,4 Millionen Liter Dieselmotorkraftstoff verbraucht. Für die weiteren 46 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 329 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt, wobei der Anteil der Leistungserbringung durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also der so genannte Regieverkehr, strukturell bedingt in den verschiedenen Gebietskörperschaften unseres Bedienungsgebietes sehr unterschiedlich ist.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die Situation der Einnahmenaufteilung im VRS ist immer noch von der Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräumen einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat. Das formal erforderliche Schiedsverfahren, nach dem zwischen den Verkehrsunternehmen geschlossenen Einnahmenaufteilungsvertrag aus dem Jahr 2003, wurde zwischenzeitlich abgeschlossen und das Gutachten vorgelegt.

Zu einer Einigung über das Ergebnis des Schiedsgutachtens und zu den Ergebnissen der Verkehrserhebung 2009 ist es ungeachtet dessen bis zum Tag dieser Berichterstattung leider nicht gekommen. Eine einstimmige Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, in der Folge des Schiedsgutachtens, ist in der Sitzung des Beirates der Unternehmen im VRS am 13. März 2014 endgültig gescheitert.

Derzeit sind die Klagen einiger Verkehrsunternehmen gegen die VRS GmbH anhängig, die sich inhaltlich gegen die Gültigkeit des Schiedsgutachtens richten. Die Gerichtsverfahren werden einige Zeit in Anspruch nehmen. In einem der beiden Klageverfahren ist durch das LG Köln „ein früher erster Termin“ für den 25. September 2014 angesetzt worden. Eine Klage von, aufgrund der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009, anspruchsberechtigten Unternehmen, gegen die ihre Zustimmung verweigernden Unternehmen, ist angekündigt und soll Mitte Juni 2014 eingereicht werden.

Die RVK ist an keinem dieser Verfahren, weder als Klägerin, noch als Beklagte, beteiligt, da sie der Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 zugestimmt hat.

Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 für die vorangegangenen Geschäftsjahre 2009

– 2012 in Höhe von jährlich jeweils rd. 1,24 Mio. Euro und für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von rd. 1,34 Mio. Euro berücksichtigt.

Nach einer, aus Sicht des Berichterstatters, verlässlichen mündlichen Zusage der Vertreter der anspruchsberechtigten Verkehrsunternehmen (prägend sind dies die DB Regio NRW AG und die Kölner Verkehrs-Betriebe AG) entstehen dem RVK-Konzern keine Zinsverpflichtungen aus diesen, nach wie vor von einigen Unternehmen bestrittenen „offenen Forderungen“, da sie ihre Zustimmung zur Ergebnisfeststellung der Verkehrserhebung 2009 gegeben hat.

Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Am 01. Mai 2012 trat das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) in Kraft. Da auch öffentliche Aufträge im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs von diesen Regelungen erfasst werden, wird das Gesetz maßgebliche Auswirkungen auf zukünftige Beauftragungen von Unternehmen durch die RVK haben.

Öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Verordnung (EG)1370/2007 dürfen künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen.“

Durch die Verordnung zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (repräsentative Tarifverträge VO – RepTVVO) vom 31. Oktober 2012 wurde festgelegt, dass der repräsentative Tarifvertrag im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs der Spartenarbitvertrag Nahverkehrsbetriebe (TV-N) ist.

Mithin ist für die RVK davon auszugehen, dass bei künftigen Beauftragungen der RVK auf der Basis der EU-VO (EG) 1370/2007 der TV-N als repräsentativer Tarifvertrag anzuwenden ist, was zur Folge hat, dass die Vergütung der Mitarbeiter der des TV-N entsprechen muss. Gleichzeitig gilt, dass die RVK als Auftragnehmerin bei zukünftigen Vergaben ihre Subunternehmer ebenfalls zur Tariftreue verpflichtet, was zu einer Vereinheitlichung/Verteuerung der Subunternehmerkosten führen wird. Die derzeit noch strittigen Fragen der Abgrenzung im Bezug auf neu zu erteilende Genehmigungen nach PBefG, wie sie zum Teil in der Rechtsliteratur diskutiert werden und der Anwendung des Tariftreuegesetzes bei Auftragsvergaben außerhalb der Dienstleistungsaufträge gemäß Verordnung (EG) 1370/2007 werden noch zu klären sein.

Zwischenzeitlich eingereichte Klagen des Arbeitgeberverbandes AGVDE, an welcher die RVK maßgeblich beteiligt ist und des NWO gegen die Anwendung des Tariftreuegesetzes bzw. der TVVO werden ebenso zu beobachten sein, wie Vorlageverfahren vor dem EuGH aufgrund von Entscheidungen von OLG-Vergabesenaten.

Unstrittig findet das TVgG jedoch nicht Anwendung bei vorhandenen Beauftragungen durch die Aufgabenträger und bei vorhandenen Subunternehmerverträgen. Für das Jahr 2014 wird deshalb nicht mit unmittelbaren Auswirkungen insbesondere auf die Kostenstruktur gerechnet.

Unabhängig von vorstehenden Ausführungen bleibt darauf hinzuweisen, dass bis Mitte des Jahres die anstehenden Tarifverhandlungen mit noch ungewissem Ausgang abzuschließen sind und sich in der Tariflandschaft die Tendenz von gewerkschaftlichen Forderungen auf Annäherung an den TV-N deutlich zeigen.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (R&C-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses

Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen-Management“ untersucht und ggf. neu bewertet. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des R&C-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Die ursprünglich für das Wirtschaftsjahr 2012 geplante Busersatzbeschaffung erfolgte gemeinsam mit der Busersatzbeschaffung des Jahres 2013. Die Größenordnung dieser Beschaffungsmaßnahme ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 mit einer Größenordnung in Höhe von ca. 6.437 T€ umgesetzt worden. Im Jahr 2013 erfolgte auch die Fertigstellung des Neubaus in Meckenheim mit einem Investitionszugang in Höhe von 1.212 T€.

Für die Jahre 2014 und 2015 werden lt. beschlossenenem Wirtschaftsplan positive Betriebsergebnisse in Höhe von ca. 1.470 T€ bzw. 930 T€ erwartet. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dieser Jahre kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen für die Jahre 2014 und 2015 liegen in einer Größenordnung von jeweils rd. 24,8 Mio. Wagenkilometer.

Arbeitsziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK- Konzerns sind:

1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.
2. Die Erbringung von Dienst- und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.

7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern.

Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern werden u.a. die Inhalte der Projekte: „Überarbeitung der Verbundstruktur und des Tarif- und Vertriebssystems im VRS“, MoSiM, RegioM, Null Emission“ weiter verfolgt und ständig aktualisiert, als wesentliche Teilaspekte zur Verdeutlichung der Innovationsfähigkeit des RVK-Konzerns.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich, sofern nicht bereits ausgeführt, erkennbar nicht ergeben.

Köln, 16. Mai 2014

Regionalverkehr Köln GmbH

Eugen Puderbach

Geschäftsführer

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Bilanz zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013	EUR	31.12.2012	EUR
A k t i v a				
A. Anlagevermögen	EUR		EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.007.338,00	977.950,00		
2. Geleistete Anzahlungen	29.287,00	237.827,50	1.215.777,50	
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.861.490,96	1.861.490,96		
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	7.030.429,00	1.457.601,00		
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	32.351.691,00	32.118.026,00		
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	14.656,00	18.421,00		
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.188.758,00	3.502.701,00		
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.562.993,69	46.010.008,65	4.707.852,94	43.666.092,90
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	227.000,00	227.000,00		
2. Beteiligungen	50.000,00	50.000,00		
3. Sonstige Ausleihungen	12.740,53	289.740,53	17.834,73	294.834,73
	47.336.374,18	45.176.705,13		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	349.619,63		357.415,60	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.029.176,54	3.341.644,66		
2. Forderungen gegen Gesellschafter – aus Lieferungen und Leistungen – mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.838.415,24	5.356.331,16		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	130.526,73	316.903,69		
4. Sonstige Vermögensgegenstände – aus Lieferungen und Leistungen –	949.735,25	844.182,41	9.859.061,92	
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
	10.998.250,61	6.049.866,63	16.266.344,15	
	17.295.754,00			
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	117.649,45		113.509,15	
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
	44.918,08	0,00		
	64.794.695,71	61.556.558,43		
P a s s i v a				
A. Eigenkapital	EUR		EUR	
I. Gezeichnetes Kapital		3.579.200,00	3.579.200,00	
II. Kapitalrücklage		8.101.454,76	8.017.454,76	
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen	710.470,13	710.470,13		
IV. Bilanzgewinn				
	3.252.208,52	3.282.144,69		
	15.643.333,41	15.589.269,58		
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse		9.423.406,38	11.309.874,67	
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	667.496,00	631.159,00		
2. Sonstige Rückstellungen	8.535.414,00	7.303.721,27		
	9.202.910,00	7.934.880,27		
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.901.188,58	17.957.527,34		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.002.164,81	3.753.447,78		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	596.075,45	181.774,78		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	549.813,69	355.742,42		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.938.659,80	4.161.194,11		
– davon aus Steuern EUR 327.803,25 (i. Vj. EUR 887.907,41) –				
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 4.155,89 (i. Vj. EUR 4.004,34) –				
	29.987.802,33	26.409.686,43		
E. Rechnungsabgrenzungsposten		537.243,59	312.847,48	

Regionalverkehr Köln
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
 vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
2. Sonstige betriebliche Erträge	68.758.122,45	67.624.402,89
3. Materialaufwand	19.460.919,62	18.869.002,46
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.222.355,29	8.566.377,59
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung EUR 122.470,19 (i. Vj. EUR 143.153,43) –	39.688.958,26	37.365.781,46
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.518.961,16	19.586.776,22
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.019.904,14	4.032.723,89
7. Betriebsergebnis	23.538.865,30	23.619.500,11
8. Erträge aus Beteiligungen	7.734.623,89	7.658.431,33
9. Erträge aus Gewinnabführung	7.804.915,58	8.206.846,28
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.229.323,75	1.076.468,58
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.000,00	3.000,00
12. Zinsergebnis	18.041,81	27.273,73
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.680,20	27.273,73
14. Sonstige Steuern	660.134,59	651.801,40
15. Jahresüberschuss	-643.454,39	-624.527,67
16. Gewinnvortrag	606.911,17	482.256,10
17. Bilanzgewinn	33.816,92	31.406,93
	573.094,25	450.849,17
	2.679.114,27	2.831.295,52
	3.252.208,52	3.282.144,69

	2013	2012
	EUR	EUR
	68.758.122,45	67.624.402,89
	19.460.919,62	18.869.002,46
	8.222.355,29	8.566.377,59
	39.688.958,26	37.365.781,46
	19.518.961,16	19.586.776,22
	4.019.904,14	4.032.723,89
	23.538.865,30	23.619.500,11
	7.734.623,89	7.658.431,33
	7.804.915,58	8.206.846,28
	1.229.323,75	1.076.468,58
	3.000,00	3.000,00
	18.041,81	27.273,73
	16.680,20	27.273,73
	660.134,59	651.801,40
	-643.454,39	-624.527,67
	606.911,17	482.256,10
	33.816,92	31.406,93
	573.094,25	450.849,17
	2.679.114,27	2.831.295,52
	3.252.208,52	3.282.144,69

Geänderte Konzernbilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2012

A k t i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	6		
Immaterielle Vermögensgegenstände		586.797,00 €	513.685,00 €	Kapitalanteile		7.816.612,46 €	7.877.147,48 €
Sachanlagen		24.340.360,73 €	23.941.328,01 €	Bilanzgewinn		3.326.553,00 €	3.070.891,92 €
Finanzanlagen		7.708.797,26 €	6.348.604,92 €	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		336.002,08 €	283.097,34 €
		32.635.954,99 €	30.803.617,93 €			11.479.167,54 €	11.231.136,74 €
Umlaufvermögen				Empfangene Ertragszuschüsse	7	3.412.187,41 €	4.116.930,18 €
Vorräte				Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		533.733,27 €	509.697,95 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.100.041,00 €	2.638.915,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Steuerrückstellungen		695.215,79 €	363.203,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		4.448.208,25 €	3.535.384,37 €	Sonstige Rückstellungen		6.488.198,04 €	4.443.831,97 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		374,58 €	166.666,66 €			10.283.454,83 €	7.445.949,97 €
Forderungen gegen Gesellschafter		85.638,87 €	117.141,97 €	Verbindlichkeiten	9		
Sonstige Vermögensgegenstände		2.636.226,55 €	2.724.686,03 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.522.358,30 €	7.847.542,42 €
		7.170.448,25 €	6.543.879,03 €	Erhaltene Anzahlungen		40.205,00 €	26.555,00 €
Flüssige Mittel	3			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		4.542.493,77 €	6.196.322,53 €
		9.342.847,64 €	11.421.225,75 €	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.411,31 €	3.847,61 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4			Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		17.419,17 €	8.361,40 €
		109.024,90 €	122.702,04 €	Sonstige Verbindlichkeiten		11.680.534,25 €	11.778.526,70 €
		49.792.009,05 €	49.401.122,70 €			23.804.421,80 €	25.861.155,66 €
		49.792.009,05 €	49.401.122,70 €	Rechnungsabgrenzungsposten	10	812.777,47 €	745.950,15 €
		49.792.009,05 €	49.401.122,70 €			49.792.009,05 €	49.401.122,70 €

Geänderte Konzern-Gewinn- u. Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01.-31.12.2012

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		74.414.841,00 €	72.794.279,64 €
Stromsteuer		- 5.535.567,22 €	- 5.520.722,61 €
	12	<u>68.879.273,78 €</u>	<u>67.273.557,03 €</u>
Andere aktivierte Eigenleistungen		58.192,43 €	250.528,31 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	<u>2.817.834,50 €</u>	<u>457.208,64 €</u>
		<u>71.755.300,71 €</u>	<u>67.981.293,98 €</u>
Materialaufwand	14	50.671.457,10 €	48.750.262,31 €
Personalaufwand	15	8.205.575,85 €	7.722.210,66 €
Abschreibungen	16	2.277.387,45 €	1.958.659,76 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	<u>5.350.564,93 €</u>	<u>5.103.450,64 €</u>
		<u>5.250.315,38 €</u>	<u>4.446.710,61 €</u>
Finanzergebnis	19	- 938.525,93 €	- 690.198,44 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>4.311.789,45 €</u>	<u>3.756.512,17 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	917.912,52 €	685.830,57 €
Sonstige Steuern		32.126,26 €	37.192,34 €
Konzernjahresüberschuss		<u>3.361.750,67 €</u>	<u>3.033.489,26 €</u>
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn / Verlust		35.197,67 €	37.402,66 €
Konzerngewinn*		<u>3.326.553,00 €</u>	<u>3.070.891,92 €</u>

* (auf Gesellschafter der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG entfallend)

Geänderter Konzernlagebericht 2012

(zusammengefasst mit dem Lagebericht der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	II
1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	1
1.1 <i>Anteilseigner und Konzernstrukturen</i>	1
1.2 <i>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen</i>	3
2 Wirtschaftliche Entwicklung 2012 (Konzern und ene)	4
2.1 <i>Dienstleistungsgeschäft (ene)</i>	4
2.2 <i>Ertragslage (Konzern)</i>	6
2.3 <i>Finanz- und Vermögenslage (Konzern)</i>	9
2.4 <i>Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)</i>	10
3 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW	11
3.1 <i>Tätigkeiten</i>	11
3.2 <i>Mitarbeiter</i>	12
3.3 <i>Entwicklung der Chancen und Risiken</i>	13
3.3.1 <i>Marktrisiken</i>	13
3.3.2 <i>Risiken aus dem energiepolitischen Rahmen</i>	14
3.3.3 <i>Betriebsrisiken</i>	15
3.3.4 <i>Finanz- und Kreditrisiko / Risikomanagementziele im Hinblick auf Finanzinstrumente</i>	16
4 Ausblick	17
4.1 <i>Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres</i> .	17
4.2 <i>Geschäftsentwicklungen und Erwartungen</i>	18

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften.....	2
Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns.....	7
Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds.....	9
Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschluss	10
Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung	12

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Anteilseigner und Konzernstrukturen

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall (ene), ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welcher in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV), hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

Beteiligt am ene-Konzern sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen, und die RWE Deutschland AG, Essen, zu gleichen Teilen. Beide Kommanditisten sind darüber hinaus zu gleichen Teilen an der Komplementärin der ene, die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH, Kall, beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen. Hierzu gehört ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der KEV und der KEV Energie GmbH, Kall, (KEV Energie) sowie die Verwaltung der Beteiligungen.

Die ene hält an der KEV eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen ist mit 2,5% und die RWE Deutschland AG ebenfalls mit 2,5%, jeweils an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 08. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie und der ene ein Ergebnisabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor seinem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt wird.

Der Unternehmensteil Vertrieb der KEV ist im Rahmen einer Abspaltung rückwirkend zum 01. Januar 2012 nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes auf die KEV Energie übertragen worden.

Der entsprechende Abspaltungsvertrag zwischen der KEV und der KEV Energie ist am 15. August 2012 abgeschlossen worden. Mit der Eintragung der Abspaltung in das Handelsregister des Amtsgerichts Düren am 24.08.2012 ist das gesamte, dem Unternehmensbereich Vertrieb zuzuordnende Vermögen der KEV auf die KEV Energie im Wege der sog. Sonderrechtsnachfolge übergegangen.

Die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER) wurde am 15. August 2012 mit Sitz in Kall gegründet. Beteiligt an der NER sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen mit 75 % und die KEV Energie zu 25 %. Das Geschäft der NER besteht in der Erzeugung und dem Verkauf von Strom, der mittels einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage aus Sonnenenergie generiert wird.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2012:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2012 im Jahresdurchschnitt	Betriebliches Ergebnis 2012	Gezeichnetes Kapital in T€	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	27,0	38	-600	25	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	61,7	87	3.974	3.100	Regionale Energieversorgung und Assetowner
KEV Energie GmbH	11,3	16	1.473	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	0	0	52	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	0	0	352	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (nicht konsolidiert)	0	0	-7	200	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage

1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der ene-Konzern kann trotz regionaler konjunktureller Stagnation auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück blicken. Für eine weitere erfolgreiche Entwicklung konnten 2012 die ersten auslaufenden Konzessionsverträge mit 20jährigen Laufzeiten verlängert und eine Neukonzession für ein weiteres Konzessionsgebiet für die nächsten 20 Jahre abgeschlossen werden.

Die positive Entwicklung des Konzerns in den letzten Jahren und die guten Aussichten für die nächsten Geschäftsjahre, erhärtet durch aktuelle Wertgutachten namhafter deutscher Wirtschaftsinstitute, stärkte das Vertrauen der regionalen Politik, Wirtschaft und Verwaltungen. Das findet nicht zuletzt Ausdruck im Beteiligungsinteresse der Städte und Gemeinden im Verbreitungsgebiet und des Kreises Euskirchen.

Da Überlegungen zu einer kreisweiten, rein kommunalen Stromnetzgesellschaft durch die Kommunen nicht weiter verfolgt wurden, mündete das Angebot der RWE Deutschland AG und des Kreises Euskirchen, ein Drittel ihrer ene-Anteile an die Kommunen im Versorgungsgebiet zu veräußern, im Kreistagsbeschluss vom 10.07.2012 bzw. 19.12.2012. Im Rahmen eines Konsortialvertrages zwischen der RWE Deutschland AG und dem Kreis Euskirchen wird den Kommunen die Gelegenheit eröffnet, sich über eine kommunale Vorschaltgesellschaft am ene-Konzern zu beteiligen.

Die Details zur Ausgestaltung dieser neuen Beteiligungsstrukturen werden unter Einbeziehung unabhängiger Gutachten geprüft.

Wir führen im Konzern die Restrukturierung und Weiterentwicklung des Produktportfolios fort, unter Rekrutierung und Entwicklung von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Vertrieb und Dienstleistungserbringung. Die Aktivitäten im Dienstleistungsbereich konnten weiter gesteigert werden.

Entsprechend unserer strategischen Ausrichtung, unser Geschäft auf alle Stufen der Wertschöpfungskette in der Stromsparte auszudehnen, sind wir eine weitere Beteiligung in der Energieerzeugung eingegangen und haben mit den Belegheitskommunen, ausgewählten Kunden und Partnern Projektideen generiert, an deren Ausgestaltung wir weiterarbeiten.

2 Wirtschaftliche Entwicklung 2012 (Konzern und ene)

2.1 Dienstleistungsgeschäft (ene)

In den Kerngeschäften realisierte die ene im Geschäftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von 16.952 T € (Vorjahr 16.743 T €).

Das konzerninterne Dienstleistungsgeschäft in Höhe von 11.895 T € (Vorjahr 10.023 T €) ist nach wie vor das wichtigste Standbein der ene und wird im Wesentlichen durch die Aktivitäten der KEV bestimmt. Die Umsatzerlöse bei externen Dienstleistungen im Anlagenbau und im Straßenbeleuchtungsgeschäft lagen bei 1.898 T € (Vorjahr 2.113 T €). Im Erzeugungsbereich wurden Umsatzerlöse in Höhe von 549 T € (Vorjahr 569 T €) erzielt.

Am 19. Februar 2008 hat die ene für 163 T € einen 0,3%igen Kommanditanteil an dem Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG, Essen (GSH) erworben und damit entsprechend der Beteiligungsquote einen Kraftwerksanteil von 5 MW erhalten. Zur Finanzierung des Kraftwerkbaus wurde der GSH bisher ein Darlehensvolumen in Höhe von 6.263 T € (Vorjahr 5.211 T €) zur Verfügung gestellt. Bis zur Fertigstellung werden maximal bis zu 7.400 T € für Gesellschafterdarlehen von der ene zur Verfügung gestellt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2012 beläuft sich der zugewiesene Anlaufverlust für die ene auf 355 T € und für das Jahr 2013 rechnen wir mit einer Verlustzuweisung von ca. 400 T €.

Das Gemeinschaftskraftwerk wird nach Fertigstellung aus den beiden Steinkohleblöcken D und E am Kraftwerksstandort Hamm der RWE Generation bestehen.

Die Teilinbetriebnahme des Doppelblock-Kraftwerkes wird voraussichtlich im ersten Quartal 2014 erfolgen. Die Gesamtinvestition in das Kraftwerk liegt inzwischen ca. 15% über der ursprünglichen Planung; auch Brennstoffkosten und Zinsaufwand übersteigen die Planansätze. In der Folge ergeben sich Kostenerhöhungen und Effizienzverschlechterungen. Insgesamt zeichnet es sich ab, dass die Strombezugskosten für die ene aus dem Kohlekraftwerk in den ersten Betriebsjahren deutlich über den Marktpreisen liegen werden. Durch die vorrangige Einspeisung erneuerbarer Energien ins Stromnetz und den daraus resultierenden geringeren Betriebszeiten für konventionelle Kraftwerke sind neue Kohlekraftwerke ohne Wärmeauskoppelung derzeit nicht

rentabel. Dieser Entwicklung hat die ene mit einer Drohverlustrückstellung von 3.100T€ zum 31.12.2012 Rechnung getragen.

Grundsätzlich besteht die Erwartungshaltung, dass mit Blick auf längerfristige Entwicklungen an den Strommärkten die Errichtung und der spätere Betrieb des Gemeinschaftskraftwerkes Hamm auf Steinkohlebasis die Chance zur wirtschaftlichen Erzeugung von Strom bietet.

Nach notariellem Gesellschafterbeschluss vom 15. September 2008 zur Erweiterung der „Quantum GmbH“ (Quantum), Düsseldorf, und der Ausräumung aller aufschiebenden Bedingungen aus Kauf- und Abtretungsvertrag hat die ene am 08. Juli 2009 die Stammeinlage auf ihre 4%-Beteiligung in Höhe von 33 T € geleistet. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Die Quantum diente in 2012 als Dienstleistungsgesellschaft für Strombeschaffung und Portfoliomanagement. Konkret wurde der Bilanzkreisausgleich in den Regelzonen Tennet, 50 Hertz und TransnetBW abgewickelt.

Insgesamt entwickelte sich die Geschäftsbeziehung zur Quantum nicht so wie beim Eintritt in die Gesellschaft 2008 erwartet. Per 31.12.2012 wurde der Gesellschaftsvertrag und der Dienstleistungsrahmenvertrag mit Wirkung zum 31.12.2013 vorsorglich gekündigt. Die Dienstleistungen der Quantum sollen zukünftig durch eigenes Personal oder durch andere Dienstleister erbracht werden. Bei der Quantum werden voraussichtlich die Bewirtschaftung und Vermarktung erzeugter Strommengen angesiedelt werden. Quantum und ene befinden sich im Dialog zur Ausgestaltung der zukünftigen Geschäftsbeziehung.

Am 21. September 2009 wurde die „eegon Eifel-Energiegenossenschaft eG“ gegründet. Die ene hat eine Mitgliedschaft von 0,5 T € erworben. Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen,
- die Verteilung und der Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme,
- die Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten sowie einer Öffentlichkeitsarbeit,
- gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte,

- Beteiligung an Projekten der Regenerativen Energieerzeugung (Beschluss der Genossen durch Satzungsänderung der Genossenschaft in 2011).

Zwischen dem Vorstand der Genossenschaft und der ene konnte eine gute informatorische Zusammenarbeit entwickelt werden, die zu weiteren operativen gemeinsamen Projekten führen soll.

Die ene hat sich mit Gesellschaftsvertrag vom 16. Februar 2010 mit einem 2,1%igen Anteil an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (BG) beteiligt. Komplementärin der BG ist die Green GECCO Stadtwerke Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Troisdorf, weitere Kommanditisten sind andere kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mittelbar ist die ene damit durch den Eintritt der BG in die von RWE Innogy GmbH gegründete Green GECCO GmbH & Co. KG, Essen (GG) und den Erwerb eines Geschäftsanteils an deren Komplementärin (Green GECCO Verwaltungs-GmbH) an der GG beteiligt. Durch Eintritt weiterer Energieversorger in die Gesellschaft ist die Anteilsquote der ene in 2012 leicht gesunken und liegt aktuell bei rd. 1,726 %.

In 2012 hat die Green GECCO zwei Onshore-Windparks in Hörup und Titz erworben und in Betrieb genommen. Das gesamte Investitionsvolumen beträgt 46.330 T€. Das von der ene zur Finanzierung der Green GECCO bereitgestellte Kapital per 31. Dezember 2012 beträgt 817 T€ (Vorjahr 434 T €).

Am 20. Oktober 2011 hat die ene einen Bauantrag zur Errichtung einer 971 kWp Freiflächen Photovoltaikanlage auf einem für 20 Jahre vom Kreis Euskirchen gepachteten Grundstück (Abfallwirtschaftszentrum des Kreises Euskirchen – AWZ) gestellt. Die Investitionssumme wurde überwiegend durch ein Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren (KSK EU, KfW) fremdfinanziert. Die Besicherung des Darlehens erfolgte durch Sicherungsübereignung der PV-Anlage und Sicherungsabtretung der Einspeisevergütung gemäß banküblichem Standard.

Die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER) wurde am 15. August 2012 mit Sitz in Kall gegründet. Beteiligt an der NER sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen mit 75 % und die KEV Energie GmbH mit Sitz in Kall zu 25 %. Mit Datum vom 1. September 2012 wurde die Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Sun Park AWZ“ von der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG durch die Gesellschaft zum Preis von 1.749.934,00 Euro käuflich erworben. Der Betrieb und die Geschäftsführung der NER werden durch die KEVER PBB GmbH durchgeführt.

2.2 Ertragslage (Konzern)

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betragen im Berichtszeitraum 68.879 T€ (Vorjahr 67.274 T €). Sie lagen damit - im Wesentlichen preisbedingt - rd. 2.4 % über denen des

Vorjahres. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 3.362 T€ (Vorjahr 3.033 T€). Der Konzernbilanzgewinn 2012 beträgt unter Berücksichtigung der Anteile anderer Gesellschafter 3.327 T€ (Vorjahr 3.071 T€).

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

in T €	2012	2011	Veränderung
Außenumsätze			
- ene	5.056	6.720	-1.664
- KEV GmbH*	19.494	18.713	+781
- KEV Energie*	43.444	41.735	+1.709
- KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH	27	0	+27
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	858	106	+752
∑ Konzern	68.879	67.274	+1.605
Betriebliches Ergebnis			
- ene	-600	1.612	-2.212
- KEV GmbH*	3.974	1.860	+2.114
- KEV Energie*	1.473	982	+491
- KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH	52	11	+41
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	352	-18	+370
∑ Konzern	5.251	4.447	+804

(*Hinsichtlich der Vorjahreszahlen der KEV GmbH und der KEV-E wird der Zustand nach Abspaltung (erfolgt zum 1.1.2012) bereits in 2011 simuliert und bei der KEV die Vorjahreszahlen des Netzbereiches, bei der KEV Energie die Vorjahreszahlen des Vertriebsbereiches ausgewiesen.)

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 4,88% (Vorjahr 4,51 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (Netzbetreiber KEV) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte

Netz) gekennzeichnet. Insgesamt wurden 200 GWh (Vorjahr 183 GWh) aus erneuerbaren Energien in das Netz des Konzerns eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 50%.

Die ins Verteilnetz des Konzerns eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 399 GWh inklusive 39 GWh Rückspeisung ins vorgelagerte Netz (Vorjahr 398 GWh inklusive 33 GWh Rückspeisung, entspricht einer Nettoeinspeisung von 365 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung relativ konstant bei 343 GWh (Vorjahr 352 GWh). Der seit den Jahren 2008 und 2009 zu verzeichnende Mengenrückgang von ca. 50 GWh konnte jedoch nicht kompensiert werden.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Wesel, erzielte der Konzern aus Dienstleistungen Erlöse in Höhe von 18.650 T€ (Vorjahr 17.039 T€).

Im Zusammenhang mit dem Verteilnetz sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Konzessionsabgaben in Höhe von 2.392 T€ (Vj. 2.437 T€) ausgewiesen.

Stromvertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebes des Konzerns (Konzerngesellschaften ene und KEV Energie) ohne Stromsteuer betragen im Berichtszeitraum 47.145 T€ (Vorjahr: 47.464 T€), wobei der Umsatzrückgang - bei einer marginalen Steigerung des Mengenabsatzes - im Wesentlichen preisbedingt ist.

Stromverkauf (ohne Netzverluste)	2012	2011	Abweichung	
	GWh	GWh	GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	126,2	130,1	-3,9	-3,0
Kunden mit temperaturabhängigen Lastprofil (TLP)	22,8	21,9	+0,9	+4,1
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	133,8	130,4	+3,4	+2,6
Summe Stromverkauf	282,8	282,4	+0,4	+/-0

2.3 Finanz- und Vermögenslage (Konzern)

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T €	2012	2011	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit*	3.696	7.977	-4.281
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-2.061	-12.380	+8.293
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-3.714	6.266	-9.980
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.078	1.862	-3.940
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.421	9.559	+1.862
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	9.343	11.421	-2.078

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2012 einen Cashflow in Höhe von 3.696 T € (Vorjahr 7.977 T €). Der Rückgang ist im Wesentlichen bedingt durch den Rückgang der Verbindlichkeiten, sowie teilweise durch den Anstieg der Forderungen aus Lieferung und Leistung. Während der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit in 2011 durch das Investment in den Sun Park Kalenberg geprägt war, reduzierte sich das Investitionsvolumen 2012 auf das Normalmaß an Investitionen im Netzbereich. Positiv mit gut 1,7 Mio. € wirkt sich der Verkauf der PV-Anlage an die NER GmbH & Co. KG aus.

Das Volumen der Darlehensaufnahme verringert sich gegenüber 2011 um rd. 7 Mio. €; im Vorjahr war die Finanzierung des Sun Park Kalenberg erfolgt. Der verbleibende Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist unverändert geprägt durch die Ausschüttung an die Gesellschafter; hinzu kommen Tilgungen von Darlehen.

Im Saldo sinkt der Bestand an Flüssigen Mitteln im Jahresendvergleich um 2.078 T€. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Alle Beteiligungen - insbesondere die KEV und die KEV Energie - sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung und der Nachaktivierung von Sachanlagevermögen. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 74,0 % abgeschrieben.

Der Zuwachs bei den Finanzanlagen resultiert hauptsächlich aus den im Berichtsjahr erfolgten Erhöhungen der Ausleihungen an die Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG sowie weiteren Zahlungen an die Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, über die u.a. mittelbar die Windparks Hörup und Titz und finanziert wurden.

Die Bilanzsumme steigt um 391 T€. In den Aktiva ist dies im Wesentlichen bedingt durch den Rückgang der Flüssigen Mittel bei einem Anstieg des Sachanlagemögens und leichtem Anstieg der kurzfristigen Forderungen. Auf der Passivseite steht dem Rückgang der Verbindlichkeiten sowie der Ertragszuschüsse eine Erhöhung der Rückstellungen von ca. 2.800 T€ gegenüber. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt unverändert 23,0 %% (Vorjahr 23 %).

2.4 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)

Neben den Umsätzen aus den Kerngeschäften konnte die ene in 2012 bei ausgewählten Sondervertragskunden Stromerlöse in Höhe von 2.610 T€ (Vorjahr 4.037 T€) bei einer Gesamtmenge von 19,7 GWh generieren (Vorjahr 30,7 GWh). Dieser Rückgang ergibt sich überwiegend aus der Übertragung von Sondervertragskunden von der ene auf die KEV Energie (rd. 13,9 GWh).

Insgesamt erreichte die ene mit dem internen und externen Dienstleistungsgeschäft sowie mit den Erlösen aus Stromverkauf einen Umsatz von 16.952 T€ (Vorjahr 16.743 T€.)

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschluss

Angaben vor Konsolidierung in T €	2012	2011	Veränderung
Anlagevermögen	13.558	13.860	-302
Umlaufvermögen	5.366	5.738	-372
Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss)	2.947	2.947	0
Rückstellungen	2.478	2.200	+278
Verbindlichkeiten (einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Jahresüberschusses)	13.499	14.451	-952
Eigenkapitalquote in Prozent	15,6	15,0	+0,6
Umsatzerlöse	16.952	16.743	+209
Jahresüberschuss	3.294	3.110	+184

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Beteiligung an der KEV und der KEV Energie und den Ergebnisabführungsverträgen mit diesen Gesellschaften.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die ene hat mit Datum vom 08. April 2010 den damaligen Netzbetreiber KEV-Netz GmbH von sämtlichen Ansprüchen aus der Verpflichtung zum Bau von Vogelschutzeinrichtungen im Netz gemäß § 53 BNatSchG freigestellt. Für die in 2012 durchgeführten, umfangreichen Maßnahmen konnte auf die vorhandene Rückstellung zurückgegriffen werden. Für verbleibende Maßnahmen in 2013 wurde die Rückstellung erneut in geringem Umfang dotiert.

3 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 GO NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Der ene Konzern erbringt durch den Betrieb des Strom-Verteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb und die Erzeugung erneuerbarer Energie im Kreisgebiet, einen öffentlichen Zweck. Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet sowie die Versorgung mit Energie einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

3.1 Tätigkeiten

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 6b Abs. 1. EnWG ist die ene gemäß § 6 Abs. 3 EnWG zur Kontentrennung verpflichtet. Die geschäftlichen Aktivitäten der ene betreffen fast ausschließlich „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“.

Darüber hinaus bestehen „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, die Geschäfte mit ausgewählten Sondervertragskunden sowie Stromerzeugung (bis zur Veräußerung des Sun Parks AWZ an die NER wurde dieser unterjährig durch die ene betrieben) betreffen.

Die Umsatzerlöse im Bereich "Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sanken insbesondere aufgrund der Übertragung von Stromkunden um rd. 1.398 T€ auf T€ 2.707.T€ einhergehend mit einem Rückgang des Ergebnisses in diesem Bereich.

Die Umsätze im Bereich der "Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors" stiegen im externen Dienstleistungsgeschäft sowie aufgrund der konzerninternen Dienstleistungsverträge mit der KEV, der KEV Energie und der KEVER GmbH, was zu einem Anstieg des Ergebnisses in diesem Bereich führte.

Die anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors entfielen in 2012 durch die Abspaltung des Teilbetriebs "Vertrieb" auf die KEV Energie.

3.2 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 141 Mitarbeiter (Vorjahr 134).

Im Zuge der Abspaltung der KEV Energie sind 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der KEV in diese Gesellschaft gewechselt.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

	2012	2011	Veränderung
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
ene	38	47	-9
KEV GmbH	75	75	-
KEV-Energie GmbH	16	0	+16
Konzern	129	122	+7
Auszubildende			
ene	0	1	-1
KEV GmbH	12	11	+1
Konzern	12	12	-

Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Berichtsjahr 34 in der Teilzeitbeschäftigung von denen wiederum 16 Mitarbeiter in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Als anerkannt schwerbehindert beschäftigten wir am Jahresende im Konzern 7 Mitarbeiter, wobei sich hiervon einer bis zur Jahresmitte in der Berufsausbildung befand und in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen wurde.

Zum 31. Dezember 2012 sind 22 Mitarbeiter befristet beschäftigt.

Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 3,9 % (Vorjahr 4,1%).

Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2012 ein aktives Arbeitsvermögen von 107,2 Vollzeitkräften (Vorjahr 105,6 VZK).

Wir haben unverändert hohe Anstrengungen unternommen, unser Personal zu qualifizieren. Insgesamt nahmen 67 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulungsmaßnahmen teil. 17

Führungskräfte auf der Ebene der Teamleiter haben eine Schulung zur gesundheitsgerechten Mitarbeiterführung absolviert.

Unsere Anstrengungen, die Arbeitssicherheit zu erhöhen, mündeten in der branchenspezifischen AMS-Zertifizierung (Arbeitsschutz-Management-System) der ene im dritten Quartal 2012. Darüber hinaus wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig zum Thema Arbeitsschutz informiert. Die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen und Unterweisungen wurden fristgerecht durchgeführt.

Im Herbst 2011 wurde mit der Zertifizierung eines TSM-Systems (Technisches Sicherheitsmanagement) begonnen und auf die Strukturen der ene-Gruppe in 2012 angepasst. Die Zertifizierung erfolgte im ersten Halbjahr 2012.

3.3 Entwicklung der Chancen und Risiken

Das Risikomanagementsystem ist konzernweit implementiert und gewährleistet weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. Vor dem Hintergrund der steigenden Komplexität wird das bestehende System seit Jahresende 2012 durch eine spezialisierte Unternehmensberatung analysiert und auf Optimierungspotenziale untersucht, unter Berücksichtigung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Dabei wird auch der Umstieg auf eine andere Software geprüft.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems identifizieren, dokumentieren und bewerten wir potenzielle Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und -ausprägung analysiert.

Die bedeutenden Risiken und mögliche Chancen unterscheiden wir wie folgt:

3.3.1 Marktrisiken

Das Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm (GSH) wird im Herbst 2013 den Betrieb aufnehmen. Sofern das aktuelle Preisniveau am Strommarkt unverändert besteht, werden sich Belastungen ergeben aus der Differenz zwischen den Marktpreisen und den Gestehungskosten der von GSH abzunehmenden Strommengen. In Abhängigkeit von der weiteren politischen Entscheidungsfindung zum Marktdesign von Reserve- und Grundlastkapazitäten für Brückentechnologien sind in den kommenden Jahren permanente Chancen- und Risikobewertungen in Erwägung zu ziehen, bis hin zum Desinvestment.

Die Wertung unserer Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden wir zukünftig stärker in unsere Risikobewertung einbeziehen.

Für die KEV Energie ergeben sich auf den liberalisierten Energiemärkten neben Ausfallrisiken bei Marktpartnern auch Preis- und Mengenrisiken, gerade bei der Ausdehnung des Geschäfts auf neue Märkte. Wir sehen es aber auch als Chance, mit aktiven Produkt- und Preisstrategien Kunden neu zu gewinnen bzw. wiederzugewinnen. Tägliche Bedarfsaktualisierungen helfen uns im Stromeinkauf bei der Risikobegrenzung.

3.3.2 Risiken aus dem energiepolitischen Rahmen

Risiken aus dem energiepolitischen Umfeld betreffen insbesondere die beiden Konzerngesellschaften KEV und KEV Energie.

Für die KEV bestehen Risiken durch regulatorische Eingriffe der Bundesnetzagentur in den Energiesektor, insbesondere in die Ergebnisse der noch ausstehenden Kostenprüfung der Anreizregulierung für die Jahre 2014-2018. Dies hat direkte Auswirkung auf unternehmerische Gestaltungsspielräume, und es drohen negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Durch weiteren Zubau mit Anlagen der regenerativen Energien, insbesondere Fotovoltaik im Niederspannungsbereich und zur Gewährleistung der Netzstabilität, können für die KEV Risiken in Form von zusätzlich notwendigen Investitionen in Netzausbaumaßnahmen auftreten.

Erstmalig hat die KEV (Netzgesellschaft des Konzerns) für 2013 Interessensbekundungen auf Gaskonzessionen in angrenzenden Städten und Gemeinden abgegeben. Es werden alle Anstrengungen unternommen, die beiden noch ausstehenden Konzessionsverträge mit der Stadt Heimbach und der Stadt Mechernich zum Abschluss zu führen. Weitere Chancen für die Netzgesellschaft liegen in der Intensivierung von Kooperationen mit dem umliegenden Netzbetreiber.

Für die KEV Energie (Vertriebsgesellschaft des Konzerns) besteht unverändert eine hohe Wettbewerbsintensität in allen Kundengruppen. Die Insolvenz von Teldafax und die Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Flexstrom AG bewirkten zwar mehr Wechselbewusstsein und dämpfen die Bereitschaft zu Vorkassemodellen zu wechseln. Dem Kundenkauf mittels Bonuszahlung stehen nach wie vor Kunden positiv gegenüber. Risiken für das Kundenportfolio sind insbesondere Kundengewinnungsaktionen durch den Markteintritt neuer Marktteilnehmer gegeben. Auf der Strombeschaffungsseite bringt die Diskussion über die Änderung des Marktdesigns (z.B. Kapazitätenmarkt, Quotenmodell usw.) sowie auf europäischer Ebene die Backloading-Thematik weitere Risikopotentiale auf die Tagesordnung.

Die Wirtschaftlichkeit im Bereich Neubau von Wärmepumpenheizungen ist aktuell schwierig darzustellen. Durch die gestiegene Steuern- und Abgabenlast im Wärmepumpenstrompreis werden deutliche Nachteile gegenüber Heizungsanlagen auf Erdgasbasis erkennbar. Durch die Energiewende sind strombasierte Heizungslösungen gegenüber anderen Energieträgern klar benachteiligt und erschweren in diesem Segment die Akquisetätigkeit der KEV Energie.

3.3.3 Betriebsrisiken

Betriebsrisiken bestehen für die KEV im Wesentlichen im Dienstleistungsbereich durch Fehlbedienungen, durch Planungsfehler sowie durch mögliche Systemausfälle. Wir begegnen ihnen im Rahmen der Möglichkeiten durch organisatorische Maßnahmen, Qualifizierung und Schulungen.

Die Beschaffungsstrategie der KEV Energie ist eine deckungsbeitragsorientierte Beschaffung. Für die größeren Kunden (> 2,0 GWh Jahresmenge) im Geschäfts- und Industriekundensegment mit ein- oder mehrjährigen Vertragslaufzeiten gilt weitestgehend die back-to-back Beschaffung am Terminmarkt. Die Beschaffung für die restlichen Strommengen des Geschäfts- und Industriekundensegment, den Privat- und Gewerbekundenbereich und für die Raumheizungskunden erfolgt im Rahmen eines Portfoliomanagements, bei dem Teilmengen zu vorher definierten Termin- und Preiskorridoren gekauft werden. Hierzu wurde im Kalenderjahr 2012 ein Beschaffungshandbuch gemeinsam mit unserem Dienstleister erarbeitet.

Absatzpreise werden bei Preisverhandlungen mit Kunden auf Basis von erwarteten Abnahmeprofilen EDV-gestützt und unter Einbindung in das Gesamtportfolio der KEV Energie detailliert ermittelt und den Preisverhandlungen zu Grunde gelegt.

Mögliche Risiken sind auch die Veränderungen im Abnahme- bzw. Nachfrageverhalten der verschiedenen Kundengruppen, die hohe Volatilität der Strompreise und der Druck am Margenlimit zu kalkulieren. Je weniger genau das Abnahmeverhalten der Kunden prognostiziert werden kann, und umso stärker das tatsächliche vom erwarteten Abnahmeprofil abweicht, desto teurer wird in der Regel die Beschaffung der benötigten Energie. Eine täglich durchzuführende Vertriebslastprognose und die Korrektur der Bedarfserwartung minimiert Mengenabweichungen und somit Risiken aus Regel- und Ausgleichsenergie für die KEV Energie.

Um die täglichen Anforderungen an die Geschäftsprozesse rentabel zu gewährleisten, ist es insbesondere in der KEV Energie notwendig, die benötigten Kommunikations- und Informationstechnologien risikominimiert zu halten. Bedeutende Risiken in der IT sind dabei

etwaige Softwaredefekte, Hardwareausfälle, Bedienungsfehler, Wartungsdefizite oder Einflüsse höherer Gewalt.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken wird im ene-Konzern in modernste Kommunikations- und Informationstechnologien investiert. Ebenso werden tägliche Wartungen an den Systemen vorgenommen und Erfahrungen aus Störungen unverzüglich zur Verbesserung der IT-Systeme verarbeitet. Mitarbeiter der KEV Energie werden regelmäßig bei Anpassungen von Softwareprodukten geschult.

Zusätzliches Risikopotential in Verträgen der KEV Energie mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung sehen wir in einem Urteil des EuGH (Europäischer Gerichtshof) vom 21.03.2013. Der EuGH hat dem BGH den Weg gewiesen, Preisanpassungsklauseln in Sonderkundenverträgen, die sich an die Regelungen der StromGVV orientieren, für unwirksam zu erklären. Nicht ausdrücklich entschieden hat der EuGH, ob GVV-Klauseln in den betroffenen Stromlieferverträgen diesen Ansprüchen genügen. Der BGH wird abschließend entscheiden müssen, ob die GVV-Preisanpassungsklauseln in Sonderverträgen mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung wirksam sind.

3.3.4 Finanz- und Kreditrisiko / Risikomanagementziele im Hinblick auf Finanzinstrumente

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten der ene zählen neben Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten sowie mit anderen Gesellschaften des ene-Konzerns.

Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Risiken, die im Rahmen unseres Geschäftes bestehen, begrenzen wir durch konservative Anlageformen mit 100%iger Kapitalgarantie auf Rückzahlung zum Nominalwert.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundling. Der Konzern verfügt für sich selbst über gute Finanzierungsmöglichkeiten. Für Projektgesellschaften insbesondere für regenerative Projekte, bestehen zeitgemäße und risikoadjustierte Finanzierungsmodelle. Mit der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird das Unternehmen wirksam gesteuert. Dies umfasst auch unterjährig Aktualisierungen und die in diesem Zusammenhang angefertigten Soll-/Ist-Vergleiche sowie Abweichungsanalysen.

Im Zusammenhang mit den Projekten im PV-Bereich sind Risiken durch eine Allgefahren- und Ausfallversicherung gesondert besichert.

Das Versicherungssystem wird fortlaufend überprüft und umfasst auch eine Haftpflichtversicherung für Organmitglieder sowie eine Warenkreditversicherung (für Forderungsausfälle größerer Kunden).

4 Ausblick

4.1 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres

GSH Hamm

Der Beginn des kommerziellen Betriebs der beiden Steinkohleblöcke im Steinkohlekraftwerk Hamm (GSH) hat sich aufgrund von Qualitätsmängeln an den Kesselgerüsten und durch Probleme im Fertigungs- und Montageablauf bei den Dampferzeugern erheblich verzögert und ist auf Basis des aktualisierten Rahmenterminplans nunmehr für das Frühjahr 2014 geplant. Eine zusätzliche ungeplante Verzögerung ist durch den Chemiekalieneintrag am 15.08.2013 eingetreten. Aufgrund dieser Verzögerung und demzufolge späteren Beginns des kommerziellen Betriebs und daraus resultierend eines neuen Wirtschaftsplanes der GSH Hamm wurde die Drohverlustrückstellung neu angepasst.

Neue Konzessionsverträge für die KEV Schleiden GmbH

Mit der Stadt Bad Münstereifel wurde am 17.12.2012 ein Stromkonzessionsvertrag abgeschlossen. Gegenüber der Stadt Bad Münstereifel wurde die Absichtserklärung abgegeben, das Netz bis spätestens 2014 zu übernehmen.

In der Ratsentscheidung am 15. Oktober 2013 wurde die Konzession der Stadt Mechernich an die RWE Deutschland AG vergeben.

Die Konzessionsvergabe der Stadt Heimbach ist noch offen. Über die Vergabe wird voraussichtlich in der Ratssitzung am 12. Dezember 2013 entschieden,

Betriebsprüfung für die Jahre 2005 – 2009 (Änderungen im Jahres- und Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht)

Im geänderten Jahresabschluss wurden erhöhte Ergebnisabführungen der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV) resultierend aus Anpassungen der Handelsbilanz an die Ergebnisse der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2005 - 2009 bei der KEV sowie die o.g. Anpassung der für die Kraftwerkscheibe GSH gebildete Drohverlustrückstellung berücksichtigt.

Im Konzernabschluss der ene sind darüber hinaus, die bei der KEV und der KEV-Energie, als in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, erfolgten Anpassungen der Handelsbilanz an die Ergebnisse der steuerlichen Außenprüfung, die zu einer Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von rd. € 2 Mio führten, reflektiert.

4.2 Geschäftsentwicklungen und Erwartungen

Nach Vorliegen eines weiteren Gutachtens zum Unternehmenswert des ene-Konzerns wird es zu einer Verständigung zwischen der RWE Deutschland AG und dem Kreis Euskirchen kommen, zu welchem Preis die Städte und Gemeinden sich an der kommunalen Vorschaltgesellschaft und damit am ene-Konzern beteiligen können. Für eine Beteiligung der Kommunen besteht ein Zeitfenster bis zum 31.12.2015.

Nach Eintritt der ersten Kommune in die Vorschaltgesellschaft wird der ene-Konzern mehrheitlich in kommunalem Besitz sein. Dies wird zu veränderten Konstellationen in den Aufsichtsgremien führen. Ferner wird zu beachten sein, in welchem Maße kommunalrechtliche Bestimmungen Wirkung für die Gesellschaften im ene-Konzern entfalten.

Wir sehen in der Einbindung weiterer kommunaler Gesellschaften die Chance, in Zusammenarbeit mit den Altgesellschaftern den Konzern mittelfristig weiterzuentwickeln und solide Erweiterungsaussichten zu gestalten.

Nach Umsetzung des gesellschaftsrechtlichen und organisatorischen Unbundlings in den vergangenen Jahren und der Anpassung der Konzernstrukturen an die aktuelle gesetzgeberische Situation wird die Ausrichtung des Konzerns auf den zunehmenden Wettbewerb weiter vorangetrieben.

Zur Abrundung der in 2012 abgeschlossenen Maßnahmen in der Organisationsstruktur werden sowohl interne als auch externe Prozesse mit Kunden und Lieferanten optimiert. Nach Abschluss der Analyse des Ist-Zustandes werden unter Begleitung einer namhaften Unternehmensberatung optimierte Prozesse modelliert und umgesetzt.

Das Engagement des Konzerns im Bereich der regenerativen Stromerzeugung und der Energieeffizienz stößt im privaten, öffentlichen und kommunalen Raum auf unverändertes hohes Interesse, aber auch auf kritische Begleitung. Zwar ist der Trend zu regenerativen, dezentralen Erzeugungen ungebrochen, jedoch häufen sich gegenläufige Bekundungen in dem Maße, wie vor Ort eine persönliche Betroffenheit von Maßnahmen zum Ausbau der technischen Infrastruktur gegeben ist.

Politik, Verwaltungen und Energiewirtschaft sind hinsichtlich eines Schulterschlusses und erhöhter Akzeptanz weiter gefordert.

Die Kommunen im Versorgungsgebiet haben seit 2010 umfangreiche Aktivitäten zur Entwicklung von Energieleitbildern und Klimaschutzkonzepten eingeleitet bzw. teilweise abgeschlossen. Der ene-Konzern als Partner der Kommunen in Sachen Energiewende und -effizienz wird zunehmend in die Ausgestaltung der Konzepte und Maßnahmen einbezogen. Als Plattform für diese Aktivitäten dient auch ein Energiebeirat für die Kommunen im Versorgungsgebiet, der im Laufe des Jahres seine Arbeit aufnehmen wird.

Wir sind zuversichtlich, dass die KEVER PBB mit der Realisierung eines Windparks mit einer Leistung von 18 MW in 2013 beginnen wird. Diese Aktivitäten werden in einer eigenen Projektgesellschaft gebündelt, welche offen ist für kommunale und private Beteiligungen. Da die im regenerativen Bereich erforderlichen Mittel durch den Konzern nicht eigenständig zu stemmen sind - weder durch konzerninternes Eigen-, noch durch Fremdmittel, werden hierzu innovative Beteiligungs- und Finanzierungsmodelle entwickelt.

Das Engagement des ene-Konzerns in den vorgenannten Themen und der weitere Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts dienen dem Zweck, sinkende Umsatzpotenziale in Elektrizitätsverteilung und Stromvertrieb zu kompensieren. Die strukturelle und demographische Entwicklung im Versorgungsgebiet, sowie die fortschreitende Energieeffizienz führen zu langfristig erodierenden Strommengen.

Das glaubwürdige Engagement des Konzerns in den neuen Geschäftsfeldern, insbesondere der Energieeffizienz, wird die Wettbewerbsfähigkeit der Region weiter stärken und durch ein positives Echo in Öffentlichkeit und Politik der Belegheitskommunen gleichzeitig die Attraktivität des Unternehmens erhöhen.

Die Aktivitäten im Verbund mit regionalen Partnern zum Einsatz der LED-Technik im öffentlichen und industriellen Bereich sorgten bereits 2012 für ein breites Betätigungsfeld der ene. Diese Entwicklung werden wir in 2013 weiter vorantreiben.

Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen konzentriert sich weiter auf den Verein „Die Netzwerkpartner“, ein Zusammenschluss von über 70 kommunalen und privatwirtschaftlichen Energieversorgern. Im Vordergrund steht hier dabei die fachthemenorientierte Zusammenarbeit.

Die Umwälzungen in der Energiewirtschaft gehen an unserem Personal nicht spurlos vorüber. Umso wichtiger wird die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertretungs- und Mitbestimmungsorganen sein und deren frühzeitige umfassende Einbeziehung in unsere Arbeit. Dies ist unabdingbar, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die neue Zukunft unter harten

Wettbewerbsbedingungen mitzunehmen und zu qualifizieren. Hier sind die Aktivitäten der Leitungsebenen und der Arbeitnehmervertretungen in Einklang zu bringen.

Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen 2013 und 2014 keine Substanz gefährdenden Risiken. Die Geschäftsentwicklung betreffende wesentliche Ereignisse sind seit dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Vor dem Hintergrund einer stabilen Konjunktur konnten wir für 2012 bei anhaltend intensivem Wettbewerb ein gegenüber 2011 leicht verbessertes Konzernergebnis erreichen. Mit ausgewogenen Markt-, Preis- und Kostenstrategien erwarten wir auch für die Jahre 2013 und 2014 eine Entwicklung und Ergebnisse auf dem Niveau von 2012.

Kall, 11. Dezember 2013

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

Dieter Hinze (Geschäftsführung)

Konzernbilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2013

A k t i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	6		
Immaterielle Vermögensgegenstände		772.750,00 €	586.797,00 €	Kapitalanteile		7.849.188,98 €	7.816.612,46 €
Sachanlagen		21.944.711,45 €	24.340.360,73 €	Bilanzgewinn		3.464.475,60 €	3.326.553,00 €
Finanzanlagen		7.970.571,25 €	7.708.797,26 €	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		577.834,80 €	336.002,08 €
		30.688.032,70 €	32.635.954,99 €			11.891.499,38 €	11.479.167,54 €
Umlaufvermögen				Empfangene Ertragszuschüsse	7	2.777.343,62 €	3.412.187,41 €
Vorräte				Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		526.205,65 €	533.733,27 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.032.240,00 €	3.100.041,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Steuerrückstellungen		1.580.167,60 €	695.215,79 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		5.734.213,03 €	4.448.208,25 €	Sonstige Rückstellungen		7.125.747,14 €	6.488.198,04 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		8.158,96 €	374,58 €			11.738.154,74 €	10.283.454,83 €
Forderungen gegen Gesellschafter		53.313,05 €	85.638,87 €	Verbindlichkeiten	9		
Sonstige Vermögensgegenstände		4.282.061,81 €	2.636.226,55 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		4.376.157,61 €	7.522.358,30 €
		10.077.746,85 €	7.170.448,25 €	Erhaltene Anzahlungen		-	40.205,00 €
Flüssige Mittel	3			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		4.900.167,11 €	4.542.493,77 €
		8.534.139,79 €	9.342.847,64 €	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		12,49 €	1.411,31 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4			Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.488,26 €	17.419,17 €
		9.021,00 €	109.024,90 €	Sonstige Verbindlichkeiten		13.174.732,77 €	11.680.534,25 €
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5					22.452.558,24 €	23.804.421,80 €
		31.409,68 €	-	Rechnungsabgrenzungsposten	10	1.006.999,69 €	812.777,47 €
		49.866.555,67 €	49.792.009,05 €			49.866.555,67 €	49.792.009,05 €

Konzern-Gewinn- u. Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01.-31.12.2013

	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse		77.622.876,53 €	74.414.841,00 €
Stromsteuer		- 5.474.140,24 €	- 5.535.567,22 €
	12	<u>72.148.736,29 €</u>	<u>68.879.273,78 €</u>
Andere aktivierte Eigenleistungen		19.787,55 €	58.192,43 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	<u>1.265.313,75 €</u>	<u>2.817.834,50 €</u>
		<u>73.433.837,59 €</u>	<u>71.755.300,71 €</u>
Materialaufwand	14	51.446.440,32 €	50.671.457,10 €
Personalaufwand	15	7.812.198,75 €	8.205.575,85 €
Abschreibungen	16	2.215.904,38 €	2.277.387,45 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	<u>5.623.866,12 €</u>	<u>5.350.564,93 €</u>
		<u>6.335.428,02 €</u>	<u>5.250.315,38 €</u>
Finanzergebnis	19	- 905.440,23 €	- 938.525,93 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>5.429.987,79 €</u>	<u>4.311.789,45 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	1.928.128,31 €	917.912,52 €
Sonstige Steuern		40.551,16 €	32.126,26 €
Konzernjahresüberschuss		<u>3.461.308,32 €</u>	<u>3.361.750,67 €</u>
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn / Verlust		- 3.167,28 €	35.197,67 €
Konzerngewinn*		<u>3.464.475,60 €</u>	<u>3.326.553,00 €</u>

* (auf Gesellschafter der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG entfallend)

ene-Konzern und ene GmbH & Co. KG

Lagebericht 2013

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
1 Grundlagen des Unternehmens	2
1.1 Rechtliche Verhältnisse	2
1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens	4
1.3 Forschung und Entwicklung.....	6
2 Wirtschaftsbericht	6
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen	6
2.3 Geschäftsverlauf 2013 (ene Konzern)	9
2.4 Geschäftsverlauf 2013 (ene Jahresabschluss).....	11
2.5 Lage des Unternehmens	13
2.5.1 Ertragslage (Konzern)	14
2.5.2 Vermögenslage (Konzern).....	16
2.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)	17
2.7 Leistungsindikatoren.....	18
2.7.1 Finanzielle Leistungsindikatoren	18
2.7.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	19
3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW	19
4 Nachtragsbericht	22
5 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten	22
6 Prognose, Risiko- und Chancenbericht	23
6.1 Prognosebericht (Konzern sowie Beteiligungen der ene).....	23
6.2 Risikobericht	25
6.2.1 Branchenspezifische Risiken.....	26
6.2.2 Ertragsorientierte Risiken	27
6.3 Chancenbericht.....	28
7 Gesamtaussage	29
8 Ausblick	29

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall (ene) ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welche in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV) hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

Beteiligt am ene-Konzern sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen, und die RWE Deutschland AG, Essen, zu gleichen Teilen. Beide Kommanditisten sind darüber hinaus zu gleichen Teilen an der Komplementärin der ene, die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH, Kall beteiligt.

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen.

Hierzu gehört ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der KEV und der KEV Energie GmbH, Kall (KEV Energie) sowie die Verwaltung der Beteiligungen.

Die ene hält an der KEV eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen und die RWE Deutschland AG sind jeweils mit 2,5% an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 08. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie und der ene ein Gewinnabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt werden.

Am 10. Dezember 2013 wurden beide Ergebnisabführungsverträge dahingehend geändert, dass im § 2 ein Verweis auf § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung vorgenommen wurde.

Der Unternehmensteil Vertrieb der KEV ist im Rahmen einer Abspaltung rückwirkend zum 01. Januar 2012 nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes auf die KEV Energie übertragen worden. Der entsprechende Abspaltungsvertrag zwischen der KEV und der KEV Energie ist am 15. August 2012 abgeschlossen worden. Mit der Eintragung der Abspaltung in das Handelsregister des Amtsgerichts Düren am 24. August 2012 ist das gesamte, dem Unternehmensbereich Vertrieb zuzuordnende Vermögen der KEV auf die KEV Energie im Wege der sog. Sonderrechtsnachfolge übergegangen.

Am 30. August 2013 wurde gemeinsam mit der Stadt Schleiden und der eegon - Eifel Energiegenossenschaft eG die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG (SPH) gegründet. Der Kommanditanteil der KEV Energie beträgt 33,3%, entsprechend einem Anteil am Kommanditkapital von 120,0 T€.

An der am 20. Dezember 2013 gegründeten BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG hält die KEV Energie einen Kommanditanteil von 51% (Anteil am Gesamtkommanditkapital: 500,00 T€). Die Geschäftsführung der Gesellschaft erfolgt durch die BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH als Komplementärin ohne Kapitalanteil. An dieser Gesellschaft hält die KEVER PBB GmbH 100% der Gesellschaftsanteile.

Aufgrund Gesellschafterbeschlusses vom 23. Juni 2014 wird Dipl.-Ing. Markus Böhm zum 23.06.2014 als weiterer Geschäftsführer der ene bestellt. Herr Markus Böhm ist berechtigt, die Gesellschaft zusammen mit einem weiteren Geschäftsführer oder Prokuristen der Gesellschaft zu vertreten.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2013:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2013 im Jahresdurchschnitt	Betriebliches Ergebnis 2013 T€	Gezeichnetes Kapital / Kommanditkapital T€	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	34	50	-167	25	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	55	83	4.607	3.100	Regionale Energieversorgung und Asset Owner
KEV Energie GmbH	11	17	1.582	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	0	0	12	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	0	0	308	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	0	0	-7	500	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	0	0	0,2	25	Komplementär der BWP Schleiden GmbH & Co KG
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (nicht konsolidiert)	0	0	70	200	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG (nicht konsolidiert)	0	0	-4	360	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Die strategische Ausrichtung der KEV wird im Wesentlichen durch die Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmt, wodurch eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sichergestellt werden soll.

Die seit dem 01. Januar 2011 mit der Westnetz GmbH, Dortmund, erfolgreich bestehende vertragliche Aufgabenteilung führt zu Pacht- und Dienstleistungserlösen für das Stromnetz der KEV. Dafür stehen der Westnetz GmbH die Netznutzungserlöse sowie die Erlöse aus Messung und Abrechnung zu. Die gesamte technische und kaufmännische Betriebsführung für das verpachtete Netz erfolgt durch die KEV.

Zur Stabilisierung der Pacht- und Dienstleistungserlöse innerhalb des regulatorischen Rahmens verfolgt die KEV eine Optimierungsstrategie in den Bereichen Instandhaltung, Investitionen und Kostenmanagement.

Erstmalig hat die KEV in 2013 Interessensbekundungen auf Gaskonzessionen in angrenzenden Städten und Gemeinden abgegeben. Weitere Bewerbungen sind für 2014 und die folgenden Jahre vorgesehen, um die KEV zum Mehrspartenunternehmen zu entwickeln.

Das Geschäftsmodell der KEV Energie ist ständig zu überprüfen und ggf. an neuen Marktgegebenheiten auszurichten. Die Energiebranche in Deutschland befindet sich – insbesondere nach der Energiewende – in einem stetigen Wandel. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller und umfassender als in den vergangenen Dekaden. Dies nimmt erheblichen Einfluss auf die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Der Wettbewerb im Privat- und Gewerbekundengeschäft aber auch im Geschäfts- und Industriekundensegment hat sich weiter intensiviert. Treibende Faktoren sind hier die hohe Preissensibilität der Kunden und eine steigende Anzahl von neuen Wettbewerbern.

Wesentliche Elemente der strategischen Ausrichtung des ene-Konzerns spiegelt das Beteiligungsportfolio der KEV Energie wider. So wird in der KEVER Planungs-, Bau und Betriebsgesellschaft mbH (KEVER PBB GmbH) als Kerngeschäftsfeld die Entwicklung, die Umsetzung und der Betrieb von regenerativen Energieerzeugungsprojekten im regionalen Umfeld fokussiert.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine Ausweitung von Energiedienstleistungen, insb. von der Energieeffizienz, sind politisch erwünscht und werden gefördert. Diese Rahmenbedingungen sind für die Geschäftsentwicklung der ene als Anbieter von energienahen Dienstleistungen positiv, da hieraus eine zunehmende Nachfrage zu erwarten ist. Es gilt, am steigenden Bedarf an energieeffizienten und klimafreundlichen Versorgungskonzepten, im industriellen und gewerblichen Kundensegment und der resultierenden Nachfrage an spezialisierten Dienstleistungen, zu partizipieren.

Im Dienstleistungssegment der ene sowie im kommunalen Umfeld steht ferner der Themenkomplex Gebäude (Technische Gebäudeausrüstung und Effizienz) im Vordergrund.

Der ene-Konzern verfolgt eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie, in der die Interessen aller Kundensegmente des kommunalen Umfeldes sowie der Gesellschafter berücksichtigt und damit die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens sichert.

1.3 Forschung und Entwicklung

Aufgrund der Gesellschaftsstruktur und der ausschließlich operativen Unternehmensausrichtung fanden im Berichtszeitraum keine Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung statt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der internationale Währungsfonds (IWF) hat in seinem Ausblick vom Januar 2014 die Schätzung für das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2013 von zuvor 2,9% auf 3,0% angehoben. Dabei war das Wachstum sowohl in den Industriestaaten als auch in den Schwellenländern vor allem im ersten Halbjahr verhalten. In den USA wurde die Entwicklung der wirtschaftlichen Gesamtleistung durch die Ausgabenzurückhaltung der öffentlichen Haushalte gedämpft. Auf den Euroraum bezogen, hat weiterhin die Rezession der südeuropäischen Staaten gewirkt, die Wirtschaftsleistung sank hier im Jahr 2013 nochmals um 0,4%. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands ist in 2013 nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes um 0,4% gewachsen. Diese positive Entwicklung wurde vor allem vom privaten Konsum und der weiterhin günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt getragen.

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Primärenergieverbrauch

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland stieg 2013 verglichen mit dem Vorjahr um 2,5%. Hauptursache für diese Entwicklung war die im Vergleich zu 2012 deutlich kühlere Witterung in der ersten Hälfte des Berichtsjahres. Das moderate konjunkturelle Wachstum hatte kaum Effekte auf den Primärenergieverbrauch. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe war leicht rückläufig, aber insbesondere bei energieintensiven Prozessen waren deutliche Produktionsrückgänge zu verzeichnen. Bereinigt um die Einflüsse des Temperaturverlaufs 2013 stieg der Primärenergieverbrauch um 1,1%. Tendenziell ist der effektive Primärenergieverbrauch seit 1990 rückläufig. Nach dem Krisenjahr 2009 stieg der Verbrauch 2010 zwar sichtbar, erreichte aber noch nicht wieder das Niveau der Jahre 2007 und 2008. Trotz der deutlich kühleren Witterung und einem leichten konjunkturellen Wachstum stieg der Primärenergieverbrauch 2013 nicht wieder auf das Niveau Mitte der 2000er Jahre.

Stromerzeugung

In Deutschland wurden 2013 nach ersten Zahlen brutto 633,6 Mrd. kWh Strom erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Stromerzeugung damit um 2,8 Mrd. kWh – das entspricht 0,6% – zu. Die Zuwächse verteilten sich in unterschiedlicher Höhe auf die Kohlen und auf die erneuerbaren Energieträger. Die Stromerzeugung aus Kernenergie, Erdgas und Wasserkraft hingegen hatten Rückgänge zu verzeichnen. Die Stromerzeugungsanlagen der allgemeinen Versorgung erzeugten brutto 590,0 Mrd. kWh.

Zuwächse verzeichnete die Stromerzeugung der Kohlenkraftwerke. Infolge der weiterhin günstigen Preissituation im Vergleich mit anderen Energieträgern lieferten die Steinkohlekraftwerke 2013 mehr Strom als im vorangegangenen Jahr. Der Anteil der Steinkohle am Energieträgermix der deutschen Stromversorgung entsprach im Berichtsjahr 19,6%.

Die Stromerzeugung der Braunkohlekraftwerke 2013 belief sich auf 162,0 Mrd. kWh. Der Beitrag der Braunkohlekraftwerke zu Bruttostromerzeugung betrug 25,6%. Braunkohle war somit auch im vergangenen Jahr der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix.

Der Beitrag der Kernkraftwerke zur Stromerzeugung belief sich im Jahr 2013 auf 97,3 Mrd. kWh und sank damit um 2,2% verglichen mit dem Vorjahr. Der Anteil der Kernkraft an der Bruttostromerzeugung Deutschlands betrug 15,4%. Aufgrund des Mehreinsatzes anderer Energieträger wurde deutlich weniger Erdgas zur Strom- und Wärmeerzeugung in den Kraftwerken der allgemeinen Versorgung eingesetzt. Der Anteil dieses Energieträgers an der Stromerzeugung betrug 10,5 %.

2013 wurde aus erneuerbaren Energiequellen 5,8% mehr Strom erzeugt als im Jahr zuvor. Den größten Zuwachs konnte die Stromerzeugung aus Photovoltaik verzeichnen. Mit 30,0 Mrd. kWh wurden 3,6 Mrd. kWh Strom mehr erzeugt als im Vorjahr. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 151,7 Mrd. kWh Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Deckung des Brutto-Inlandsstromverbrauchs belief sich 2013 auf 25,3% (2012: 23,6%).

Stromverbrauch

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland sank im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 1,1 Prozent auf 599,8 Mrd. kWh. Der Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung (einschließlich Netzverluste) ging um 1,2% auf 530,2 Mrd. kWh zurück. Der Stromverbrauch von Industrie, Handel und Gewerbe aus dem Netz der allgemeinen Versorgung sank leicht von 300,4 Mrd. kWh im Jahr 2012 auf 292,8 Mrd. kWh im Berichtsjahr. Diesem Rückgang stand ein Anstieg des Stromverbrauchs der privaten Haushalte um 1,0% auf 138,4 Mrd. kWh gegenüber. Dieser Zuwachs ist vor allen Dingen auf die im Vergleich zum Vorjahr kalte und dunkle Witterung in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen. Der Verbrauch in den übrigen Sektoren öffentliche Einrichtungen, Verkehr und Landwirtschaft nahm leicht zu. Insgesamt sank der Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung um 1,2%.

Entwicklung des Wettbewerbs

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt hat sich weiter verstärkt. Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im September 2013 für Strom 33% (2012: 30%). Am Kernmarkt der EEX, dem Terminmarkt für Strom, stieg das gehandelte Volumen um 36% gegenüber dem Vorjahr. Dabei nahm sowohl das Börsenhandelsvolumen als auch das Volumen in bilateral geschlossenen Handelsgeschäften, die an der EEX zum Clearing registriert wurden, gegenüber 2012 deutlich zu.

Preisentwicklung

Die Strompreise im Spotmarkt an der Strombörse sind 2013 weiter gesunken und lagen im Mittel bei 37,82 Euro/MWh (Phelix Day Base/Marktgebiete Deutschland/Österreich) gegenüber 42,67 Euro/MWh 2012. Der mittlere Preis des Phelix Day Peak 2013 betrug 43,18 Euro/MWh (2012: 48,53 Euro/MWh). Am Stromterminmarkt waren die Preise gegenüber dem Vorjahr weiterhin rückläufig. Der durchschnittliche Preis 2013 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 39,07 Euro/MWh (2012: 49,23 Euro/MWh). Für Spitzenlaststrom am Terminmarkt (Phelix-Peak-Year-Future) lag der durchschnittliche Preis bei 49,67 Euro/MWh (2012: 60,79 Euro/MWh).

Die Gaspreise für Haushalte stiegen 2013 geringfügig um gut 1% gegenüber dem Vorjahr an, die Gaspreise für Industriekunden verblieben in etwa auf Vorjahresniveau. Die Strompreise für Industriekunden sind 2013 um rund 6% gestiegen. Hauptgrund dafür war der Anstieg der EEG-Umlage 2013 von 3,59 ct/kWh auf 5,28 ct/kWh. Dieser Anstieg konnte durch einen Rückgang des Versorgeranteils – also die Kosten für Stromerzeugung, Transport und Vertrieb – nicht kompensiert werden. Daher ist der Anteil von Steuern und Abgaben 2013

deutlich von 30 Prozent im Jahr 2012 auf 42% im Jahr 2013 (ohne Stromsteuer) angestiegen und dementsprechend der Anteil der Stromversorgung von 70% auf 58% gesunken.

Auch die Strompreise für Haushalte stiegen infolge der Erhöhung von Umlagen und Abgaben 2013 deutlich um über 11% an. Während hier der Versorgeranteil nur um knapp 2% angestiegen ist, haben Steuern, Umlagen und Abgaben um 23% zugelegt. Damit betrug der Anteil der staatlich induzierten Lasten am Haushaltsstrompreis erstmalig 50%. Neben dem Anstieg der EEG-Umlage hat sich hier auch die Erhöhung des KWK-Aufschlags, der §19 StromNEV-Umlage sowie die Neueinführung der Offshore- Haftungsumlage ausgewirkt. Gegenüber 1998 haben sich die damit Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis 2013 mehr als verdreifacht. [Quelle: BDEW Energie-Info März 2014; Entwicklung der Energieversorgung 2013]

2.3 Geschäftsverlauf 2013 (ene Konzern)

Die in das Verteilnetz des Konzerns (Tochtergesellschaft KEV) eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 387 GWh (Vorjahr 399 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung bei 334 GWh (Vorjahr 343 GWh).

Die Frist zur Beschwerdebegründung gegen die Festlegung der Erlösobergrenze für die Jahre 2009 bis 2013 ist bis zum 31. Januar 2014 verlängert worden. Zur Umsetzung des BGH-Urteils aus dem Jahre 2011, in dem in verschiedenen Punkten zugunsten der Verteilnetzbetreiber entschieden worden ist, wurde im Dezember 2013 zwischen der KEV und der Landesregulierungsbehörde NRW eine einvernehmliche Lösung erzielt. Wirtschaftlich wird sich diese Einigung ab dem Jahr 2014 auswirken. Der Konzern ist hierbei mittelbar durch die Auswirkungen auf die Pachtentgelte betroffen.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat den für 2013 beantragten Erweiterungsfaktor im November 2013 beschieden, somit entstand in der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaft KEV für das laufende Jahr 2013 ein Mehrerlös in Höhe von rd. 230 T€, der mittelbar über die Pacht gezahlt wurde..

In der Ratsentscheidung am 15. Oktober 2013 wurde die Stromkonzession der Stadt Mechernich, die am 31. Dezember 2012 abgelaufen war, an die RWE Deutschland AG vergeben. Die Stromkonzession der Stadt Heimbach wurde mit Ratsbeschluss vom 12. Dezember 2013 erneut an die KEV vergeben.

Für den ene Konzern als regionaler Energieversorger (Tätigkeit wird über die KEV Energie ausgeübt) war auch in 2013 das regionale Umfeld wichtigster Absatzmarkt für Strom und energienahe Dienstleistungen.

Der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre in Deutschland setzte sich in der strukturschwachen Nordeifel nur gedämpft fort. Der konjunkturelle Abschwung infolge der zeitnah und intensiv wirkenden Finanzkrise konnte auch 2013 leider nicht egalisiert werden. Dies hatte insbesondere bei Geschäfts- und Industriekunden im Grundversorgungsgebiet des ene Konzerns in den Jahren 2008/2009 zu signifikanten Mengenrückgängen, Produktionsverlagerungen und Insolvenzen geführt.

Im Privat- und Gewerbekundensegment führten die gestiegenen staatlichen Belastungen zum Jahreswechsel zu deutlichen Preissteigerungen für Grundversorgung und Sondervereinbarungen. Der Preisanstieg entfiel zum größten Teil auf die höhere EEG-Umlage und die im Jahr 2013 neu eingeführte Offshore-Haftungsumlage. Daneben verdoppelte sich die vom Gesetzgeber eingeführte Umlage nach §19 Netzentgeltverordnung.

Für einen Durchschnittshaushalt in der Grundversorgung bedeutet die zum 01. Januar 2013 vorgenommene Preisanpassung einen Anstieg des Verbrauchspreises um 2,63 Ct/kWh auf 23,28 Ct/kWh (netto). Mit den Grundversorgungspreisen bewegt sich die KEV Energie im NRW-weiten Mittelfeld. Durch verstärkte Reakquisebemühungen und attraktive Vertragsregelungen wurde versucht, das erhöhte Wechselverhalten der Kunden zum Jahresbeginn zu kompensieren.

Die Kunden im Bereich des produzierenden Gewerbes waren unmittelbar mit der globalen wirtschaftlichen Situation in den Branchen Maschinenbau, Metallindustrie und Kraftfahrzeugbau verflochten. Auftragseingänge bzw. der Auftragsvorlauf der betroffenen Betriebe erreichten nicht den Stand der Vorjahre. Die Stromverkaufsmengen des ene Konzerns lagen in diesem Segment unter den Planwerten.

Trotz massiven Wettbewerb und hartem Konkurrenzdruck im Markt konnte der Konzern über die voll konsolidierte Tochtergesellschaft KEV Energie zahlreiche Großkunden weiterhin vertraglich binden. Die jahrelange Erfahrung in diesem Segment ermöglichte es, individuell auf die Kunden zugeschnittene Angebote zu erstellen.

In Zusammenarbeit mit einer Unternehmensberatung wurde in 2012 ein Projekt initiiert, welches die Möglichkeiten des Markteinstiegs in das Gasgeschäft beschrieb. Das Ergebnis zeigte, dass der komplexe Marktengang außerhalb des eigenen Vertriebsgebietes mit immensen Anlaufkosten verbunden ist. Die Geschäftsleitung der ene – Gruppe einigte sich darauf, das vorgestellte Konzept so nicht umzusetzen.

Ab dem 01. Januar 2014 werden im Rahmen eines in 2013 konzipierten Pilotprojektes Mitarbeiter des ene-Konzerns mit Gas beliefert, mit dem Ziel, gasspezifische Prozesse einzuüben und Knowhow aufzubauen.

Mit Beginn des Jahres 2013 wird die Anpassung der täglichen Vertriebslastprognose bei der voll konsolidierten Tochtergesellschaft KEV Energie in Eigenregie durchgeführt. Durch die Umstellung auf diese sogenannte Day-Ahead-Prognose konnten die Bewirtschaftungskosten des Stromportfolios im Vergleich zum sogenannten „Vollstromliefervertrag mit Restlastdeckung“ deutlich reduziert werden.

Die Stromverkaufsmenge bei leistungsgemessenen Geschäfts- und Industriekunden außerhalb des Konzern-Konzessionsgebietes konnte auf 17,8 GWh (Vorjahr: 13,7 GWh) gesteigert werden.

Dennoch konnten Mengenrückgänge auf ene-Konzernebene durch verschärften Wettbewerb im Privat- und Gewerbekundensegment sowie im Geschäfts- und Industriekundensegment nicht kompensiert werden. Im Raumheizungsbereich (Wärmespeicherheizung, Wärmepumpen) ist im Berichtszeitraum ein leichter Anstieg der Verkaufsmengen zu verzeichnen. Dieser Zuwachs ist vor allen Dingen auf die im Vergleich zum warmen Vorjahr kühlere Witterung und den weiteren Zubau von Wärmepumpen zurückzuführen.

2.4 Geschäftsverlauf 2013 (ene Jahresabschluss)

In 2013 erfolgte letztmalig die Belieferung einiger Stromkunden durch ene. Diese werden seit Jahresbeginn 2014 durch die KEV Energie beliefert.

Die Umsätze im externen Dienstleistungsgeschäft der ene (EFFEKTRON, Anlagenbau, Straßenbeleuchtung, Beratungsleistungen Arbeitsschutz, Planungsleistungen im Bereich technischer Gebäudeausrüstung usw.) wurden in der bewährten vertrieblichen Kooperation mit der KEV Energie realisiert. Die Vergütung der Vertriebsaktivitäten wird zwischen den Gesellschaften über interne Dienstleistungsverträge abgewickelt.

Wichtigstes Standbein der ene war unverändert das konzerninterne Dienstleistungsgeschäft, insbesondere für die KEV.

Am 19. Februar 2008 hatte die ene für 164 T€ einen 0,3%igen Kommanditanteil an dem Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG, Essen (GSH) erworben und damit entsprechend der Beteiligungsquote einen Kraftwerksanteil von 5 MW erhalten. Zur Finanzierung des Kraftwerkbaus wurde der GSH bis Ende 2013 ein Darlehensvolumen in Höhe von 6.774 T€ (Vorjahr 6.263 T€) zur Verfügung gestellt.

Die für 2013 angekündigte Teilinbetriebnahme des Doppelblock-Kraftwerkes konnte aufgrund technischer Probleme nicht erfolgen. Inzwischen wurde die Inbetriebnahme auf das Jahresende 2014 verschoben. Die Gesamtinvestition in das Kraftwerk liegt inzwischen deutlich über der ursprünglichen Planung; auch Brennstoffkosten und Zinsaufwand übersteigen die Planansätze. Insgesamt zeichnet es sich ab, dass die Strombezugskosten für die ene aus dem Kohlekraftwerk in den ersten Betriebsjahren deutlich über den Marktpreisen liegen werden. Durch die vorrangige Einspeisung erneuerbarer Energien ins Stromnetz und den daraus resultierenden geringeren Betriebszeiten für konventionelle Kraftwerke sind neue Kohlekraftwerke ohne Wärmeauskoppelung derzeit nicht rentabel. Auf diese Entwicklung hat die ene mit einer weiteren Zuführung zur Drohverlustrückstellung hinsichtlich der Stromabnahmeverpflichtung aus der Kraftwerksbeteiligung über rd. 1,0 Mio. reagiert. Der Gesamtbetrag der Rückstellung beträgt zum 31. Dezember 2013 4.093 T€.

Grundsätzlich besteht die Erwartungshaltung, dass mit Blick auf längerfristige Entwicklungen an den Strommärkten der spätere Betrieb des Gemeinschaftskraftwerkes Hamm auf Steinkohlebasis Möglichkeiten zur kostendeckenden Erzeugung von Strom bietet.

Die ene hatte sich mit Gesellschaftsvertrag vom 16. Februar 2010 mit einem 2,1%igen Anteil an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (BG) beteiligt. Komplementärin der BG ist die Green GECCO Stadtwerke Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Troisdorf, weitere Kommanditisten sind andere kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mittelbar ist die ene damit durch den Eintritt der BG in die von RWE Innogy GmbH gegründete Green GECCO GmbH & Co. KG, Essen (GG) und den Erwerb eines Geschäftsanteils an deren Komplementärin (Green GECCO Verwaltungs-GmbH) an der GG beteiligt. Durch Eintritt weiterer Energieversorger in die Gesellschaft war die Anteilsquote der ene in 2012 leicht gesunken und liegt seit dem bei rd. 1,7258 %.

Der ursprünglich für 2012 geplante Kauf des Windparks Düşorner Heide konnte auch in 2013 nicht realisiert werden und erfolgte schließlich zu Jahresbeginn 2014. Das von der ene zur Finanzierung der Green GECCO bereitgestellte Kapital per 31. Dezember 2013 beträgt nach einer partiellen Eigenkapitalrückführung 788 T€ (Vorjahr 817 T€).

Die Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts im Sun Park Herhahn erfolgte im Frühjahr 2013. Die gesamte Anlage wurde am 01. September 2013 an die neu gegründete Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG veräußert, an welcher die ene mittelbar über die KEV Energie beteiligt ist, die selbst mit einem Drittel unmittelbar beteiligt ist. Gleichzeitig ging ein Finanzierungsdarlehen der Kreissparkasse Euskirchen zum aktuellen Nennwert auf die neue Gesellschaft über. Der Betrieb der PV-Anlage und die Geschäftsführung der SPH erfolgt durch die KEVER PBB.

Mit der Gründung der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, an welcher die KEV Energie einen Kommanditanteil von 51% hält, ist der ene und dem ene-Konzern in 2013 der Einstieg in das Geschäft mit Windparks gelungen. Hierzu zählen die Planung und Projektierung, der Bau und die spätere kaufmännische und technische Betriebsführung.

2013 war für die ene und den ene-Konzern ein gutes Jahr. Das prognostizierte Jahres- / Konzernjahresergebnis konnte erreicht werden.

2.5 Lage des Unternehmens

Die Lage des Konzern ist nach wie vor geprägt durch die drei Standbeine der voll konsolidierten Tochterunternehmen, das operative Netzgeschäft der KEV, das Stromvertriebsgeschäft der KEV Energie und der Erbringung von Dienstleistungen inner- und außerhalb des Konzerns durch die ene selber. Dies wird zunehmend ergänzt durch die Aktivitäten der KEVER PBB GmbH im Bereich der Projektierung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen von erneuerbarer Energien.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Geschäftsjahr als gut bezeichnet werden.

2.5.1 Ertragslage (Konzern)

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betragen im Berichtszeitraum 72.149 T€ (Vorjahr: 68.879 T€). Sie lagen damit im Wesentlichen preisbedingt - rd. 4,75% über denen des Vorjahres. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 3.461T€ (Vorjahr 3.362 T€). Der Konzernbilanzgewinn 2013 beträgt unter Berücksichtigung der Anteile anderer Gesellschafter 3.464 T€ (Vorjahr 3.327 T€). Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

in T €	2013	2012	Veränderung
Außenumsätze			
- ene	2.553	5.056	-2.503
- KEV GmbH	18.524	19.494	-970
- KEV Energie	50.202	43.444	6.758
- KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	66	27	39
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	804	858	-54
Σ Konzern	72.149	68.879	3.270
Betriebliches Ergebnis			
- ene	-167	-600	433
- KEV GmbH	4.607	3.974	633
- KEV Energie	1.582	1.473	109
- KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	12	52	-40
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	308	352	-44
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & co KG	-7	0	-7
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs- GmbH	0	0	0
Σ Konzern	6.335	5.251	1.084

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Konzern-Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 4,80% (Vorjahr 4,88 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (Netzbetreiber KEV) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Insgesamt wurden 187 GWh (Vorjahr 200 GWh) aus erneuerbaren Energien in das Netz des Konzerns eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 48%.

Die ins Verteilnetz des Konzerns eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 387 GWh inklusive 37 GWh Rückspeisung ins vorgelagerte Netz (Vorjahr 399 GWh inklusive 39 GWh Rückspeisung, entspricht einer Nettoeinspeisung von 360 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung bei 334 GWh (Vorjahr 343 GWh). Der seit den Jahren 2008 und 2009 zu verzeichnende Mengenrückgang von ca. 50 GWh konnte nicht kompensiert werden.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Wesel, erzielte der Konzern aus Dienstleistungen Erlöse in Höhe von 17.845 T€ (Vorjahr 18.650 T€).

Im Zusammenhang mit dem Verteilnetz sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Konzessionsabgaben in Höhe von 2.329 T€ (Vj. 2.392 T€) ausgewiesen.

Stromvertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebes des Konzerns (Konzerngesellschaften ene und KEV Energie) ohne Stromsteuer betrugen im Berichtszeitraum 50.646 T€ (Vorjahr: 47.145 T€), wobei der Umsatzanstieg im Wesentlichen preisbedingt ist.

Stromverkauf (ohne Netzverluste)	2013	2012	Abweichung	
	GWh	GWh	GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	120,1	126,2	-6	-5
Kunden mit temperaturabhängigen Lastprofil (TLP)	23,4	22,8	1	3
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	135,7	133,8	2	1
Summe Stromverkauf	279,2	282,8	-4	-1

2.5.2 Vermögenslage (Konzern)

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T€	2013	2012	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.583	3.696	1.887
Cashflow aus Investitionstätigkeit	90	-2.061	2.151
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-6.482	-3.714	-2.768
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-809	-2.078	1.269
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.343	11.421	-2.078
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	8.534	9.343	-809

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2013 einen Cashflow in Höhe von 5.583 T€ (Vorjahr 3.696 T€). Der Anstieg ist im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Verbindlichkeiten und der Rückstellungen für drohende Verluste.

Während der positive Cashflow aus Investitionstätigkeit in 2013 durch die Veräußerung des Sun Park Herhahn geprägt war, reduzierte sich das übrige Investitionsvolumen 2013 auf das Normalmaß an Investitionen im Netzbereich.

Das Volumen der Darlehensaufnahmen verringerte sich gegenüber 2012 um rd. 3.146 T€ auf 4.376 T€ (Vj. 7.522 T€). Das Darlehen für den Sun Park Herhahn wurde auf die neue Gesellschaft Sun Park Herhahn GmbH & Co KG übertragen. Der verbleibende Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist unverändert geprägt durch die Ausschüttung an die Gesellschafter; hinzukommen Tilgungen von Darlehen.

Im Saldo sinkt der Bestand an Flüssigen Mitteln im Jahresendvergleich um 809 T€. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Alle Beteiligungen - insbesondere die KEV und die KEV Energie - sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 76,2 % (Vj. 74,0 %) abgeschrieben. Die Anlagenintensität beträgt 61,5 %.

Der Zuwachs bei den Finanzanlagen resultiert hauptsächlich aus den im Berichtsjahr erfolgten Erhöhungen der Ausleihungen an die Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG in Höhe von 511 T€. Die Ausleihungen an GSH Hamm betragen zum 31. Dezember 2013 insgesamt 6.774 T€.

Die Bilanzsumme steigt um 46 T€. In den Aktiva ist dies im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der kurzfristigen Forderungen. Auf der Passivseite steht dem Rückgang der Verbindlichkeiten sowie der Ertragszuschüsse eine Erhöhung der Rückstellungen von ca. 1.426 T€ gegenüber. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt 23,9 % (Vorjahr 23,0%).

2.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)

Neben den Umsätzen aus den Kerngeschäften konnte die ene in 2013 bei ausgewählten Sondervertragskunden Stromerlöse in Höhe von 538 T€ (Vorjahr 2.610 T€) bei einer Gesamtmenge von 3,1 GWh generieren (Vorjahr: 19,7 GWh). Dieser Rückgang ergibt sich überwiegend aus der Übertragung der Sondervertragskunden von der ene auf die KEV Energie (rd. 16,6 GWh).

Insgesamt erreichte die ene mit dem internen und externen Dienstleistungsgeschäft sowie mit den Erlösen aus Stromverkauf einen Umsatz von 11.795 T€ (Vorjahr: 16.952 T€).

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschlusses

Angaben vor Konsolidierung in T €	2013	2012	Veränderung
Anlagevermögen	11.215	13.558	-2.343
Umlaufvermögen	8.364	7.180	1.184
Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss)	2.947	2.947	0
Rückstellungen	5.897	4.411	1.486
Verbindlichkeiten (einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Jahresüberschusses)	10.735	13.499	-2.764
Eigenkapitalquote in Prozent	32,8	30	3
Umsatzerlöse	11.795	16.952	-5.157
Jahresüberschuss	3.468	3.294	174

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Beteiligung an der KEV und der KEV Energie und den Ergebnisabführungsverträgen mit diesen Gesellschaften.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Im vergangenen Jahr haben wir unseren Finanzbedarf mit dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Im vergangenen Jahr haben wir unseren Finanzbedarf fast vollständig mit dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt.

2.7 Leistungsindikatoren

2.7.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Umsatzerlöse (einschl. Stromsteuer) der ene haben sich von 16.952 T€ auf 11.795 T€ vermindert. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert aus der Umstrukturierung der Stromkunden von der ene zur KEV. Die Stromerlöse, Netznutzungsentgelte und Inneumsätze aus der Netzführung haben sich demzufolge um 5.156 T€ verringert. Einhergehend damit gingen die Aufwendungen für Material (Strombezug) und sonstigen Leistungen in Zusammenhang mit der Netzführung um 4.930 T€ zurück. Die gestiegenen Personalkosten von 338 T€ sind den Umstrukturierungsmaßnahmen im Konzern, die 2012 begonnen wurde, geschuldet.

Das Controlling der ene stellt dem Management in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

Für die interne Unternehmensteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Jahres- bzw. Konzernüberschuss und Cash flow. Die Cash flows sind bereits in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt.

Aufgrund der oben geschilderten Entwicklung des Jahres- bzw. Konzernergebnis ist die Bruttoumsatzrendite der ene im Vergleich zum Vorjahr von 19,4 % auf 29,4 % gestiegen. Im Konzern lag die Bruttoumsatzrendite bei 7,5 % (Vj. 6,3 %). Die Nettoumsatzrendite im Konzern beträgt 4,8 % (Vj. 4,8 %)

2.7.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren (ene und ene-Konzern) eruieren wir regelmäßig die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden.

Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2013 mit strategischen Personalentwicklungsmaßnahmen, Laufbahnplanungen, Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen verstärkt begonnen, um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gleichermaßen zu fördern. Zudem wurden wir in 2013 von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 GO NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen. Der ene Konzern erfüllt durch den Betrieb des Strom-Verteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie sowie den Betrieb und die Erzeugung erneuerbarer Energie im Kreisgebiet einen öffentlichen Zweck. Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen in den Gemeindegebieten sowie die Versorgung mit Energie einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

Tätigkeiten

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 6b Abs. 1. EnWG ist die ene gemäß § 6 Abs. 3 EnWG zur Kontentrennung verpflichtet. Die geschäftlichen Aktivitäten der ene betreffen fast ausschließlich „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“.

Darüber hinaus bestehen „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, die Geschäfte mit ausgewählten Sondervertragskunden sowie Stromerzeugung (bis zur unterjähri-

gen Veräußerung des Sun Parks Herhahn an die SPH wurde dieser durch die ene betrieben) betreffen.

Die Umsatzerlöse im Bereich "Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sanken insbesondere aufgrund der Übertragung von Stromkunden auf 891 T€ (Vorjahr 3.256 T€). Aufgrund von Einmaleffekten aus dem Verkauf des Sun Parks Herhahn sowie im Bereich der Drohverlustrückstellungen verbesserte sich das Ergebnis in diesem Bereich.

Die Umsätze der ene im Bereich der "Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors" sanken sowohl im externen Dienstleistungsgeschäft als auch innerhalb der konzerninternen Dienstleistungsbeziehungen mit der KEV, der KEV Energie und der KEVER GmbH. Dies führte zu einem Absinken des Ergebnisses in diesem Bereich.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 149 Mitarbeiter (Vorjahr 141) inklusive Auszubildende.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

	2013	2012	Veränderung
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
ene	50	38	+12
KEV GmbH	68	75	-7
KEV-Energie GmbH	17	16	+1
Konzern	135	129	+6
Auszubildende			
ene	0	0	
KEV GmbH	14	12	+2
Konzern	14	12	+2

Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Jahresdurchschnitt 30 (Vorjahr 34) in einer Teilzeitbeschäftigung, von denen wiederum 9 Mitarbeiter (Vorjahr 16) in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Am Jahresende beschäftigten wir im Konzern 6 Mitarbeiter (Vorjahr 7) mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Zum 31. Dezember 2013 sind 18 Mitarbeiter (Vorjahr 22) befristet beschäftigt.

Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 2,2 % (Vorjahr 3,9 %).

Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2013 ein aktives Arbeitsvermögen von 113,5 Vollzeitkräften (Vorjahr 107,2 VZK).

Es wurden unverändert hohe Anstrengungen unternommen, das Personal zu qualifizieren. Insgesamt 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an Schulungs-, Qualifizierungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen teil.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden regelmäßig zum Thema Arbeitsschutz informiert. Die gesetzlich vorgeschriebenen Unterweisungen wurden fristgerecht durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden die leistungsorientierte Vergütungsstruktur sowie die Systematik der Jahresgespräche unter Einbindung der Mitarbeitervertretung grundlegend überarbeitet.

4 Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2013 sind keine Ereignisse oder Vorgänge mit wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens und Ertragslage der ene und des Konzerns eingetreten. Es bestehen weiterhin Verhandlungen hinsichtlich der Kaufpreisfindung hinsichtlich der Abgabe der Stromkonzession der Stadt Mechernich an die RWE Deutschland AG sowie des Erwerbs der Stromkonzession Bad Münstereifel von der RWE Deutschland AG.

5 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten des ene-Konzerns zählen neben Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten sowie mit anderen Gesellschaften innerhalb des ene-Konzerns.

Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Risiken, die im Rahmen unseres Geschäftes bestehen, begrenzen wir durch konservative Anlageformen mit 100%iger Kapitalgarantie auf Rückzahlung zum Nominalwert.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundling. Der ene-Konzern verfügt für sich selbst und seine Beteiligungen über gute Finanzierungsmöglichkeiten und -modelle. Mit der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird das Unternehmen erfolgreich gesteuert. Dies zeigt sich bei turnusmäßigen Aktualisierungen und den in diesem Zusammenhang angefertigten Soll-/Ist-Vergleichen sowie Abweichungsanalysen.

Das Versicherungssystem wurde überprüft und in den Bereichen der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organmitglieder angepasst. Die bestehende Warenkreditversicherung (für Forderungsausfälle größerer Stromkunden) wurde erweitert.

Derivative Finanzinstrumente kommen im ene-Konzern nicht zum Einsatz.

.

6 Prognose, Risiko- und Chancenbericht

6.1 Prognosebericht (Konzern sowie Beteiligungen der ene)

Die Konjunkturprognose für Deutschland für das laufende Jahr wurde zum Jahresbeginn aktualisiert. Man geht von einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,9% (Jahresgutachten 2013/2014: 1,6%) aus. Die konjunkturelle Erholung im Jahr 2014 ist durch die Binnenwirtschaft getragen. Als Fundamentalfaktor zählt hier u.a. das niedrige Zinsniveau. Zusätzlich zu den bisherigen Stützen der wirtschaftlichen Expansion – den privaten Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen – dürften im Jahr 2014 die Zuwachsraten der Exporte im Zuge der konjunkturellen Erholung der Handelspartner im Euro – Raum wieder beschleunigen. Die erwarteten Wachstumsbeiträge bei den privaten Konsumausgaben gehen maßgeblich auf die gute Lage am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen aktuellen und zukünftigen erwarteten Einkommenssteigerungen zurück. Der Beschäftigungsaufbau dürfte im Jahr 2014 anhalten. Es wird davon ausgegangen, dass Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland erhöhen. Die monetären Rahmenbedingungen sind nach wie vor sehr günstig, und die Stimmungsindikationen sowie die Auftragseingänge der Industrie insgesamt signalisieren momentan eine kräftige Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen. (Quelle: Aktualisierte Konjunkturprognose des Sachverständigenrates für das Kalenderjahr 2014 vom 20.03.2014)

Trotz der positiven konjunkturellen Entwicklung setzt sich der rückläufige Trend beim Stromverbrauch in den Deutschland weiter fort. Die höhere Produktionsauslastung der Industrie wurde durch verbrauchsmindernde Faktoren infolge des milden Winters überkompensiert. Anders als noch im Zeitraum 1970-1990 ist seit Mitte der 90er Jahre der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung und Stromverbrauch nicht mehr so stark.

Es zeigt sich eine zunehmende Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung des Stromverbrauchs. Gründe hierfür sind der Einsatz effizienterer Technik, der steigende Anteil des weniger energieintensiveren Dienstleistungssektors und der bewussterer Umgang der Verbraucher mit Energie. Weiterhin werden die Entwicklung der Eigenerzeugung und der Selbstverbrauch von Strom zunehmend Einfluss auf den Letztverbraucherabsatz nehmen.

Kurzfristig hingegen – wie während der Wirtschaftskrise 2009 und des konjunkturellen Aufholprozesses 2010 – ist der Stromabsatz auch stark konjunkturell bestimmt. (Quelle: BDEW Energie-Info, Konjunktur und Energieverbrauch vom 04.März.2014)

Die voll konsolidierte Tochtergesellschaft KEV strebt an, die Verhandlungen zur Netzübernahme Bad Münstereifel und zur Netzabgabe Mechernich in 2014 zu einem beiderseitigen zufriedenstellenden Abschluss zu bringen. Aus dem Netzverkauf in Mechernich wird ein Buchgewinn erwartet.

Die einvernehmliche Lösung zwischen der KEV und der Landesregulierungsbehörde NRW aus Dezember 2013 betreffend die Umsetzung des BGH-Urteils aus dem Jahre 2011 zu den Erlösbergrenzen wird ab 2014 umgesetzt, was mittelbar Auswirkungen auf die Pachtentgelte mit der Westnetz GmbH hat.

Es besteht weiterhin hoher Investitionsbedarf in den Netzen.

Die KEV wird sich zunehmend um Gaskonzessionen im regionalen Umfeld bewerben mit dem Ziel, sich zu einem integrierten Energieversorgungsunternehmen in allen Sparten mit regionalem Bezug zu entwickeln.

Gemäß veröffentlichten Zahlen des Verteilnetzbetreibers sank der Letztverbraucherabsatz im Grundversorgungsgebiet über alle Kundensegmente innerhalb von vier Jahren von ca. 412,0 GWh im Jahr 2008 auf ca. 342,0 GWh im Jahr 2012, mit entsprechenden Folgen für die Absatzpotenziale der KEV Energie. Es zeichnet sich ab, dass sich dieser Trend in 2013 fortgesetzt hat und in 2014 anhält.

Dieser Entwicklung im „heimischen“ Stromgeschäft versucht die KEV Energie durch verstärkte Akquise von Strommengen außerhalb des Grundversorgungsgebietes entgegen zu wirken. Die Stromverkaufsmenge „außerhalb“ wird für 2014 auf ca. 28 GWh (2013: 18,1 GWh) prognostiziert.

Trotz weiter rückläufiger Kundenzahlen und Verkaufszahlen im Privat- und Gewerbekunden-Segment erwartet die KEV Energie für 2014 insgesamt einen Letztverbraucherabsatz auf Vorjahresniveau.

Die Preise in der Grundversorgung der KEV Energie wurden zum 01. April 2014 angepasst. Gesunkenen Marktpreisen im Strombezug stehen Mehrkosten aus den gesetzlichen Umlagen (insbesondere die EEG-Umlage 2014) gegenüber. Darüber hinaus erhöhen sich für die grundversorgten Kunden die Kosten für die Netznutzung. Ferner wurde bei der Kalkulation der Grundversorgungspreise berücksichtigt, dass die internen Kosten für Kunden in der Grund- und Ersatzversorgung insbesondere durch Wechselverhalten, Zahlungsverhalten und Zahlungsausfälle höher liegen als bei anderen Kundengruppen.

Die Kommanditbeteiligung der KEV Energie am Bürgerwindpark Schleiden (BWP) von 51 % wurde vorübergehend in 2014 auf 2.856 T€ aufgestockt. Die Fertigstellung des Windparks wird im Oktober 2014 erwartet. Es ist beabsichtigt, dass die KEV Energie nach Weiterveräußerung von Anteilen langfristig eine Kommanditbeteiligung von mindestens 500 T€ hält.

Im externen Dienstleistungsgeschäft der ene wird für das kommende Jahr auf Basis einer konservativen Prognose ein leichter Umsatzrückgang erwartet.

Die Umsatzerlöse der ene im internen Dienstleistungsgeschäft werden auf Vorjahresniveau prognostiziert.

Die Green GECCO GmbH & Co. KG hat zu Jahresbeginn 2014 den Windpark Düşhorner Heide erworben. Der auf die ene entfallende Anteil an dem Windpark beträgt 318 T€. Die Finanzierung kann aus der Innenfinanzierung bestritten werden.

Die Inbetriebnahme des von der ene-Beteiligung Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GSH) errichteten Steinkohlekraftwerks in Hamm verzögert sich weiter, voraussichtlich bis zum Jahresende 2014. Ungeachtet dessen, wird die ene den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, über die Dotierung von Drohverlustrückstellungen bilanzielle Vorsorge für die Abnahmeverpflichtungen aus der Kraftwerksscheibe zu betreiben. Aufgrund des Buchgewinns bei der KEV aus der Netzabgabe Mechernich und der resultierenden Ergebnislage im Jahresabschluss der ene (ber den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der KEV) sowie im Konzern, werden wir auch in 2014 Vorsorge für weitere Abnahmeverpflichtungen treffen können.

6.2 Risikobericht

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. In diesem Rahmen werden potenzielle Risiken identifiziert, dokumentiert und nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und –ausprägung analysiert. Einzelbezogene Meldungen aktualisieren das Risikoportfolio regelmäßig. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme werden durch den Prozess zur Risikosteuerung ergänzt.

Der ene-Konzern unternimmt alle Anstrengungen, um die Auswirkungen der in diesem Rahmen identifizierten Risiken zu minimieren.

Aufgrund der steigenden Komplexität wird der Umstieg auf andere Softwarelösungen geprüft, um künftig eine bessere Verzahnung mit dem ERP-System unter Berücksichtigung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) zu gewährleisten.

6.2.1 Branchenspezifische Risiken

Branchenspezifische Risiken betreffen neben der ene selber die beiden Tochtergesellschaften KEV und KEV Energie

Neben den allgemeinen energiepolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich für die KEV mögliche Risikopotenziale, insbesondere aus Änderungen im regulatorischen Umfeld. Hier gilt es, solche Änderungen frühzeitig zu identifizieren und die Unternehmensstrategie den neuen Gegebenheiten anzupassen. Betriebsrisiken begegnet die KEV durch ihr risikoorientiertes Management.

Auf den liberalisierten Energiemärkten ergeben sich für die KEV Energie neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern. Tägliche Bedarfsaktualisierungen im Stromeinkauf begrenzen diese Risiken. Die Wertung der Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden in die Risikobewertung einbezogen. Während der laufenden Geschäftsbeziehung werden die Kunden der KEV Energie durch ein automatisiertes Mahnverfahren überwacht.

Die Beschaffungsstrategie der KEV Energie GmbH ist eine deckungsbeitragsorientierte Beschaffung. Für die größeren Kunden im Geschäfts- und Industriekundensegment wird im Regelfall eine back-to-back Beschaffung am Terminmarkt durchgeführt. Die Beschaffung für die Privat-, Gewerbe- und Raumheizungskunden erfolgt im Rahmen eines Portfoliomanagements, bei dem Teilmengen zu vorher definierten Termin- und Preiskorridoren gekauft werden. Diese sind in einem Beschaffungshandbuch definiert.

Weiteres Risikopotential ergibt sich für die KEV Energie aus Verträgen mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung vor dem Hintergrund eines BGH-Urteils vom 31. Juli 2013. Der EuGH hatte im Vorfeld mit Urteil vom 21. März 2013 dem BGH den Weg gewiesen, Preisanpassungsklauseln in Sonderkundenverträgen, die sich an die Regelungen der StromGVV orientieren, für unwirksam zu erklären. Zwischenzeitlich wurden die AGB der KEV Energie in den Sonderverträgen außerhalb der Grundversorgung für Neukunden in Bezug auf die implementierten Preisanpassungsklauseln angepasst. Bei bestehenden Kundenverträgen erfolgt eine AGB-Anpassung im laufenden Vertrag. Der Kunde kann wegen der AGB-Änderung das vertraglich zugesicherte Sonderkündigungsrecht in Anspruch nehmen.

Um die täglichen Anforderungen an die Geschäftsprozesse im ene-Konzern rentabel zu gewährleisten, ist es notwendig, die benötigten Kommunikations- und Informationstechnologien risikominimiert zu nutzen. Bedeutende Risiken in der IT sind dabei etwaige Softwaredefekte, Hardwareausfälle, Bedienungsfehler, Wartungsdefizite

oder Einflüsse höherer Gewalt. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wird im ene-Konzern in modernste Kommunikations- und Informationstechnologien investiert. Ebenso werden tägliche Wartungen an den Systemen vorgenommen und Erfahrungen aus Störungen unverzüglich zur Verbesserung der IT-Systeme verarbeitet. Mitarbeiter der ene werden regelmäßig bei Anpassungen von Softwareprodukten geschult.

Weitere mögliche Risiken verbergen sich bei IT-Dienstleistern, die durch fehlerhafte Programmierungen, nicht fristgerechte Anpassungen von gesetzlichen Regularien oder benötigten Erweiterungen eine Erhöhung von Ressourcenaufwendungen personeller und finanzieller Art notwendig machen. Durch enge Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistungspartnern und genauer Ausarbeitung der benötigten Anforderungen in Form von Lastenheften können fehlerhafte Programmierungen minimiert werden. Des Weiteren wird durch intensive Testphasen vor Abnahme des Produktes oder der Erweiterung gewährleistet, dass die eingesetzten Applikationen möglichst fehlerfrei arbeiten. Notwendige Anpassungen an gesetzliche oder behördliche Regularien werden nach Bekanntgabe sofort in Auftrag gegeben und fristgemäß umgesetzt.

6.2.2 Ertragsorientierte Risiken

Erkennbaren Risiken wird - soweit handelsrechtlich zulässig - durch eine angemessene Dotierung von Rückstellungen Rechnung getragen.

Der Wettbewerb um Kunden der KEV Energie hält in allen Kundengruppen unvermindert an. Die Insolvenzen von TelDaFax und Flexstrom bewirkten zwar mehr Wechselbewusstsein und dämpfen die Bereitschaft, zu Vorkassemodellen zu wechseln. Dem Kundenkauf mittels Bonuszahlung stehen die Kunden jedoch unverändert positiv gegenüber. Risiken für das Kundenportfolio ergeben sich daher insbesondere durch Kundengewinnungsaktionen beim Eintritt neuer Marktteilnehmer.

Die Wirtschaftlichkeit von Wärmepumpenheizungen ist nach wie vor schwierig darzustellen. Aufgrund der gestiegenen Steuern- und Abgabenlast im Wärmepumpenstrompreis sind deutliche Nachteile gegenüber Heizungsanlagen auf Erdgasbasis erkennbar. Durch die Folgen der Energiewende sind strombasierte Heizungsanlagen gegenüber anderen Energieträgern benachteiligt.

Die ene-Beteiligung Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm (GSH) soll zum Jahresende 2014 den Betrieb aufnehmen. Sofern das aktuelle Preisniveau am Strommarkt unverändert besteht, werden sich Belastungen ergeben aus der Differenz zwischen den Marktpreisen und

den Gestehungskosten der von GSH abzunehmenden Strommengen. In Abhängigkeit von der weiteren Marktpreientwicklung sind in den kommenden Jahren permanente Chancen- und Risikobewertungen durchzuführen, bis hin zu einem möglichen Desinvestment.

6.3 Chancenbericht

Die systematische und dauerhafte Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen stellt für die KEV ein wichtiges Ziel dar. Hier eröffnen sich Möglichkeiten zur Hebung von Effizienzen und zur Steigerung der Ergebnisse. Hinzu kommen die Teilnahme an Konzessionsverfahren und Kooperationsmodellen.

Die starke Position der KEV Energie im Grundversorgungsgebiet bietet Chancen, über die klassische Rolle als reiner Energielieferant hinaus, im Verbund mit der ene verstärkt Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bisher bereits vermarkteten Dienstleistungen, bietet der Themenkomplex Energieeffizienz noch weitere Wachstumspotentiale.

Die aktive Mitgestaltung der Energiewende stellt einen wesentlichen Eckpfeiler der Strategie im ene-Konzern dar. Dies soll mit der Beteiligungsgesellschaft KEVER PBB GmbH vorangetrieben werden, vorrangig beim Bau von Windenergieanlagen in der Region. Nachdem die neue Bundesregierung das EEG 2.0 auf den Weg gebracht hat, stellt sich die Chancenlage etwas verschlechtert dar. Trotzdem wird es vorrausichtlich auch in Zukunft möglich sein, Windenergieanlagen in der Region unter wirtschaftlichen Bedingungen bauen und betreiben zu können.

Weitere Möglichkeiten können darin bestehen, den aus erneuerbaren Quellen erzeugten Strom außerhalb des EEG-Mechanismus zu Marktpreisen zu verkaufen. Hier bietet sich speziell im Privat- und Gewerbekundensegment die Vermarktung von attraktiven Produkten an, z.B. die Umsetzung von Bürgerstrommodellen in Kooperation mit regionalen regenerativen Erzeugungsanlagen. Mit der Region verbundene Kunden können so langfristig gebunden werden.

Hier bestehen für den ene-Konzern gute Chancen, als Dienstleister für energiewirtschaftliche Prozesse (Portfoliobewirtschaftung, Marketing- und Vertriebsleistungen, Kundenwechselmanagement, Call- und Billingleistungen usw.) für Projektgesellschaften (z.B. Bürgerwindparks) zu agieren.

7 Gesamtaussage

Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen für 2014 keine Substanz gefährdenden Risiken.

8 Ausblick

Aufgrund des oben genannten Sondereffektes aus dem zu erwartenden Buchgewinn aus der Abgabe der Konzession in Mechnich wird (über die Ergebnisabführung seitens der KEV) das Ergebnis der ene und damit auch des Konzerns deutlich über dem Vorjahreswert liegen. Auf Ebene der ene wird für 2014 bei den Umsatzerlösen aufgrund der weiterhin hohen Investitionstätigkeit im Bereich der KEV, die in den Innumsatzerlösen mit Konzerngesellschaften abgebildet sind, eine Entwicklung auf dem Niveau von 2013 erwartet. Gleiches gilt auf Konzernebene, wo bei Umsatzerlösen (ohne Stromsteuer) von 74.540 T€ (Vorjahr: 72.149 T€) ein Ergebnis erwartet in der Höhe des Niveaus des Jahres 2013.

Kall, 23. Juni 2014

(Markus Böhm, Geschäftsführer)

(Dieter Hinze, Geschäftsführer)

(an der Unterschrift krankheitsbedingt verhindert)

Geänderte Bilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2012

A k t i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	6	
Immaterielle Vermögensgegenstände		84.379,00 €	134.397,00 €	Kapitalanteile		2.944.900,00 €
Sachanlagen		3.227.650,00 €	4.914.223,50 €	Variabiles Kapitalkonto		2.387,00 €
Finanzanlagen		10.246.324,79 €	8.811.660,71 €	Jahresüberschuss		3.109.821,21 €
		13.558.353,79 €	13.860.281,21 €			6.057.108,21 €
Umlaufvermögen				Rückstellungen	8	
Vorräte				Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		70.000,00 €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		533.733,27 €	509.697,95 €	Steuerrückstellungen		681.931,79 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Sonstige Rückstellungen		3.659.037,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		705.494,09 €	812.161,58 €			4.410.968,79 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		4.639.459,26 €	2.561.398,28 €	Verbindlichkeiten	9	
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		-	166.666,66 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.522.358,30 €
Forderungen gegen Gesellschafter		31.795,82 €	65.864,74 €	Erhaltene Anzahlungen		40.205,00 €
Sonstige Vermögensgegenstände		871.641,72 €	917.256,26 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.082.820,28 €
		6.248.390,89 €	4.523.347,52 €	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.403,18 €
Flüssige Mittel	3			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		-
		397.912,59 €	588.986,25 €	Sonstige Verbindlichkeiten		1.557.982,95 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4					11.340.819,79 €
		90.487,00 €	115.784,00 €			
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5					
		28.124,44 €	-			
		20.857.001,98 €	19.598.096,93 €			

Geänderte Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2012

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		17.336.822,20 €	17.185.013,10 €
Stromsteuer		- 385.016,72 €	- 441.967,93 €
	12	<u>16.951.805,48 €</u>	<u>16.743.045,17 €</u>
Andere aktivierte Eigenleistungen		58.192,43 €	250.528,31 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	<u>92.650,77 €</u>	<u>64.450,14 €</u>
		<u>17.102.648,68 €</u>	<u>17.058.023,62 €</u>
Materialaufwand	14	10.520.257,72 €	9.039.979,44 €
Personalaufwand	15	2.801.275,11 €	2.596.977,45 €
Abschreibungen	16	317.847,58 €	378.561,19 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	<u>4.063.474,15 €</u>	<u>3.430.711,48 €</u>
		- 600.205,88 €	1.611.794,06 €
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	5.334.329,03 €	2.911.468,48 €
Aufwendungen aus Verlustübernahmen		- €	3.380,99 €
Finanzergebnis	19	<u>- 518.374,04 €</u>	<u>- 707.960,32 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>4.215.749,11 €</u>	<u>3.811.921,23 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	909.200,00 €	690.000,00 €
Sonstige Steuern		12.572,63 €	12.100,02 €
Jahresüberschuss		<u><u>3.293.976,48 €</u></u>	<u><u>3.109.821,21 €</u></u>

Bilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2013

		Anhang		Anhang	
		31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
A k t i v a :				P a s s i v a :	
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	6
Immaterielle Vermögensgegenstände		57.874,00 €	84.379,00 €	Kapitalanteile	2.944.900,00 €
Sachanlagen		429.619,00 €	3.227.650,00 €	Variabiles Kapitalkonto	2.387,00 €
Finanzanlagen		10.728.043,25 €	10.246.324,79 €	Jahresüberschuss	3.293.976,48 €
		11.215.536,25 €	13.558.353,79 €		6.241.263,48 €
Umlaufvermögen					
Vorräte				Rückstellungen	8
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		526.205,65 €	533.733,27 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	314.000,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Steuerrückstellungen	919.205,60 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		463.088,04 €	705.494,09 €	Sonstige Rückstellungen	4.663.347,63 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		6.295.905,54 €	4.639.459,26 €		5.896.553,23 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		607,60 €	- €		
Forderungen gegen Gesellschafter		32.344,74 €	31.795,82 €	Verbindlichkeiten	9
Sonstige Vermögensgegenstände		792.884,29 €	871.641,72 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.376.157,61 €
		7.584.830,21 €	6.248.390,89 €	Erhaltene Anzahlungen	- €
Flüssige Mittel	3			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	616.580,72 €
		252.568,09 €	397.912,59 €	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.082.820,28 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1,24 €
		- €	90.487,00 €	Sonstige Verbindlichkeiten	2.275.001,05 €
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5				7.267.740,62 €
		- €	28.124,44 €		10.204.769,71 €
		19.579.140,20 €	20.857.001,98 €		20.857.001,98 €

Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2013

	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse		11.857.990,86 €	17.336.822,20 €
Stromsteuer		- 62.555,38 €	- 385.016,72 €
	12	11.795.435,48 €	16.951.805,48 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		19.787,55 €	58.192,43 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	410.531,58 €	92.650,77 €
		12.225.754,61 €	17.102.648,68 €
Materialaufwand	14	5.589.381,64 €	10.520.257,72 €
Personalaufwand	15	3.139.205,44 €	2.801.275,11 €
Abschreibungen	16	235.863,43 €	317.847,58 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	3.428.191,41 €	4.063.474,15 €
		- 166.887,31 €	- 600.205,88 €
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	5.375.518,91 €	5.334.329,03 €
Finanzergebnis	19	- 468.658,58 €	- 518.374,04 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		4.739.973,02 €	4.215.749,11 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	1.270.765,84 €	909.200,00 €
Sonstige Steuern		1.647,83 €	12.572,63 €
Jahresüberschuss		<u>3.467.559,35 €</u>	<u>3.293.976,48 €</u>

Bilanz der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH per 31.12.2013

		Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2013	31.12.2012
A k t i v a :					Eigenkapital				
Umlaufvermögen					Gezeichnetes Kapital		3	25.000,00 €	25.000,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	65,07 €	95,92 €	Jahresüberschuss				1.800,93 €	2.017,86 €
Flüssige Mittel	2	29.833,72 €	29.748,15 €					26.800,93 €	27.017,86 €
				Rückstellungen		4			
				Steuerrückstellungen				294,00 €	- €
				Sonstige Rückstellungen				2.400,00 €	2.400,00 €
				Verbindlichkeiten				2.694,00 €	2.400,00 €
				Sonstige Verbindlichkeiten		5		403,86 €	426,21 €
								29.898,79 €	29.844,07 €
								29.844,07 €	29.844,07 €

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Anhang	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	7	4.576,05 €	4.693,71 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	2.490,00 €	2.490,00 €
Finanzergebnis	9	53,88 €	193,17 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.139,93 €	2.396,88 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		339,00 €	379,02 €
Jahresüberschuss		1.800,93 €	2.017,86 €



Geänderte Bilanz der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH zum 31. Dezember 2012

		Anhang		P a s s i v a :	
		31.12.2012	31.12.2011	Anhang	31.12.2011
A k t i v a :					
Anlagevermögen					
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	500.211,00 €	379.288,00 €	5	3.100.000,00 €
	Sachanlagen	13.077.495,33 €	11.228.683,51 €		4.397.954,84 €
	Finanzanlagen	370.769,09 €	505.594,21 €		531.905,64 €
		13.948.475,42 €	12.113.565,72 €		8.029.860,48 €
Umlaufvermögen					
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
2	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	569.420,11 €	2.704.740,06 €	6	3.412.187,41 €
	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	- €	152.281,21 €	7	3.007.041,00 €
	Forderungen gegen Gesellschafter	257,82 €	50.865,84 €		2.126.285,48 €
	Sonstige Vermögensgegenstände	1.305.255,99 €	1.806.472,66 €		5.133.326,48 €
		1.874.933,92 €	4.714.359,77 €	8	5.201.166,04 €
Flüssige Mittel					
3		5.323.210,14 €	10.467.367,16 €		241.759,52 €
Rechnungsabgrenzungsposten					
4		11.628,00 €	- €	9	3.778.334,14 €
		21.158.247,48 €	27.295.292,65 €		3.794.783,91 €
					2.557.962,82 €
					8.361,40 €
					160.506,71 €
					2.856.727,44 €
					9.201.385,80 €
					812.777,47 €
					745.950,15 €
					21.158.247,48 €
					27.295.292,65 €


Geänderte Gewinn- und Verlustrechnung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH vom 01.01. - 31.12.2012

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		22.164.015,33 €	69.684.978,96 €
Stromsteuer	11	- €	- 5.078.754,68 €
		<u>22.164.015,33 €</u>	<u>64.606.224,28 €</u>
Sonstige betriebliche Erträge	12	2.062.954,11 €	392.758,50 €
		<u>24.226.969,44 €</u>	<u>64.998.982,78 €</u>
Materialaufwand	13	8.694.597,69 €	49.500.207,89 €
Personalaufwand	14	5.032.016,02 €	5.125.233,21 €
Abschreibungen	15	1.512.561,86 €	1.513.728,57 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16	5.013.621,55 €	6.014.742,13 €
		<u>3.974.172,32 €</u>	<u>2.845.070,98 €</u>
Finanzergebnis	17	- 119.123,71 €	84.305,39 €
		<u>3.855.048,61 €</u>	<u>2.929.376,37 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18	- 6.274,83 €	- 7.184,43 €
Sonstige Steuern		15.843,69 €	25.092,32 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		3.845.479,75 €	2.911.468,48 €
		<u>- €</u>	<u>- €</u>
Jahresüberschuss			
Vermögensminderung durch Abspaltung		- 432.114,50 €	- €
Entnahme aus der Gewinnrücklage		432.114,50 €	- €
		<u>- €</u>	<u>- €</u>
Bilanzgewinn			


Bilanz der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH zum 31. Dezember 2013

A k t i v a :		Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen	1				Eigenkapital	6			
Immaterielle Vermögensgegenstände		706.195,00 €	500.211,00 €	Gezeichnetes Kapital			3.100.000,00 €	3.100.000,00 €	
Sachanlagen		13.546.798,77 €	13.077.495,33 €	Kapitalrücklage			4.397.954,84 €	4.397.954,84 €	
Finanzanlagen		31.668,34 €	370.769,09 €	Gewinnrücklagen			99.791,14 €	99.791,14 €	
		14.284.662,11 €	13.948.475,42 €				7.597.745,98 €	7.597.745,98 €	
Umlaufvermögen					Empfangene Ertragszuschüsse	7	2.777.343,62 €	3.412.187,41 €	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2				Rückstellungen	8			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.391.888,84 €	569.420,11 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			2.695.240,00 €	3.007.041,00 €	
Forderungen gegen Gesellschafter		5.564,35 €	257,82 €	Steuerrückstellungen			650.000,00 €	- €	
Sonstige Vermögensgegenstände		3.320.271,36 €	1.305.255,99 €	Sonstige Rückstellungen			1.996.089,51 €	2.126.285,48 €	
		4.717.724,55 €	1.874.933,92 €				5.341.329,51 €	5.133.326,48 €	
Flüssige Mittel	3	4.131.179,10 €	5.323.210,14 €		Verbindlichkeiten	9			
				Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			215.867,64 €	241.759,52 €	
Rechnungsabgrenzungsposten	4	7.266,00 €	11.628,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			5.496.608,62 €	3.794.783,91 €	
				Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern			495,39 €	5.160,00 €	
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5	31.409,68 €	- €	Sonstige Verbindlichkeiten			735.850,99 €	160.506,71 €	
							6.448.822,64 €	4.202.210,14 €	
		23.172.241,44 €	21.158.247,48 €	Rechnungsabgrenzungsposten	10		1.006.999,69 €	812.777,47 €	
		23.172.241,44 €	21.158.247,48 €						


Gewinn- und Verlustrechnung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH vom 01.01. - 31.12.2013

	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse		20.834.112,62 €	22.164.015,33 €
Sonstige betriebliche Erträge	12	534.037,77 €	2.062.954,11 €
		<u>21.368.150,39 €</u>	<u>24.226.969,44 €</u>
Materialaufwand	13	5.447.847,44 €	8.694.597,69 €
Personalaufwand	14	3.715.715,89 €	5.032.016,02 €
Abschreibungen	15	1.529.858,31 €	1.512.561,86 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16	6.067.917,69 €	5.013.621,55 €
		<u>4.606.811,06 €</u>	<u>3.974.172,32 €</u>
Finanzergebnis	17	- 140.040,41 €	- 119.123,71 €
		<u>4.466.770,65 €</u>	<u>3.855.048,61 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18	644.671,21 €	- 6.274,83 €
Sonstige Steuern		22.658,13 €	15.843,69 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		3.799.441,31 €	3.845.479,75 €
Jahresüberschuss		<u>- €</u>	<u>- €</u>
Vermögensminderung durch Abspaltung		- €	- 432.114,50 €
Entnahme aus der Gewinnrücklage		- €	432.114,50 €
Bilanzgewinn		<u>- €</u>	<u>- €</u>

Geänderte Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

A k t i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	4		
Immaterielle Vermögensgegenstände		2.207,00 €	- €	Gezeichnetes Kapital		300.000,00 €	25.000,00 €
Sachanlagen		554.946,40 €	- €	Kapitalrücklage		157.114,50 €	- €
Finanzanlagen		231.203,38 €	170.850,00 €			457.114,50 €	25.000,00 €
		788.356,78 €	170.850,00 €				
Umlaufvermögen	2			Rückstellungen	5		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		23.000,00 €	- €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		3.159.330,83 €	- €	Sonstige Rückstellungen		690.300,00 €	2.000,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		184.830,78 €	3.388,37 €			713.300,00 €	2.000,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		366,45 €	- €	Verbindlichkeiten	6		
Forderungen gegen Gesellschafter		53.223,03 €	- €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3.184.991,24 €	- €
Sonstige Vermögensgegenstände		452.517,98 €	- €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.021.668,11 €	150.466,25 €
		3.850.269,07 €	3.388,37 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		8.949,78 €	- €
Flüssige Mittel	3			Sonstige Verbindlichkeiten		2.376.688,50 €	- €
		3.124.086,28 €	3.227,88 €			6.592.297,63 €	150.466,25 €
		7.762.712,13 €	177.466,25 €			7.762.712,13 €	177.466,25 €

	Anhang	2012	23.08. - 31.12.2011
Umsatzerlöse		49.685.078,63 €	- €
Stromsteuer		- 5.150.550,50 €	- €
	8	44.534.528,13 €	- €
Sonstige betriebliche Erträge	9	659.171,60 €	- €
		45.193.699,73 €	- €
Materialaufwand	10	40.819.010,85 €	- €
Personalaufwand	11	372.284,72 €	- €
Abschreibungen	12	44.452,82 €	- €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	2.484.569,13 €	2.942,76 €
		1.473.382,21 €	2.942,76 €
Finanzergebnis	14	19.177,01 €	438,23 €
		1.492.559,22 €	3.380,99 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Sonstige Steuern		3.709,94 €	- €
Erträge aus Verlustübernahme		- €	3.380,99 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		1.488.849,28 €	- €
Jahresüberschuss		- €	- €

Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

A k t i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	4		
Immaterielle Vermögensgegenstände		8.681,00 €	2.207,00 €	Gezeichnetes Kapital		300.000,00 €	300.000,00 €
Sachanlagen		519.296,62 €	554.946,40 €	Kapitalrücklage		157.114,50 €	157.114,50 €
Finanzanlagen		605.359,66 €	231.203,38 €			457.114,50 €	457.114,50 €
		1.133.337,28 €	788.356,78 €				
Umlaufvermögen	2			Rückstellungen	5		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		23.000,00 €	23.000,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		3.829.839,00 €	3.159.330,83 €	Sonstige Rückstellungen		416.910,00 €	690.300,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		276.892,81 €	184.830,78 €			439.910,00 €	713.300,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		2.263,98 €	366,45 €				
Forderungen gegen Gesellschafter		15.403,96 €	53.223,03 €	Verbindlichkeiten	6		
Sonstige Vermögensgegenstände		85.816,47 €	452.517,98 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3.842.493,90 €	3.184.991,24 €
		4.210.216,22 €	3.850.269,07 €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		889.507,90 €	1.021.668,11 €
				Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		11,25 €	- €
Flüssige Mittel	3			Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		992,87 €	8.949,78 €
		3.111.978,50 €	3.124.086,28 €	Sonstige Verbindlichkeiten		2.825.501,58 €	2.376.688,50 €
						7.558.507,50 €	6.592.297,63 €
						8.455.532,00 €	7.762.712,13 €

	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse		56.095.674,60 €	49.685.078,63 €
Stromsteuer	8	- 5.411.584,86 €	- 5.150.550,50 €
		<u>50.684.089,74 €</u>	<u>44.534.528,13 €</u>
Sonstige betriebliche Erträge	9	<u>323.831,67 €</u>	<u>659.171,60 €</u>
		51.007.921,41 €	45.193.699,73 €
Materialaufwand	10	45.882.060,02 €	40.819.010,85 €
Personalaufwand	11	957.277,42 €	372.284,72 €
Abschreibungen	12	47.258,23 €	44.452,82 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	<u>2.539.117,87 €</u>	<u>2.484.569,13 €</u>
		1.582.207,87 €	1.473.382,21 €
Finanzergebnis	14	10.114,93 €	19.177,01 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.592.322,80 €</u>	<u>1.492.559,22 €</u>
Sonstige Steuern		16.245,20 €	3.709,94 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		<u>1.576.077,60 €</u>	<u>1.488.849,28 €</u>
Jahresüberschuss		<u>- €</u>	<u>- €</u>



**Bilanz der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH
zum 31. Dezember 2013**

A k t i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Sachanlagen	1	815,00 €	-	Gezeichnetes Kapital	4	25.000,00 €	25.000,00 €
Finanzanlagen		25.000,00 €	-	Gewinnvortrag		36.630,71 €	-
		25.815,00 €	-	Jahresüberschuss		10.472,91 €	36.630,71 €
Umlaufvermögen				Rückstellungen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				5			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2	23.800,00 €	219,45 €	Steuerrückstellungen		262,00 €	13.284,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		396.201,26 €	52,12 €	Sonstige Rückstellungen		4.500,00 €	4.000,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		5.287,38 €	-			4.762,00 €	17.284,00 €
Sonstige Forderungen		44.436,87 €	4.270,38 €	Verbindlichkeiten			
		469.725,51 €	4.541,95 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6	102.107,81 €	18.853,00 €
Flüssige Mittel				Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		169.593,78 €	3.351,04 €
	3	32.857,92 €	99.945,69 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		102.535,83 €	3.309,39 €
		528.398,43 €	104.487,64 €	Sonstige Verbindlichkeiten		77.295,39 €	59,50 €
		528.398,43 €	104.487,64 €			451.532,81 €	25.572,93 €
		528.398,43 €	104.487,64 €			528.398,43 €	104.487,64 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013**

	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse	7	442.937,74 €	144.134,68 €
Sonstige betriebliche Erträge	8	13.998,94 €	4.946,23 €
		456.936,68 €	149.080,91 €
Materialaufwand	9	323.068,51 €	35.420,96 €
Abschreibungen		62,13 €	- €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	121.489,57 €	62.398,87 €
		12.316,47 €	51.261,08 €
Finanzergebnis	11	147,70 €	356,98 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		12.464,17 €	51.618,06 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.991,26 €	14.987,35 €
Jahresüberschuss		10.472,91 €	36.630,71 €



SUN PARK
KALENBERG

**Bilanz der
Sunpark Kalenberg GmbH & Co. KG
zum 31. Dezember 2013**

A k t i v a :		Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen					Eigenkapital				
	Sachanlagen	1	7.097.564,00 €	7.480.269,00 €	Kapitalanteile		4	260.912,87 €	225.711,60 €
Umlaufvermögen					Jahresfehlbetrag / -überschuss			-	35.201,27 €
	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Rückstellungen		5	250.832,52 €	260.912,87 €
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		25.597,15 €	13.743,77 €	Steuerrückstellungen			10.700,00 €	- €
	Forderungen gegen Gesellschafter		123,91 €	362,20 €	Sonstige Rückstellungen			39.900,00 €	36.700,00 €
	Sonstige Forderungen		13.110,49 €	6.801,50 €	Verbindlichkeiten		6	50.600,00 €	36.700,00 €
			38.831,55 €	20.907,47 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			- €	14.069,73 €
	Flüssige Mittel	3	480.527,40 €	397.692,94 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern			7.302.800,25 €	7.589.498,11 €
Rechnungsabgrenzungsposten					Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			12.618,78 €	4.539,10 €
			- €	6.909,90 €	Sonstige Verbindlichkeiten			71,40 €	59,50 €
								7.315.490,43 €	7.608.166,44 €
			7.616.922,95 €	7.905.779,31 €				7.616.922,95 €	7.905.779,31 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Kalenberg GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013**

	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse	7	804.468,31 €	857.890,87 €
Sonstige betriebliche Erträge		18.411,39 €	111,79 €
Materialaufwand	8	27.534,95 €	24.797,68 €
Abschreibungen		402.862,28 €	402.525,19 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		84.819,67 €	78.974,14 €
		307.662,80 €	351.705,65 €
Finanzergebnis	9	- 307.043,15 €	- 316.504,38 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		619,65 €	35.201,27 €
Steuern vom Einkommen und Ertrag		10.700,00 €	- €
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss		- 10.080,35 €	35.201,27 €



**Bilanz der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
zum 31. Dezember 2013**

A k t i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Sachanlagen	1	1.630.413,00 €	1.720.161,00 €	Kapitalanteile		178.795,38 €	200.000,00 €
Umlaufvermögen				Jahresüberschuss / -fehlbetrag		27.312,44 €	- 21.204,62 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Rückstellungen		206.107,82 €	178.795,38 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		8.298,64 €	3.772,28 €	Sonstige Rückstellungen	5	13.300,00 €	12.600,00 €
Forderungen gegen Gesellschafter		32,38 €	32,53 €	Verbindlichkeiten	6		
Sonstige Vermögensgegenstände		2.189,35 €	1.074,64 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		-	330,11 €
		10.520,37 €	4.879,45 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.501.975,96 €	1.564.179,58 €
Flüssige Mittel	3	80.521,81 €	30.924,12 €	Sonstige Verbindlichkeiten		71,40 €	59,50 €
		<u>1.721.455,18 €</u>	<u>1.755.964,57 €</u>			<u>1.502.047,36 €</u>	<u>1.564.569,19 €</u>
		<u><u>1.721.455,18 €</u></u>	<u><u>1.755.964,57 €</u></u>			<u><u>1.721.455,18 €</u></u>	<u><u>1.755.964,57 €</u></u>



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013**

	Anhang	2013	15.08. - 31.12.2012
Umsatzerlöse	7	202.106,51 €	48.380,53 €
Materialaufwand	8	3.416,42 €	9.531,25 €
Abschreibungen		89.748,00 €	29.915,69 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		39.030,63 €	16.123,25 €
		69.911,46 €	- 7.189,66 €
Finanzergebnis	9	- 42.599,02 €	- 14.014,96 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		27.312,44 €	- 21.204,62 €
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		27.312,44 €	- 21.204,62 €
Gutschrift Belastung auf Kapitalkonten		27.312,44 €	- 21.204,62 €
Ergebnis nach Verwendungsrechnung		- €	- €



**Bilanz der
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 30. August bis 31. Dezember 2013**

A k t i v a :	Anhang	31.12.2013	30.08.2013	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2013	30.08.2013
Anlagevermögen				Eigenkapital	4		
Sachanlagen	1	3.576.127,00 €	- €	Kapitalanteile		360.000,00 €	360.000,00 €
Umlaufvermögen				Jahresfehlbetrag		- 34.559,71 €	- €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Jahresüberschuss		325.440,29 €	360.000,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		13.567,66 €	- €	Rückstellungen			
Forderungen gegen Gesellschafter		9,44 €	360.000,00 €	Sonstige Rückstellungen	5	20.200,00 €	- €
Sonstige Vermögensgegenstände		1.324,58 €	- €	Verbindlichkeiten	6		
		14.901,68 €	360.000,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.300.000,00 €	- €
Flüssige Mittel	3	59.318,60 €	- €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		966,58 €	- €
		3.650.347,28 €	360.000,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		3.740,41 €	- €
		<u>3.650.347,28 €</u>	<u>360.000,00 €</u>			<u>3.304.706,99 €</u>	<u>- €</u>
		<u><u>3.650.347,28 €</u></u>	<u><u>360.000,00 €</u></u>			<u><u>3.650.347,28 €</u></u>	<u><u>360.000,00 €</u></u>



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Herhahn GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 30. August bis 31. Dezember 2013**

	Anhang	30.08.2013 - 31.12.2013
Umsatzerlöse	7	98.274,89 €
Materialaufwand	8	17.609,02 €
Abschreibungen		60.612,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>23.821,92 €</u>
		- 3.768,05 €
Finanzergebnis	9	- 30.791,66 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>- 34.559,71 €</u>
Jahresfehlbetrag		<u>- 34.559,71 €</u>
Belastung auf Kapitalkonten		<u>34.559,71 €</u>
Ergebnis nach Verwendungsrechnung		<u><u>- €</u></u>

**Bilanz der
Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 20. Dezember bis 31. Dezember 2013**

Aktiva:	Anhang	31.12.2013	20.12.2013	Passiva:	Anhang	31.12.2013	20.12.2013
Anlagevermögen				Eigenkapital	5		
Sachanlagen	1	350.618,06 €	- €	Kapitalanteile		500.000,00 €	500.000,00 €
Umlaufvermögen				Jahresfehlbetrag		- 6.856,41 €	- €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			493.143,59 €		483.143,59 €	500.000,00 €
Forderungen gegen Gesellschafter		4,84 €	- €	Rückstellungen			
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		5,04 €	- €	Sonstige Rückstellungen	6	4.000,00 €	- €
Sonstige Vermögensgegenstände		67.461,49 €	- €	Verbindlichkeiten	7		
		67.471,37 €	- €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		19.672,76 €	- €
Flüssige Mittel	3	500.027,49 €	500.000,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		403.055,57 €	- €
Rechnungsabgrenzungsposten	4	1.755,00 €	- €	422.728,33 €		422.728,33 €	- €
		919.871,92 €	500.000,00 €			919.871,92 €	500.000,00 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 20. Dezember bis 31. Dezember 2013**

	Anhang	20.12.2013- 31.12.2013
Sonstige betriebliche Aufwendungen		6.893,88 €
Finanzergebnis	8	37,47 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>6.856,41 €</u>
Jahresfehlbetrag		<u>6.856,41 €</u>
Belastung auf Kapitalkonten		<u>6.856,41 €</u>
Ergebnis nach Verwendungsrechnung		<u><u>- €</u></u>

**Bilanz der
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 20. Dezember bis 31. Dezember 2013**

A k t i v a :		Anhang	31.12.2013	20.12.2013	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2013	20.12.2013
Umlaufvermögen					Eigenkapital		3		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1				Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €		25.000,00 €	
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		2.380,00 €	- €		Jahresüberschuss	212,82 €		- €	
Sonstige Vermögensgegenstände		119,98 €	- €			25.212,82 €		25.000,00 €	
		<u>2.499,98 €</u>	<u>- €</u>		Rückstellungen		4		
					Sonstige Rückstellungen	1.000,00 €		- €	
Flüssige Mittel	2	25.001,29 €	25.000,00 €				5		
					Verbindlichkeiten				
					Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	908,45 €		- €	
					Sonstige Verbindlichkeiten	380,00 €		- €	
						<u>1.288,45 €</u>		<u>- €</u>	
		<u>27.501,27 €</u>	<u>25.000,00 €</u>			<u>27.501,27 €</u>		<u>25.000,00 €</u>	

**Gewinn- und Verlustrechnung der
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 20. Dezember bis 31. Dezember 2013**

	Anhang	20.12.2013- 31.12.2013
Sonstige betriebliche Erträge	6	2.000,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7	<u>1.788,99 €</u>
Finanzergebnis	8	211,01 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>212,82 €</u>
Jahresüberschuss		<u><u>212,82 €</u></u>

Bilanz (Aktiva)

Bilanz zum 31.12.2013

Aktiva		Geschäftsjahr 2013 EUR	Vorjahr 2012 EUR
A Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15.442,00		15.529,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.109,00	37.551,00	29.416,00
B Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. fertige Erzeugnisse und Waren	5.921,87		542,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.564,44		9.632,25
2. sonstige Vermögensgegenstände	4.529,46		5.608,84
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
1. Kasse	3.450,89		312,58
2. Guthaben bei Kreditinstituten	65.818,15	90.284,81	63.588,40
C Rechnungsabgrenzungsposten		3.151,65	4.190,67
Summe Aktiva		130.987,46	128.820,54

Bilanz (Passiva)

Bilanz zum 31.12.2013

Passiva		Geschäftsjahr 2013	Vorjahr 2012
		EUR	EUR
A Eigenkapital			
I. gezeichnetes Kapital			
1 gezeichnetes Kapital	26.400,00		26.400,00
II. Kapitalrücklage	1.324.233,00		917.933,00
III. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-1.259.651,33	90.981,67	-846.478,83
B Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	1.642,09		1.388,64
2. sonstige Rückstellungen	6.330,00	7.972,09	5.247,50
C Verbindlichkeiten			
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		5.249,40
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (EUR 5.249,40)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.617,55		0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 22.617,55 (EUR 0,00)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	5.076,22	27.693,77	16.500,83
davon aus Steuern EUR 4.371,06 (EUR 1.200,70)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 625,16 (EUR 145,16)			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 5.076,22 (EUR 16.500,83)			
D Rechnungsabgrenzungsposten		4.339,93	2.580,00
Summe Passiva		130.987,46	128.820,54

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

Bezeichnung	Geschäftsjahr	Vorjahr
	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	235.751,71	78.306,24
2. sonstige betriebliche Erträge	578,16	193,53
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-12.981,97	-1.779,14
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-292.827,57	-121.284,83
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-66.227,72	-27.731,18
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-12.631,63	-11.741,66
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-265.170,94	-175.929,50
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	527,81	918,51
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18,01	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-413.000,16	-259.048,03
10. sonstige Steuern	-172,34	15,66
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-413.172,50	-259.032,37
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-846.478,83	-587.446,46
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-1.259.651,33	-846.478,83

Kall, den 25.03.2014



Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Nordeifel Tourismus GmbH Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

- I. Grundlagen des Unternehmens
 - 1. Geschäftsmodell des Unternehmens**
 - 2. Ziele und Strategien**
 - 3. Forschung und Entwicklung**
 - II. Wirtschaftsbericht
 - 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**
 - 2. Geschäftsverlauf**
 - 3. Lage**
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 4. Finanzielle Leistungsindikatoren**
 - III. Nachtragsbericht
 - IV. Prognosebericht
 - V. Chancen- und Risikobericht
 - 1. Risikobericht**
 - 2. Chancenbericht**
 - 3. Gesamtaussage**
 - VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
 - VII. Bericht über Zweigniederlassungen
-

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen. Es wird weiterhin das Ziel verfolgt, auch die Kommunen Bad Münstereifel und Dahlem für eine Beteiligung zu gewinnen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH fungiert als Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm und bildet mit den benachbarten Organisationen Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. die Erlebnisregion Nationalpark Eifel.

2. Ziele und Strategien

Im Jahr 2013 wurden nachstehende unternehmensstrategische Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele umgesetzt:

- Betrieb als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III
- Betriebsübernahme des Nationalpark-Tor Gemünd
- Professionalisierung der Tourist-Informationen im Gesellschafterraum

Als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH seit dem 1. Januar 2013 folgende Aufgaben wahr:

Produktentwicklung, Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter sowie Beratung von Leistungsträgern zu Gründung, Nachfolge und betrieblichem Qualitätsmanagement

3. Forschung und Entwicklung

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat in 2013 zwei Studierenden die Möglichkeit gegeben, ihre Bachelorarbeit zu verfassen. Darüber hinaus führt die Nordeifel Tourismus GmbH keine eigenen Forschungstätigkeiten durch. Eifelbezogene Marktforschungen verfolgen die Eifel Tourismus GmbH und der NRW Tourismus e.V.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in der Eifel floriert. Dieser Eindruck wird untermauert durch die jüngste Statistik, die NRW-Tourismus e.V. Anfang März 2014 vorlegte. Dabei verzeichnen die Eifel mit der Region Aachen, Düsseldorf und der Kreis Mettmann sowie das Ruhrgebiet das höchste absolute Wachstum.

Beim prozentualen Wachstum liegt die Eifel mit der Region Aachen vorne, gefolgt von Siegerland-Wittgenstein.

Bei den Übernachtungszahlen lagen der Teutoburger Wald mit 6,5 Millionen Übernachtungen, das Sauerland (6,2 Millionen), die Region Köln und Rhein-Erft-Kreis (6,2 Millionen) und das Ruhrgebiet (6,0 Millionen) vorne.

Bei der prozentualen Entwicklung der Gästeankünfte weisen Siegerland-Wittgenstein (+5,5 Prozent) sowie die Eifel und Region Aachen (+ 5,3 Prozent) und die Region Düsseldorf und Kreis Mettmann (+ 4,4 Prozent) die höchsten Wachstumsraten auf. Bei der Übernachtungsentwicklung lagen die Eifel und die Region Aachen (+ 7,6 Prozent) und Siegerland-Wittgenstein (+ 4,2 Prozent) ebenfalls vorn.

Dabei fing das Tourismus-Jahr 2013 überhaupt nicht gut an. In den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres lagen die Gästezahlen sogar noch um 2,1 Prozentpunkte unterhalb des Vorjahresniveaus. Die Sommermonate, insbesondere der Juli, und der Herbst brachten dann aber die Kehrtwende. Mit 20,4 Millionen Ankünften (+ 2,0 Prozent) und 46,1 Millionen Übernachtungen (+1,6 Prozent) konnte Nordrhein-Westfalen 2013 damit den vierten Rekord in Folge erzielen und zugleich die 20-Millionen-Marke knacken: Zum ersten Mal haben die meldepflichtigen Beherbergungsbetriebe (über zehn Betten) im Land mehr als 20 Millionen Gäste innerhalb eines Jahres begrüßt. Vor allem die ausländischen Gäste sorgten für kräftige Zuwächse. Im Kreis Euskirchen konnte ein Übernachtungsplus von 4,6 % erzielt werden.

Mehr ausländische Gäste

Seit 2008, also innerhalb von nur fünf Jahren, sind die Gästezahlen in NRW um 15,2 Prozent gestiegen. Sowohl bei den Besucherzahlen aus dem Inland als auch aus dem Ausland konnte Nordrhein-Westfalen dazu gewinnen. Die Ankünfte aus dem Ausland legten 2013 überdurchschnittlich um 5,7 Prozent auf 4,5 Millionen zu, die Übernachtungen stiegen um 3,3 Prozent auf 9,5 Millionen. Rund ein Viertel aller Übernachtungen ausländischer Gäste ging auf das Konto niederländischer Gäste, die mit einem Plus von 0,4 Prozent den Rekord des Vorjahrs noch einmal steigern konnten. Überdurchschnittlich stark gewachsen sind die Übernachtungszahlen russischer (+13,3 Prozent) und arabischer (+14,7) Gäste. Im Vergleich der Bundesländer erreicht NRW mit 20,4 Millionen Ankünften erneut den zweiten Platz hinter Bayern. Bei den Übernachtungen liegt NRW hinter Bayern und Baden-Württemberg auf dem dritten Rang.

2. Geschäftsverlauf 2013

Die bereits oben genannten unternehmensstrategischen Maßnahmen

- Betrieb als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III
- Betrieb des Nationalpark-Tor Gemünd

- Professionalisierung der Tourist-Informationen im Gesellschafterraum

haben zu folgenden Konsequenzen bei den betrieblichen Abläufen der NeT in 2013 geführt:

Zur Aufgabenwahrnehmung für die Produktleitlinie „Kulturelle Höhepunkte“ und für das „PR-Veranstaltungsmanagement“ wurden zum 01. Januar bzw. 01. Februar 2013 zwei neue touristische Fachkräfte eingestellt. Für den Betrieb des Nationalpark-Tor Gemünd wurden zwei Mitarbeiter vom Touristik Schleidener Tal e.V. übernommen und zwei Aushilfskräfte auf Minijobbasis eingestellt.

Die neu eingerichteten bzw. neu besetzten Gremien wie der Marketingausschuss und die beiden Angebotsgruppen „Familienspaß“ und „Kulturelle Höhepunkte“ sowie der Verkehrsamtsleiter-Beirat begleiten die Geschäftsabläufe.

Den Counterkräften der Tourist-Informationen wurde ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm angeboten.

Operative Maßnahmen 2013

- Umsetzung des Marketingplans 2013 gemäß der Vorgaben im Marketingkonzept 2010 – 2015 mit Maßnahmen wie Herstellung von Printprodukten, Anzeigenschaltungen, Direktmarketing, Onlinemarketing, Projektbeteiligungen, Pressearbeit, Prospektauslage und Messen / Präsentationen
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, AG Tourismus Römerkanal-Wanderweg, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Nationalpark-Tore, Angebotsgruppe Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Verkehrsamtsleiter-Sitzung Eifel Tourismus GmbH, AG Tourismus Naturpark Rheinland, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Lenkungsgruppe Römisches Rheinland 2014
- Entwicklung, Start und Betrieb der Homepage www.die-wasserburgen-route.de und www.eifel-hoehen-route.de
- Mitarbeit bei der Produktion der Radwanderkarte „Kreis Euskirchen“ und Radwanderführer „Wasserburgen-Route“
- Durchführung des Wanderopenings 2013 in Schleiden-Gemünd
- Erneute Zertifizierung der Geschäftsstelle und des Nationalpark-Tors Gemünd als Qualitätsbetrieb „ServiceQualität Deutschland“ der Stufe I
- Zertifizierung des Nationalpark-Tors Gemünd als Tourist-Info-„I-Marke“ nach den Kriterien des Deutschen Tourismusverbandes mit 108 von 120 Punkten, Note 1.
- Durchführung von vier Beratungstagen mit 24 Teilnehmern für potenzielle Gründer von Übernachtungsbetrieben in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen
- Mitwirkung beim Beratungstag des Kreises Euskirchen zum Thema „Unternehmensnachfolge in der Hotellerie und Gastronomie“ mit sechs Betrieben

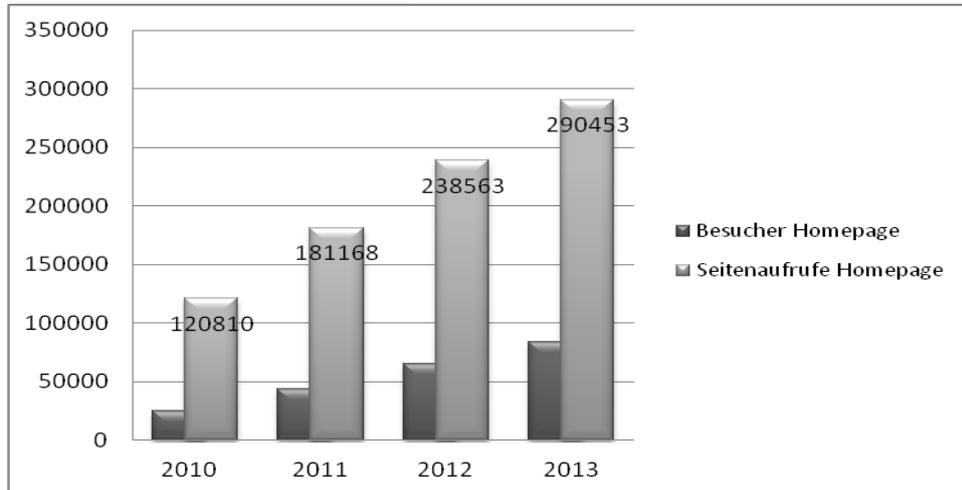
- Schulung von 3 touristischen Fachkräften zu DTV-Prüfern
- 98 DTV-Klassifizierungen, 5 Zertifizierungen „Wanderbares Deutschland“ und 6 Zertifizierungen „Regionalmarke Eifel“
- Schulung von 2 touristischen Fachkräften zu ADFC-Prüfern
- Produktschulung für die Counterkräfte der Tourist-Informationen
- Akquisition von touristischen Leistungsträgern für die Seminare der Aktivakademie von Tourismus.NRW in Vogelsang
- Produktentwicklung: Arrangements für die Landesgartenschau Zülpich 2014, Drei-Flüsse-Tour, WanderGenuss auf dem Römerkanal-Wanderweg und Sonntagsausflüge mit der Oleftalbahn, Wandertag im Nationalpark Eifel „Eifel-Blicke genießen“ und Radtour „Radeln mit Biss“ und „EifelBahnSteig“
- Produktion des Sommerprogramms „Familienspaß 2013“ mit Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen und weiteren Dienstleistern
- Veröffentlichung der Printprodukte Radbroschüre „14 Fahrradtouren in der Nordeifel“ und Pocketguide Wandern „Wander- und Spaziertouren in der Nordeifel“
- Produktion des monatlichen Veranstaltungskalenders und des neuen Printproduktes „Nordeifel jahreszeitlich“, das viermal im Jahr erscheint
- Betrieb der Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.die-wasserburgen-route.de und www.eifel-hoehen-route.de
- Konzeption von zwei neuen Veranstaltungsformaten für 2014: „Zu Gast in der eigenen Heimat“ und „Nordeifel-Kultur bei Nacht“
- Produktion einer Broschüre zur Bewerbung der Nordeifel im Rahmen der Landesgartenschau Zülpich 2014
- Durchführung von 23 Außeneinsätzen / Präsentationen im Jahr 2013
- Entwicklung eines Außeneinsatzkonzeptes für 2014 mit je einem Einsatz bei jedem Gesellschafter zur Stärkung des Binnenmarketings
- Entwicklung eines Standbesetzungskonzeptes für den Infopavillon auf dem Eifeler Landschaftsgarten – Rheinlandgarten bei der Landesgartenschau 2014 mit Touristikern und touristischen Drittpartnern, 180 Tage Besetzung insgesamt, 42 Tage Besetzung durch Nordeifel Tourismus GmbH
- Neukonzeption des Gästejournals Nordeifel 2014: weniger Text, mehr Bildmotive, Testimonials, Veröffentlichung Ende November 2013
- Akquisition von 85 Übernachtungsbetrieben für das Gästejournal Nordeifel 2014 sowie ca. 65 Betrieben für das Informations- und Reservierungssystem Deskline 3.0 => insgesamt über 150 Übernachtungsbetriebe arbeiten im Jahr 2014 mit der Nordeifel Tourismus GmbH zusammen

- Vier Pressekonferenzen: Neuigkeiten 2013 im März, Wanderopening 2013 im April, Auszeichnung des Nationalpark-Tors mit der i-marke im September 2013, Bilanz Römerkanal-Wanderweg 2.0 im Oktober 2013
- Pressemitteilungen zu folgenden Themen: Veröffentlichung Broschüre Nordeifel Höhepunkte, Beratungstage 2013, Aktivakademie, Start Homepage Wasserburgen-Route, Sommerprogramm „Familienspaß 2013“, Veröffentlichung Radbroschüre und Pocketguide Wandern, Zertifizierung ServiceQ, i-marke, Kulinarische Tagestouren, Bilanz Römerkanal-Wanderweg 2.0, Wandertag im Nationalpark Eifel, Broschüre Landesgartenschau 2014, Gästejournal Nordeifel 2014, Veranstaltungskalender „Nordeifel winterlich“
- Beitritt zum Lit. Eifel e.V.
- Vorbereitung und Beauftragung für den Relaunch der Homepage www.nordeifel-tourismus.de, Umsetzung bis Mitte 2014
- Fotoshooting und Videodrehs zum Thema „typisch Eifel“
- Betreuung von zwei Bachelorarbeiten
- Betreuung von sechs Praktikanten im Jahresverlauf
- Mitarbeit am Wettbewerbsbeitrag der Eifel für die bundesweite Kampagne „Nachhaltige Tourismusregion“ => Auszeichnung mit dem Sonderpreis Biodiversität und Platzierung unter den TOP 10
- Vorverkauf von Eintrittskarten für die LAGA 2014 in der Geschäftsstelle in Kall und im Nationalpark-Tor in Gemünd
- Durchführung einer Informationsveranstaltung für touristische Betriebe in der Gemeinde Hellenthal, im November 2014
- Begrüßung des Teams von Tourismus.NRW, von 30 Nationalpark-Gastgebern aus der Sächsischen Schweiz und Mitgliedern des international besetzten Gremiums „The Global Partnership for Sustainable Tourism“ (Globale Partnerschaft für Nachhaltigen Tourismus)
- Mitarbeit im Projekt „KlimaTour Eifel“ des Naturparks Nordeifel e.V.
- Vorbereitung, Organisation und Marketing für die Einführung des „GästeTickets Erlebnisregion Nationalpark Eifel“ ab dem 01. Januar 2014

Statistische Erhebungen belegen den positiven Geschäftsverlauf

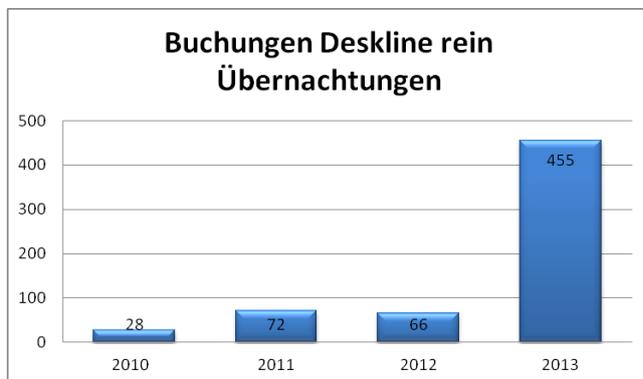
Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2013 im Vergleich zu den Jahren 2010, 2011 und 2012 nach Besuchern und Seitenaufrufen:

Besuchern und Seitenaufrufen:



Eigene Erhebungen, Januar 2014

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



Eigene Erhebungen, Januar 2014

Entwicklung der Prospektanfragen:



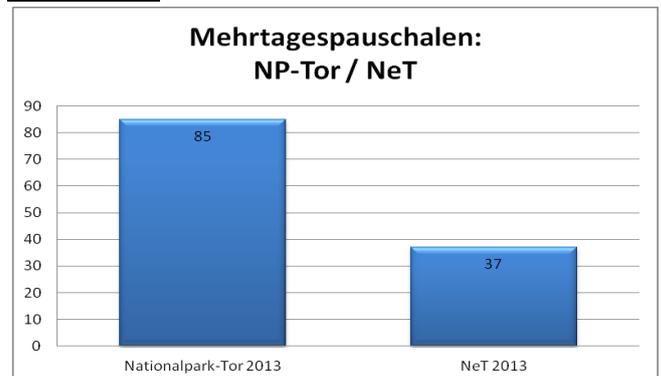
Eigene Erhebungen, Januar 2014

Entwicklung der Buchungen von Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2014

Anteil Mehrtagesbuchungen nach Standorten:



Eigene Erhebungen, Januar 2014

Weitere Entwicklungen

Bilanz Beratungstage seit dem Jahr 2011 bis Dezember 2013

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen die Beratungstage für Existenzgründer / -innen von touristischen Übernachtungsbetrieben an. Pro Jahr finden vier Sprechstage mit maximal sechs Terminen statt. Anlass für dieses Angebot sind die Entwicklungen, dass zahlreiche touristische Übernachtungsbetriebe in den nächsten Jahren aufhören und ihren Betrieb einstellen. Zudem überlegen zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer, ihre bislang privat genutzten Immobilien, zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen beider Entwicklungen – Betriebsnachfolge und Existenzgründung – ergeben sich zahlreiche Fragen und ein großer Beratungsbedarf auf dem Weg in die Selbständigkeit. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen in dem Zeitraum ca. 40 weitere individuelle Termine mit potenziellen Existenzgründern stattgefunden haben.

Jahr	Anzahl der Beratungstermine	Tatsächliche Betriebsgründungen bis zum 31.12.2013
2011	17	7
2012	23	11
Jahr 2013	24	13
Gesamt	64	31

Eigene Erhebungen, Januar 2014

Informations- und Reservierungssystem Deskline 3.0:

Ranking der Organisationen in der Eifel nach Deskline-Umsätzen in 2012 und 2013:

Umsatz 2013 EIFEL nach Anreise

* Marge von Pauschalen 2012 erst ab Mai im System erfasst.

		2012	2013	Entwicklung (€)	Entwicklung (%)
GESAMT		1.314.934 €	1.667.476 €	352.542 €	27
Accomodation Websites		25.588 €	59.967 €	34.379 €	134
Bestfewo		9.599 €	38.505 €	28.906 €	301
Casamundo		12.113 €	23.821 €	11.708 €	97
www.e-domizil.de		79.267 €	142.944 €	63.677 €	80
www.holidayinsider.de		7.357 €	42.074 €	34.717 €	472
GESAMT Portale		108.336 €	247.344 €	139.008 €	128
Moseleifel-Touristik e.V. Wittlich		556 €	385 €	-171 €	-31
Rheinlandtour		315 €	0 €	-315 €	-100
Zeller Land Tourismus GmbH			390 €	390 €	100
Rheinland-Pfalz Tourismus		1.731 €	2.224 €	493 €	28
Rhein-Mosel-Eifel-Touristik		1.244 €	362 €	-882 €	-71
Wein- & Ferienregion Berncastel-Kues GmbH		392 €	0 €	-392 €	-100
GESAMT sonstige Vertriebswege		4.238 €	2.586 €	-1.652 €	-39
GESAMT TIs (ohne ET)		450.717 €	457.616 €	6.899 €	2
Eifel Tourismus GmbH	Gesamt *	726.055 €	899.578 €	173.523 €	24
	Expert Client	634.889 €	801.030 €	166.141 €	26
	Internet	91.165 €	98.550 €	7.385 €	8
Ferienregion Bad Bertrich	Gesamt	98 €	4.893 €	4.795 €	4893
	Expert Client	0 €	128 €	128 €	100
	Internet	98 €	4.765 €	4.667 €	4762
Ferienregion Bitburger & Speicherer Land	Gesamt	17.438 €	17.070 €	-368 €	-2
	Expert Client	16.192 €	13.720 €	-2.472 €	-15
	Internet	1.246 €	3.350 €	2.104 €	169
Ferienregion Daun	Gesamt	48.240 €	30.375 €	-17.865 €	-37
	Expert Client	24.945 €	9.078 €	-15.867 €	-64
	Internet	23.295 €	21.299 €	-1.996 €	-9
Ferienregion Gerolsteiner Land	Gesamt	50.485 €	33.732 €	-16.753 €	-33
	Expert Client	46.243 €	29.083 €	-17.160 €	-37
	Internet	4.244 €	4.649 €	405 €	10
Ferienregion Hillesheim	Gesamt	4.621 €	6.318 €	1.697 €	37
	Expert Client	1.840 €	4.152 €	2.312 €	126
	Internet	2.781 €	2.165 €	-616 €	-22
Ferienregion Monschauer Land	Gesamt	75.912 €	65.512 €	-10.400 €	-14
	Expert Client	37.112 €	35.481 €	-1.631 €	-4
	Internet	38.800 €	30.031 €	-8.769 €	-23
Ferienregion Prümmer Land	Gesamt	1.496 €	986 €	-510 €	-34
	Expert Client	0 €	115 €	115 €	100
	Internet	1.496 €	871 €	-625 €	-42
Ferienregion Rureifel	Gesamt	670 €	1.252 €	582 €	87
	Expert Client	75 €	400 €	325 €	433
	Internet	595 €	852 €	257 €	43
Ferienregion Stolberg	Gesamt	0 €	230 €	230 €	100
	Expert Client	0 €	0 €	0 €	0
	Internet	0 €	230 €	230 €	100
Ferienregion Thermen und Maare (Ulmen)	Gesamt	6.213 €	2.844 €	-3.369 €	-54
	Expert Client	144 €	576 €	432 €	300
	Internet	6.069 €	2.268 €	-3.801 €	-63
Ferienregion Vulkaneifel um Kelberg	Gesamt	406 €	1.091 €	685 €	169
	Expert Client	346 €	512 €	166 €	48
	Internet	60 €	579 €	519 €	865
Ferienregion Vulkaneifel um Manderscheid	Gesamt	18.239 €	13.516 €	-4.723 €	-26
	Expert Client	6.911 €	2.225 €	-4.686 €	-68
	Internet	11.328 €	10.632 €	-696 €	-6
Gesundland Vulkaneifel	Gesamt	20.181 €	42.389 €	22.208 €	110
	Expert Client	19.583 €	41.570 €	21.987 €	112
	Internet	596 €	819 €	223 €	37

Nordeifel Tourismus GmbH	Gesamt	106.343 €	115.817 €	9.474 €	9
	Expert Client	93.035 €	108.345 €	15.310 €	16
	Internet	13.308 €	7.471 €	-5.837 €	-44
Touristik-Büro VGV Vordereifel	Gesamt	683 €	694 €	11 €	2
	Expert Client	325 €	414 €	89 €	27
	Internet	358 €	280 €	-78 €	-22
Tourist-Information Brohltal	Gesamt	2.928 €	6.517 €	3.589 €	123
	Expert Client	2.368 €	6.151 €	3.783 €	160
	Internet	560 €	366 €	-194 €	-35
Tourist-Information Hocheifel-Nürburgring	Gesamt	92.060 €	106.861 €	14.801 €	16
	Expert Client	88.180 €	95.873 €	7.693 €	9
	Internet	3.880 €	10.987 €	7.107 €	183
Tourist-Information Oberes Kylltal	Gesamt	1.244 €	336 €	-908 €	-73
	Expert Client	1.244 €	336 €	-908 €	-73
	Internet	0 €	0 €	0 €	0
Touristinformation Stadt Mayen	Gesamt	1.375 €	3.049 €	1.674 €	122
	Expert Client	315 €	1.749 €	1.434 €	455
	Internet	1.060 €	1.300 €	240 €	23
Vulkanbike Trailpark	Gesamt	2.085 €	4.134 €	2.049 €	98
	Expert Client	1.528 €	1.992 €	464 €	30
	Internet	557 €	2.142 €	1.585 €	285

* Marge von Pauschalen 2012 erst ab Mai im System erfasst.

Quelle: Eifel Tourismus GmbH, Februar 2014

Mit den Deskline-Umsätzen in Höhe von 115.817 € in 2013 nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH im eifelweiten Vergleich der Tourismusorganisationen den 2. Platz hinter der Eifel Tourismus GmbH ein. Hiermit werden die positiven Vermittlungstätigkeiten ausgedrückt.

Die Übernachtungszahlen haben sich in den Jahren 2012 und 2013 folgendermaßen entwickelt:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	20.372.139	2,0	46.141.384	1,6	2,3
Kreis Euskirchen	276.835	5,2	841.199	4,6	3
Teilregion Nordeifel Tourismus	195.045	3,4	601.444	2,5	3

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik des Landes NRW, Februar 2014

Vertrieb:

Ferner hat sich die Anzahl der **Vertriebsstellen**, in denen das Prospektmaterial der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten wird, bis Dezember 2013 auf **105 Stellen** ausgeweitet. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der KVB, ASEAG Aachen und der RVK, aber auch den beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn.

Im Bereich der Kundenbindung sei noch die Entwicklung der **Newsletterabonnenten** von 900 zur Mitte des Jahres 2012 auf über **2.100** im Dezember 2013 erwähnt. Auch die Anzahl der **Facebook-Fans** wächst stetig auf derzeit über **500**.

Die Geschäftsleitung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt positiv.

3. Lage**Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW**

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ab dem Jahr 2013 zählen auch die Kommunen Blankenheim und Nettersheim zu den Gesellschaftern.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft, so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Blankenheim, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zulpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2013 63,28% (Vorjahr 75,29%).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die übrigen Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die übrigen Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen 2013 235.751,71 Euro, also 36,72% der gesamten Erträge (Vorjahr 78.306,24 Euro= 24,71 %).

Die Veränderung liegt im Wesentlichen in der Aufnahme der weiteren Gesellschafter Blankenheim und Nettersheim sowie der Konsequenz des Dienstleistungsvertrages über den Betrieb des Nationalpark-Tor Gemünd mit der Stadt Schleiden begründet.

Es werden aber auch die Anstrengungen der Nordeifel Tourismus GmbH erkennbar, neben den Finanzierungsanteilen der Gesellschafter verstärkt andere Umsatzerlöse (z.B. Werbekostenzuschüsse, Sponsoring, Vermittlungsprovisionen) zu erzielen. Insbesondere konnten aufgrund besserer Marktdurchdringungen und Professionalisierung der Vertriebswege höhere Erträge erzielt werden.

	2012	Wirtschaftsplan 2013	2013
Umsatzerlöse	78.306,24 €	212.500,00 €	235.751,71 €
Sonstige betriebliche Erträge	1.112,04 €	1.000,00 €	1.105,97 €
Betriebsleistung	79.418,28 €	213.500,00 €	236.857,68 €

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan 2013 deutlich erhöht werden.

Wesentliche Erlöse kamen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements und durch Verkäufe im NLP-Shop.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2012	Wirtschaftsplan 2013	2013
Personalaufwand	149.016,00 €	364.600,00 €	359.055,29 €
Abschreibungen	11.741,66 €	6.000,00 €	12.631,63 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	177.708,64 €	248.800,00 €	278.170,92 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	338.466,31 €	619.400,00 €	649.857,84 €
Betriebsergebnis	-259.048,03 €	-405.900,00 €	-413.000,16 €
Steuern vom Einkommen + sonstige Steuern	15,66 €	- 400,00 €	-172,34 €
Jahresfehlbetrag	-259.032,37 €	-406.300,00 €	-413.172,50 €

Die Personalaufwendungen sind um 5.544,71 € niedriger als im Wirtschaftsplan.

Die Abschreibungen sind um 6.631,63 € höher als im Wirtschaftsplan.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 29.370,92 Euro höher ausgefallen.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis -413.172,50 Euro (Wirtschaftsplan – 406.300 Euro).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs erhöht und zwar von 63.900,98 Euro auf 69.269,04 Euro.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2013 10.564,44 Euro (Vorjahr 9.632,25 Euro).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Mit rd. 50 % sind die flüssigen Mittel immer noch wesentlicher Bestandteil der Aktivseite.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2013 keine gravierenden Änderungen.

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 5.237,63 Euro, Abgänge in Höhe von 0 € sowie laufende Abschreibungen in Höhe von 12.631,63 Euro gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 37.551,00 Euro beträgt.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 69,46 % gut.

Die Lage des Unternehmens ist abhängig von den kommunalen Gesellschafterzuschüssen sowie vom operativen Geschäft.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als sehr gut bezeichnet werden.

D) Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash Flow. Der Cash Flow beträgt im Jahr 2013 TEUR -396 (Vorjahr TEUR -251).

Die Umsatzrendite ist im Vergleich zum Vorjahr um 88,7 % höher und beträgt im Geschäftsjahr 2013 -175,26 % (Vorjahr -330,79 %).

Zum Ausgleich des negativen Cash Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

III. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

IV. Prognosebericht

Der im Herbst 2014 beschlossene Wirtschaftsplan für das laufende Jahr 2014 weist für das laufende Wirtschaftsjahr einen prognostizierten Verlust in Höhe von 417.150,00 Euro auf. Dieser wird durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlage finanziert.

Ziel der Geschäftsführung ist es, die definierten Aufgaben im Rahmen des durch den Gesellschaftervertrag festgelegten Deckelungsbetrages zu erfüllen. Gleichmaßen sollen die initiierten Marketing- und Vertriebsaktivitäten zur weiteren Steigerung der Umsatzerlöse beitragen. Eine deutliche Steigerung konnte auch im Jahr 2013 wieder erzielt werden.

Das Jahr 2014 ist geprägt von zahlreichen Marketingeinsätzen, darunter auch die Maßnahmen rund um die Landesgartenschau 2014 in Zülpich (April bis Oktober) sowie das Aktionsjahr Römisches Rheinland. Daraus sind positive Effekte für den Bekanntheitsgrad der NeT und ihrer Produkte zu erwarten. Weiterhin wird die neue Homepage der Nordeifel Tourismus GmbH ab Mitte 2014 für weiteren Aufschwung sorgen.

Wichtige Basis für die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen ist die Kooperation innerhalb der Erlebnisregion Nationalpark Eifel mit den Partnern Rureifel e.V. und Monschauer Land Touristik e.V., mit dem NRW Tourismus e.V., der Eifel Tourismus GmbH und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern.

Bezüglich der Gastronomie- und Übernachtungsbetriebe bestehen allerdings berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe - so lassen es auch die Beratungssprechstage erkennen - vor der Problemstellung der Nachfolgeregelung stehen und/oder aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe droht. Diese Situation trifft die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung mit den Betrieben und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT.

Angestrebt wird daher eine Qualitätsoffensive zum Erhalt der Betriebe. Voraussetzung dafür ist wiederum die Bewilligung eines dazu geplanten Projektes im Rahmen der EU-LEADER-Programmphase ab 2015. Es soll dazu verhelfen betriebliche Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ebenso wird sich die Teilregion Nordeifel hinsichtlich ihrer Ausrichtung als Wanderdestination einer Qualitätsverbesserung des Wandernetztes unterziehen müssen, um im Wettbewerb mit anderen Mittelgebirgsregionen Vorteile zu erlangen. Auch hier steht nicht die NeT in der Verantwortung, sondern dritte Organisationen wie die Kommunen, der Eifelverein und seine Ortsgruppen. Denkbar ist für die NeT, für diesen Prozess eine koordinierende Funktion einzunehmen, weitergehende Ressourcen sind nicht vorhanden.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 65%) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen über Nothaushalte verfügen.

Im fünften Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH konnte diese ihre Umsatzerlöse erneut erhöhen. Diese Bemühungen werden weiter fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH muss sich bewusst sein, dass die im Fünfjahresplan des Wirtschaftsplanes festgesetzten Gesellschafterzuschüsse eingehalten werden müssen, da Kürzungen eine einschneidende Auswirkung auf die Tätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH haben würden. Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat einen erfolgreichen Umsetzungsprozess hin zum Tourismus-Service-Center (TSC) absolviert. Auch die Betriebsübernahme des Nationalpark Tor Gemünd ist dabei als erfolgreiches Teilmodul zu betrachten. Größere Flexibilität (insbesondere bezüglich personeller Ressourcen) würde sich ergeben, wenn weitere Tourist-Informationen durch die NeT geführt würden. Allerdings würden auch die Verantwortungsbereiche gleichermaßen zunehmen und eigener Managementressourcen in der Geschäftsstelle bedürfen. Die Kooperation mit den übrigen Tourist-Informationen im Gesellschafterraum sollte weiter intensiviert werden.

Die drei schwerpunktmäßig verfolgten Produktleitlinien aus dem im Jahre 2010 verabschiedeten Marketingkonzept 2014 bedürfen der Überprüfung und Fortschreibung. Daher wird gegen Ende des Jahres neben den zahlreichen Marketingaktionen auch eine Evaluierung des bisherigen Marketingkonzeptes hin zu einem Strategie- und Marketingkonzept 2020 begonnen.

Auch mit der beabsichtigten Koordination und schließlich Umsetzung einer Wanderoffensive Nordeifel erhofft die NeT die Nordeifel noch besser am Markt platzieren zu können und Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Mit der Etablierung nachhaltiger Tourismusinstrumente, z.B. Gästeticket (Anfang 2014) sollen weitere Anreize geschaffen und der Wirtschaftsfaktor Tourismus gestärkt werden. Es ist beabsichtigt das Gästeticket nach erfolgreicher Evaluierung weiterzuentwickeln.

Mit den Projekten „vogelsang ip“, „Rad- und Wanderbahnhöfe Nordeifel“, „KlimaTour Eifel“, „Erlebnisraum Römerstraße“, „Landesgartenschau Zülpich 2014“, „Römerjahr 2014“ können die Aussichten als positiv bewertet werden.

Schließlich steckt weiteres Entwicklungspotenzial in den möglichen Gesellschafterbeitritten der Stadt Bad Münstereifel und der Gemeinde Dahlem. Mit beiden Kommunen finden in 2014 diesbezüglich Gespräche statt.

3. Gesamtaussage

Insgesamt steckt in organisatorischen sowie produktorientierten Massnahmen weiteres Entwicklungspotential für die Nordeifel Tourismus GmbH.

Dennoch bleibt die Nordeifel Tourismus GmbH in zahlreichen Belangen auch von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie) sich qualitativ weiterentwickeln und auch die touristische Infrastruktur gleichermassen erhalten und ausgebaut wird.

Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist die Kooperation und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse.

Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Am 01.01.2013 erfolgte die Betriebsübernahme des Nationalpark-Tor in Gemünd, in das die Tourist-Information der Stadt Schleiden integriert ist. Die Betriebsübernahme erfolgte per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden, wobei das Personal auf die Nordeifel Tourismus GmbH übergang.

Alle zwischen Nationalparkverwaltung und Stadt Schleiden definierten Vereinbarungen (z.B. ganzjährig tägliche Öffnungszeiten des Nationalpark-Tor) wurden von der Nordeifel Tourismus GmbH übernommen.

Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich sowie Ausbau des Buchungsgeschäftes.

Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Oktober 2013 die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche Tourismus Verband nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung mit 108 von 120 möglichen Punkten. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden gemäß Wirtschaftsplan auf 161.500,00 Euro prognostiziert, im Ergebnis wurden 172.495,16 Euro erreicht.

Kall, den 31. März 2014



Iris Poth
Geschäftsführerin

BILANZ zum 31. Dezember 2012

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

AKTIVA

PASSIVA

	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
A. Anlagevermögen			A. Kapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			1. Anfangskapital	1.977.157,26
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2. Jahresfehlbetrag	<u>209.418,75</u> 308.529,65-
				1.668.627,61
II. Sachanlagen	0,00	0,00	B. Rückstellungen	
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	142.532,00	192.353,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	694.118,00
			2. sonstige Rückstellungen	<u>428.511,54</u> 1.122.629,54
III. Finanzanlagen			C. Verbindlichkeiten	
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	59.091,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.690,97
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro	33.690,97
B. Umlaufvermögen			(Euro 131.446,95)	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>20.347,04</u> 54.038,01
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	240.747,60	583.726,23	- davon aus Steuern Euro 2.910,43 (Euro 3.208,33)	
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>42,81</u> 240.790,41	<u>3.123,75</u> 586.849,98	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro	20.347,04
			(Euro 210.125,77)	341.572,72
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.870.203,01	2.112.522,08		
	<u>2.253.525,42</u>	<u>2.950.816,06</u>		<u>2.253.525,42</u>
				<u>2.950.816,06</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>2.661.809,23</u>	<u>2.773.837,22</u>
2. Gesamtleistung	2.661.809,23	2.773.837,22
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	100,00	793,26
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	37.148,56	115.077,79
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>7.032,75</u>	<u>12.267,14</u>
	44.281,31	128.138,19
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	58.800,01	66.156,43
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.581.082,95</u>	<u>1.777.232,66</u>
	1.639.882,96	1.843.389,09
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	244.307,36	247.948,30
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>88.484,20</u>	<u>78.225,00</u>
	332.791,56	326.173,30
- davon für Altersversorgung Euro 24.137,21 (Euro 20.706,20)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	65.026,90	128.870,31
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	463.664,68	379.190,40
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	34.032,50	70.422,44
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	17.986,74	148.956,70
ad) Werbe- und Reisekosten	74.705,20	106.491,03
ae) verschiedene betriebliche Kosten	187.698,05	219.786,52
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	17.450,00
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>132.221,98</u>	<u>21.095,46</u>
	910.309,15	963.392,55
Übertrag	<u>241.920,03-</u>	<u>359.849,84-</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	241.920,03-	359.849,84-
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>32.501,28</u>	<u>51.320,19</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>209.418,75-</u>	<u>308.529,65-</u>
10. Jahresfehlbetrag	<u>209.418,75</u>	<u>308.529,65</u>

**LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts,
Euskirchen**

Bilanz zum 31.12.2013

AKTIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR	PASSIVA
A. Anlagevermögen						
Sachanlagen						
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	458,00			709,00		
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
Grundstücke ohne Bauten	13.497.756,85			12.875.544,77		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
sonstige Vermögensgegenstände	4.190,21			8.353,24		
III. Guthaben bei Kreditinstituten	145.379,00			130.667,86		
		13.647.326,06		13.014.565,87		
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag						
		1.327.060,38		853.484,81		
A. Eigenkapital						
I. Stammkapital			10.000,00			10.000,00
II. Bilanzverlust			-1.337.060,38			-863.484,81
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			1.327.060,38			853.484,81
			0,00			0,00
B. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen			15.400,00			6.700,00
2. sonstige Rückstellungen			11.896,64			11.355,65
			27.296,64			18.055,65
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr			14.849.068,77			13.764.920,27
EUR 2.000.000,00 (Vj. EUR 1.300.390,00)						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			39.346,20			32.607,45
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr						
EUR 39.346,20 (Vj. EUR 32.607,45)						
3. sonstige Verbindlichkeiten			43.616,23			38.702,91
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr						
EUR 43.616,23 (Vj. EUR 38.702,91)			14.932.031,20			13.836.230,63
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
			15.516,60			14.473,40
			<u>14.974.844,44</u>			<u>13.868.759,68</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge		49.154,67	37.566,62
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-5.400,00		-4.800,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-1.633,46</u>	-7.033,46	-1.446,72
3. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-251,00	-44,82
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		-60.767,58	-56.296,09
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus Abzinsung EUR 20,01		112,90	314,83
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>-428.661,40</u>	<u>-406.973,89</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-447.445,87	-431.680,07
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00
9. sonstige Steuern		<u>-26.129,70</u>	<u>1.130,70</u>
10. Jahresfehlbetrag		473.575,57	430.549,37
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		863.484,81	432.935,44
12. Bilanzverlust		<u>1.337.060,38</u>	<u>863.484,81</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen Euro zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung — KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2013 waren ca. 119 ha der LEP-Fläche im Eigentum der LEP-AöR und weitere 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist. Die gesamte Fläche wird weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Im Jahre 2013 konnten keine weiteren Flurstücke erworben werden, sodass sich die Eigentumsverhältnisse zum 31.12.2013 gegenüber dem Bestand zum Jahresanfang nicht veränderten.

Weiterhin sind die Eigentümer einer Fläche von ca. 56 Hektar tauschbereit.

Drei Eigentümer einer insgesamt ca. 13 Hektar großen Fläche sind weder zum Verkauf noch zum Tausch bereit.

Ersatzlandflächen außerhalb des LEP-Gebietes konnten im Jahre 2013 nicht erworben werden.

Die derzeitigen Angebotspreise für infrage kommendes Tauschland liegen über den Preisen, die die Eigentümer der Flächen innerhalb des LEP-Gebietes für Ersatzland zu zahlen bereit sind. Die Preise für gutes Ackerland im Umkreis der LEP-Fläche sind weiter angestiegen.

Die Eigentümer, die in einem frühen Stadium der Ankaufaktivitäten ihre Grundstücke an die LEP-AÖR veräußert haben, konnten für den erhaltenen Kaufpreis Ersatzland in etwa der doppelten Größe erwerben. Die Eigentümer, die auf ein besseres „Tauschverhältnis“ als 1 zu 2 spekuliert haben, sehen sich durch den eingetretenen Preisanstieg für Ersatzland bei gleichbleibender Höhe des von der LEP-AÖR gezahlten Kaufpreises enttäuscht.

Entsprechend den Beschlüssen des Verwaltungsrats und des Projektbeirats vom 18.12.2012 haben der Vorstand und NRW.URBAN verstärkt versucht, außerhalb der LEP-Fläche landwirtschaftlich genutzte Grundstücke für tauschwillige Eigentümer und als Ausgleichsflächen für künftige Versiegelungen zu erwerben.

Die zum Teil sehr aussichtsreich und intensiv geführten Verhandlungen konnten leider bisher in keinem Fall abgeschlossen werden. In einem Fall in der Gemarkung Vernich wurde trotz fristgerechter Ankaufzusage durch die LEP-AÖR das Grundstück an einen Dritten ohne vorherige Abstimmung verkauft.

Der am 08.10.2013 vom Verwaltungsrat und Projektbeirat beschlossene Ankauf einer insgesamt 16,2 ha großen Fläche in den Gemarkungen Kleinbüllesheim und Wüschheim konnte bisher noch nicht notariell beurkundet werden, weil nach Angaben des Veräußerers zumindest für Teilflächen durch Drittveräußerung höhere Verkaufspreise erzielbar sind.

Vorrangig ist derzeit die Arrondierung der erworbenen Flächen durch Tauschvereinbarungen.

Der vom Verwaltungsrat und Projektbeirat am 08.10.2013 beschlossene Tauschvertrag mit Ankaufoption wird nach Abstimmung mit allen Beteiligten voraussichtlich im Frühjahr 2014 notariell beurkundet werden.

Vermarktung

Zur Vermarktung der LEP-Fläche „PrimeSite Rhine Region“ hat die NRW.INVEST mit folgenden Inhalten berichtet:

Auch im Jahre 2013 hat die NRW.INVEST wieder zahlreiche Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene entfaltet. Unter Einbindung aller 11 Auslandsbüros wurden direkte Gespräche mit potentiellen Investoren geführt und die Großfläche bei Veranstaltungen, Investorenseminaren und auf internationalen Messen präsentiert. Ausgewählte Gewerbeflächen- und Industriemessen waren in 2013 die MIPI in Cannes, transport logistic in München und Expo Real in München. Vermarktungsaktivitäten fanden ferner bei Reisen des Wirtschaftsministers und von NRW.INVEST nach China, Japan und in die Türkei statt. Die Fläche wurde zudem umfangreich in Printmedien und elektronischen Medien beworben, unter anderem in der Immobilienzeitung, Site Selection und dem log.on Euregio-Magazin. Die Broschüre zur PrimeSite Rhine Region wurde in den drei Sprachversionen deutsch, englisch und chinesisch aktualisiert, ebenso wie der Internetauftritt.

Die Gespräche mit potentiellen Investoren spiegeln nach wie vor ein starkes Interesse an der Rhine Region wider; positiv bewertet wurden u. a. die exzellente Lage und Anbindung der Fläche.

Größtes Hindernis bei der Vermarktung ist die Mindestgröße von 80 ha für ein Investitionsvorhaben. Angesichts der nunmehr vierjährigen Erfahrung bei der Vermarktung der Großfläche sind aus der Sicht von NRW.INVEST aktuell bis mittelfristig leider keine Investitionsprojekte in dieser Größenordnung zu erwarten. Die Flächenbedarfe von Unternehmen bei Großprojekten beispielsweise aus der Logistikbranche liegen – gemäß den Erfahrungen von NRW.INVEST – zwischen 10 und 20 ha, in einzelnen Fällen bei 30 ha. In den Jahren 2008 bis 2012 hat NRW.INVEST 24 Projekte mit mehr als 50 Arbeitsplätzen je Ansiedlungsfall erfolgreich realisiert, die durchschnittlich 8,5 ha Fläche in Anspruch genommen haben. Dabei lag der größte Flächenbedarf bei 30 ha, der geringste bei 0,85 ha.

Nachdem sich die Firma HARIBO entschieden hatte, das Angebot zur Ansiedlung auf einer Fläche der PrimeSite nicht anzunehmen, wurde die Vermarktungsfähigkeit der Fläche aufgrund von Kleinen Anfragen des MdL Klaus Voussem (Nr. 1683 vom 25.09.2013 -Drucksache Nr. 16/4191, Antwort der Landesregierung vom 11.11.2013 – Drucksache Nr.16/4371) und des MdL Hendrik Wüst (Nr. 1685 vom 26.09.2013 – Drucksache Nr. 16/4193 – Antwort der Landesregierung vom 12.11.2013 - Drucksache Nr. 16/4375) im Landtag diskutiert.

In einem Gespräch am 13.11.2013 waren sich NRW.INVEST und der Vorstand der LEP-AöR einig, der Staatskanzlei vorzuschlagen, anlässlich der anstehenden Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen die Vorschriften über die Mindestgröße und die Voraussetzungen für großflächige Industrieansiedlungen flexibler zu gestalten und insbesondere auf Vorschriften zu verzichten, die gegenüber den Regelungen anderer Länder Wettbewerbsnachteile bedeuten würden.

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes

Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.11.2013 wurde dem Vorstand der LEP-AöR mitgeteilt, dass die Landesregierung am 25.06.2013 den Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes NRW gebilligt habe und bis zum 28.02.2014 Stellungnahmen hierzu übermittelt werden konnten.

Wegen der erheblichen Bedeutung der Festlegungen des Landesentwicklungsplanes für unser Unternehmen, insbesondere für die Vermarktbarkeit der Flächen, hat der Vorstand am 25.02.2014 eine entsprechende Stellungnahme rechtzeitig und vorbehaltlich eines abweichenden oder ergänzenden Beschlusses des Verwaltungsrates abgegeben.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Die bodenarchäologischen Erkundungen wurden im Geschäftsjahr 2013 fortgesetzt.

Die notwendigen archäologischen Untersuchungen werden aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Land NRW, dem Landschaftsverband Rheinland und der LEP-AöR von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe koordiniert. Hinsichtlich der Beteiligung der LEP-AöR an den Kosten der archäologischen Untersuchungen ist eine Obergrenze i.H. von 700.000 € (brutto) vereinbart (verbleibende Verpflichtung zum 31.12.2013 = 183 TEuro).

Die Durchführung der Grabungsarbeiten durch das Bodendenkmalamt und die Firma Troll Archäologie verzögerten sich wegen Schwierigkeiten beim Erhalt von Betretungserlaubnissen und organisatorischen Problemen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes um mehrere Monate.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Aufgrund der Beschlüsse der zuständigen Ausschüsse des Rates der Kreisstadt Euskirchen am 25.09.2012 und des Rates der Gemeinde Weilerswist am 22.11.2012 werden die Bebauungspläne aufgestellt.

Das Verfahren zum Bebauungsplan für den auf Euskirchener Stadtgebiet liegenden Teil der LEP-Fläche wurde in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt am 07.05.2013 fortgesetzt. Es handelt sich um den Bebauungsplan Nr. 14, Ortsteil Großbüllesheim, für den Bereich zwischen L 182, der Straße am Silberberg und der Stadtgrenze. Es wurde die Änderung des Geltungsbereiches, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange beschlossen.

Der Geltungsbereich ist abgestimmt auf das im selben Ausschuss und in der Ratssitzung am 28.05.2013 angeordnete Umlegungsverfahren. Danach sind die nordöstlichsten Grundstücke der LEP-Fläche auf Euskirchener Stadtgebiet nicht Teil des Plangebiets. Sie wurden aus der Umlegung und der Planung herausgenommen, um in einem ersten Schritt eine möglichst einfach zu realisierende - wenn auch zunächst kleinere - Lösung zu entwickeln.

Die frühzeitige Beteiligung konnte noch nicht vorgenommen werden. Zum einen mussten zunächst Gutachten zum landschaftspflegerischen Ausgleich und zum Artenschutz erstellt werden. Ferner wurde ein Schallschutzgutachten beauftragt, um Schalleistungspegel für das Gebiet festzulegen und die gegenseitigen Auswirkungen zum benachbarten Gewerbegebiet einschätzen zu können. Schließlich wurde zur Klärung der Entwässerungssituation ein hydrogeologisches Gutachten beauftragt. Die Erstellung der Gutachten ist noch nicht abgeschlossen. Allerdings werfen das Plangebiet und die zeitlich nicht absehbare Entwicklung besondere Fragen auf, die möglichst frühzeitig geklärt werden sollten.

Daher wurden bereits informelle Gespräche mit dem Kreis Euskirchen als Untere Landschaftsbehörde und der Bezirksregierung Köln als Landesplanungsbehörde geführt.

Mit dem Kreis wurde erörtert, inwieweit bereits Ausgleichsmaßnahmen auch hinsichtlich des Artenschutzes zu treffen sind. Ein Eingriff wird erst in einigen Jahren vorgenommen. Es muss vermieden werden, dass im Ansiedlungsfall alle jetzt laufenden Untersuchungen wiederholt werden müssen. Dies würde doppelte Arbeit und Kosten verursachen. Der Kreis ist durchaus bereit, eine Durchführung von Maßnahmen auf den Zeitpunkt des Ansiedlungsfalls zu akzeptieren, weil dieser ohnehin ein großes BlmschG-Verfahren erwarten lässt. Allerdings müsste im Bebauungsplan zumindest eine konzeptionelle Vorgehensweise beschrieben und eine teilweise Sicherung von Flächen gewährleistet werden. Diese Aufgabenstellung ist noch nicht abgearbeitet. Die LEP-AöR bemüht sich um den Ankauf von Ausgleichsflächen und hat parallel dazu Kontakt mit der Stiftung Rheinische Kulturlandschaften aufgenommen, um die Sicherung von Ausgleichsflächen ohne Grunderwerb zu prüfen.

Das Bezirksregierung Köln hat darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan die Vorgaben der Landesplanung für flächenintensive Großvorhaben erfüllen muss. Daher müsse sichergestellt sein, dass das gesamte Gebiet einheitlich geplant wird und dass nicht kleinflächige Vorhaben zugelassen werden.

Diese Vorgaben wurden dadurch umgesetzt, dass am 28.11.2013 der Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehr der Gemeinde Weilerswist ebenfalls ein gleichlautendes Bebauungsplanverfahren (Nr. 127) für die LEP-Flächen im Gemeindegebiet fortgesetzt hat und die noch fehlende Fläche im Stadtgebiet Euskirchen im Rahmen der Offenlage in das Plangebiet aufgenommen werden soll. Darüber hinaus soll durch eine bedingte Festsetzung sichergestellt werden, dass kleinflächige Betriebe erst angesiedelt werden dürfen, wenn ein flächenintensives Großvorhaben angesiedelt wird.

Bodenordnung

Da nach dem bisherigen Verlauf der Grundstücksverhandlungen davon ausgegangen werden muss, dass nicht mit allen Eigentümern eine baldige Einigung über eine Neuordnung und Zusammenlegung der Flächen erreicht werden kann, haben der Verwaltungsrat der LEP-AöR und der Projektbeirat in ihren Sitzungen am 18.12.2012 den Vorstand der LEP-AöR ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zur Anordnung und Einleitung einer Umlegung nach den §§ 45 ff des Baugesetzbuches zu treffen, wobei einvernehmliche Regelungen zur Abwendung der Umlegung Vorrang haben sollen.

Der Rat der Stadt Euskirchen hat in seiner Sitzung am 28.05.2013 die Durchführung einer Umlegung angeordnet. Wegen der Größe und Besonderheit der Fläche wurden zunächst die vertraglichen Grundlagen mit der Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses angepasst. Daraufhin wurden die im Umlegungsgebiet betroffenen Fremdeigentümer sowohl von der LEP-AöR als auch von der Stadt Euskirchen angeschrieben und über das Verfahren grundsätzlich informiert.

Ferner wurden mit den betroffenen Eigentümern von der Stadt Euskirchen Gespräche zu Mitwirkungsbereitschaft bei einer Umlegung und die Bereitschaft zu einem freihändigen Erwerb geführt. Dies ist ein erforderlicher erster Schritt der Umlegung, die noch vor Umlegungsbeschluss durch den Umlegungsausschuss vorgenommen werden muss.

Drei Eigentümer lehnten die Gespräche ab. Ein Eigentümer bezweifelte die Rechtmäßigkeit des Verfahrens. Die anderen 3 Eigentümer erklärten, grundsätzlich einen Tausch ihrer Grundstücke vereinbaren zu wollen, wenn die Flächen hinsichtlich der Lage und der Ertragszahl attraktiv seien und ein Tauschverhältnis von 1 zu 3, mindestens aber 1 zu 2 angeboten werde. Leider verfügt die Stadt und die LEP-AöR nicht über ausreichend große Tauschflächen, so dass bisher kein Tausch zustande kam.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 07.05.2013, am 08.10.2013 und am 19.12.2013.

Der Jahresabschluss 2012 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 07.05.2013 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2012 erteilt und über die Deckung des Jahresfehlbetrages entschieden (Deckung aus Kreditmitteln).

Seit dem 26.05.2013 vertritt der Technische Beigeordnete Herr Oliver Knaup die Kreisstadt Euskirchen im Vorstand.

Im Jahre 2013 fanden 13 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2013 besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (13.497.756,85 Euro).

Das Stammkapital in Höhe von 10.000,00 Euro (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

Der zum 31.12.2013 kumulierte Bilanzverlust in Höhe von 1.337.060,38 Euro soll durch künftige Verkaufserlöse für Grundstücke im LEP-Gebiet gedeckt werden.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Die 2013 erzielten Erträge in Höhe von 49.267,57 Euro resultieren im Wesentlichen aus Pachten (49.154,67 Euro). Ihnen stehen Aufwendungen in Höhe von 522.843,14 Euro gegenüber. Der Fehlbetrag des Jahres 2013 in Höhe von 473.575,57 Euro addiert sich mit dem Verlust der Vorjahre in Höhe von 863.484,81 Euro zum Bilanzverlust zum 31.12.2013 in Höhe von 1.337.060,38 Euro.

Der Jahresverlust 2013 ist gemäß der Vereinbarung NRW auf neue Rechnung vorzutragen.

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 18.12.2012 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2013 ergaben sich insbesondere folgende Veränderungen:

	Wirtschaftsplan in €	Ergebnis in €	Differenz in €
Erträge	61.000,00	49.267,57	-11.732,43
Sachaufwand	128.300,00	86.897,28	-41.402,72
Zinsaufwand	538.600,00	428.661,40	-109.938,60
Jahresverlust	613.900,00	473.575,57	-140.324,43
Einnahmen aus Krediten	6.279.900,00	1.084.148,50	- 5.195.751,50
Grunderwerb inkl. Nebenkosten	5.666.000,00	622.212,08	-5.043.787,92

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Sachaufwand

Die Honorare für die NRW.URBAN waren - in Korrektur zum Plan - als Anschaffungsnebenkosten zum Grunderwerb zu erfassen.

Zinsaufwand

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die wesentliche Reduktion des Grunderwerbsaufwandes zurück zu führen. Durch die Aufnahme zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden gegenüber der Aufnahme langfristiger Kredite im Berichtsjahr 2013 weitere Einsparungen erzielt.

Einnahmen aus Krediten / Grunderwerbsaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um alle noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da dies wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer nicht möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend (s. Nr. 1.3 des Lageberichtes). Die Zugänge des Wirtschaftsjahres betreffen ausschließlich Anschaffungsnebenkosten (bodenarchäologische Untersuchungen, Entschädigungen bei Kampfmittleräumung, Dienstleisterhonorare)

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen Euro (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2013 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 12.849.068,77 Euro.

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. Euro) war am 31.12.2013 mit 2,0 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wann und in welchem Umfang die Eigentümer zur Mitwirkung bei der Herstellung baureifer Grundstücke und der anschließenden Bodenordnung bereit sind. Dabei wird sich auch zeigen, wie ernsthaft die Bereitschaft zum Tausch mit landwirtschaftlichen Flächen statt der Zuweisung gewerblich nutzbarer Flächen sein wird. Vorrangig soll zeitnah eine zusammenhängende Fläche für einen Investor bereitgestellt werden, die dem Eigentumsanteil der LEP-AöR an der Gesamtfläche entspricht.

Die Koordination der Arbeiten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes und der Bodenarchäologen unter Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Schutzfristen und der landwirtschaftlichen Bewirtschaftungspläne ist weiterhin zeitraubend.

Das Verfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes, der die künftigen verbindlichen landesplanerischen Vorgaben für die Nutzung der PrimeSite enthalten wird, dürfte nach unserer Einschätzung erst im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen werden.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 19.12.2013 gebilligt wurde, ist ein Betrag zur Risikoabdeckung (Zinssteigerungsrisiko, Schadensersatzpflichten aus Bodenuntersuchungen, ungewisse Aufwände bei der Aufstellung der Bauungspläne etc.) in Höhe von 2,088 Mio. € (= rund 5 % des Gesamtaufwandes) einkalkuliert.

Das Auswahlverfahren der BMW-Group für einen Standort für ein neues Werk zur Produktion von Personenkraftwagen im Jahre 2000 hat neben weiteren Anfragen die Attraktivität des Standortes für eine industrielle Großansiedlung bewiesen. Die Notwendigkeit, die Grundstücke „aus einer Hand“ anbieten zu können, führte nach langwierigen Abwägungen der Vor- und Nachteile und der Machbarkeit des Projektes zum Abschluss der Vereinbarung NRW.

Die Vertragsbeteiligten waren sich dabei darüber im Klaren, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen. Entsprechend wurden in der Vereinbarung NRW Regelungen zur Risikominimierung getroffen wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Ver-

einbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Während der Laufzeit der Vereinbarung ist damit zu rechnen, dass die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes in Kraft treten wird.

Das Neuaufstellungsverfahren bietet dem Land NRW die Möglichkeit, sich abzeichnenden Vermarktungsproblemen mit Planausweisungen zu begegnen, die die Argumente der Stellungnahme der LEP-AÖR vom 25.02.2014 berücksichtigen.

Gemäß § 14 Abs. 2 KUV soll ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn die Eigenkapitalausstattung nicht gefährdet wird. Ist die Abbuchung von den Rücklagen – wie im Fall der LEP-AÖR – nicht möglich, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Träger auszugleichen. Entsprechend der o.g. Vorschrift stehen die nicht ausgeglichenen Verluste der Jahre 2009 ff. ab dem Jahr 2015 (2009 = EUR 30.970,00) zum Ausgleich an.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. Euro gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens in Höhe von 12.849.068,77 Euro (Stand 31.12.2013) sind die bisherigen Investitionen einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden sobald ein weiterer Kreditbedarf von mindestens 3,0 Mio. Euro vorliegt. Bis dahin wird die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AÖR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

5.2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

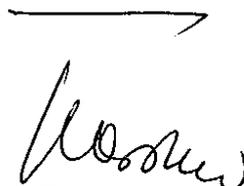
Die Stellungnahme zum Entwurf der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes NRW wurde der Staatskanzlei des Landes am 25.02.2014 zugeleitet.

Der Verwaltungsrat wird voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.04.2014 den Beschluss hierzu fassen.

Euskirchen, den 21. März 2014



Johannes Adams
Vorstandsvorsitzender



Josef Forstner
Vorstandsmitglied



Oliver Knaup
Vorstandsmitglied

Bilanz zum 31. Dezember 2012

A K T I V A

P A S S I V A

	€	Vorjahr €	€	Vorjahr €
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		15.346,58		
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.116,94		606.613,79	179.198,94
8. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		40.196,01		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.002.939,12	1.068.913,91		221.712,67
2. Forderungen gegen Trägerkommunen				384.901,12
3. sonstige Vermögensgegenstände				
III. Wertpapiere				
sonstige Wertpapiere	47.354,57	40.196,01		
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	1.832,00			
	5.649.678,80			
	<u>10.564,39</u>			
			1.257.771,95	384.901,12
			<u>2.164.385,74</u>	864.100,06
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.080.313,99			7.775.555,57
2. sonstige Rückstellungen	5.751.983,29			379.043,06
	4.718,48			
	5.662.175,19			
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 325.311,88				
(€ 65.490,75)				
2. sonstige Verbindlichkeiten	300.000,00			
- davon aus Steuern € 57.633,61 (€ 24.691,40)				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 302.023,58				
(€ 40.344,96)				
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
	300.000,00			
	4.355.925,82			
	119.595,14			
	<u>11.511.106,78</u>			
			214.802,93	97.085,92
			<u>11.511.106,78</u>	9.221.620,32

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts,
Aachen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		9.427.581,33	9.405.177,00
2. sonstige betriebliche Erträge		142.969,60	194.834,81
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	256.631,47		228.741,30
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.174.593,25</u>	1.431.224,72	1.185.589,62
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.725.173,93		3.879.579,85
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.294.885,95</u>	5.020.059,88	1.253.234,50
davon für Altersversorgung			
€ 462.865,72 (€ 487.974,47)			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		262.937,59	303.755,63
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.401.102,25	1.530.495,87
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		20.595,15	237.880,09
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>175.187,96</u>	<u>0,00</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.300.633,68	1.456.495,13
10. sonstige Steuern		348,00	951,21
11. Jahresüberschuss		1.300.285,68	1.455.543,92
12. Ausgleich der unterdotierten Kapitalrücklage aus Gründung		0,00	891.443,86
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen in satzungsmäßige Rücklagen als zweckgebundene Investitionsrücklage		<u>42.513,73</u>	<u>179.198,94</u>
14. Bilanzgewinn		<u><u>1.257.771,95</u></u>	<u><u>384.901,12</u></u>

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2012

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland CVUA Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen, sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Die Betreuung des Labors auf der ehemaligen Deponie des Kreises Euskirchen in Mechernich wurde zum 30.09.2012 aufgegeben. Die Kosten werden vom Kreis Euskirchen getragen.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

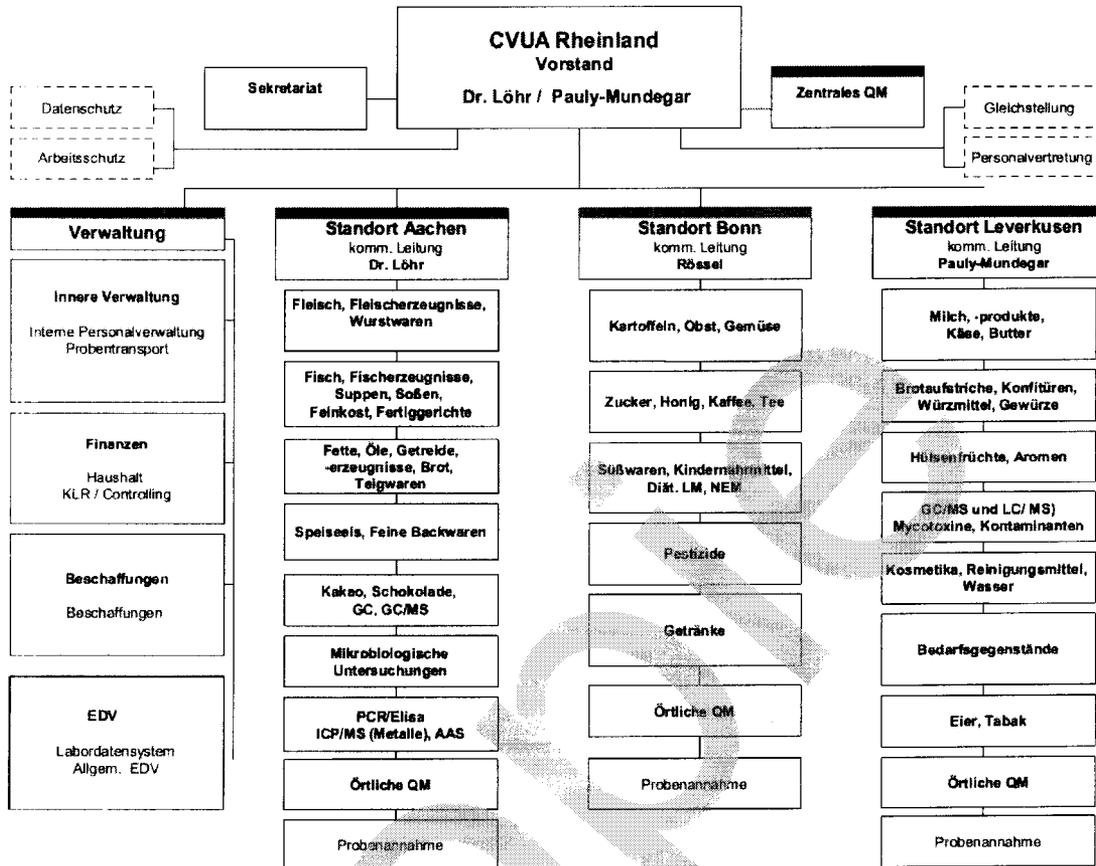
Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt. Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation im Berichtsjahr ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



Bearbeitungsstand: 01.12.2012

1.3 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen von den Trägern und dem Land durch Entgelte. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Organisatorisches

2.1.1 Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen weiterhin dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Zum Jahreswechsel 2011/2012 ist ein Mitarbeiter aus der ICP/AAS-Serviceabteilung zur Stadt Aachen zurückgekehrt. Die Stelle konnte zuerst teilweise und mit Aufgabe der Betreuung des Labors auf der ehemaligen Deponie des Kreises Euskirchen zum 30.09.2012 mit dem dort beschäftigten Mitarbeiter vollständig intern besetzt werden. Eine externe Besetzung der Stelle war somit nicht erforderlich. Der Leiter der Sachgruppe Finanzen ist zum 15.10. ebenfalls zu seiner ehemaligen Kommune, der Stadt Bonn, zurückgegangen. Die Stelle wurde frühzeitig ausgeschrieben und mit einer Finanzbuchhalterin besetzt.

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland sind im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2012 wurden insgesamt 16.551 amtliche Proben untersucht. Diese Zahl entspricht den Probenzahlen der Vorjahre.

Die Zusammenarbeit des Vorstandes mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Planung eines gemeinsamen Standorts

Der Weg über eine Bestandsimmobilie erschien im Jahr 2011 die schnellste Möglichkeit einen neuen Standort beziehen zu können.

Vom Verwaltungsrat wurde daher in 2011 die Bildung eines Auswahlgremiums beschlossen, das eingehende Immobilien-Angebote prüfen sollte.

In der ersten Sitzung des Auswahlgremiums im November 2011 wurde folgendes Ergebnis erzielt:

1. vier Angebote sollten unter Einbeziehung des Laborplaners auf deren grundsätzliche Eignung überprüft werden, bei gleichzeitiger Ermittlung der Gesamtkosten durch Umbauaufwand und Miete einschl. der Nebenkosten.
2. Weiterhin sollten die Kosten für die Erstellung eines Labors „auf der grünen Wiese“ einschl. der Angaben zur erforderlichen Grundstücksgröße ermittelt werden.

In der zweiten Sitzung des Auswahlgremiums im Februar 2012 stellte der Laborplaner, die Fa. eretec, ihren Bericht vor, differenziert nach den zur Bewertung anstehenden Varianten:

- Neubau
- mögliche Anmietung von zwei der ausgewählten Bestandsimmobilien.

Die beiden anderen Objekte standen bereits nicht mehr zur Verfügung.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 07.05.2012 mit breiter Mehrheit entschieden:

- Der Verwaltungsrat steht zu seiner Entscheidung für einen dauerhaften Standort im Regierungsbezirk Köln.

- Der Verwaltungsrat beschließt die Anmietung der beiden Bestandsimmobilien nicht weiter zu verfolgen.

Anhand einer vom Vorstand vorgelegten Bewertungsmatrix einigte man sich im Verwaltungsrat auf die regionale Eingrenzung des gemeinsamen Standorts. Es handelte sich um Teile des Rhein-Erft-Kreises mit Frechen als Mittelpunkt, die linksrheinischen Stadtgebiete Kölns und auf der rechten Rheinseite um die die rheinnahen Teile von Deutz, Kalk und Gremberghoven. Die Träger wurden gebeten, dem Vorstand mögliche Grundstücke in diesem Gebiet zu benennen.

In der Sitzung am 06.11.2012 wurde vom Verwaltungsrat beschlossen, ein Grundstück in Hürth – Kalscheuren zu erwerben. In der ersten Sitzung 2013 wurde der Kauf einer circa 8.300 m² großen Teilfläche des Grundstückes Hürth-Kalscheuren, Winterstraße, Gemeindekennung Kendenich, Flur 2 Flurstück 3440 und die europaweite Ausschreibung eines Generalplaners im VOF-Verfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb beschlossen.

3. Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2012, der vom Verwaltungsrat am 19. Januar 2012 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.638 TEuro im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 430 TEuro. Ausgewiesen war ein Gewinn von 102 TEuro. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 1.300 TEuro abgeschlossen.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.020 TEuro den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 67 %. Hierbei wurde das Entgelt des Landes NRW in Höhe 1.150 TEuro nicht berücksichtigt, da es insgesamt dem CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen zusteht.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 TEuro und die Betriebskosten mit 307 TEuro. Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 233 TEuro, der Personalverwaltung in Höhe von 28 TEuro, für Reparaturen und Instandhaltungen 93 TEuro, für Versicherungen in Höhe von 16 TEuro und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen) in Höhe von 12 TEuro. Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 263 TEuro.

4. Finanz- und Vermögenslage

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2011	31.12.2012
Bilanzsumme	9.221.620,32 €	11.511.106,78 €
Anlagevermögen	1.084.260,49 €	1.026.056,06 €
Umlaufvermögen	40.196,01 €	47.354,57 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	864.100,06 €	2.164.385,74 €
Eigenkapitalquote	9,4 %	18,8 %
Rückstellungen	8.154.598,63 €	8.504.582,65 €
Verbindlichkeiten	105.835,71 €	627.335,46 €
davon mittel-bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	4,75	5,35

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 4.356 TEuro. Die Mittel sind überwiegend als Termingelder angelegt.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 9.222 TEuro auf 11.511 TEuro erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus dem Bestand an Guthaben bei der Sparkasse Köln-Bonn. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme des Eigenkapitals, der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr wurden 207 TEuro in neue Laborgeräte (s. Anlagespiegel) investiert. Die nicht vorgesehene Beschaffung des NIR-Gerätes wurde vom Verwaltungsrat per Umlaufbeschluss genehmigt. Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind etwa zwei Drittel bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 76 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit abgenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 8.504.582,65 € gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (8.080 TEuro). Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 5.538 TEuro).

Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.300.285,68 € erwirtschaftet. Gemäß § 3 Absatz 1 der Finanzsatzung des CVUA Rheinland wurde der nicht reinvestierte Teil der Abschreibungsbeträge von Vermögensgegenständen in Höhe von 42.513,73 € der Investitionsrücklage zugeführt.

Außerdem wird vorgeschlagen den Restbetrag von 1.257.771,95 gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

5. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

5.1 Schwerpunktbildung NRW

Gemeinsam mit den Vorständen der anderen integrierten Untersuchungsanstalten wurden die Vorbereitungen zu einer engeren Zusammenarbeit begonnen, um im Sinne des Verbraucherschutzes gesicherte Untersuchungsquantität und –qualität wirtschaftlich realisieren zu können. Dabei werden die nachfolgend dargestellten Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Die Schwerpunktbildung betrifft alle Arbeitsbereiche der Untersuchungseinrichtungen (Lebensmittel, Kosmetika, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Tabak, Diagnostik, Rückstandsuntersuchungen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan, Gentechnikrecht, Radioaktivität usw.).
- Die Struktur der Untersuchungsämter in NRW wird von derzeit vier, letztendlich durch Integration der kommunalen Einrichtungen, auf fünf Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) anwachsen, die hinsichtlich ihrer fachlichen Leistungsfähigkeit gleichwertig sein sollten.
- Alle in NRW anfallenden Untersuchungen sollten aufgrund der Größe und Bedeutung des Landes grundsätzlich auch von den hiesigen Untersuchungseinrichtungen durchgeführt werden. Ausnahmen beschränken sich auf wenige, speziell zu begründende Fälle.
- Der ständig steigende Aufgabenzuwachs bringt es zwangsläufig mit sich, dass jede AöR schon jetzt nicht mehr alles machen kann (u.a. wegen des zu hohen Investitionsaufwandes für spezielle Geräte und eines nicht mehr leistbaren Aufwandes für alle Methodenvalidierungen). Daher ist eine Arbeitsteilung durch Schwerpunktbildung unvermeidlich.

Die Schwerpunktbildung kann auf zwei verschiedene Weisen realisiert werden:

- a) „Kompetenzzentren“ untersuchen bei bestimmten Probenarten auf ganz bestimmte Untersuchungsziele. Sie erhalten Proben auch von Kreisordnungsbehörden, die nicht in ihrem Einzugsbereich liegen, und erstellen abschließend die Gutachten. Außerdem sind diese Kompetenzzentren für diese Thematik Ansprechpartner in ganz NRW.
- b) „Schwerpunktlabore“ bearbeiten bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen auch im Unterauftrag für andere Untersuchungseinrichtungen in NRW und liefern diesen neben den Ergebnissen ggf. einen Beurteilungsbeitrag für die Gutachten, die dort zu den jeweiligen Proben erstellt werden.

Die Vorstände der vier Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich bereits im Jahr 2011 intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt. In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann aller-

dings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden.

5.2. Akkreditierung

Das CVUA Rheinland ist über die vier kommunalen Einrichtungen bis zum 13. Mai 2013 durch die Staatliche Anerkennungsstelle der Lebensmittelüberwachung mit Sitz in Wiesbaden (SAL) gemäß den Qualitätssicherungskriterien für Laboratorien der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz akkreditiert.

Die mit der Akkreditierung verbundenen Kosten lagen zu Zeiten der SAL im unteren 5-stelligen Bereich.

Ab dem 01. Januar 2010 müssen gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 die Mitgliedstaaten eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Durch den Wechsel der Akkreditierungsstelle werden sich die Kosten für die nächste Akkreditierung im Februar 2013 signifikant erhöhen.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2012 eingetreten sind, liegen nicht vor.

6. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

7. Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2013, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 16. Januar 2013 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von rd. 595 TEuro Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10.155 TEuro im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 410 TEuro bestimmt.

Aachen, den 30. September 2013

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand –

gez. Dr. Gerhard Löhr

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

Kopie

Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

A. ANLAGEVERMÖGEN

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte
und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen
Rechten und Werten
- II. Sachanlagen
- 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
- 2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
- 3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

B. UMLAUFVERMÖGEN

- I. Vorräte
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
- II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
- 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- 2. Forderungen gegen Trägerkommunen
- 3. sonstige Vermögensgegenstände
- III. Wertpapiere
sonstige Wertpapiere
- IV Guthaben bei Kreditinstituten

C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

	€	Vorjahr €	€	Vorjahr €
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.5370,63	23.116,94		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	666.759,28	0,00		
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.107.117,19	1.002.939,12		
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	287.196,09	0,00		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	53.276,83	47.354,57		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.236,09	1.932,00		
2. Forderungen gegen Trägerkommunen	5.727.662,00	5.649.678,80		
3. sonstige Vermögensgegenstände	2.733,24	10.564,39		
III. Wertpapiere				
sonstige Wertpapiere	300.000,00	300.000,00		
IV Guthaben bei Kreditinstituten	4.788.044,45	4.355.925,82		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	52.009,85	119.595,14		
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
	13.001.405,65	11.511.106,78		
A. EIGENKAPITAL				
I. Stammkapital			300.000,00	300.000,00
II. Gewinnrücklagen				
1. zweckgebundene Investitionsrücklage		221.712,67		221.712,67
2. allgemeine Rücklage		1.642.673,07		384.901,12
III. Bilanzgewinn			1.450.678,41	1.257.771,95
			3.615.064,15	2.164.385,74
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.627.750,00		8.980.621,41	8.080.313,99
2. sonstige Rückstellungen	352.871,41			424.288,66
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	231.585,11			325.311,88
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 231.585,11 (€ 325.311,88)				
2. sonstige Verbindlichkeiten	60.142,27		291.727,38	302.023,58
- davon aus Steuern € 60.110,45 (€ 57.633,61)				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 60.142,27 (€ 302.023,58)				
D. Rechnungsabgrenzungsposten			113.992,71	214.802,93
	13.001.405,65	11.511.106,78	13.001.405,65	11.511.106,78

PASSIVA

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
Aachen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		9.441.909,98	9.427.581,33
2. sonstige betriebliche Erträge		90.167,45	142.969,60
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	296.290,90		256.631,47
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.163.186,84</u>	1.459.477,74	1.174.593,25
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.757.490,43		3.725.173,93
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 788.398,92 (€ 532.209,01)	<u>1.410.247,60</u>	5.167.738,03	1.294.885,95
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		232.078,50	262.937,59
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.426.518,66	1.401.102,25
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		204.650,91	20.595,15
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>0,00</u>	<u>175.187,96</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.450.915,41	1.300.633,68
10. sonstige Steuern		237,00	348,00
11. Jahresüberschuss		1.450.678,41	1.300.285,68
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.257.771,95	384.901,12
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in satzungsmäßige Rücklagen als zweckgebundene Investitionsrücklage	0,00		42.513,73
b) in die allgemeine Rücklage	<u>1.257.771,95</u>	1.257.771,95	384.901,12
14. Bilanzgewinn		<u>1.450.678,41</u>	<u>1.257.771,95</u>

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2013

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland CVUA Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen, sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen.

1.1. Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tiererschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

1.2. Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

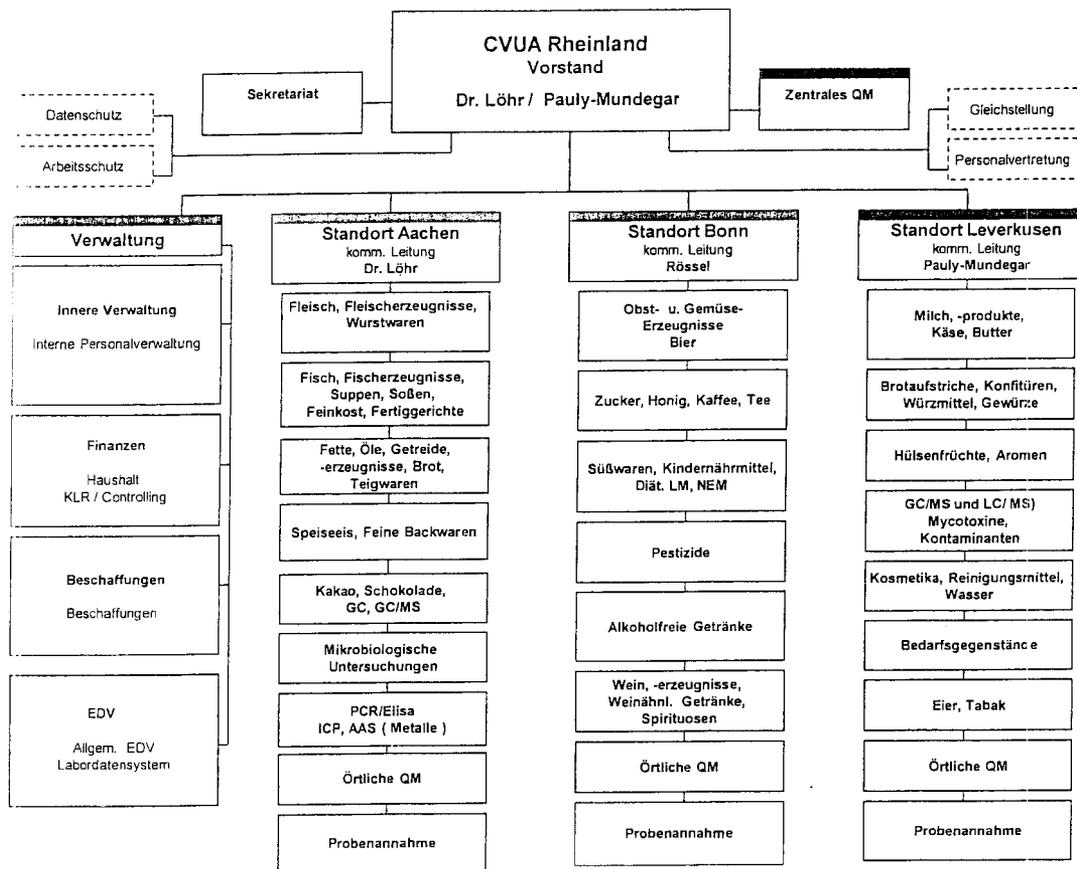
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation im Berichtsjahr ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



Bearbeitungsstand: 31.12.2013

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen weiterhin dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr beendete ein Mitarbeiter die Freistellungsphase der ATZ und schied in die Altersrente aus. Diese Stelle wurde - wie bereits bei Gründung des CVUA Rheinland beschlossen - nicht mehr besetzt. Eine weitere Mitarbeiterin wurde aus Altersgründen verrentet, auch diese Stelle wurde nicht nachbesetzt. Krankheitsbedingt wurde eine Mitarbeiterin rückwirkend zum 01.12.2013 verrentet. Diese Stelle war bereits befristet wiederbesetzt. Freiwerdende Stellen bzw. Stellenanteile durch Elternzeit oder Arbeitszeitverkürzungen wurden mit entsprechenden Zeitverträgen wieder besetzt. Zwei Auszubildende schlossen mit Erfolg ihre Ausbildung zum Chemie-Laboranten ab.

2.2.2. Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2013 wurden insgesamt 17.196 amtliche Proben untersucht.

Am Standort Bonn wurden die Aufgabenzuschnitte der FG 201 und 205 den veränderten Anforderungen angepasst und ein zusätzliches FG 206 eingerichtet. Die fachlichen Umstrukturierungen haben keine Auswirkungen auf den Stellenplan.

2.2.3. Planung eines gemeinsamen Standorts

In der ersten Sitzung des Verwaltungsrats 2013 wurde der Kauf einer circa 8.300 m² großen Teilfläche des Grundstückes Hürth-Kalscheuren, Winterstraße, Gemeindekennung Kendenich, Flur 2 Flurstück 3440 beschlossen. Das Grundstück wurde im August durch notariellen Vertrag vom CVUA Rheinland erworben.

Vom Verwaltungsrat wurde ebenfalls die europaweite Ausschreibung eines Generalplaners im VOF-Verfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb beschlossen.

Mit der Auswahl des Generalplaners wurden 5 Mitglieder des Verwaltungsrats und der Vorstand (als zuständige Vergabestelle) beauftragt. Die Präsentationen fanden am 18. und 19. Juni 2013 statt. In seiner Sitzung am 25.06.2013 wurde im Verwaltungsrat die Entscheidung des Auswahlgremiums bestätigt und einstimmig die Fa. kadawittfeld GmbH, Aachen als Generalplaner für den neuen Standort bestimmt.

Nach Ablauf der Wartefrist nach § 101 a GWB wurde die Fa. kadawittfeld GmbH, Aachen als Generalplaner für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth, Winterstraße beauftragt. Mit einer Auftaktveranstaltung am 05.09.2013 wurde das Projekt „Neubau des CVUA Rheinland“ offiziell gestartet. Die Vorentwurfsplanung wurde im Januar 2014 abgeschlossen.

Der Bauantrag soll Ende April 2014 bei der Stadt Hürth eingereicht werden. Die Bauarbeiten sollen dann im Herbst beginnen.

Der Bezug des Neubaus ist für das 1. Quartal 2016 geplant.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2013, der vom Verwaltungsrat am 16. Januar 2013 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10.155 TEuro im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 1.130 TEuro, wobei 410 TEuro für allgemeine Investitionen und 720 TEuro für den Kauf des Grundstücks einschl. der Erwerbsnebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Gewinn von 595 TEuro.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 1.451 TEuro abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß per Umlaufbeschluss vom 15.11.2012 festgesetzter Entgeltordnung 9.432 TEuro (Vj.: 9.412 TEuro). Daneben wurden Gebühren für Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen in Höhe von 10 TEuro (Vj.: 15 TEuro) erhoben.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.168 TEuro (Vj.: 5.020 TEuro) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 62 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 TEuro berücksichtigt.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 TEuro (Vj.: 505 TEuro) und die Betriebskosten mit 313 TEuro (Vj.: 307 TEuro). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 172 TEuro (Vj.: 233 TEuro), der Personalverwaltung in Höhe von 36 TEuro (Vj.: 28 TEuro), für Reparaturen und Instandhaltungen 129 TEuro (Vj.: 93 TEuro), für Versicherungen in Höhe von 18 TEuro (Vj.: 16 TEuro) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen) in Höhe von 12 TEuro (Vj.: 233 TEuro).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 232 TEuro (Vj.: 263 TEuro).

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2012	31.12.2013
Bilanzsumme	11.511.106,78 €	13.001.405,65 €
Anlagevermögen	1.026.056,06 €	2.076.443,19 €
Vorratsvermögen	47.354,57 €	53.276,83 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	2.164.385,74 €	3.615.064,15 €
Eigenkapitalquote	18,8 %	27,8 %
Rückstellungen	8.504.582,65 €	8.980.621,41 €
Verbindlichkeiten	627.335,46 €	291.727,38 €
davon mittel-bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	-0,26	-0,65

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 5.088 TEuro. Die Mittel sind überwiegend als Termingelder angelegt.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 11.511 TEuro auf 13.001 TEuro erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus dem Kauf des Grundstücks und den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme des Eigenkapitals und der Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 321 TEuro in neue Laborgeräte (s. Anlagespiegel) und 896 T€ in den Kauf des Grundstücks in Hürth und in Planungskosten für den Neubau investiert.

Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind rund 90 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 551 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 8.980.621,41 € (Vj.: 8.505 TEuro) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 8.628 TEuro. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 5.728 TEuro.

2.4. Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.450.678,41 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2013 eingetreten sind, liegen nicht vor.

4. Prognosebericht

4.1. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

4.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Gemeinsam mit den Vorständen der anderen integrierten Untersuchungsanstalten wurden die Vorbereitungen zu einer engeren Zusammenarbeit begonnen, um im Sinne des Verbraucherschutzes gesicherte Untersuchungsquantität und –qualität wirtschaftlich realisieren zu können. Dabei werden die nachfolgend dargestellten Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Die Schwerpunktbildung betrifft alle Arbeitsbereiche der Untersuchungseinrichtungen (Lebensmittel, Kosmetika, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Tabak, Diagnostik, Rückstandsuntersuchungen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan, Gentechnikrecht, Radioaktivität usw.).
- Die Struktur der Untersuchungsämter in NRW wird von derzeit vier, letztendlich durch Integration der kommunalen Einrichtungen, auf fünf Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) anwachsen, die hinsichtlich ihrer fachlichen Leistungsfähigkeit gleichwertig sein sollten.
- Alle in NRW anfallenden Untersuchungen sollten aufgrund der Größe und Bedeutung des Landes grundsätzlich auch von den hiesigen Untersuchungseinrichtungen durchgeführt werden. Ausnahmen beschränken sich auf wenige, speziell zu begründende Fälle.
- Der ständig steigende Aufgabenzuwachs bringt es zwangsläufig mit sich, dass jede AöR schon jetzt nicht mehr alles machen kann (u.a. wegen des zu hohen Investitionsaufwandes für spezielle Geräte und eines nicht mehr leistbaren Aufwandes für alle Methodvalidierungen). Daher ist eine Arbeitsteilung durch Schwerpunktbildung unvermeidlich.

Die Schwerpunktbildung kann auf zwei verschiedene Weisen realisiert werden:

- a) „Kompetenzzentren“ untersuchen bei bestimmten Probenarten auf ganz bestimmte Untersuchungsziele. Sie erhalten Proben auch von Kreisordnungsbehörden, die nicht in ihrem Einzugsbereich liegen, und erstellen abschließend die Gutachten. Außerdem sind diese Kompetenzzentren für diese Thematik Ansprechpartner in ganz NRW.
- b) „Schwerpunktlabore“ bearbeiten bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen auch im Unterauftrag für andere Untersuchungseinrichtungen in NRW und liefern diesen neben den Ergebnissen ggf. einen Beurteilungsbeitrag für die Gutachten, die dort zu den jeweiligen Proben erstellt werden.

Die Vorstände der vier Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich bereits im Jahr 2011 intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt. In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann allerdings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden.

4.1.2. Akkreditierung

Das CVUA Rheinland war über die vier kommunalen Einrichtungen bis zum 13. Mai 2013 durch die Staatliche Anerkennungsstelle der Lebensmittelüberwachung mit Sitz in Wiesbaden (SAL) gemäß den Qualitätssicherungskriterien für Laboratorien der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz akkreditiert.

Ab dem 01. Januar 2010 müssen gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 die Mitgliedstaaten eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 18. – 22. Februar 2013 führte die DAkKS mit einem Team von fünf Personen die Erstakkreditierung des CVUA Rheinland an allen drei Standorten durch. Dabei wurden Mängel in sog. Abweichungsberichten vermerkt, die im Anschluss zu beheben waren. Dafür wurde ein Zeitraum von 6 Monaten eingeräumt, sodass die Akkreditierungsurkunde mit Datum vom 09.08.2013 für 5 Jahre ausgestellt werden konnte. Durch den Wechsel der Akkreditierungsstelle haben sich die Kosten für die Akkreditierung signifikant erhöht. Außerdem finden bis zur Re-Akkreditierung im Jahr 2018 drei Überwachungsbegutachtungen statt, voraussichtlich im August 2014, Februar 2016 und August 2017.

4.1.3. Neubau

Die Anstalt wurde gegründet, um aus den vier kommunalen Einrichtungen ein schlagkräftiges, für den Verbraucher kompetentes Institut zu machen. Es war erklärter Wille, eine Anstalt zu errichten, die auf Augenhöhe mit anderen Anstalten in NRW und bundesweit kommunizieren kann.

Bereits bei der Gründung war den Beteiligten bewusst, dass dies nur durch die Zusammenlegung an einen Standort erreicht werden kann. Um den Verbraucherschutz dauerhaft in der geforderten Qualität aufrecht zu erhalten, müssen die Synergieeffekte, die sich durch eine Zusammenlegung eröffnen, genutzt werden.

Nach intensiver Vorauswahl fiel die Entscheidung ein Grundstück in Hürth-Kalscheuren zu kaufen und dort einen Laborneubau zu errichten.

Ziel ist die Nutzung von Synergien durch Bündelung von Ressourcen und der Optimierung von Betriebsabläufen, Betriebswirtschaft sowie der Organisation.

Der Bauantrag soll Ende April 2014 bei der Stadt Hürth eingereicht werden. Die Bauarbeiten sollen dann im Herbst beginnen. Der Bezug des Neubaus ist für das 1. Quartal 2016 geplant.

Es besteht hier ein Risiko, dass die Arbeiten sich verzögern und der Termin des Einzugs nicht erreicht werden kann, was eine Erhöhung der Kosten zur Folge hätte.

Zur Risikominimierung wurde deshalb ein externer Projektsteuerer beauftragt.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

4.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2014, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 19. Dezember 2013 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von rd. 465 TEuro Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 13.169 TEuro im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 3.915 TEuro bestimmt.

5. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Aachen, den 10. April 2014

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland

- Anstalt des öffentlichen Rechts -

- Der Vorstand -

gez. Dr. Gerhard Löhr

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

Teil D – Auswertungen und Übersichten

1. Auswertung der Jahresabschlüsse

Zu den wesentlichen Beteiligungen sind gem. § 52 GemHVO Strukturbilanzen und aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen beigelegt. Auf Auswertungen wurde bei Gesellschaften, die überwiegend außerhalb des Kreisgebietes tätig sind, generell verzichtet, weiterhin in den Fällen, wo diese keine Aussagekraft besitzen. Letzteres gilt insb. bei reinen Service- oder Projektgesellschaften, Gesellschaften mit geringer Geschäftstätigkeit oder geringem Beteiligungsanteil des Kreises. Bei Gesellschaften im Rumpfgeschäftsjahr wird ebenfalls auf die Auswertungen verzichtet.

Bei der RVK GmbH sowie bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG wurde die Auswertung auf Konzernebene vorgenommen.

Gesellschaft	ab Seite
1. AGIT	339
2. EuGeBau 2012	341
3. VRS GmbH	343
4. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern	345
• KKM GmbH	347
• Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	349
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	351
• AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	353
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	355
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	357
5. RVK GmbH – Konzern	359
6. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG – Konzern	361
7. Vogelsang ip gGmbH	363
8. Nordeifel Tourismus GmbH	365

Hinweise:

1. Rundungsdifferenzen

Durch automatische Rundungen, insb. bei der Umrechnung auf T€, können die hier zusammengestellten Werte geringfügig von den Angaben der Original-Jahresabschlüsse abweichen.

2. Spalten „Veränderung Berichtsjahr zum Vorjahr“

Die Veränderungen des Geschäftsjahres zum Vorjahr sind jeweils als absolute Werte in T€ sowie im prozentualen Verhältnis zum Vorjahreswert dargestellt. Geringfügige Veränderungen bis zu 1 T€ bzw. bis zu 1 % werden aus Übersichtlichkeitsgründen nicht angezeigt.

3. Strukturbilanzen

Als langfristig werden Positionen mit einer Restlaufzeit ab einem Jahr angesehen. Die Prozentangaben beim Berichtsjahr und bei den Vorjahren stellen den jeweiligen Anteil der Position an der Bilanzsumme dar.

4. Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen

Soweit der Kreis eine Ausschüttung erhalten (+) bzw. Ausgleichszahlungen (-) geleistet hat, ist dies separat dargestellt (s. hierzu auch Teil D.2). Wesentliche Positionen wurden untergliedert.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013

AGIT GmbH

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	0	0,0%	2	0,0%	4	0,0%	-2	-92,6%
Sachanlagen	7.035	80,7%	7.892	82,1%	8.779	85,0%	-857	-10,9%
Finanzanlagen	49	0,6%	51	0,5%	51	0,5%	-2	-3,0%
Summe Anlagevermögen	7.085	81,3%	7.945	82,6%	8.833	85,5%	-861	-10,8%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	201	2,3%	280	2,9%	353	3,4%	-79	-28,3%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.157	13,3%	1.261	13,1%	912	8,8%	-104	-8,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	273	3,1%	131	1,4%	232	2,2%	+142	+108,6%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.630	18,7%	1.671	17,4%	1.497	14,5%	-41	-2,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	8.715	100,0%	9.617	100,0%	10.330	100,0%	-902	-9,4%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.253	37,3%	3.253	33,8%	3.253	31,5%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.103	-24,1%	-2.150	-22,4%	-1.852	-17,9%	+47	-2,2%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10	0,1%	47	0,5%	-298	-2,9%	-36	-77,7%
Summe Eigenkapital	1.160	13,3%	1.150	12,0%	1.103	10,7%	+10	0,9%
B Langfristiges Fremdkapital	4.951	56,8%	6.619	68,8%	7.287	70,5%	-1.668	-25,2%
Langfristige Sonderposten	2.901	33,3%	3.551	36,9%	4.189	40,6%	-650	-18,3%
Langfristige Rückstellungen	3	0,0%	3	0,0%	3	0,0%		
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.529	17,5%	2.547	26,5%	2.577	24,9%	-1.018	-40,0%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	112	1,3%	112	1,2%	112	1,1%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	406	4,7%	406	4,2%	406	3,9%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	2.604	29,9%	1.848	19,2%	1.940	18,8%	+756	+40,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	172	2,0%	136	1,4%	136	1,3%	+36	+26,5%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.982	22,7%	1.002	10,4%	994	9,6%	+980	+97,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	331	3,8%	447	4,7%	539	5,2%	-116	-26,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	28	0,3%	29	0,3%	13	0,1%		-2,5%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	92	1,1%	235	2,4%	257	2,5%	-143	-60,9%
Summe Fremdkapital	7.555	86,7%	8.467	88,0%	9.227	89,3%	-912	-10,8%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	8.715	100,0%	9.617	100,0%	10.330	100,0%	-902	-9,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2013

AGIT GmbH

	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse *1	3.697	3.369	3.014	+ 329	+9,8%
2 Bestandsveränderungen	0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne 11.)	80	66	30	+ 15	+22,2%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	3.777	3.434	3.043	+ 343	+10,0%
6 Materialaufwand	0	0	27		
7 Personalaufwand	1.664	2.397	2.684	-734	-30,6%
8 Abschreibungen	902	914	910	-11	-1,3%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen, davon:	3.147	3.615	2.804	-468	-12,9%
Raum- und Grundstücksaufwendungen	2.371	2.392	1.819	-20	-0,8%
Verwaltungs- und Werbeaufwendungen, Fremdarbeiten	544	963	890	-419	-43,5%
sonstige Aufwendungen	231	260	96	-29	-11,1%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	5.713	6.926	6.425	-1.213	-17,5%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.935	-3.492	-3.382	+ 1.556	-44,6%
11 Betriebskostenzuschüsse *2	1.549	3.149	2.692	-1.600	-50,8%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	650	651	650	-1	-0,1%
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	2.199	3.800	3.341	-1.601	-42,1%
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	264	309	-40	-45	-14,5%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1	-1	-67,3%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	157	162	-9	-5,5%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	-148	-156	-161	+8	-5,2%
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	116	153	-201	-37	-24,0%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26 Sonstige Steuern	106	106	97	-	-0,4%
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	10	47	-298	-36	-77,7%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
Mieten, Mietneben- u. sonst. Vorhaltekosten	3.310	3.145	2.508	+ 165	+ 5,2%
Projekte, Veranstalt., Kostenerstattungen	583	469	751	+ 113	+24,2%
Erlöskorrektur Innenumsätze	-195	-246	-245	+ 50	-20,5%

zu *2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Landes-/Bundeshaushalt, Projektzuschüsse	308	1.548	1.474	-1.241	-80,1%
Zuschüsse der Gesellschafter	1.241	1.601	1.218	-359	-22,4%
davon Kreis Euskirchen	87	96	74	-9	-9,4%

Hinweis: zu *2: Werden hier - im Gegensatz zum Jahresabschluss - als Betriebskostenzuschüsse separat ausgewiesen.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	39	0,1%	27	0,1%	31	0,1%	+12	+42,5%
Sachanlagen	46.028	87,0%	44.619	88,8%	42.259	86,4%	+1.409	+3,2%
Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		
Summe Anlagevermögen	46.067	87,1%	44.647	88,9%	42.290	86,4%	+1.420	+3,2%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	2.942	5,6%	2.693	5,4%	3.072	6,3%	+249	+9,2%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	477	0,9%	562	1,1%	205	0,4%	-85	-15,1%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	3.433	6,5%	2.335	4,6%	3.358	6,9%	+1.098	+47,0%
Summe Umlaufvermögen	6.852	12,9%	5.591	11,1%	6.635	13,6%	+1.262	+22,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	52.919	100,0%	50.237	100,0%	48.925	100,0%	+2.682	+5,3%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	2.608	4,9%	2.608	5,2%	2.608	5,3%		
Gewinnrücklagen	10.954	20,7%	10.782	21,5%	10.066	20,6%	+173	+1,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	496	0,9%	486	1,0%	1.028	2,1%	+10	+2,0%
Summe Eigenkapital	14.058	26,6%	13.876	27,6%	13.703	28,0%	+183	+1,3%
B Langfristiges Fremdkapital	<u>33.332</u>	<u>63,0%</u>	<u>31.155</u>	<u>62,0%</u>	<u>30.379</u>	<u>62,1%</u>	<u>+2.177</u>	<u>+7,0%</u>
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	59	0,1%	47	0,1%	40	0,1%	+12	+26,6%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	33.272	62,9%	31.108	61,9%	30.339	62,0%	+2.164	+7,0%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	5.529	10,4%	5.207	10,4%	4.842	9,9%	+322	+6,2%
Kurzfristige Sonderposten	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Kurzfristige Rückstellungen	69	0,1%	66	0,1%	126	0,3%	+3	+4,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.573	3,0%	1.379	2,7%	1.105	2,3%	+193	+14,0%
Verbindlichkeiten aus Vermietung, Betreuungstätigkeit, Lieferungen und Leistungen	1.380	2,6%	1.220	2,4%	805	1,6%	+161	+13,2%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.507	4,7%	2.541	5,1%	2.806	5,7%	-34	-1,4%
Summe Fremdkapital	38.861	73,4%	36.362	72,4%	35.222	72,0%	+2.499	+6,9%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	52.919	100,0%	50.237	100,0%	48.925	100,0%	+2.682	+5,3%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2012
Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	7.688	8.185	8.570	-498	-6,1%
2	Bestandsveränderungen	256	-321	-278	+577	-179,8%
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	1	0	0	+1	
4	Sonstige betriebliche Erträge	135	110	263	+25	+22,7%
	davon: Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Bauinstandhaltung	0	0	0		
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	8.080	7.975	8.554	+105	+1,3%
6a	Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.693	3.634	2.776	+59	+1,6%
6b	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	169	459	810	-290	-63,2%
7	Personalaufwand	1.178	1.117	1.064	+61	+5,5%
8	Abschreibungen	1.003	988	1.413	+16	+1,6%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	343	330	284	+13	+4,0%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	6.387	6.528	6.346	-141	-2,2%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	1.693	1.447	2.208	+246	+17,0%
	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.693	1.447	2.208	+246	+17,0%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	-	-7,8%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26	28	33	-2	-7,0%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	908	811	808	+98	+12,0%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-882	-783	-775	-100	+12,7%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	811	664	1.434	+146	+22,0%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	149	14	242	+136	+987,9%
26	Sonstige Steuern	164	165	163	-1	-0,6%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	497	486	1.028	+11	+2,4%

Verlustausgleich/Ausschüttung Kreis EU (Brutto)	130	130	130		
Verlustausgleich/Ausschüttung an Kreis EU (netto)	109	109	109		

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse

aus der Hausbewirtschaftung	7.202	7.089	7.064	+113	+1,6%
aus dem Verkauf von Grundstücken	271	917	1.333	-646	-70,4%
aus Betreuungstätigkeit	215	179	173	+36	+19,8%

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	883	1,5%	822	1,7%	456	1,2%	+61	+7,4%
Sachanlagen	940	1,6%	750	1,6%	824	2,2%	+190	+25,4%
Finanzanlagen	1.116	1,9%	1.124	2,4%	958	2,5%	-8	
Summe Anlagevermögen	2.938	5,0%	2.696	5,7%	2.238	5,9%	+243	+9,0%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>		<i>±</i>	
Vorräte	9	0,0%	8	0,0%	7	0,0%		
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.054	1,8%	643	1,4%	1.154	3,0%	+411	+63,8%
Wertpapiere	0		0		9.000	23,8%		
Flüssige/liquide Mittel	54.401	92,9%	43.530	92,6%	25.381	67,0%	+10.872	+25,0%
aktiver Unterschied aus Vermögensverrechnung	187	0,3%	148	0,3%	86	0,2%	+39	+26,4%
Summe Umlaufvermögen	55.651	95,0%	44.329	94,3%	35.628	94,1%	+11.322	+25,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	58.589	100,0%	47.025	100,0%	37.867	100,0%	+11.565	+24,6%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	240	0,4%	240	0,5%	240	0,6%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	240	0,4%	240	0,5%	240	0,6%	±	
B Langfristiges Fremdkapital	3.026	5,2%	2.976	6,3%	2.420	6,4%	+51	+1,7%
Langfristige Sonderposten	726	1,2%	685	1,5%	364	1,0%	+41	+6,0%
Langfristige Rückstellungen	2.300	3,9%	2.291	4,9%	2.056	5,4%	+10	
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	55.323	94,4%	43.809	93,2%	35.207	93,0%	+11.514	+26,3%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	356	0,6%	310	0,7%	429	1,1%	+46	+14,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.159	2,0%	905	1,9%	1.243	3,3%	+254	+28,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	53.807	91,8%	42.594	90,6%	33.534	88,6%	+11.213	+26,3%
Summe Fremdkapital	58.349	99,6%	46.785	99,5%	37.627	99,4%	+11.565	+24,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	58.589	100,0%	47.025	100,0%	37.867	100,0%	+11.565	24,6%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2013
Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse)	0	0	0		
2 Erstattungen	4.343	4.214	4.572	+130	+3,1%
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	1.230	684	679	+547	+80,0%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	5.574	4.897	5.251	+676	+13,8%
6 Materialaufwand	4.977	4.806	5.116	+171	+3,6%
7 Personalaufwand	4.284	4.326	3.780	-42	-1,0%
8 Abschreibungen	468	383	356	+85	+22,2%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.896	1.707	1.354	+189	+11,1%
<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>11.625</u>	<u>11.221</u>	<u>10.605</u>	<u>+404</u>	<u>+3,6%</u>
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-6.051	-6.324	-5.354	+273	-4,3%
11 Betriebskostenzuschüsse *1	6.219	6.295	5.493	-76	-1,2%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>6.219</u>	<u>6.295</u>	<u>5.493</u>	<u>-76</u>	<u>-1,2%</u>
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	168	-29	139	+197	-675,1%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	44	46	50	-2	-3,8%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	148	273	-147	-99,5%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	14	0	13	+14	
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	154	97	105	+57	+58,6%
20 <u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-123</u>	<u>96</u>	<u>206</u>	<u>-220</u>	<u>-228,2%</u>
21 Ergebnis der gewöhnlichen	44	67	345	-23	-33,8%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	235		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	-235		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	110		
26 Sonstige Steuern	0	0	0		
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	44	67	0	-23	+100,0%
* 1 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Sonderzuschüsse zur Projektförderung	3.329	3.533	3.015	-204	-5,8%
Zweckverband VRS	2.310	2.569	2.531	-259	-10,1%
Mitglieder des Zweckverbandes VRS (u.a. Kreis EU)	300	300	300		
davon: Kreis EU	23	23	23		

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	563	0,7%	576	0,7%	496	0,6%	-13	-2,2%
Sachanlagen	59.649	71,6%	57.238	68,7%	56.297	70,4%	+2.411	+4,2%
Finanzanlagen	34	0,0%	34	0,0%	34	0,0%		
Summe Anlagevermögen	60.246	72,3%	57.848	69,4%	56.826	71,0%	+2.398	+4,1%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	2.228	2,7%	2.226	2,7%	2.101	2,6%	+2	
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	12.852	15,4%	11.739	14,1%	10.061	12,6%	+1.113	+9,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	4.525	5,4%	8.041	9,6%	7.532	9,4%	-3.516	-43,7%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	4,2%	3.490	4,2%	3.490	4,4%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	23.095	27,7%	25.495	30,6%	23.184	29,0%	-2.401	-9,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	83.341	100,0%	83.344	100,0%	80.010	100,0%	-3	
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,8%	665	0,8%	665	0,8%		
Kapitalrücklage	3.783	4,5%	3.783	4,5%	3.783	4,7%		
Gewinnrücklagen	4.305	5,2%	4.305	5,2%	4.305	5,4%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	13.561	16,3%	12.160	14,6%	10.948	13,7%	+1.401	+11,5%
Unterschiedsbetrag/Ausgleichsposten	1.269	1,5%	1.035	1,2%	927	1,2%	+234	+22,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.657	3,2%	1.401	1,7%	1.212	1,5%	+1.256	+89,7%
Summe Eigenkapital	26.240	31,5%	23.349	28,0%	21.840	27,3%	+2.891	+12,4%
B Langfristiges Fremdkapital	40.219	48,3%	42.188	50,6%	43.156	53,9%	-1.970	-4,7%
Langfristige Sonderposten	18.174	21,8%	19.122	22,9%	19.835	24,8%	-948	-5,0%
Langfristige Rückstellungen	238	0,3%	366	0,4%	522	0,7%	-128	-35,0%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	21.110	25,3%	22.268	26,7%	22.383	28,0%	-1.157	-5,2%
Langfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie nach Krankenhausfinanzierungsrecht	104	0,1%	71	0,1%	133	0,2%	+33	+45,9%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	593	0,7%	362	0,4%	282	0,4%	+231	+63,9%
C Kurzfristiges Fremdkapital	16.882	20,3%	17.807	21,4%	15.014	18,8%	-924	-5,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	9.570	11,5%	10.243	12,3%	8.598	10,7%	-672	-6,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.723	2,1%	1.753	2,1%	1.583	2,0%	-30	-1,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.982	3,6%	2.577	3,1%	2.577	3,2%	+406	+15,7%
Kurzfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie nach Krankenhausfinanzierungsrecht	627	0,8%	1.299	1,6%	219	0,3%	-672	-51,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.980	2,4%	1.936	2,3%	2.038	2,5%	+44	+2,3%
Summe Fremdkapital	57.101	68,5%	59.995	72,0%	58.170	72,7%	-2.894	-4,8%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	83.341	100,0%	83.344	100,0%	80.010	100,0%	-3	

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2013
Kreiskrankenhaus Mechernich - Konzernabschluss

Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse Altenpflege und Rehabilitation	16.507	16.013	15.159	+494	+3,1%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	57.191	54.293	52.197	+2.897	+5,3%
Erlöse aus Wahlleistungen	1.987	2.008	1.796	-21	-1,0%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.549	2.524	2.448	+25	+1,0%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.100	1.157	1.435	-57	-4,9%
Bestandsveränderungen	-35	6	45	-42	-651,6%
Sonstige Umsatzerlöse	689	753	609	-64	-8,5%
Sonstige betriebliche Erträge	3.734	3.332	3.201	+402	+12,1%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	83.722	80.086	76.891	+3.636	+4,5%
Materialaufwand	19.724	19.397	18.378	+327	+1,7%
Personalaufwand	51.523	48.419	45.466	+3.104	+6,4%
Abschreibungen	4.664	4.290	4.185	+374	+8,7%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.472	9.377	10.328	-906	-9,7%
Zwischensumme Aufwand	84.383	81.483	78.357	+2.900	+3,6%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-661	-1.397	-1.466	+736	-52,7%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.753	1.611	1.476	+142	+8,8%
Saldo aus Auflösung Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.619	2.332	2.335	+287	+12,3%
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	3.712	2.546	2.344	+1.165	+45,8%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	288	117	142	+171	+146,5%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.064	1.117	1.148	-53	-4,8%
Finanzergebnis	-775	-1.000	-1.005	+225	-22,5%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.937	1.547	1.339	+1.390	+89,9%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	46	37	47	+8	+22,2%
Sonstige Steuern	0	0	0		
Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	2.891	1.509	1.292	+1.382	+91,6%

bei Konzernabschluss:

auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-234	-108	-80	-126	+116,1%
Konzerngewinn	2.657	1.401	1.212	+1.256	+89,7%

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	425	0,6%	450	0,6%	290	0,4%	-25	-5,5%
Sachanlagen	41.977	61,2%	39.617	56,6%	38.224	57,7%	+2.359	+6,0%
Finanzanlagen	5.617	8,2%	5.617	8,0%	5.617	8,5%		
Summe Anlagevermögen	48.018	70,0%	45.684	65,2%	44.131	66,6%	+2.334	+5,1%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>1.300</i>	<i>1,9%</i>	<i>1.654</i>	<i>2,4%</i>	<i>1.864</i>	<i>2,8%</i>	<i>-354</i>	<i>-21,4%</i>
Vorräte	1.896	2,8%	1.910	2,7%	1.801	2,7%	-14	
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	641	0,9%	1.869	2,7%	1.853	2,8%	-1.228	-65,7%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	10.638	15,5%	9.539	13,6%	7.873	11,9%	+1.099	+11,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	3.958	5,8%	7.526	10,7%	7.109	10,7%	-3.568	-47,4%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	5,1%	3.490	5,0%	3.490	5,3%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	20.623	30,0%	24.334	34,8%	22.126	33,4%	-3.711	-15,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	68.641	100,0%	70.018	100,0%	66.257	100,0%	-1.377	-2,0%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	1,0%	665	0,9%	665	1,0%		
Kapitalrücklage	3.783	5,5%	3.783	5,4%	3.783	5,7%		
Gewinnrücklagen	4.305	6,3%	4.305	6,1%	4.305	6,5%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	13.360	19,5%	12.314	17,6%	11.235	17,0%	+1.046	+8,5%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.467	2,1%	1.046	1,5%	1.079	1,6%	+421	+40,3%
Summe Eigenkapital	23.579	34,4%	22.112	31,6%	21.067	31,8%	+1.467	+6,6%
B Langfristiges Fremdkapital	30.833	44,9%	32.901	47,0%	32.574	49,2%	-2.068	-6,3%
Langfristige Sonderposten	18.171	26,5%	19.118	27,3%	19.832	29,9%	-948	-5,0%
Langfristige Rückstellungen	0		532	0,8%	555	0,8%	-532	-100,0%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	12.069	17,6%	12.888	18,4%	12.039	18,2%	-820	-6,4%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	104	0,2%	71	0,1%	0		+33	+45,9%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	593	0,9%	362	0,5%	149	0,2%	+231	+63,9%
C Kurzfristiges Fremdkapital	14.230	20,7%	15.005	21,4%	12.615	19,0%	-776	-5,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	8.731	12,7%	9.080	13,0%	7.703	11,6%	-349	-3,8%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	820	1,2%	788	1,1%	581	0,9%	+32	+4,1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.421	3,5%	2.178	3,1%	2.185	3,3%	+242	+11,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	72	0,1%	147	0,2%	130	0,2%	-75	-50,8%
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	627	0,9%	1.299	1,9%	352	0,5%	-672	-51,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.559	2,3%	1.514	2,2%	1.665	2,5%	+46	+3,0%
Summe Fremdkapital	45.062	65,6%	47.906	68,4%	45.190	68,2%	-2.843	-5,9%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	68.641	100,0%	70.018	100,0%	66.257	100,0%	-1.377	-2,0%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2013
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH

Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	57.191	54.293	52.197	+2.897	+5,3%
Erlöse aus Wahlleistungen	1.987	2.008	1.796	-21	-1,0%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.549	2.524	2.448	+25	+1,0%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.100	1.157	1.435	-57	-4,9%
Bestandsveränderungen	-35	6	45	-42	-651,6%
Sonstige betriebliche Erträge	4.322	4.233	4.255	+90	+2,1%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	67.115	64.222	62.177	+2.893	+4,5%
Materialaufwand	17.731	17.434	17.725	+296	+1,7%
Personalaufwand	40.980	38.418	34.945	+2.562	+6,7%
Abschreibungen	3.909	3.541	3.424	+368	+10,4%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.975	7.113	8.264	-138	-1,9%
Zwischensumme Aufwand	69.594	66.506	64.359	+3.088	+4,6%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.480	-2.285	-2.182	-195	+8,5%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.619	2.332	2.334	+287	+12,3%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.648	1.510	1.390	+138	+9,1%
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>4.268</u>	<u>3.842</u>	<u>3.724</u>	+425	+11,1%
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	1.788	1.558	1.543	+230	+14,8%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	306	139	169	+167	+120,0%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	597	629	601	-32	-5,1%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-291	-490	-432	+199	-40,6%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.497	1.068	1.111	+429	+40,2%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	5	15	+8	+148,4%
Sonstige Steuern	18	17	17		+3,9%
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -	1.467	1.046	1.079	+421	+40,3%

	2013		2012		2011		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%		
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	122	0,7%	80	0,4%	122	0,7%	+42	+0,2%
Sachanlagen	16.731	91,5%	16.627	91,5%	17.003	91,2%	+104	+0,6%
Finanzanlagen	14	0,1%	14	0,1%	14	0,1%		
Summe Anlagevermögen	16.867	92,3%	16.720	92,0%	17.138	91,9%	+146	+0,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	37	0,2%	52	0,3%	48	0,3%	-15	-29,1%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		6	0,0%		
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.263	6,9%	1.235	6,8%	1.331	7,1%	+28	+2,3%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	114	0,6%	166	0,9%	116	0,6%	-52	-31,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.414	7,7%	1.453	8,0%	1.501	8,1%	-39	-2,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	18.280	100,0%	18.174	100,0%	18.639	100,0%	+107	+0,6%
Passiva								
A Eigenkapital		0,0%						
Gezeichnetes Kapital	5.704	31,2%	5.704	31,4%	5.704	30,6%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-248	-1,4%	-454	-2,5%	-440	-2,4%	+206	-45,3%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	729	4,0%	206	1,1%	-14	-0,1%	+523	+253,9%
Summe Eigenkapital	6.184	33,8%	5.456	30,0%	5.250	28,2%	+729	+13,4%
B Langfristiges Fremdkapital	<u>8.256</u>	<u>45,2%</u>	<u>8.941</u>	<u>49,2%</u>	<u>9.683</u>	<u>52,0%</u>	-686	-7,7%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	8.628	47,2%	8.805	48,4%	9.547	51,2%	-177	-2,0%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	-372	-2,0%	137	0,8%	137	0,7%	-509	-372,6%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		+125,8%
C Kurzfristiges Fremdkapital	<u>3.841</u>	<u>21,0%</u>	<u>3.777</u>	<u>20,8%</u>	<u>3.706</u>	<u>19,9%</u>	+64	+1,7%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	352	1,9%	278	1,5%	257	1,4%	+74	+26,8%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	742	4,1%	742	4,1%	766	4,1%		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	180	1,0%	170	0,9%	154	0,8%	+10	+6,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.335	12,8%	2.335	12,9%	2.296	12,3%		
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	231	1,3%	252	1,4%	232	1,2%	-21	-8,3%
Summe Fremdkapital	12.096	66,2%	12.718	70,0%	13.389	71,8%	-622	-4,9%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	18.280	100,0%	18.174	100,0%	18.639	100,0%	+107	+0,6%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2013
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

	Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	6.480	6.353	5.769	+127	+2,0%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo) *2	3.421	2.624	2.909	+797	+30,4%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	9.901	8.977	8.677	+923	+10,3%
6	Materialaufwand, davon:	2.151	2.071	2.457	+81	+3,9%
6a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	724	694	678	+30	+4,3%
6b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.427	1.377	1.779	+51	+3,7%
7	Personalaufwand	3.976	3.582	3.086	+393	+11,0%
8	Abschreibungen	627	624	644	+3	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.943	2.004	1.976	-61	-3,0%
	<i>davon u.a. Mieten</i>	886	951	956	-65	-6,8%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	8.697	8.281	8.163	+416	+5,0%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	1.204	697	515	+507	+72,8%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	1.204	697	515	+507	+98,5%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	8	10	+9	+116,0%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	484	491	532	-8	-1,5%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-468	-484	-522	+16	-3,4%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	736	213	-7	+524	+245,9%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	8	7	7		+12,0%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	729	206	-14	+523	+253,9%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Altenpflege	3.077	2.917	2.403	+161	+5,5%
	Altenpflegewohnungen	641	699	765	-58	-8,3%
	Geriatrische Rehabilitation	2.716	2.688	2.566	+28	+1,0%
	Erstattungen	46	49	35	-3	-6,3%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge						
	Kostenerstattungen Brabenderstift	891	887	1.139	+4	+0,5%
	Erlöse aus Vermietung	690	669	669	+21	+3,1%
	Erträge aus Med. Versorgungszentrum	774	670	686	+104	+15,5%
	Erträge aus Essenslieferungen	32	46	41	-14	-30,4%
	Erträge aus Darlehensverzicht	750	0	0	+750	
	Erträge aus der Auflösung von SoPo	0	0	0		
	Sonstige	284	352	374	-68	-19,4%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	0	0	0		0			
Sachanlagen	3	0,2%	4	0,3%	4	0,3%	-1	-13,7%
Finanzanlagen	0	0	0		0			
Summe Anlagevermögen	3	0	4	0	4	0	-1	-13,7%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Vorräte	16	1,2%	15	1,2%	18	1,4%		+5,3%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	971	72,4%	900	75,7%	1.071	80,4%	+71	+7,9%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	118	8,8%	55	4,6%	104	7,8%	+64	+116,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	233	17,3%	216	18,2%	135	10,1%	+16	+7,6%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.338	99,8%	1.186	99,7%	1.328	99,7%	+152	12,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.341	100,0%	1.189	100,0%	1.333	100,0%	+152	12,8%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	100	7,5%	100	8,4%	100	7,5%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,1%	1	0,1%	1	0,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	496	37,0%	422	35,5%	391	29,4%	+73	+17,3%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	182	13,6%	73	6,2%	31	2,3%	+109	+148,1%
Summe Eigenkapital	779	58,1%	597	50,2%	524	39,3%	+182	30,5%
B Langfristiges Fremdkapital	<u>11</u>	<u>0,8%</u>	<u>15</u>	<u>1,3%</u>	<u>38</u>	<u>2,8%</u>	-4	-26,2%
Langfristige Sonderposten	3	0,2%	3	0,3%	3	0,2%		-7,6%
Langfristige Rückstellungen	8	0,6%	8	0,7%	8	0,6%		+3,6%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0	0,0%	27	2,0%		-100,0%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		4	0,3%	0		-4	-100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	551	41,1%	577	48,6%	771	57,9%	-26	-4,5%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	256	19,1%	236	19,9%	272	20,4%	+19	+8,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		27	2,3%	39	2,9%	-27	-100,0%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	103	7,6%	96	8,1%	72	5,4%	+6	+6,7%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	16	1,2%	66	5,6%	218	16,4%	-50	-76,4%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	178	13,2%	152	12,8%	171	12,8%	+26	+16,8%
Summe Fremdkapital	562	41,9%	593	49,8%	809	60,7%	-30	-5,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.341	100,0%	1.189	100,0%	1.333	100,0%	+152	12,8%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2013

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	6.925	6.705	6.620	+221	+3,3%
2	Bestandsveränderungen					
3	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	263	195	66	+67	+34,6%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	7.188	6.900	6.686	+288	+4,2%
6	Materialaufwand	1.361	1.359	1.453	+2	
7	Personalaufwand	3.286	3.172	2.686	+115	+3,6%
8	Abschreibungen	1	1	1		
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	2.372	2.308	2.529	+64	+2,8%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	7.020	6.839	6.669	+181	+2,6%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	168	61	17	+108	+177,8%
11	Betriebskostenzuschüsse					
	davon aus dem Kreishaushalt					
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	1		
13	Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo / Verbindlichkeiten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	1		
14	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	168	61	18	+108	+177,1%
15	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
16	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
17	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	15	18	-1	-4,3%
18	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
19	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	4	-2	-62,7%
21	Zwischensumme Finanzergebnis	13	13	14	+1	+7,1%
22	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	182	73	32	+109	+148,1%
23	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
24	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
25	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
26	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
27	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	182	73	31	+109	+148,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (Erträge aus stationärer Pflege und						
	Altenpflegeheim Liebfrauenhof	4.426	4.245	4.212	+181	+4,3%
	Altenpflegeheim Brabenderstift	2.499	2.459	2.407	+40	+1,6%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	2.091	2.106	2.407	-14	
	Mieten, Pacht, Leasing	0	0	1	-	

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	10	1,0%	43	3,3%	77	5,5%	-33	-77,2%
Sachanlagen	860	83,1%	930	71,5%	1.000	70,7%	-70	-7,5%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	870	84,0%	973	74,8%	1.077	76,2%	-103	-10,6%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	19	1,8%	15	1,1%	8	0,6%	+4	+24,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	21	2,0%	71	5,5%	60	4,3%	-50	-70,2%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	114	11,0%	76	5,8%	45	3,2%	+38	+50,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	12	1,1%	5	0,4%	17	1,2%	+6	+121,5%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		161	12,4%	207	14,6%	-161	-100,0%
Summe Umlaufvermögen	165	16,0%	328	25,2%	336	23,8%	-163	-49,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.035	100,0%	1.301	100,0%	1.414	100,0%	-266	-20,4%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	2,4%	25	1,9%	25	1,8%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-186	-18,0%	-25	-1,9%	-25	-1,8%	-161	+643,9%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	296	28,6%	0		0		+296	> 100,0 %
Summe Eigenkapital	136	13,1%	0		0		+136	> 100,0 %
B Langfristiges Fremdkapital	390	37,7%	575	44,2%	771	54,5%	-185	-32,1%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	390	37,7%	575	44,2%	771	54,5%	-185	-32,1%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0	0,0%	0	0,0%		-100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	510	49,2%	726	55,8%	643	45,5%	-217	-29,8%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	37	3,6%	52	4,0%	36	2,5%	-15	-29,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	185	17,8%	196	15,1%	198	14,0%	-11	-5,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4	0,3%	4	0,3%	16	1,1%		-1,2%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	275	26,5%	470	36,1%	389	27,5%	-195	-41,6%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	10	1,0%	4	0,3%	5	0,3%	+5	+121,4%
Summe Fremdkapital	900	86,9%	1.301	100,0%	1.414	100,0%	-401	-30,8%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.035	100,0%	1.301	100,0%	1.414	100,0%	-266	-20,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2013
AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

		2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (Mieten OP-Säle)	777	751	753	+25	+3,4%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne	331	111	143	+220	+198,9%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	1.108	862	896	+246	+28,5%
6	Materialaufwand	168	162	172	+5	+3,3%
7	Personalaufwand	352	332	337	+20	+6,0%
8	Abschreibungen	106	106	99		+0,3%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	150	175	177	-25	-14,1%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	<u>776</u>	<u>775</u>	<u>784</u>	+1	+0,1%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	332	87	112	+245	+281,8%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	332	87	112	+245	+281,8%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0		
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35	41	66	-6	-14,6%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	<u>-35</u>	<u>-41</u>	<u>-65</u>	<u>6</u>	<u>-14,4%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	296	46	46	+251	+548,5%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. - verlust)	296	46	46	+251	+548,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	6	0,4%	3	0,2%	6	0,6%	+3	+101,5%
Sachanlagen	60	3,9%	59	4,5%	41	3,9%		+1,4%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	66	4,3%	62	4,7%	47	4,5%	+4	+6,5%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	0		0		0			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	862	55,6%	732	55,5%	645	60,9%	+130	+17,8%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	478	30,8%	461	34,9%	317	30,0%	+17	+3,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	145	9,3%	65	4,9%	49	4,6%	+80	+123,7%
Ausgleichsposten nach dem KHG	0		0		0			
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.485	95,7%	1.258	95,3%	1.011	95,5%	+227	+18,1%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.551	100,0%	1.320	100,0%	1.058	100,0%	+231	+17,5%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	1,6%	25	1,9%	25	2,4%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,0%	1	0,0%	1	0,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	810	52,2%	688	52,1%	555	52,4%	+122	+17,7%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	205	13,2%	122	9,2%	133	12,5%	+83	+68,4%
Summe Eigenkapital	1.041	67,1%	835	63,3%	713	67,4%	+205	+24,6%
B Langfristiges Fremdkapital	32	2,0%	50	3,8%	51	4,8%	-18	-36,4%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	32	2,0%	50	3,8%	51	4,8%	-18	-36,4%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	479	30,9%	435	33,0%	294	27,8%	+44	+10,1%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	348	22,4%	334	25,3%	203	19,1%	+14	+4,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50	3,3%	21	1,6%	22	2,1%	+29	+140,3%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	33	2,1%	45	3,4%	31	2,9%	-12	-26,2%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	48	3,1%	35	2,7%	39	3,6%	+13	+36,2%
Summe Fremdkapital	511	32,9%	485	36,7%	345	32,6%	+26	+5,4%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.551	100,0%	1.320	100,0%	1.058	100,0%	+231	+17,5%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2013
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	3.102	2.955	2.770	+147	+5,0%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	127	74	120	+53	+72,5%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	3.229	3.029	2.890	+200	+6,6%
6	Materialaufwand, davon:	320	332	566	-13	-3,8%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	167	181	192	-15	-8,0%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	153	151	373	+2	+1,3%
7	Personalaufwand	1.973	1.965	1.703	+7	+0,4%
8	Abschreibungen	19	15	16	+4	+27,0%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	829	708	571	+121	+17,1%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	3.141	3.021	2.856	+120	+4,0%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	88	8	35	+81	+1054,5%
11	Betriebskostenzuschüsse	105	100	86	+4	+4,1%
	davon aus dem Kreishaushalt	105	100	86	+4	+4,1%
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	105	100	86	+4	+4,1%
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	193	108	121	+85	+78,4%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	16	14		-6,2%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	1		+106,8%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	14	15	13	-2	-9,8%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	207	123	134	+83	+67,4%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	1	1	1		-13,2%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	205	122	133	+83	+68,4%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB XI	1.488	1.454	1.345	+34	+2,3%
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB V	1.274	1.213	1.123	+62	+5,1%
	Sonstige Pflegeleistungen	68	75	105	-7	-9,0%
	Erträge aus teilstationärer Pflege/Tagespflege	272	214	197	+58	+27,2%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Verwaltungsbedarf	103	97	76	+6	+6,7%
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	286	271	215	+14	+5,3%
	Instandhaltung und Instandsetzung	71	63	38	+8	+12,3%
	Abgaben, Versicherungen	34	33	28	+1	+3,8%
	Mieten, Pacht, Leasing	14	130	137	-116	-89,0%
	Forderungsverluste	6	7	9		-8,2%
	Sonstige Aufwendungen	186	107	68	+78	+73,1%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 Abkürzung für Kennzahlenbildung

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	23	0,2%	26	0,2%	36	0,3%	-3	-11,8%
Sachanlagen	6.751	65,5%	6.904	63,7%	7.284	67,5%	-153	-2,2%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	6.773	65,7%	6.930	64,0%	7.320	67,8%	-156	-2,3%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	199	1,9%	304	2,8%	165	1,5%	-105	-34,6%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0	0,0%	8	0,1%	10	0,1%	-8	-99,4%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.141	20,8%	2.228	20,6%	1.819	16,9%	-88	-3,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.029	10,0%	1.195	11,0%	1.309	12,1%	-167	-13,9%
Ausgleichsposten nach dem KHG	167	1,6%	167	1,5%	167	1,5%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	3.535	34,3%	3.903	36,0%	3.470	32,2%	-368	-9,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	10.308	100,0%	10.833	100,0%	10.789	100,0%	-524	-4,8%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	30	0,3%	30	0,3%	30	0,3%		
Kapitalrücklage	272	2,6%	272	2,5%	272	2,5%		
Gewinnrücklagen	3.064	29,7%	3.064	28,3%	3.064	28,4%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-333	-3,2%	-260	-2,4%	44	0,4%	-73	+28,1%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.097	-10,6%	-73	-0,7%	-304	-2,8%	-1.024	+1398,2%
Summe Eigenkapital	1.936	18,8%	3.033	28,0%	3.106	28,8%	-1.097	-36,2%
B Langfristiges Fremdkapital	4.420	42,9%	4.397	40,6%	4.684	43,4%	+23	
Langfristige Sonderposten	3.369	32,7%	3.250	30,0%	3.449	32,0%	+118	+3,6%
Langfristige Rückstellungen	190	1,8%	206	1,9%	222	2,1%	-17	-8,1%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	862	8,4%	941	8,7%	1.013	9,4%	-79	-8,3%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		-200,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	3.952	38,3%	3.402	31,4%	2.999	27,8%	+550	+16,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	1.122	10,9%	635	5,9%	543	5,0%	+487	+76,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	262	2,5%	77	0,7%	81	0,8%	+185	+240,2%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	405	3,9%	306	2,8%	333	3,1%	+100	+32,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	47	0,5%	122	1,1%	19	0,2%	-75	-61,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	837	8,1%	941	8,7%	715	6,6%	-104	-11,1%
Summe Fremdkapital	8.373	81,2%	7.800	72,0%	7.683	71,2%	+573	+7,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	10.308	100,0%	10.833	100,0%	10.789	100,0%	-524	-4,8%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2013

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	13.020	12.944	12.219	+77	
Erlöse aus Wahlleistungen	321	323	280	-1	
Erlöse aus ambulanten Leistungen	364	334	330	+30	+9,1%
Nutzungsentgelte der Ärzte	956	879	769	+76	+8,7%
Bestandsveränderungen	-103	151	2	-254	-168,5%
Sonstige betriebliche Erträge	1.185	961	1.445	+224	+23,3%
Gesamtleistung	15.742	15.591	15.045	+151	+1,0%
Materialaufwand	3.780	3.943	3.794	-162	-4,1%
Personalaufwand	10.644	9.866	9.466	+779	+7,9%
Abschreibungen	713	716	771	-3	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.120	1.540	1.783	+580	+37,6%
Zwischensumme Aufwand	17.258	16.065	15.814	+1.193	+7,4%
Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.516	-474	-769	-1.042	+219,7%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	466	461	501	+5	+1,0%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0	0		
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>466</u>	<u>461</u>	<u>501</u>	<u>+5</u>	<u>+1,0%</u>
Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen und SoPo)	-1.050	-13	-268	-1.037	+8071,6%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	16	30	-9	-57,2%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45	55	60	-10	-18,9%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-38	-39	-31	+1	-2,9%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.088	-52	-298	-1.036	+2001,5%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	21	2	-12	-57,1%
Sonstige Steuern	0	0	3		
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-1.097	-73	-304	-1.024	+1398,2%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	1.037	1,6%	1.216	2,0%	750	1,3%	-179	-14,7%
Sachanlagen	46.013	71,1%	43.670	70,9%	45.738	78,8%	+2.343	+5,4%
Finanzanlagen	63	0,1%	68	0,1%	65	0,1%	-5	-7,5%
Summe Anlagevermögen	47.113	72,8%	44.954	73,0%	46.554	80,2%	+2.159	+4,8%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>876</u>	<u>1,4%</u>	<u>876</u>	<u>1,4%</u>	<u>876</u>	<u>1,5%</u>	<u>+0</u>	
Vorräte	350	0,5%	357	0,6%	371	0,6%	-8	-2,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.969	4,6%	5.673	9,2%	4.324	7,4%	-2.704	-47,7%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.114	4,8%	4.339	7,0%	3.325	5,7%	-1.226	-28,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	11.104	17,2%	6.293	10,2%	3.492	6,0%	+4.811	+76,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	45	0,1%	0		0		+45	
Summe Umlaufvermögen	17.582	27,2%	16.663	27,0%	11.511	19,8%	+918	+5,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	64.694	100,0%	61.617	100,0%	58.065	100,0%	+3.077	+5,5%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.579	5,5%	3.579	5,8%	3.579	6,2%		
Kapitalrücklage	8.099	12,5%	8.015	13,0%	7.912	13,6%	+84	+1,1%
Gewinnrücklagen	711	1,1%	711	1,2%	711	1,2%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.269	5,1%	3.299	5,4%	2.952	5,1%	-30	
Summe Eigenkapital	15.658	24,2%	15.604	25,3%	15.155	26,1%	+54	
B Langfristiges Fremdkapital	<u>29.712</u>	<u>45,9%</u>	<u>27.108</u>	<u>44,0%</u>	<u>31.193</u>	<u>53,7%</u>	<u>+2.604</u>	<u>+9,6%</u>
Langfristige Sonderposten	9.423	14,6%	11.310	18,4%	13.653	23,5%	-1.886	-16,7%
Langfristige Rückstellungen	697	1,1%	661	1,1%	1.442	2,5%	+36	+5,5%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	19.592	30,3%	15.137	24,6%	15.955	27,5%	+4.454	+29,4%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		143	0,2%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	<u>19.324</u>	<u>29,9%</u>	<u>18.905</u>	<u>30,7%</u>	<u>11.717</u>	<u>20,2%</u>	<u>+419</u>	<u>+2,2%</u>
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	8.874	13,7%	7.598	12,3%	5.483	9,4%	+1.276	+16,8%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	3.310	5,1%	2.820	4,6%	2.631	4,5%	+489	+17,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.068	4,7%	3.768	6,1%	2.866	4,9%	-700	-18,6%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	596	0,9%	182	0,3%	304	0,5%	+414	+227,9%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.477	5,4%	4.537	7,4%	433	0,7%	-1.061	-23,4%
Summe Fremdkapital	49.036	75,8%	46.013	74,7%	42.910	73,9%	+3.023	+6,6%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	64.694	100,0%	61.617	100,0%	58.065	100,0%	+3.077	+5,5%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
2013
Gesellschaft
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

		2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	66.551	65.320	65.007	+1.231	+1,9%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	17.051	16.514	14.726	+536	+3,2%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	83.601	81.834	79.733	+1.767	+2,2%
6	Materialaufwand, davon:	35.460	34.529	34.281	+932	+2,7%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.173	8.516	8.081	-343	-4,0%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.287	26.013	26.200	+1.274	+4,9%
7	Personalaufwand	33.544	32.505	31.982	+1.038	+3,2%
8	Abschreibungen	7.735	7.659	7.311	+76	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.962	8.377	7.434	-415	-5,0%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	84.701	83.070	81.008	+1.631	+2,0%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.100	-1.236	-1.275	+136	-11,0%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	2.348	2.339	2.815	+9	
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	2.348	2.339	2.815	+9	+0,4%
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.248	1.103	1.541	+145	+13,1%
14	Erträge aus Beteiligungen	3	3	3		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	28	47	-11	-39,0%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	661	652	615	+9	+1,5%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-641	-621	-565	-20	+3,3%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	607	482	976	+125	+25,8%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	34	32	35	+2	+7,6%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	573	451	940	+122	+27,1%
	zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (u.a.)					
	Linienerkehr nach § 42 PBefG lfd. Jahr	19.810	19.098	17.819	+712	+3,7%
	Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen	42.797	42.696	41.560	+101	
	Sonderlinienerkehr nach § 43 PBefG	19	76	1.470	-57	-75,2%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	773	1,5%	587	1,2%	514	1,0%	+186	+31,7%
Sachanlagen	21.945	44,0%	24.340	48,9%	23.941	48,5%	-2.396	-9,8%
Finanzanlagen	7.971	16,0%	7.709	15,5%	6.349	12,9%	+262	+3,4%
Summe Anlagevermögen	30.688	61,5%	32.636	65,5%	30.804	62,4%	-1.948	-6,%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<u>67</u>	<u>0,1%</u>	<u>98</u>	<u>0,2%</u>	<u>5</u>	<u>0,0%</u>	<u>-31</u>	<u>-31,8%</u>
Vorräte	526	1,1%	534	1,1%	510	1,0%	-8	-1,4%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	61	0,1%	86	0,2%	284	0,6%	-25	-28,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	10.025	20,1%	7.193	14,4%	6.383	12,9%	+2.832	+39,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	8.534	17,1%	9.343	18,8%	11.421	23,1%	-809	-8,7%
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	31	0,1%	0		0		+31	
Summe Umlaufvermögen	19.179	38,5%	17.156	34,5%	18.598	37,6%	+2.022	+11,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	49.867	100,0%	49.792	100,0%	49.401	100,0%	+75	0,1%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	7.849	15,7%	7.817	15,7%	7.877	15,9%	+33	
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.464	6,9%	3.327	6,7%	3.071	6,2%	+138	+4,1%
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	578	1,2%	336	0,7%	283	0,6%	+242	+72,%
Summe Eigenkapital	11.891	23,8%	11.479	23,1%	11.231	22,7%	+412	3,6%
B Langfristiges Fremdkapital	<u>18.563</u>	<u>37,2%</u>	<u>21.873</u>	<u>43,9%</u>	<u>17.994</u>	<u>36,4%</u>	<u>-3.309</u>	<u>-15,1%</u>
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	7.245	14,5%	7.232	14,5%	4.102	8,3%	+14	
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	4.206	8,4%	7.190	14,4%	7.522	15,2%	-2.983	-41,5%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	7.112	14,3%	7.451	15,0%	6.369	12,9%	-340	-4,6%
C Kurzfristiges Fremdkapital	<u>19.412</u>	<u>38,9%</u>	<u>16.440</u>	<u>33,0%</u>	<u>20.176</u>	<u>40,8%</u>	<u>+2.972</u>	<u>+18,1%</u>
Kurzfristige Sonderposten	2.777	5,6%	3.412	6,9%	4.117	8,3%	-635	-18,6%
Kurzfristige Rückstellungen	4.493	9,0%	3.052	6,1%	3.344	6,8%	+1.441	+47,2%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	170	0,3%	333	0,7%	325	0,7%	-163	-49,%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.900	9,8%	4.542	9,1%	6.196	12,5%	+358	+7,9%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2	0,0%	19	0,0%	12	0,0%	-17	-92,%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	7.070	14,2%	5.082	10,2%	6.182	12,5%	+1.988	+39,1%
Summe Fremdkapital	37.975	76,2%	38.313	76,9%	38.170	77,3%	-338	-0,9%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	49.867	100,0%	49.792	100,0%	49.401	100,0%	+75	0,1%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2013
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position		TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	72.149	68.879	67.274	3.269	+4,7%
2 Bestandsveränderungen	0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	20	58	251	-38	-66,0%
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	1.265	2.818	457	-1.553	-55,1%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	73.434	71.755	67.981	1.679	+2,3%
6 Materialaufwand, davon:	51.446	50.671	48.750	775	+1,5%
<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	32.937	33.665	28.483	-727	-2,2%
<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	18.509	17.007	20.268	1.502	+8,8%
7 Personalaufwand	7.812	8.206	7.722	-393	-4,8%
8 Abschreibungen	2.216	2.277	1.959	-61	-2,7%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.624	5.351	5.103	273	+5,1%
<i>davon: Konzessionsabgaben</i>	2.329	2.392	2.437	-63	-2,6%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	67.098	66.505	63.535	593	+0,9%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	6.335	5.250	4.447	1.085	+20,7%
11 Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
<i>davon aus dem Kreishaushalt</i>	0	0	0		
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	6.335	5.250	4.447	1.085	+20,7%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	420	356	312	64	+18,1%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	69	210	-47	-69,0%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	423		
18 Aufwendungen aus Verlustübernahme	487	356	200	131	+36,9%
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	860	1.007	589	-147	-14,6%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	-905	-939	-690	33	-3,5%
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.430	4.312	3.757	1.118	+25,9%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.928	918	686	1.010	+110,1%
26 Sonstige Steuern	41	32	37	8	+26,2%
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	3.461	3.362	3.033	100	+3,0%
28 auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	-3.167	35.198	-37.403	-38.365	-109,0%
29 Konzernergebnis	3.464	3.327	3.071	138	+4,1%
Ausschüttung an Kreis Euskirchen (Brutto)	1.732	1.663	1.535	69	+4,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
Tarifkunden	12.387	12.767	12.834	-380	-3,0%
Sondervertragskunden	20.019	17.565	17.683	2.453	14,0%
Sonstige Sonderverträge	15.828	13.750	13.326	2.078	+15,1%
Wärmespeicheranlagen	2.335	1.912	1.858	423	+22,1%
Erlöse Netzverpachtung	17.845	0	0	17.845	
Übernahme § 3 II EEG		0	0		
Vereinnahmte Baukostenzuschüsse	633	807	809	-174	-21,6%
Übrige	3.102	3.427	2.898	-325	-9,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
Vogelsang ip gGmbH

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	28	0,2%	20	0,2%	19	0,4%	8	+37,8%
Sachanlagen	14.532	87,4%	7.631	72,6%	3.522	83,9%	6.901	+90,4%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	14.560	87,5%	7.651	72,8%	3.541	84,3%	6.909	+90,3%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	17	0,1%	14	0,1%	19	0,4%	3	+24,9%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.210	7,3%	1.090	10,4%	609	14,5%	120	+11,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	844	5,1%	1.758	16,7%	29	0,7%	-914	-52,9%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	2.071	12,5%	2.861	27,2%	657	15,7%	-791	-27,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	16.631	100,0%	10.513	100,0%	4.198	100,0%	6.118	58,2%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	27	0,2%	27	0,3%	27	0,7%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-7	0,0%	-6	-0,1%	-6	-0,2%		+8,5%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		-1	0,0%	0			-1,00
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	20	0,1%	20	0,2%	21	0,5%		
B Langfristiges Fremdkapital	11.754	70,7%	6.513	62,0%	1.659	39,5%	5.240	+80,5%
Langfristige Sonderposten	11.754	70,7%	6.513	62,0%	1.659	39,5%	5.240	+80,5%
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	4.857	29,2%	3.979	37,8%	2.518	60,0%	878	+22,1%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	58	0,4%	122	1,2%	133	3,2%	-64	-52,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		55	1,3%		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	240	1,4%	737	7,0%	1.155	27,5%	-497	-67,4%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	4.559	27,4%	3.120	29,7%	1.176	28,0%	1.439	+46,1%
Summe Fremdkapital	16.611	99,9%	10.492	99,8%	4.177	99,5%	6.118	58,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	16.631	100,0%	10.513	100,0%	4.198	100,0%	6.118	58,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2013

Vogelsang ip gGmbH

	Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
			TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	412	464	496	-52	-11,3%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	1.193	978	896	215	+22,0%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	1.605	1.442	1.393	162	+11,3%
6	Materialaufwand, <u>davon:</u>	40	55	73	-15	-27,2%
	<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	40	54	71	-15	-26,7%
	<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	0	1	1	-1	-56,0%
7	Personalaufwand	1.256	1.203	1.111	53	+4,4%
8	Abschreibungen	110	69	28	41	+60,2%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	697	617	682	80	+12,9%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>2.103</u>	<u>1.944</u>	<u>1.893</u>	<u>159</u>	<u>+8,2%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-498	-502	-501	3	-0,7%
11	Betriebskostenzuschüsse	498	500	499	-2	
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>498</u>	<u>500</u>	<u>499</u>	<u>-2</u>	<u>-0,4%</u>
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	0	-2	-2	2	-99,9%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	6	4	3	+50,0%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	5	2	4	+87,0%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>0</u>	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>-1</u>	<u>-99,8%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-1	0	1	-100,0%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -	0	-1	0	1	-100,0%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	15	11,8%	16	12,1%	20	12,5%		-0,6%
Sachanlagen	22	16,9%	29	22,8%	12	7,5%	-7	-24,8%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	38	28,7%	45	34,9%	32	20,0%	-7	-16,5%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	6	4,5%	1	0,4%	0	0,3%	+5	+991,1%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	18	13,9%	19	15,1%	14	9,1%	-1	-6,1%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	69	52,9%	64	49,6%	112	70,6%	+5	+8,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	93	71,3%	84	65,1%	127	80,0%	+10	+11,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	131	100,0%	129	100,0%	159	100,0%	+2	1,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	26	20,2%	26	20,5%	26	16,6%		
Kapitalrücklage	1.324	1011,0%	918	712,6%	690	434,3%	+406	+44,3%
Gewinnrücklagen								
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.260	-961,7%	-846	-657,1%	-587	-369,7%	-413	+48,8%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	91	69,5%	98	76,0%	129	81,3%	-7	-7,0%
B Langfristiges Fremdkapital	0		0		0			
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	40	30,5%	31	24,0%	30	18,7%	+9	+29,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	8	6,1%	7	5,2%	6	4,0%	+1	+20,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23	17,3%	0		0		+23	> 100,0 %
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive	9	7,2%	24	18,9%	23	14,8%	-15	-61,3%
Summe Fremdkapital	40	30,5%	31	24,0%	30	18,7%	+9	29,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	131	100,0%	129	100,0%	159	100,0%	+2	1,7%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 langfristig: Restlaufzeit ab einem Jahr

*2 im Verhältnis zur Bilanzsumme

*3 im Verhältnis zum Vorjahresbestand

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2013
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	Position	2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
					TEUR	%
1	Umsatzerlöse	236	78	52	157	+201,1%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	1	0	0	0	+198,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	236	78	52	158	+201,1%
6	Materialaufwand, davon:	13	2	0	11	+629,7%
	<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	13	2	0	11	+629,7%
	<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	0	0	0		
7	Personalaufwand	359	149	131	210	+141,0%
8	Abschreibungen	13	12	11	1	+7,6%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	265	176	149	89	+50,7%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	650	338	292	311	+92,0%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuwendungen)	-414	-260	-239	-154	+59,1%
11	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
12	Betriebsergebnis (mit Zuwendungen)	-414	-260	-239	-154	+59,1%
13	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
14	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
15	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1	-0	-42,5%
16	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
17	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
18	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	
19	Zwischensumme Finanzergebnis	1	1	1	-0	-44,5%
20	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-413	-259	-238	-154	+59,4%
21	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
22	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
23	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
24	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
25	Sonstige Steuern	0	0	0		
26	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-413	-259	-238	-154	+59,4%

D.2 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis

Beteiligung	Produkt im Haushalt Kreis EU	Anteil %	Finanz- beziehung zu...	Abführung/Zuschuss netto im Haushaltsjahr							
				2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014 *3	
		%		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. RWE AG	111 14	0,02%	Kreis	249	355	276	276	158	158	79	
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.)	111 14	0,85%	Kreis	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-2	
3. AGIT mbH	571 04	3,93%	Kreis	-66	-66	-70	-70	-102	-102	-87	
4. TAE GmbH	571 01	52,00%	Kreis	0	-17	-39	-29	-22	-22	0	
5. ZV VRS *1	547 01		Kreis	-21	-21	-15	-15	-15	-15	-15	
6. EuGeBau mbH	111 14	41,37%	Kreis	109	109	109	109	109	109	109	
7. KKM - Konzern *2											
8. Radio EU GmbH & Co. KG	111 14	25,00%	Kreis	0	-18	13	13	26	26	33	
9. SEG Vogelsang mbH	571 04	11,88%	Kreis	-11	-81	-81	-81	-81	-81	-41	
10. Vogelsang ip	571 04	30,00%	Kreis		-129	-144	-139	-147	-147	-141	
11. Ene - Konzern											
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG -ene	547 02	50,00%	Kreis	1.431	1.426	1.300	1.256	1.120	1.120	1.063	
12. RVK - Konzern *4	547 02	12,50%	Kreis	-3.295	-2.808	-2.832	-5.028	-4.801	-4.801	-5.359	
13. NeT GmbH	571 04	68,15%	Kreis		-129	-167	-167	-163	-163	-246	
14. LEP-AöR	571 04	30,00%	Kreis								
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln	111 33	6,45%	Kreis	-54	-51	-51	-53	-32	-32	-55	
16. CVUA	122 04	5,83%	Kreis				-292	-439	-439	-329	
17. ZV Region Aachen	571 04	20,00%	Kreis							-117	
18. IRR GmbH	571 04	8,00%	Kreis							-8	
Saldo Kreis EU				-1.659	-1.431	-1.700	-4.221	-4.390	-5.073	-2.928	

Hinweise:

*1 Zuschüsse werden durch den ZV VRS erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

*2 Seit 1992 kein Verlustausgleich an die KKM.

*3 Nettobetrag aus den entspr. Konten des Kreishaushalts, Stand 15.08.2014

*4 Zuschuss einschl. Verlustübernahme Taxibus.

D.3 Personalbestand der Beteiligungen

Geschäftsjahr	2011	2012	2013	Bemerkungen
1. RWE AG	72.068	70.208	66.341	lt. Geschäftsbericht, umgerechnet in Vollzeitstellen
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.12)	2	2	2	
3. AGIT mbH	48	40	30	durchschn. Arbeitnehmer, ohne GF
4. TAE GmbH	2	2	3	Stand 31.12. ohne GF
5. ZV VRS	0	1	*1)	
VRS GmbH	68	72	71	
6. EuGebau mbH	66 (56)	67 (56)	*1)	(davon Teilzeitkräfte/Azubis)
7. KKM - Konzern	1.358	1.334	1.371	durchsch. Mitarbeiter
KKM GmbH	776	910	930	durchsch. Mitarbeiter
KKM Servicegesellschaft mbH	248	7	7	durchsch. Mitarbeiter
KKM Gebäudedienste GmbH	75 (73/2)	77 (76/1)	74 (73/1)	(davon: gewerbliche Arbeitnehmer/Angestellte)
AmbuMed GmbH	6	7	7	
St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	208	211	213	
Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH (GZZ)	92	118	134	
Liebrauenhof Schleiden GmbH	96	98	135	
VIVANT gGmbH	58	55	55	
Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	0	0	*1)	
8. Radio EU GmbH & Co. KG	0	0	0	kein eigenes Personal
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	4	10	10	
10. Vogelsang Ip	29	35	38	
11 RVK - Konzern	827	838	858	
davon: RVK GmbH	582	571	562	
12. Energie-Nordeifel - Konzern	134 (34/12)	141 (34/12)	149 (30/12)	Mitarbeiter zum 31.12. (davon Teilzeitkräfte/Azubis)
davon: KEV GmbH	86	87	84	
davon: KEV Energie GmbH		16	17	Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit: 01.01.2012
13. Nordeifel Tourismus GmbH	4	5	12	
14. LEP-AöR	1	1	1	
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung	16	11	*1)	
16. CVUA	124	95	97	Gründung zum 01.01.2011

Grundlage: Angaben aus dem Anhang, ohne Geschäftsführer

*1) Der Jahresabschluss für 2013 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

D.4 Leistungen und Kennzahlen der wesentlichen Beteiligungen

Geschäftsjahr	Einheit	2011	2012	2013	Bemerkungen
1. KKM					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	413	413	413	
davon vollstationäre Betten	Anz.	403	403	403	
davon Tagesklinik Geriatrie	Anz.	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	Anz.	16.977	17.349	17.910	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	17.268	18.019	18.312	Bewertungsrelationspunkte (BWR)
Casemixindex	Punkte/DRG	1,017	1,039	1,022	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	%	86,84	85,26	83,78	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	7,23	6,97	6,60	bezogen auf vollstationäre Betten
2. GZZ					
a) Geriatriische Reha	Anz.	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	Anz.	12	12	12	
Auslastung	%	102,5	106,8	107,8	
b) Kurzzeitpflege im GZZ	Anz.	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	%	57,7	59,2	67,7	
c) Betreutes Seniorenwohnen	Anz.	82	77	66	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	%	88,9	87,8	92,4	
d) Dauer-/Kurzzeitpflege im	Anz.	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	%	84,2	98,1	99,5	
3. Liebfrauenhof Schleiden					
Bettenzahl (Ist)		163,0	163,0	163,0	
davon Liebfrauenhof	Anz.	102,0	102,0	102,0	
davon Brabenderstift	Anz.	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad gesamt	%	100,18	97,80	99,90	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon Liebfrauenhof	%	100,43	97,70	101,20	
davon Brabenderstift	%	99,75	97,90	97,90	
4. VIVANT					
Abrechnungsfälle SGB V	Anz.	270	295	310	durchschn. Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	Anz.	242	257	260	durchschn. Zahl pro Monat
5. AmbuMed GmbH					
ambulante Operationen	Anz.	1.617	1.473	1.345	
davon durch KKM	Anz.	1.279	1.088	906	
6. St. Antonius Krankenhaus Schleiden					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	105	105	105	
davon vollstationäre Betten	Anz.	105	105	105	
davon teilstationäre Plätze	Anz.	0	0	0	
DRG Fallpauschalen	Anz.	4.685	4.784	4.564	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	4.211	4.302	4.159	
Casemixindex	Punkte/DRG	0,899	0,899	0,911	
Auslastung	%	79,22	81,33	76,54	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,26	6,32	6,18	bezogen auf vollstationäre Betten
7. Energie-Nordeifel - Konzern					
Eingespeiste Strommenge	GWh	397	399	387	bezogen auf das Verteilnetz des Konzerns (Fremdbezug)
davon Lieferung ÜNB (RWE)	GWh	214	199	200	ÜNB=Übertragungsnetzbetreiber
Lieferung ÜNB in %	%	53,9	49,9	51,7	
davon dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG	GWh	183	200	187	
dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG in %	%	46,1	50,1	48,3	
Netznutzung	GWh	352	343	334	Delta zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Mindermengen, Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung Händler KEV	GWh	277	268	260	
davon Endkundenbelieferung übrige Händler	GWh	75	75	74	
8. EuGeBau mbH					
Wohnungseinheiten (WE)	Anz.	1.319	1.325		Der Jahresabschluss für 2013 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.
Wohn- und Nutzfläche	m²	87.210	88.976		
Leerstand am 31.12.	Anz.	18	13		Wohnungseinheiten
9. Nordeifel Tourismus GmbH					
Gästeankünfte	Anz.	113.655	177.036	195.045	2012: incl. Blankenheim und Nettersheim, da im Rahmen von Dienstleistungsverträgen Leistungen erbracht
Übernachtungen	Anz.	285.689	559.744	601.444	
durchschnittl. Aufenthaltsdauer	Tage	2,5	3,2	3,1	dto.
Prospektanfragen	Anz.	3.331	3.747	3.359	dto.
Buchungsgeschäft	Anz.	72	66	455	dto.
Unterkunftsangebote	Anz.	138	187	166	dto.
Homepagebesucher	Anz.	44.089	65.476	78.946	dto.
Seitenaufrufe Homepage	Anz.	181.168	238.562	290.453	dto.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 31.08.2014

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschluss des Kreistages vom 09.04.2014

- Der Kreistag hat der unmittelbaren Beteiligung des Kreises Euskirchen an der **IRR – Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** mit einem Stammkapitalanteil in Höhe von 2.000 € (8 %) auf der Grundlage des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Stand: 19.02.2014) zugestimmt. Diese Zustimmung galt auch insoweit, als an dem zu Grunde liegenden Gesellschaftsvertrag im Rahmen von ausstehenden Beratungen oder des Anzeigeverfahrens nach § 115 GO NRW Änderungen vorgenommen werden mussten, die die inhaltliche Aussage des Vertrages nicht grundlegend verändern. Die Zustimmung galt insbesondere erteilt für die Aufnahme des Weisungsrechtes gem. § 108 Abs. 5 Nr. 2 GO NRW. Der Kreistag beschloss weiterhin, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle") in Höhe von maximal 12.000 €/Jahr bis zum Jahr 2017 bereitzustellen. Der Kreistag hat den Beschluss gefasst, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung durch 3 Person(en) vertreten werden soll und hat diese benannt. Darüberhinaus hat der Kreistag die unmittelbare Beteiligung des Zweckverbandes Region Aachen an der IRR GmbH mit einem Stammkapitalanteil in Höhe von 2.000 € (8 %) auf der Grundlage des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Stand: 19.02.2014) zustimmend zur Kenntnis genommen (D 16/2014).

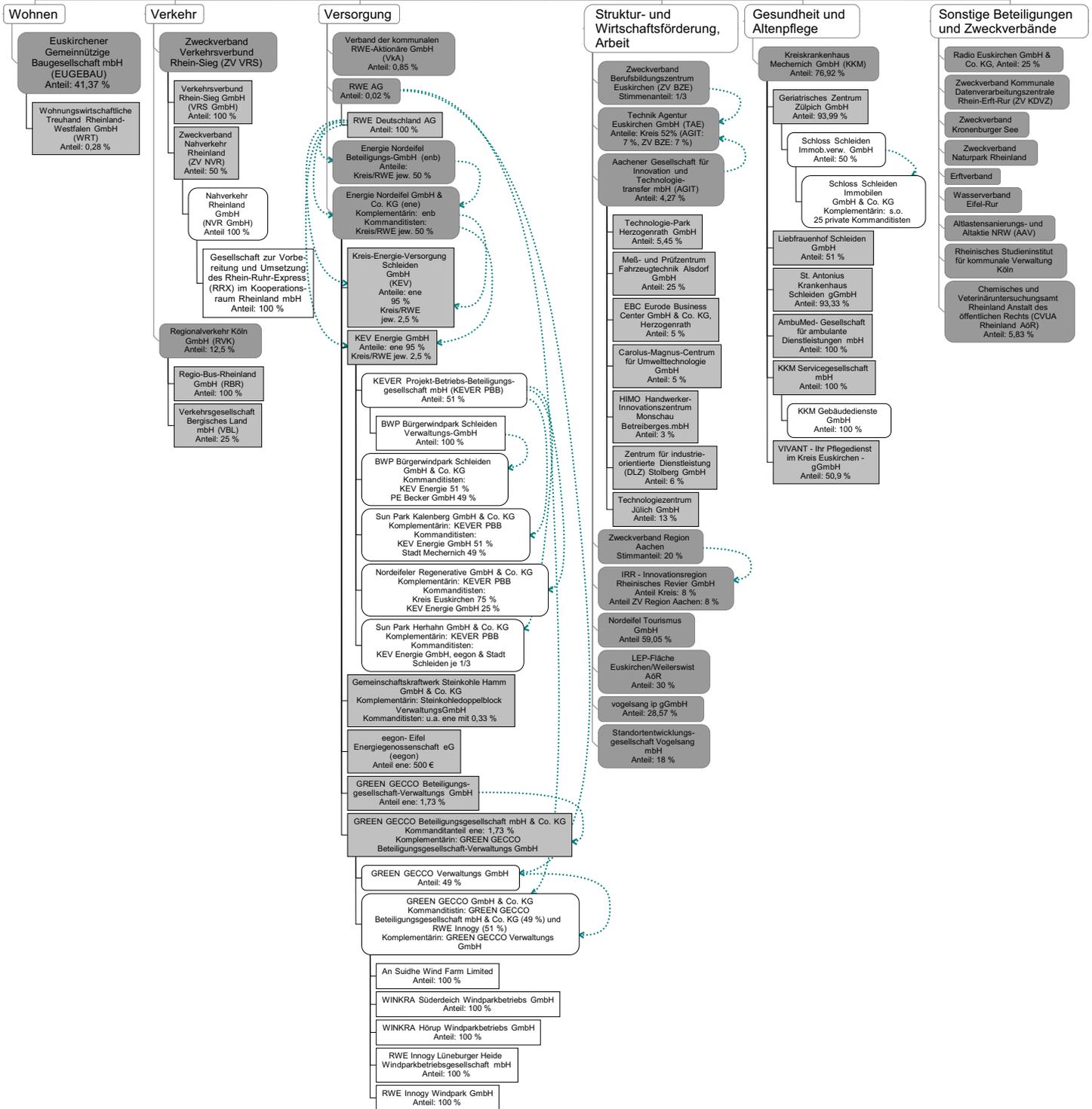
1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 25.06.2014

- Wahl der Vertreter/innen des Kreises Euskirchen, die zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. als Mitglied des Vorstandes, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs vom Kreistag zu bestellen oder vorzuschlagen sind (V 4/2014).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.08.2014



Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform - eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Leiterin des BZE: Maria Breuer

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
3. Heinrich Hettmer (SPD)
4. Hans Reiff (FDP)

Stellvertreter

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
- Ruth Schmitz (CDU)
- Margret Rhiem (SPD)
- Franz Troschke (UWV)

b) Vorstandsvorsteher

Ass. Heinz Gehlen
Stellvertreter: Georg Stoffels

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Mitglieder

1. AV Manfred Poth
2. Ute Stolz (CDU)
3. Karsten Stickeler (CDU)
4. Heinrich Hettmer (SPD)

Stellvertreter

- LR Günter Rosenke
- Dirk Jahr (CDU)
- Dominik Schmitz (CDU)
- Emmanuel Kunz (SPD)

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat in ihrer Sitzung am 13.05.2014 eine Satzung zur Änderung der Verbandssatzung beschlossen. Die Änderung beruht im Wesentlichen auf der geänderten Ausgestaltung der Funktion des Verbandsvorstehers. Die bisherige ehrenamtliche Verbandsvorsteherschaft wird bei gleichzeitigem Wegfall der Funktionsstelle „Leitende Dienstkraft“ durch eine hauptamtliche Verbandsvorsteherschaft ersetzt.

Zum 30.06.2014 legte der Verbandsvorsteher, Herr Ass. Heinz Gehlen, sein Amt nieder. Seit 01.07.2014 werden die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes vom stellvertretenden Verbandsvorsteher, Herrn Georg Stoffels, geführt.

Die Abberufung der Leiterin des Berufsbildungszentrums, Frau Maria Breuer, erfolgte mit Wirkung zum 30.06.2014. Zum 01.07.2014 wurde die Durchführung der Aufgaben der laufenden Verwaltung bis zur Bestellung eines hauptamtlichen Verbandsvorstehers Herrn Marcus Schmelzer übertragen.

F) Jahresabschluss (s. nächste Seiten)

Berufsbildungszentrum, Euskirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

PASSIVA

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.353,00	24.579,52		
II. Sachanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.820.786,30	1.866.628,23		
2. technische Anlagen und Maschinen	420.690,00	467.843,28		
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	281.281,78	249.505,10		
	<u>2.522.758,08</u>	<u>2.583.976,61</u>		
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen	1.789,52	1.789,52		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
fertige Erzeugnisse und Waren	87.288,53	104.399,49		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	330.701,68	418.154,23		
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.425,66	3.035,34		
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>106.028,47</u>	<u>108.370,14</u>		
	438.155,81	529.559,71		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.027,17	660,24		
	<u>172,00</u>	<u>0,00</u>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	<u>3.062.544,11</u>	<u>3.244.965,09</u>		
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital				
	825.225,10	825.225,10		
II. Kapitalrücklage				
	1.879.875,92	2.016.880,43		
III. Verlustvortrag				
	44.700,00-	0,00		
IV. Jahresfehlbetrag				
	388.355,68-	137.004,51-		
B. Rückstellungen				
sonstige Rückstellungen				
	342.120,03	457.275,84		
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 366.415,31 (EUR 24.787,93)	366.415,31	24.787,93		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 43.827,49 (EUR 31.644,98)	43.827,49	31.644,98		
3. sonstige Verbindlichkeiten				
- davon aus Steuern EUR 25.395,02 (EUR 25.141,67)	25.761,52	25.418,99		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 25.761,52 (EUR 25.418,99)	436.004,32	81.851,90		
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
	12.374,42	736,33		
	<u>3.062.544,11</u>	<u>3.244.965,09</u>		

Berufsbildungszentrum, Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	2.450.896,09	2.403.404,36
2. andere aktivierte Eigenleistungen	<u>0,00</u>	<u>83.360,05</u>
3. Gesamtleistung	2.450.896,09	2.486.764,41
4. sonstige betriebliche Erträge		
a) ordentliche betriebliche Erträge		
aa) Grundstückserträge	123.658,23	101.419,73
ab) sonstige ordentliche Erträge	14.823,44	14.297,99
b) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	100,00
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	10.982,15	0,00
d) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>73.778,47</u>	<u>106.303,16</u>
	223.242,29	222.120,88
5. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	169.590,96	147.166,25
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.654.952,61	1.592.545,76
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>485.580,42</u>	<u>377.630,13</u>
	2.140.533,03	1.970.175,89
- davon für Altersversorgung EUR 124.585,20 (EUR 107.106,94)		
7. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	210.390,82	211.054,79
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	171.561,31	172.439,68
ab) Grundstücksaufwendungen	21.138,84	25.508,64
ac) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	37.975,12	48.714,05
	<u>230.675,27</u>	<u>246.662,37</u>
Übertrag	153.623,57	380.488,36

Berufsbildungszentrum, Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	153.623,57	380.488,36
	<u>230.675,27</u>	<u>246.662,37</u>
ad) Reparaturen und Instandhaltungen	22.271,66	27.144,69
ae) Fahrzeugkosten	5.454,60	3.435,98
af) Werbe- und Reisekosten	13.286,50	13.762,31
ag) Kosten der Warenabgabe	59.160,85	117.818,59
ah) verschiedene betriebliche Kosten	201.378,21	98.538,22
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	3.826,39
c) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	0,00	1.431,12
d) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>1.306,02</u>	<u>4.020,46</u>
	533.533,11	516.640,13
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48,86	2.864,26
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 5.895,93 (EUR 2.322,45)	<u>7.289,07</u>	<u>2.345,46</u>
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	387.149,75-	135.632,97-
12. sonstige Steuern	1.205,93	1.371,54
	<u> </u>	<u> </u>
13. Jahresfehlbetrag	<u>388.355,68</u>	<u>137.004,51</u>

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen KdÖR Lagebericht 2013

1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA mbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008 und hat die Träger- und Maßnahmezulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des § 52 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Bundes, des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Desweiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa ein Fünftel der erzielten Umsatzerlöse entfällt auf die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

Bei allen Maßnahmen außer der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung Industrie hat das BZE nur bedingt Einfluss auf die tatsächliche Teilnehmerzahl und damit auf den Umsatz in der jeweiligen Maßnahme. Die Teilnehmerzahl hängt je nach Maßnahme von der Zuweisung der Arbeitsagentur oder des Jobcenters ab bzw. von der Zahl der Auszubildenden, die von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich sein kann.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen ist die einzige gewerblich technische Bildungseinrichtung dieser Art im Kreis Euskirchen und bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik / Schweißen
- Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden, wobei offenbar der Bedarf an Fachkräften ansteigt.

Insgesamt ist auf Grund des demographischen Wandels in den kommenden Jahren davon auszugehen, dass pro Jahrgang weniger Auszubildende zur Verfügung stehen, die in direktem Anschluss an die Schule eine gewerblich technische Ausbildung beginnen können. Zukünftig werden deshalb auch Schulabsolventen für den Ausbildungsmarkt attraktiv, die einen eher schlechten Schulabschluss gemacht haben. Aus dieser Tatsache könnte der Bedarf für zusätzliche Kurse im BZE entstehen, die speziell ausgerichtet sind auf die Aufarbeitung von ausbildungsrelevanten Defiziten und die Heranführung an eine betriebliche Erstausbildung.

b) Geschäftsverlauf

In den nachfolgenden Darstellungen wurden zur besseren Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen mit den Zahlen des Geschäftsjahres 2013 die Bilanzkorrekturen in laufender Rechnung des Jahres 2013 in den Vorjahreszahlen nachvollzogen.

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen ergeben im Hinblick auf rechtliche oder wirtschaftliche Rahmenbedingungen bzw. auf die Situation des Marktes und des Wettbewerbs.

Die Umsatzerlöse in einer Gesamthöhe von 2.451 T€ wurden wie in den Vorjahren im Wesentlichen durch die Durchführung von berufsbildenden, berufsfördernden und berufsbegleitenden Maßnahmen erzielt. Desweiteren hat das BZE im Jahr 2013 Mieterträge erzielt in Höhe von 123,7 T€ durch die Vermietung von Geschäfts- und Schulungsräumen sowie eines Einfamilienhauses auf dem firmeneigenen Gelände.

Das erzielte Gesamtergebnis im Wirtschaftsjahr 2013 ist mit - 388 T€ deutlich schlechter als die Planzahl in Höhe von -7,0 T€ und fällt damit deutlich schlechter aus als das Vorjahresergebnis, welches bei -182 T€ lag.

c) Ertragslage

Das BZE musste im Geschäftsjahr 2013 erneut einen Verlust hinnehmen. Im Vergleich der letzten drei Jahre zeigt sich folgendes Bild:

Geschäftsjahr 2011: Jahresüberschuss	79 T€
Geschäftsjahr 2012: Jahresfehlbetrag	182 T€
Geschäftsjahr 2013: Jahresfehlbetrag	388 T€

Das Rohergebnis (Umsatzerlöse + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge - Materialaufwand) des BZE sank gegenüber dem Vorjahr um 12 T€. Zum einen enthielt das Rohergebnis im Vorjahr ergebniserhöhend andere aktivierte Eigenleistungen in Höhe von 83,4 T€ insbesondere für Umbauten im Gebäude D, zum anderen sind im Berichtsjahr vor allem im Bereich Material- und Stoffverbrauch insgesamt 22,4 T€ höhere Aufwendungen angefallen.

Der Personalaufwand stieg um 170,4 T€ an. Dabei ist der Aufwand im Zusammenhang mit Altersteilzeit (2013: 90,9 T€ Ertrag / 2012: 131,8 T€ Aufwand) um 222,70 T€ verbessert, so dass sich aus den übrigen Personalaufwandsbereichen eine Steigerung gegenüber 2012 von 393,1 T€ ergibt.

Ursächlich hierfür sind insbesondere die folgenden Positionen:

Sachverhalt	Betrag T €
Nachbesetzung von 2 Beschäftigten im Altersteilzeit Blockmodell	111
Nachbesetzung von 1 Beschäftigten im Altersteilzeit Teilzeitmodell	21
Neueinstellung von 2 Beschäftigten im 4. Quartal 2012 im Bereich Metall, daher im Geschäftsjahr 2013 insgesamt höhere Personalkosten als 2012	59
Neueinstellung von 4 Beschäftigten zur Durchführung einer neuen Maßnahme ab September 2013	49
Neueinstellung von 2 Teilzeitbeschäftigten zur Unterstützung von 2 laufenden Maßnahmen	10
Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 1 Beschäftigten	8
Mehrmonatiger Krankengeldbezug von 2 Beschäftigten im Jahr 2012 mit vermindender Wirkung auf die Personalkosten, vollständige Rückkehr im Jahr 2013 und daher insgesamt höhere Personalkosten als 2012	50
Summe	308

Hinzu kommt eine Reihe weiterer Effekte, die zu einer Erhöhung der Personalkosten geführt haben wie z. B. die regelmäßigen tariflich festgelegten Erhöhungen der Bezüge.

Die Aufwendungen für Fremdpersonal in der Ausbildung wurde hingegen zurückgefahren und sanken von 71,3 T€ um 12,1 T€ auf 59,2 T€.

Ein wesentlicher Aufwandsposten in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist die Nachzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen in Höhe von 60,0 T€. Dieser Betrag ergab sich aus einer Rentenversicherungsprüfung für die Jahre 2007 bis 2012 und schlug im Jahr 2013 als Einmalaufwand zu Buche.

Die Rechts- und Beratungskosten im Jahr 2013 belaufen sich auf 19,3 T€ und sind im Wesentlichen in der Inanspruchnahme der Dienstleistungen eines Fachanwalts (6,7 T€) sowie der externen Vergabe von Dienstleistungen im Bereich Finanzbuchhaltung (8,6 T€) begründet.

Eine weitere Ursache für den Jahresfehlbetrag liegt in geplanten Umsatzerlösen in Höhe von insgesamt 120 T €, die nicht realisiert werden konnten. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der Verkürzung der Förderdauer von Teilnehmern und andererseits in der im Jahr 2013 gesunkenen Teilnehmerzahl in verschiedenen Maßnahmen. Eine Kompensation durch personelle Umbesetzung oder Akquise von zusätzlichen Kunden und Maßnahmen war kurzfristig nicht möglich.

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Vorjahresverlust von insgesamt 182 T€ wurde in Höhe von 137 T€ bereits mit der Kapitalrücklage verrechnet, die zum Stichtag mit 1.879,9 T€ ausgewiesen ist. Unter Berücksichtigung des für 2013 ausgewiesenen Jahresfehlbetrags ergibt sich ein Eigenkapital von 2.272,0 T€, was einer Eigenkapitalquote von 74,19 % entspricht (Vorjahr: 2.705,1 T€ = 83,36 %)

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Altersteilzeitrückstellung mit 271,2 T€ (mittelfristig) und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 366,4 T€.

Der Finanzbedarf wird durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips

gedeckt. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag 31.12.2013 weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 3.062,5 T€ aus.

Investitionen

In 2013 wurden insgesamt 135,9 T€ investiert. Investitionen in die Gebäude wurden in Höhe von 45,5 T€ aktiviert, Die EDV musste mit 38,2 T€ umfassend saniert werden und für die Anschaffung eines Firmenfahrzeugs wurden 30,0 T€ ausgegeben. Darüber hinaus wurden 13,4 T€ in Werkstatteinrichtung investiert sowie weitere Anschaffungen getätigt. Alle Investitionen konnten unter Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten sichergestellt werden.

Liquidität

Die Liquidität des BZE ist zurzeit nicht zufriedenstellend, denn die Kreditlinie des Kontokorrentkredits musste im Geschäftsjahr 2013 dauerhaft etwa zur Hälfte, d. h. durchschnittlich mit 250 T€ in Anspruch genommen werden.

Die Liquidität hat sich gegenüber 2012 deutlich verschlechtert, wird sich jedoch gemäß des aktuellen Wirtschaftsplans für 2014 stabilisieren.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.535,9 T€ (= 82,81 % der Bilanzsumme). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstück und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert von 1.820,8 T€ belaufen sich auf 4.806,8 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der technischen Anlagen und Maschinen, die mit einem Buchwert von 420,7 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 1.883,5 T€.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 330,7 T€ zu nennen wie z. B. gegenüber der Handwerkskammer für die Durchführung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk. In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Altersteilzeitvereinbarungen in Höhe von 98,3 T€ enthalten.

f) Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft werden finanzielle Leistungsindikatoren nicht erfasst.

nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen regelmäßig anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet. Es zeigt sich, dass sich die Kundenzufriedenheit von Jahr zu Jahr verbessert und es keine schwerwiegenden Kritikpunkte seitens unserer Teilnehmer gibt.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE im Jahr 2013 entsprach nicht den Annahmen und Erwartungen im entsprechenden Wirtschaftsplan. Die Planungen der wesentlichen Kostenpositionen waren im Wirtschaftsplan nicht ausreichend detailliert.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 wurde daraufhin in einer veränderten Verfahrensweise erstellt und enthält sehr detaillierte Planzahlen zu wesentlichen Kosten- und Umsatzpositionen, die jeweils auch pro Monat und Quartal ausgewiesen sind.

Für das kommende Jahr ist auf Grund steigender Teilnehmerzahlen in bestimmten Bereichen und durch neue Umschulungsmaßnahmen mit höheren Umsatzerlösen zu rechnen. Änderungen im Personalbereich sind vorerst nicht geplant und der aktuelle Personalbestand soll erhalten bleiben. Die in 2013 verbuchten Sonderkosten werden in 2014 in dieser Form nicht erneut anfallen.

Wir rechnen daher für das Jahr 2014 mit einem deutlich verbesserten Gesamtergebnis von -204,6 T€.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, der auf Grund der demographischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE versucht dieser Situation durch regelmäßige Kontakte mit den beteiligten Akteuren zu begegnen. Wesentlicher Aspekt ist dabei auch die laufende interne und externe Qualitätsüberprüfung der vom BZE durchgeführten Bildungsmaßnahmen und Kurse.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient seit Beginn des Jahres 2014 neben der täglichen Liquiditätskontrolle auch die laufende und zeitnahe Analyse des tatsächlichen Lehrgangsgeschäftes im Vergleich mit den geplanten Lehrgangs- und Teilnehmerstunden. So können Abweichungen unmittelbar erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Sollten die Teilnehmerzahlen und damit die Erträge des BZE nachhaltig sinken, so kann und muss darauf, wenn auch mit dem Arbeitsrecht geschuldeten zeitlichen Verzögerungen, durch entsprechenden Personalabbau reagiert werden.

Intern sind als Risikobereiche insbesondere die EDV-Ausstattung einschließlich der entsprechenden Arbeitsanweisungen und Richtlinien identifiziert. In der zweiten Jahreshälfte 2013 wurde ein neuer Datenserver installiert und entsprechende Komponenten aktualisiert wie z. B. die Sicherungssoftware.

Die Entwicklung einer IT-Sicherheitsrichtlinie ist in Arbeit und wird zeitnah umgesetzt. Dabei kommt der Erstellung eines Notfallkonzeptes mit den Komponenten Notfallvorsorge und Notfallhandbuch besondere Bedeutung zu. Einer der ersten Schritte ist hierbei, die Auswirkungen von Geschäftsunterbrechungen zu untersuchen, die Verfügbarkeitsanforderungen an die Geschäftsprozesse und deren benötigten Ressourcen zu ermitteln sowie die benötigten Wiederanlaufzeiten festzulegen.

Als weiterer dringender Handlungsbedarf wurde die Fertigstellung eines wirkungsvollen und auf das BZE abgestimmten Konzeptes zur Korruptionsprävention erkannt. In den Jahren 2012 und 2013 wurden bereits durch eine externe Unternehmensberaterin die Arbeitsprozesse innerhalb der Buchhaltung im BZE einschließlich der Vergabeprozesse dokumentiert und analysiert. Auf dieser Basis und unter Verwendung entsprechender vorliegender Konzepte und Dienstanweisungen des Kreises Euskirchen werden zurzeit die Arbeitsprozesse innerhalb der Buchhaltung im BZE im Hinblick auf eine wirkungsvolle Korruptionsprävention optimiert und festgeschrieben.

Chancenbericht

Durch den engen Kontakt mit allen Akteuren des gesamten Bildungsgeschäftes einschließlich der Dachorganisationen ist das BZE in alle Bereiche involviert, in denen und für die neue oder zusätzliche Bildungsmaßnahmen angeboten werden. Aufgrund der anerkannten Qualität unserer Arbeit, die wir gleichwohl permanent verbessern, haben wir in der Region einen wertvollen Vorteil, den wir zum weiteren Ausbau des BZE nutzen werden.

Der zentrale Standort mit guter Infrastruktur und eigenen Gebäuden sowie das engagierte Lehrpersonal sind auch in Zukunft Garanten für eine stabile Entwicklung zurück zu einem ausgeglichenen Geschäftsergebnis der gemeinnützigen Aufgabenerstellung unseres Zweckverbands.

Euskirchen, 25.04.2014

BERUFSBILDUNGSZENTRUM

EUSKIRCHEN



Maria Breuer

Leiterin des BZE

Leiterin Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE

2. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Unterstützung bei der Problembekämpfung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
5. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
6. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
7. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind die Kreise Düren, Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 34 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Der Zweckverband erwartet lt. Satzung, dass die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen beitreten.

Zum 31.12.2012 wurde die Mitgliedschaft im Zweckverband durch den Kreis Düren, die Städte Düren und Euskirchen sowie durch die Gemeinde Blankenheim gekündigt. Zur Frage der Rechtswirksamkeit der Kündigungen ist ein Rechtsstreit anhängig. Gemäß Urteil des VG Köln vom 3.4.2014 sind die v.g. Verbandsmitglieder zum 01.01.2013 wirksam aus dem Zweckverband ausgeschieden. Hiergegen hat die kdVz Berufung vor dem OVG Münster eingelegt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GkG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)
- b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen)
- c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Josef Carl Rhiem	(CDU)	Franz Cremer	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

c) Verbandsvorsteher

Herr Stommel (Bürgermeister Stadt Jülich)

Stellvertreter:

Herr Hadel (1. Beigeordneter Stadt Wesseling),

Herr Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Mitglied

Karsten Stickeler

(CDU)

Stellvertreter

Emmanuel Kunz

(SPD)

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2012 des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur ist ab Seite 387 dargestellt.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2013 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Kommunale Datenverarbeitungszentrale
 hein-Erft- ur

Frechen

	EUR	Vorahr 2011 EUR
1. Umsatzerlöse	14.197.611,92	15.395.375,42
2. sonstige betriebliche Erträge	169.153,79	394.248,58
3. Materialaufwand		
a Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	228.465,48	139.776,29
b Aufwendungen für bezogene Leistungen	982.617,57	1.550.532,69
	<u>1.211.083,05</u>	<u>1.690.308,98</u>
4. Personalaufwand		
a Löhne und Gehälter	4.188.966,06	4.245.556,30
b soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.037.120,92	3.127.295,01
	<u>6.226.086,98</u>	<u>7.372.851,31</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.645.227,12	1.363.336,09
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.190.254,10	5.251.853,38
7. sonstige Einnahmen und ähnliche Erträge	68,58	2.443,59
8. Einnahmen und ähnliche Aufwendungen	92.649,04	112.359,83
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.300,00	1.380,00
10. sonstige Steuern	<u>1.534,00</u>	<u>1.358,00</u>
11. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>



LAGEBERICHT
2012

KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966

BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische
Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978

Zweckverband „Kommunale
Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen
Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale
Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung
Josef Carl Rhiem (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Heinrich Stommel
Bürgermeister Stadt Jülich

1. stv. Verbandsvorsteher: Dr. Patrick Lehmann
1. Beigeordneter der Stadt Frechen

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams
Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer:
Karl Heinz Wergen

Aufgaben

Die kdvz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 37 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2012 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung T €
	2012 T €	2011 T €	
Umsatzerlöse	14.197,6	15.395,4	-1.197,8
darin Kostenweiterbelastungen	-145,7	-78,6	-67,1
bereinigte Umsatzerlöse	14.051,9	15.316,7	-1.264,8
Neutrale Erträge	169,2	394,2	-225,1
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-6.226,1	-7.372,9	1.146,8
Abschreibungen	-1.645,2	-1.363,3	-281,9
Übrige Aufwendungen	-6.401,3	-6.942,2	540,8
davon Kostenweiterbelastungen	145,7	78,6	67,1
bereinigte übrige Aufwendungen	-6.255,6	-6.863,5	607,9
Finanzergebnis	-92,6	-109,9	17,3
Ergebnis vor Steuern	1,5	1,4	0,2
Steuern	-1,5	-1,4	-0,1
	0,0	0,0	0,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2012 Investitionen in Höhe von 765,6 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	425,2 T€
Betriebsgebäude	13,5 T€
Maschinen und technische Anlagen	243,2 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	83,8 T€
	<u>765,6 T€</u>

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2012 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1,5 T€
ordentliche Abschreibungen	1.645,2 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	534,0 T€
Cash Flow	<u>2.180,8 T€</u>

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2012 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.072,2 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	1.681,9 T€
Zunahme der Rückstellungen	1.017,7 T€
Erträge aus Anlageverkäufen	0,0 T€
Zunahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-743,0 T€
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	115,5 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.072,2 T€

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Abgängen	0,0 T€
Investitionen	-765,6 T€
Zugang Wertpapiere des Anlagevermögens (Pensionsfonds)	-865,1 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.630,8 T€

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehenstilgungen	-436,8 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-436,8 T€

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2012	20,3 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.072,2 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.630,8 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-436,8 T€
Finanzmittel zum 31.12.2012	24,9 T€

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2012

	Ergebnis	Plan	Abweichung
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	13.959.516,40 €	14.105.128,00 €	- 145.611,60 €
2. Gesamtleistung	13.959.516,40 €	14.105.128,00 €	- 145.611,60 €
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	76.579,08 €	- €	76.579,08 €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	92.574,71 €	- €	92.574,71 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	228.465,48 €	80.694,00 €	147.771,48 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	982.617,57 €	874.100,00 €	108.517,57 €
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.188.966,06 €	4.279.675,00 €	- 90.708,94 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.037.120,92 €	2.095.268,00 €	- 58.147,08 €
	6.226.086,98 €	6.374.943,00 €	- 148.856,02 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.645.227,12 €	1.534.495,00 €	110.732,12 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	297.118,83 €	299.372,00 €	- 2.253,17 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	68.670,25 €	39.600,00 €	29.070,25 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	120.787,16 €	119.177,00 €	1.610,16 €
ad) Fahrzeugkosten	14.222,74 €	12.393,00 €	1.829,74 €
ae) Werbe- und Reisekosten	37.731,63 €	37.000,00 €	731,63 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	2.531.686,58 €	2.551.353,00 €	- 19.666,42 €
afb) Datenübermittlung	696.458,16 €	730.300,00 €	- 33.841,84 €
afc) Consulting und Beratung	470.040,30 €	335.285,00 €	134.755,30 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	537.193,36 €	417.250,00 €	119.943,36 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	416.345,09 €	437.097,00 €	- 20.751,91 €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €
	5.190.254,10 €	4.978.827,00 €	211.427,10 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	68,58 €	1.800,00 €	- 1.731,42 €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92.649,04 €	262.399,00 €	- 169.749,96 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 236.561,52 €	1.470,00 €	- 238.031,52 €
12. sonstige Steuern	- 1.534,00 €	- 1.470,00 €	- 64,00 €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	- 238.095,52 €	- €	- 238.095,52 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2012	238.095,52 €		
14.3 Jahresüberschuss	- €		

Finanzstruktur

	2012 in T€	2011 in T€	Veränderung
Rückstellungen	15.697,7	14.680,0	1.017,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.076,3	2.513,1	-436,8
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	972,4 (67,4)	856,9 (67,6)	115,5 (-0,2)
Summe	18.746,4	18.050,0	696,5

Vermögensstruktur

	2012 in T€	2011 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	1.822,3	2.780,9	-958,7
Sachanlagen	3.529,6	3.487,2	42,4
Finanzanlagen	8.364,6	7.499,4	865,1
Anlagevermögen	13.716,4	13.767,6	-51,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	4.822,9 (4.381,2)	4.037,0 (4.001,8)	785,9 (379,4)
Flüssige Mittel	24,9	20,3	4,6
Abgrenzungsposten	182,2	225,1	-42,9
Summe	18.746,4	18.050,0	696,5

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Im Bereich des Einwohnerwesens wurde in 2012 für alle Kunden das Modul zur Änderung des elektronischen Aufenthaltstitels (ähnlich einem Reisepass) der ausländischen Mitbürger beschafft. Hiermit können die Kommunen für den Kreis im Rahmen der Delegation bei der Anmeldung oder dem Umzug diese Daten direkt im Ausweis ändern; die Daten werden elektronisch an die Ausländerbehörde übermittelt und der Bürger muss nicht mehr zusätzlich die Kreisverwaltung aufsuchen. Zudem erfolgte die Anbindung sog. „Signaturtablets“ an die Software OK.EWO bei sechs Kommunen; im laufenden Jahr werden voraussichtlich 10-15 weitere Verwaltungen Signaturtablets einführen. Die elektronische Melderegisterauskunft (EMRA) wurde im laufenden Jahr um eine automatische Antwortfunktion erweitert, mit der Melderegisterauskünfte bei eindeutigen Anfragen vollautomatisch abgewickelt werden.

Im abgelaufenen Jahr wurden fünf Wahlen, darunter die außerplanmäßige Landtagswahl, und Bürgerentscheide IT-seitig begleitet. Im laufenden Jahr steht u. a. die Abwicklung der Bundestagswahl an. Hier ist mit einem ungleich höheren Ressourceneinsatz zu rechnen, da mit Beginn dieses Jahres mit der Datenzentrale civitec in Siegburg eine Zusammenarbeit vereinbart wurde. Die kdvs Rhein-Erft-Rur übernimmt sowohl das Hosting der notwendigen Infrastruktur als auch die Verfahrensbetreuung der Fachanwendung „VoteManager“ für die Verbandsmitglieder der civitec. Zur Bundestagswahl werden somit rund 90 Kommunen in diesem Bereich durch die kdvs Rhein-Erft-Rur betreut.

Die Thematik Dokumentenmanagement (DMS) hat im Jahr 2012 eine hohe Dynamik entwickelt. Für eine größere Kommune wurde die Einführung des DMS-Produktes d.3 in den Bereichen elektronische Steuerakte und Aktenplan umgesetzt. Mit vier Verwaltungen wurde im Laufe des Jahres die gemeinsame Einführung eines DMS-Systems im Bereich elektronische Steuerakte projektiert und in einem Testbetrieb realisiert. Dieser machte deutlich, dass die gemeinsame Einführung einer derart komplexen Anwendung deutliche Einsparungen bei den Consulting- und Dienstleistungstagen mit sich bringt. Derzeit planen sechs Verwaltungen eine Beauftragung für 2013. Für das laufende Jahr sind als weitere Module zur gemeinsamen Einführung der Aktenplan, der Rechnungseingangsworkflow, die elektronische Bauakte, die elektronische Personalakte sowie die Anbindung an verschiedene Fachverfahren geplant. Hausintern wurden die elektronische Aktenablage sowie der Rechnungseingangsworkflow ab 01.01.2013 produktiv in Betrieb genommen. Durch die gemeinsame Planung mit den Kommunen und den Ausbau des DMS im Verband wird ein wichtiger Meilenstein für die Innovationsfähigkeit der kdvs und insbesondere der angebundener Verwaltungen gelegt. Die digitale Aktenablage ist der zentrale Baustein künftiger Verwaltungsmodernisierung und in vielen Bereichen eine unverzichtbare Grundlage für interkommunale Zusammenarbeit.

Bei der Personalabrechnung betreut die kdvz zzt. ca. 50 Kunden mit ca. 16.400 Personalabrechnungsfällen. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen u.a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge aufzunehmen, zusammen mit dem Softwarelieferanten anzupassen und die Kunden in der Handhabung der jeweiligen Anpassung zu unterstützen. Eine besondere Herausforderung im vergangenen Jahr lag in der Umsetzung eines neuen Tarifprozesses auf Vorgabe des Softwareherstellers. In einem engen Zeitfenster mussten diese Umstellungsarbeiten mit allen Kunden und Mandanten abgestimmt sowie Vergleichsberechnungen alt zu neu aufbereitet und nach Prüfung der Ergebnisse bzw. Rückmeldungen durch die Verwaltungen von der kdvz in den neuen Tarifprozess eingepflegt werden. Die Arbeiten wurden im dritten Quartal 2012 abgeschlossen. Hinsichtlich der Anwendungsbetreuung konnte der Zweckverband einem drohenden Kompetenzverlust aufgrund knapper personeller Ressourcen durch eine Zusammenarbeit mit der civitec in Siegburg gegensteuern, die die kdvz beim First-Level-Support unterstützt.

Im Finanzwesen sind zum Jahresbeginn 2012 die letzten neun Verwaltungen mit dem Verfahren newsystem®kommunal der Fa. INFOMA produktiv an den Start gegangen. Somit haben nun alle 23 Verwaltungen, die sich für die Software entschieden hatten, die Umstellung vom bisherigen Finanzverfahren „KIRP“ vollzogen. In einigen Kommunen, die mit dem Produkteinsatz bereits in den Vorjahren begonnen hatten, hat die kdvz die Aufbereitung der ersten Jahresabschlüsse unterstützt. Ein unerwarteter Mehraufwand war mit der unterjährigen Umstellung von Testlizenzen auf gültige Produktivlizenzen verbunden. Mit der Verfahrenseinführung durch den Softwarelieferanten wurden den Mitgliedsverwaltungen aus Vereinfachungsgründen zunächst nur Testlizenzen zur Verfügung gestellt, die Mitte des Jahres nach sehr kurzer Vorankündigung des Softwareherstellers auf Produktivlizenzen umzustellen waren. Weiterhin konnte die Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen der kdvz in der Fachapplikation newsystem®kommunal weiter vorangetrieben werden, so dass die Supportleistungen mehr und mehr von der kdvz erbracht werden und Consultingleistungen des Herstellers entsprechend zurückgefahren werden können. Die große Aufgabe im laufenden Jahr wird die Umstellung der Software-Basistechnologie auf Microsoft Navision 2013 sein. Dies bedingt zum einen den Aufbau einer entsprechenden technischen Infrastruktur, zum anderen die fachinhaltliche Umsetzung des Projektes bei und mit den Kommunen.

Im Bereich Content-Management-System (CMS) wurden alle Kunden des CMS auf ein Hosting in der Sicherheitszelle der kdvz bei gleichzeitiger Softwareaktualisierung umgestellt. Viele Verwaltungen nutzten dies für einen mehr oder weniger großen Relaunch des Layouts ihrer Website durch Mitarbeiter der kdvz. Für mehrere Kunden wurden neue Module eingerichtet, in Betrieb genommen sowie die Beschäftigten in den Modulen geschult. Durch die Umstellungen ist

das Hosting der Internetseiten deutlich sicherer und immer auf dem technisch aktuellen Stand. Gleichzeitig konnte dadurch das Know-how im Bereich des CMS „CitySite“ seitens der kdvz deutlich gesteigert werden, so dass künftig weniger Dienstleistungen vom Hersteller eingekauft werden müssen.

Die Erfassung von Ordnungswidrigkeiten über Smartphones mithilfe der Software WiNOWiG mobil ist mittlerweile bei 13 Verwaltungen umgesetzt. Zudem wurde die Anbindung der Kreispolizeibehörden an die Kreisverwaltungen über die für die Polizei neu beschaffte Software umgesetzt.

Eine Kommune im Verbandsgebiet konnte im Bereich des Personenstandswesens als Neukunde gewonnen werden, die Einführung des bundesweiten Standards xPersonenstand für die elektronische Versendung von Mitteilungen an andere Standesämter und an das zentrale Testamentsregister wurde im Sommer 2012 realisiert und wird von allen Kunden genutzt.

In 2012 wurde der kommunale Sitzungsdienst inkl. Internetmodul bei zwei weiteren Verbandsmitgliedern eingeführt. In über 20 Verwaltungen wurde der papierlose Sitzungsdienst präsentiert und von vielen Verwaltungen getestet. Derzeit nutzen sechs Kommunen den papierlosen Sitzungsdienst in verschiedenen Ausbaustufen; für 2013 ist die Einführung bei weiteren sieben Verwaltungen geplant.

Ein nicht unerheblicher Aufwand war im abgelaufenen Jahr mit dem beabsichtigten Ausscheiden von Verbandsmitgliedern verbunden; für die betreffenden Kommunen wurden bei diversen Fachanwendungen alle notwendigen Arbeiten für den Wechsel zu neuen Dienstleistern zeitgerecht erbracht.

2.2 Projekte

Bürgerportale / Business Process Management (BPM)

Für Bürger bietet ein Portal die Möglichkeit zeit- und ortsungebunden Zugang zu den kommunalen Dienstleistungen zu erhalten. Das virtuelle Rathaus ist über anonyme oder authentifizierte Zugänge erreichbar. Prozesse werden sofort an den richtigen Stellen angestoßen und für den Bürger (Kunden) transparenter in der Abwicklung und Entscheidungsfindung. Unterschiedliche Portallösungen wurden bewertet und auf ihre Umsetzbarkeit im Verband geprüft. Das Vorhaben zweier Verbandsmitglieder, gemeinsam mit der kdvz Kernprozesse im Bereich des Bürgerservices zu analysieren und in der Folge Optimierungspotentiale umzusetzen, verzögerte sich auf Kundenseite und wird im Wesentlichen erst in 2013 durchgeführt. Die kdvz wird bei Bedarf auch weiterhin ihre Mitgliedsverwaltungen bei der Aufnahme von Prozessbeschreibungen, der technischen Umsetzung und der Einbindung in eine Portallösung unterstützen.

De-Mail / ePost

De-Mail ist ein Kommunikationsmittel, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente per Online-Brief

über das Internet ermöglichen soll. De-Mail ist ein Projekt der deutschen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit mehreren Diensteanbietern, es zielt auf die Verringerung der Austauschkosten für Verwaltungen und Unternehmen. In 2012 erlangten drei Diensteanbieter eine erforderliche Zertifizierung und bieten seitdem De-Maildienste an. Im Vorgriff darauf hat die Post AG bereits ihre ePost-Dienste den Kunden angeboten und geht ebenfalls von einer künftigen Zertifizierung der Dienste aus. Der Rhein-Erft-Kreis nutzt als erste Mitgliedskommune diese Postdienste für den Individual-Postversand. Der Mailverkehr läuft über die kdvz, bei der eine Krypto-Box zur Verschlüsselung der Mails installiert ist.

SharePoint

Bereits in den Vorjahren hat sich der Zweckverband mit dieser Themenstellung beschäftigt. Die heute zur Verfügung stehenden Versionen beinhalten vielfältige Funktionen, die insbesondere bei den Zusatzmodulen der Finanzsoftware newsystem@kommunal bereits integriert sind. Dies erfordert einen schnellen Know-how-Aufbau bei der kdvz, um Entwicklungen und Möglichkeiten dieser Software-Lösungen für die Verbandsmitglieder zu erschließen und zu unterstützen. Der Kompetenzaufbau in diesem Segment erfolgt sukzessive.

2.3 IT-Betrieb

Ein elementarer und unternehmenskritischer Bestandteil innerhalb des Rechenzentrumsbetriebes der kdvz besteht in der regelmäßigen Sicherung sämtlicher vorhandener Datenbestände auf Basis eines Sicherungskonzeptes. In den vergangenen Jahren sind die Anforderungen an die Datensicherung sowohl quantitativ als auch qualitativ gestiegen. Das zu sichernde Datenvolumen hat sich in den letzten drei Jahren nahezu verdoppelt. Da die vorhandene Lösung den gestiegenen Anforderungen zuletzt nicht mehr gerecht wurde, wurde in 2012 ein neues hochmodernes Datensicherungssystem beschafft und implementiert. Das Customizing und die notwendigen Anpassungen des Datensicherungskonzeptes werden in diesem Jahr abgeschlossen.

Die Zertifizierung eines sicheren und performanten Rechenzentrumsbetriebes ist ständiger Anspruch der kdvz Rhein-Erft-Rur. Nach 2010 bescheinigte der TÜV Saarland der kdvz Rhein-Erft-Rur im vergangenen Jahr erneut einen qualitativ hochwertigen IT-Betrieb. Die Re-Zertifizierung "TÜV geprüftes Rechenzentrum – hochverfügbar Stufe 2" ist das Ergebnis einer neuerlich erfolgreichen Sicherheitsüberprüfung in Anlehnung an BSI-Grundschutz und ISO 27002. Darüber hinaus hat die kdvz die Energieeffizienz ihres Rechenzentrums von unabhängiger Seite überprüfen lassen und erhielt als Ergebnis ihrer Bemühungen das Prüfzeichen „TÜV geprüfte Energieeffizienz im Rechenzentrum“ vom TÜV Saarland. Die Zertifizierung nach IDW951 für externe Dienstleister der Mitgliedsverwaltungen unterlag ebenfalls der alljährlichen Nachprüfung.

Die Dienstleistungen des kdvz-Druckzentrums sind auch im vergangenen Jahr intensiv abgefragt worden. Das Komplettangebot „Drucken-Kuvertieren-Frankieren-Einreichen“ inklusive Einbindung der Infopost wurde im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch in Anspruch genommen, für das laufende Jahr 2013 ist eine Erweiterung der Produktpalette im Bereich Druckzentrum vorgesehen, um den Auslastungsgrad weiter zu steigern.

2.4 Netze

Das Wide Area Network (WAN) der kdvz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich im vergangenen Jahr wiederum als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt. Kurzzeitige Unterbrechungen der Primäranbindungen wurden durch automatische Umschaltungen im Millisekundenbereich auf den Backup-Weg unbemerkt vom Kunden aufgefangen. Die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag bei nahezu 100%. Da der aktuelle Carrier-Vertrag bzgl. des Verbandsnetzes in diesem Jahr ausläuft, ist hier eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Das Internet bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, auf dessen Gefahrenabwehr ein Arbeitsschwerpunkt liegt. Der Gesamt-Datenverkehr hat sich gegenüber 2011 leicht reduziert und liegt nun bei ca. 27 TerraByte. Durch den Einsatz neuer zentraler Proxy-, Virenschanner- und Spam-Abwehr-Systeme mit deutlich größerem Funktionsumfang wurden die hohen Sicherheitsanforderungen weiterhin eingehalten, die redundante Auslegung der Systeme sorgte für die notwendige Stabilität und eine nahezu 100%-ige Verfügbarkeit. Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Nicht nur die zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone), auch die Nutzung von VPN-Verbindungen (Heimarbeitplätze, kleinere Außenstellen) hat erneut zugenommen. Darüber hinaus gehört die Einbindung von Smartphones und Tablet-PCs mittlerweile zum Tagesgeschäft.

In 2012 wurden in mehreren Verwaltungsgebäuden W(ireless)-LAN-Komponenten installiert. Mittels WLAN-fähiger Geräte (Laptop, Smartphone, Tablets etc.) haben Nutzer dort jetzt die Möglichkeit, auf das lokale Netzwerk und/oder auf das Internet zuzugreifen. Da der Netzwerkzugang bzw. die Authentisierung höchsten Sicherheitsstandards genügen müssen, stellt die kdvz den Kunden zentrale Authentisierungs- und Benutzerverwaltungs-Systeme zur Verfügung.

2.5 IT-Services

Die Inanspruchnahme von technischen Dienstleistungen der kdvz Rhein-Erft-Rur stieg in 2012 erneut an. Die zentrale Bereitstellung kommunaler Fachanwendungen bildete wiederum einen der Tätigkeitsschwerpunkte. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr Services bzw. Anwendungen für nahezu 4000 Benutzer zentral durch

die kdvz bereitgestellt. Insbesondere bei den Produkten Finanzwesen, Sitzungsdienst und Gewerberegister war ein deutliches Wachstum zu erkennen.

Die Nachfrage nach Virtualisierungstechnologien und -produkten ist weiterhin ungebrochen. Die entsprechende Infrastruktur der kdvz ist auf einem permanent hohen Leistungsniveau zu halten und immer wieder zu aktualisieren. Im Jahr 2012 wurde ein Teil der Infrastruktur für die Servervirtualisierung modernisiert. Ebenso wurde das zentrale Storage-System durch weitere Speicherbereiche erweitert, somit konnten ältere Systeme abgelöst werden. Des Weiteren erfolgte ein Ausbau des Citrix-Virtualisierungsumfelds.

Das große Interesse im Zweckverband nach Unterstützung bei der Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen spiegelt die Entwicklung auf dem IT-Markt wieder. Die hohen Anforderungen an die IT-Infrastruktur u. a. hinsichtlich Sicherheit, Verfügbarkeit und Innovation lassen sich bei einem dedizierten Betrieb oftmals aufgrund des permanenten Kostendrucks nicht abbilden. Durch die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen werden. Die kdvz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. Im vergangenen Jahr wurden Zentralisierungsprojekte in drei Kommunen gestartet, wovon eine bereits seit November 2012 produktiv mit zentralen IT-Dienstleistungen versorgt wird. Die IT-Zentralisierung eines weiteren Verbandsmitgliedes befindet sich in der Umsetzung, das eigentliche Roll-Out der Arbeitsplätze ist für das laufende Jahr geplant. Weitere konkrete Zentralisierungsanfragen liegen bereits vor.

Bei aller Sinnhaftigkeit einer zentralen Bereitstellung von IT-Services sind die Dienstleistungen beim Kunden vor Ort unverzichtbar für eine funktionierende Informationstechnik bei den Verbandsmitgliedern. Hierzu zählt beispielsweise die Unterstützung der Kommunen bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes. Im Jahr 2012 wurden zahlreiche Virtualisierungslösungen, Speichersysteme und Datensicherungs-/Back-up-Konzepte bei den Kunden realisiert. Hinzu kommen diverse Supportleistungen wie Mietscheinablösungen, Hard- und Softwareaustausch, Migrationen – hier u.a. der Wechsel von Novell GroupWise zu MS Exchange –, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz usw.. Serviceverträge über die Nutzung des zentralen Virenschutzes existieren mit 25 Mitgliedsverwaltungen, die von der kdvz bereitgestellte Lösung zur Softwareverteilung bedient derzeit ca. 2800 Arbeitsplätze.

Das Vorhalten kommunaler Fachanwendungen bedingt entsprechend leistungsstarke Infrastrukturen, auf denen die Applikationen laufen. Auch hier ist eine permanente Modernisierung unumgänglich. Das System für die Wahlanwendung muss im Vorgriff auf die Bundes-

tagswahl in diesem Jahr aufgrund der steigenden Anforderungen künftig als 64bit-System betrieben werden, hierzu ist ein Neuaufbau der Wahlinfrastruktur notwendig. Mit den Umstellungsarbeiten wurde bereits in 2012 begonnen. Ebenso wurde das System für die Bedienung der Kunden der civitec vorbereitet. Ähnliches gilt für das Finanzverfahren. Das vorhandene Infoma-System der kdvz wurde im Jahr 2012 modernisiert. Hierzu wurde das bestehende, hoch verfügbare Cluster-System erneuert, so dass den Kunden auch weiterhin ausreichende Ressourcen für die anspruchsvollen Aufgaben einer Finanzsoftware zur Verfügung stehen. Umfangreiche Erweiterungen gab es ferner beim Infoma-DMS. Hier wurde das vorhandene System auf die aktuelle SharePoint-Version aktualisiert.

2.6 Zentrale Dienste

Ein Aufgabenschwerpunkt des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der kdvz liegt in der Prüfung finanzwirksamer Verfahren. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u. a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdvz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Insgesamt 14 finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr vor ihrem Ersteinsatz geprüft bzw. hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung überwacht. In 2012 erfolgte ferner die erstmalige Gesamt-Zertifizierung der Software newsystem®kommunal im Finanzbereich.

Das Thema IT-Sicherheit ist bei der kdvz Rhein-Erft-Rur mit höchster Priorität belegt. Aufgrund des Know-hows seiner Mitarbeiter in diesem Segment bietet der Zweckverband den Mitgliedskommunen entsprechende Unterstützungsleistungen an; neun Verwaltungen werden beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements durch die kdvz begleitet. Erwähnenswert ist weiterhin die Durchführung einer Schwachstellenanalyse der kdvz-Webinfrastruktur im Herbst letzten Jahres. Mithilfe eines sog. Penetrationstests konnten wertvolle Erkenntnisse bzgl. möglicher Schwachstellen gewonnen werden. Der überwiegende Teil dieser Hinweise wurde durch entsprechende Parametrisierung und erforderliche Softwareupdates zwischenzeitlich abgearbeitet.

Im Rahmen des Risikomanagements fanden in 2012 zum 30.05. und zum 30.11. die vorgeschriebenen turnusmäßigen Bewertungen statt. Darüber hinaus wurde das Risikomanagement in das kdvz-Portal integriert, was die Handhabung des Systems deutlich vereinfacht. Über die webbasierte Oberfläche erfolgt der Zugriff auf die Daten, die nun für alle Beschäftigten leicht einsehbar sind. Sobald

ein Risiko bewertet wurde, wird dieses im Rahmen einer Historie im Risikomanagement der kdvz gelistet und automatisch in das Dokumentenmanagementsystem der kdvz überführt und im Rahmen der Überführung automatisch verschlagwortet.

Ein Arbeitsschwerpunkt des Projektcontrollings lag auch in 2012 im Kosten- und Vertragscontrolling im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Finanzwesen-Software newsystem®kommunal. Dies beinhaltete einen Abgleich der geleisteten Tätigkeit mit den vertraglichen und mengenmäßigen Vereinbarungen sowie die Überwachung der mit dem Software-Hersteller vereinbarten Tätigkeiten. Zu den Aufgaben gehörte ferner die aufwendige Erfassung aller Serviceberichte und Servicezeiten inkl. Abgleich der beauftragten Leistungen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Controlling-Tätigkeiten der kdvz bei den Kunden sehr positiv aufgenommen wurden.

Im Bereich des Kundenmanagements standen in 2012 der Dialog der einzelnen Kundenmanager mit ihren Kunden, die Begleitung von Sitzungen sowie die Durchführung von Informationsveranstaltungen zu Produkten des Zweckverbandes im Vordergrund. Beim kdvz-Technologietag drehten sich die Präsentationen und das Ausstellungsforum unter dem Titel „Dokumentenmanagementsystem – Aus der Praxis für die Praxis“ rund um die verschiedenen Facetten der elektronischen Aktenführung.

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 92,1. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2012 folgendes Bild:

	unter 30	30-50	51-60	älter als 60
höherer ienst			3	1
gehobener ienst	3	27	30	3
mittlerer ienst	6	3	10	2

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2012 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Das Jahr 2012 war geprägt von einer unvermindert hohen Nachfrage an Dienstleistungen des Zweckverbandes einerseits sowie auf verbandspolitischer Ebene der Auseinandersetzung mit den austrittswilligen Verbandsmitgliedern andererseits.

Der Kreis Düren, die Städte Düren und Euskirchen sowie die Gemeinden Blankenheim und Nettersheim hatten ihr geplantes Ausscheiden zum 31.12.2012 fristgerecht artikuliert; mittlerweile hat die Gemeinde Nettersheim ihre Kündigung zurückgezogen. Gemäß § 21 der Verbandssatzung hat der Austritt aus dem Zweckverband sowohl eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung wie auch die anteilige Übernahme von Bediensteten der kdvz zur Voraussetzung. Da in mehreren Gesprächen mit den o. g. Kommunen keine Einigung hinsichtlich der Ansprüche des Zweckverbandes erzielt werden konnte, sah sich die kdvz veranlasst, juristische Gutachten zu beauftragen, um Rechtsunsicherheiten auszuschließen. Aufgrund dieser Rechtsgutachten stellt sich aus Sicht des Zweckverbandes die Situation für die zum 31.12.2012 austrittswilligen Verwaltungen wie folgt dar:

1. Eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung hat zum Zeitpunkt des Ausscheidens zu erfolgen. Ein Verbandsmitglied scheidet erst wirksam aus, wenn Einigkeit über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung erzielt wurde.
2. Mit dem Ausscheiden ist anteilig Personal zu übernehmen. Auch insoweit ist die Wirksamkeit des Ausscheidens an die tatsächlich erfolgte Übernahme von Personal geknüpft. Der prozentuale Anteil ist über die Satzung fixiert. Der Wechsel von Personal setzt Freiwilligkeit bei den Beschäftigten voraus. Eine zwangsweise Versetzung von Personal scheidet aus.
Die Satzung des Zweckverbandes ermöglicht statt der Übernahme von Bediensteten im gegenseitigen Einvernehmen eine Zahlungsverpflichtung zur Erreichung eines vergleichbaren wirtschaftlichen Ergebnisses.

Aus den darauf folgenden Stellungnahmen der Kommunen war und ist weiterhin nicht erkennbar, wie sich diese hinsichtlich ihrer satzungsmäßigen Verpflichtungen bei einem Austritt verhalten werden.

Umso erfreulicher ist der Umstand, dass auch in 2012 umfangreiche Dienstleistungen für die verbandsangehörigen Kommunen erbracht wurden – von der Bereitstellung einer zukunftsorientierten technologischen Infrastruktur über ein breit gefächertes Angebot an kommunalen Fachanwendungen bis hin zu individuellen IT-Services. Nicht zuletzt das nach wie vor hohe Interesse der Verbandsmitglieder an der Zentralisierung ihrer kommunalen IT-Infrastruktur hin zum

Zweckverband belegt, dass die kdvz als technologisches Kompetenzzentrum anerkannt ist, das IT-Dienstleistungen professioneller und wirtschaftlicher anbieten kann, als dies jedes einzelne Verbandsmitglied für sich zu tun vermag. Diesen Grundgedanken kommunaler Gemeinschaftsarbeit gilt es auch in der Zukunft weiter voranzubringen.

5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

keine

Frechen, den 16.09.2013



Stommel
Verbandsvorsteher

Im Auftrag



Wergen
Geschäftsführer

3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW (ÖPNV-Gesetz) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen nimmt sie Aufgaben als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes im Sinne des § 8 Abs. 3 des Personenbeförderungsgesetzes wahr. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NRW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„Ist die Mitgliedschaft zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich und/oder kann ggf. die Mitgliedschaft entfallen?“

Ja, da es sich um einen Pflichtverband nach § 5 ÖPNVG NRW handelt. Die Mitgliedschaft kann nicht entfallen.

Können die vom Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Der Zweckverband bedient sich für die operative Aufgabenerfüllung der VRS GmbH. Die regelmäßige Prüfung der Wirtschafts- und Finanzplanung der GmbH wird in den Gremien der GmbH, in denen der Kreis Euskirchen vertreten ist, beraten und beschlossen. Bisher ergaben sich keine Ansatzpunkte für eine Forderung nach Wegfall oder Reduktion von Aufgaben.

Kann die Aufgabe in anderer Form (besser) wahrgenommen werden?

Nein, da die Organisationsform vorgeschrieben ist.

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an den Zweckverband absehbar?

Im Rahmen des künftigen ÖPNV-Wettbewerbes werden sich neue Aufgaben für die VRS GmbH ergeben, deren Umfang jedoch noch nicht abgeschätzt werden kann

Abschlussbewertung:

Die Mitgliedschaft im Zweckverband ist durch das ÖPNVG NRW vorgeschrieben. Zur Aufgabenerledigung bedient sich der Zweckverband der VRS GmbH, deren Alleingesellschafter er ist, und bei deren regelmäßigen Prüfungen sich keine Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und ihrer Wirtschaftlichkeit gezeigt haben.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €. Die Nahverkehr Rheinland GmbH hat am 18.12.2013 als Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital von 25.000 € die Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express (RXX) im Kooperationsraum Rheinland mbH gegründet.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben, näheres s. Teil D.2.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

- a) Verbandsversammlung
- b) Vorstandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
- b) Aufsichtsrat (Kreis EU entsendet 2 von 20 Mitgliedern)
- c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
- d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

- a) Verbandsversammlung
- b) Hauptausschuss
- c) Vorstandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
- b) Aufsichtsrat (Kreis EU entsendet 1 von 28 Mitgliedern)
- c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. LR Günter Rosenke		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

1b) Vorstandsvorsteher des ZV VRS

Stellvertretender Vorstandsvorsteher: Landrat Günter Rosenke

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL IV) vertreten.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

Dr. Norbert Reinkober
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. LR Günter Rosenke		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

3b) Hauptausschuss des ZV NVR

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
Bernd Kolvenbach, Vorsitzender	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

3c) Vorstandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Stephan Pusch (Kreis Heinsberg)
Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Bernd Kolvenbach	(CDU)	Achim Blindert	(GBL IV)

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag
Heiko Sedlaczek

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke
2. Bernd Kolvenbach

(CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Achim Blindert (GBL IV)
Hans Schmitz (SPD)

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2012 des Zweckverbandes ist ab Seite 408 und der Jahresabschluss 2013 der GmbH ist ab Seite 415 dargestellt.

Der Jahresabschluss 2013 des Zweckverbandes lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Bilanz

des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg

zum 31.12.2012

	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva		
1. Anlagevermögen		
1.1 Finanzanlagen		
1.1.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	240.000,00 €	240.000,00 €
1.1.2 Beteiligungen	276.087,22 €	276.087,22 €
2. Umlaufvermögen		
2.1 Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
2.1.1 Forderungen aus Transferleistungen	994.625,75 €	0,00 €
2.1.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00 €	318,44 €
2.2 Liquide Mittel	2.684.401,00 €	343.640,60 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>4.195.113,97 €</u>	<u>860.046,26 €</u>

Passiva	31.12.2012	31.12.2011
1. Eigenkapital		
1.1 Allgemeine Rücklage	641.598,62 €	641.598,62 €
1.2 Ausgleichsrücklage	116.447,64 €	142.446,94 €
1.3 Jahresfehlbetrag	-24.570,41 €	-25.999,30 €
2. Sonderposten	0,00 €	0,00 €
3. Rückstellungen		
3.1 Sonstige Rückstellungen	6.000,00 €	12.000,00 €
4. Verbindlichkeiten		
4.1 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	3.455.638,12 €	90.000,00 €
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>4.195.113,97 €</u>	<u>860.046,26 €</u>

Ergebnisrechnung

	Ergebnis 2011	Fortgeschriebener Ansatz 2012	Ist-Ergebnis 2012	Vergleich Ansatz/Ist
1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	0,00 €	7.100.000,00 €	0,00 €	-7.100.000,00 €
3	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	300.000,00 €	7.400.000,00 €	300.000,00 €	-7.100.000,00 €
11	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	300.000,00 €	7.400.000,00 €	300.000,00 €	-7.100.000,00 €
16	27.433,49 €	33.000,00 €	24.592,44 €	-8.407,56 €
17	327.433,49 €	7.433.000,00 €	324.592,44 €	-7.108.407,56 €
18	-27.433,49 €	-33.000,00 €	-24.592,44 €	8.407,56 €
19	1.434,19 €	1.000,00 €	22,03 €	-977,97 €
20	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	1.434,19 €	1.000,00 €	22,03 €	-977,97 €
22	-25.999,30 €	-32.000,00 €	-24.570,41 €	7.429,59 €
23	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	-25.999,30 €	-32.000,00 €	-24.570,41 €	7.429,59 €

Finanzrechnung

	Ergebnis 2011	Fortgeschriebener Ansatz 2012	Ist-Ergebnis 2012	Vergleich Ansatz/Ist
1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	0,00 €	7.100.000,00 €	3.455.638,12 €	-3.644.361,88 €
3	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	1.293,01 €	1.000,00 €	340,47 €	-659,53 €
9	301.293,01 €	7.401.000,00 €	3.755.978,59 €	-3.645.021,41 €
10	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	210.000,00 €	7.400.000,00 €	1.384.625,75 €	-6.015.374,25 €
15	21.433,49 €	33.000,00 €	30.592,44 €	-2.407,56 €
16	231.433,49 €	7.433.000,00 €	1.415.218,19 €	-6.017.781,81 €
17	69.859,52 €	-32.000,00 €	2.340.760,40 €	2.372.760,40 €
18	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
19	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
22	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
27	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
29	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
31	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32	69.859,52 €	-32.000,00 €	2.340.760,40 €	2.372.760,40 €

	Ergebnis 2011	Fortgeschriebener Ansatz 2012	Ist-Ergebnis 2012	Vergleich Ansatz/Ist
33	Aufnahme von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
34	Tilgung von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (33-34)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36	Änd. d. Bestandes a. eig. Finanzmitteln	69.859,52 €	2.340.760,40 €	2.372.760,40 €
37	Anfangsbestand Finanzmittel	273.781,08 €	343.640,60 €	0,00 €
38	Liquide Mittel (36+37)	343.640,60 €	2.684.401,00 €	2.372.760,40 €

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

Aufgabe des Zweckverbandes

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und Monheim am Rhein und dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Kreis Euskirchen gegründet, um Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahrzunehmen. Der ZV VRS ist wiederum einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2012 wurden vom ZV VRS vier Versammlungen abgehalten.

Der Zweckverband VRS finanzierte sich 2012 aus dem Bestand der liquiden Mittel und den erwirtschafteten Zinserträgen. Die Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2012 wurde von der Versammlung mit einem Ergebnis von – 32 TEUR, welches aus der Ausgleichsrücklage gedeckt wird, beschlossen. Zur Finanzierung der Kosten des Zweckverbandes als alleinigem Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband eine Umlage nach einem in der Satzung festgelegten Schlüssel erhoben. Die Umlage für das Jahr 2012 wurde mit TEUR 300 festgelegt.

Darstellung der Lage

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Zum 31.12.2012 belief sich der Bestand an liquiden Mitteln des ZV VRS auf EUR 2.684.401,00 €. Diese im Vergleich zum Vorjahr (343.640,60 €) außergewöhnlich hohe Summe beinhaltet die zweite Rate der Zuwendung des Landes NRW zur Förderung des MobilPass-Tickets in Höhe von 2.461.012,37 €, die im Jahr 2012 eingegangen ist und erst im Jahr 2013 zusammen mit der ersten Rate ausgezahlt werden wird (s. Pos. 4.1, Verbindlichkeiten aus Transferleistungen).

Die vom Zweckverband VRS von seinen Mitgliedsgebietskörperschaften erhobene Umlage (TEUR 300) wurde zur Mitfinanzierung der Kosten an die VRS GmbH weitergeleitet. Nach Auslagenersatz, Verdienstausfallentschädigungen und Geschäftsaufwendungen sowie Berücksichtigung eines Zinsergebnisses weist der Zweckverband einen Jahresfehlbetrag von 24.570,41 € aus.

Prognose

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 weist in ihrer Ergebnisrechnung ein negatives Ergebnis von TEUR 32 aus. Dies führt 2013 zu einer Verringerung der Ausgleichrücklage (Stand 31.12.2012: TEUR 116).

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS ab dem Haushaltsjahr 2014 aus Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW und den erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren. Auf eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wird dann verzichtet.

Bilanz

	A k t i v a		P a s s i v a	
	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	652.398,00	683.200,00	240.000,00	240.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	230.222,00	138.740,00	0,00	0,00
	882.620,00	821.940,00	240.000,00	240.000,00
III. Sachanlagen				
1. Bauten auf fremden Grundstücken, Mietereinbauten	127.008,00	128.675,00		
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	812.931,00	621.169,00		
	939.939,00	749.844,00	775.938,62	685.023,29
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	22.500,00	22.500,00		
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.093.329,59	1.101.523,58	2.225.672,00	2.128.120,00
	1.115.829,59	1.124.023,58	450,00	0,00
	2.938.388,59	2.695.807,58	430.379,00	472.468,00
			2.656.501,00	2.600.588,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.000,00	5.000,00	1.159.469,42	905.200,02
2. Waren	3.615,38	3.005,74		
	8.615,38	8.005,74		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	479.442,37	113.384,30	53.805.940,28	42.592.668,34
2. Sonstige Vermögensgegenstände	475.533,00	433.528,01		
	954.975,37	546.912,31		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	54.401.461,98	43.529.807,08	54.965.409,70	43.497.868,36
	55.365.052,73	44.084.725,13		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
Andere Abgrenzungsposten	98.942,07	96.318,71	1.322,80	1.188,00
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
	186.788,73	147.816,23		
	58.589.172,12	47.024.667,65	58.589.172,12	47.024.667,65

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln
 Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom
 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Gewinn- und Verlustrechnung

	2 0 1 3	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Zuschüsse	6.218.968,83	6.294.766,19
2. Erstattungen	4.343.440,30	4.213.886,89
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.230.397,77	683.581,35
4. Sachaufwand	4.977.047,81	4.806.295,78
5. <u>Rohergebnis</u>	6.815.759,09	6.385.938,65
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.352.898,18	3.094.449,71
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 98.465,32 (i.V. EUR 447.359,61) -	931.470,91	1.231.453,92
	4.284.369,09	4.325.903,63
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	467.587,86	382.604,93
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.896.010,03	1.706.607,46
9. Erträge aus anderen Wertpapieren	43.864,14	45.573,57
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	705,00	147.521,85
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	14.403,90	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	153.581,24	96.861,16
13. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	44.376,11	67.056,89
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	44.376,11	67.056,89
15. Jahresüberschuss	0,00	0,00

1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeaufteilungsregelungen.

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2013

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2013 weiter gewachsen: um 0,4% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt höher als im Vorjahr. Dieser Zuwachs fiel allerdings deutlich niedriger aus als die Zuwächse in den beiden vorangegangenen Jahren (2011: +3,3%; 2012: +0,7%) Der geringere Zuwachs blieb ohne Folgen für den ÖPNV-Markt.

2.2 Branchenentwicklung

Im Jahr 2013 wurden in Deutschland für fast 10 Mrd. Fahrten (Vj.: 10 Mrd.) öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch genommen. Die Fahrgastzahlen der rund 450 ÖPNV-Unternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen steigen seit zehn Jahren um durchschnittlich 1% jährlich an. Fahrgastzuwachs und Preisanpassungen haben die Erträge aus der Fahrgastbeförderung weiter steigen lassen. Im Berichtsjahr haben die bundesdeutschen Verkehrsunternehmen Erträge in Höhe von 11 Mrd. Euro (Vj.: 10,7 Mrd. Euro) erzielt.

Während in Großstädten und Ballungsräumen die Nachfrage nach öffentlichen Personennahverkehrsleistungen steigt, wirkt sich in Klein- und Mittelstädten sowie im ländlichen Raum die demografische Entwicklung - sinkende Bevölkerungszahlen und vor allem rückläufige Schülerzahlen - negativ aus. Insbesondere in ländlichen Regionen haben Unternehmen eher mit Fahrgastrückgängen zu kämpfen.

2.3 Verbundentwicklung

Zwischen Januar und Dezember 2013 wurden im Verbundraum Rhein-Sieg 530,4 Mio. Fahrten mit Bus und Bahn unternommen; gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 9,88 Mio. Fahrten bzw. 1,90%.

Die Tariferlöse stiegen im gleichen Zeitraum um 27,70 Mio. Euro bzw. 4,95% auf 587,0 Mio. Euro. Wie in den Vorjahren liegt der prozentuale Umsatzzuwachs über der zum 1.1.2013 vorgenommenen Preisanpassung in Höhe von 3,9%. Für diese Tarifierhöhung kam wie im Vorjahr ein standardisierter Tariffortschreibungsansatz zur Anwendung.

Während im Bereich Bartarif erneut ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist - die Zahl der Fahrten ist von 61,1 auf 60,5 Mio. Fahrten (0,97%) gesunken – nutzen immer mehr VRS-Kunden Zeitfahrausweise, vor allem Job- und GroßkundenTickets. 2013 wurden 211,7 Millionen Fahrten mit den ZeitTickets für Erwachsene (+3,47% bzw. +7,1 Mio. Fahrten) und 209 Mio. Fahrten mit den ZeitTickets im Ausbildungsverkehr (+1,13 % bzw. 2,3 Mio. Fahrten) unternommen. Allein die Job- und GroßkundenTickets verzeichneten im Berichtsjahr einen Kundenzuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 3,4% auf 200.100 Nutzer (+6.600 Kunden).

Jeder zweite Schüler im VRS kann mittlerweile mit einem SchülerTicket 365 Tage im Jahr mit Bussen und Bahnen im VRS fahren. Obwohl die Schülerzahl im Verbundgebiet im vergangenen Jahr um über 11.000 Schüler gesunken ist (doppelter Abiturjahrgang), war der Absatz der SchülerTickets stabil. So waren 2013 201.900 Schülerinnen und Schüler im Besitz dieses netzweiten Abos (+0,40% bzw. +800 Kunden). Einen Zuwachs gibt es auch beim SemesterTicket: Durch den starken Anstieg der Studierendenzahl hat sich auch die Zahl der SemesterTickets auf 130.800 (+8,91% bzw. +10.700 Kunden) erhöht.

3. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

3.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2013 eine Bilanzsumme von 58.589 Mio. Euro aus (Vorjahr: 47.024 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Umlaufvermögens. Im Vergleich zum Vorjahr (44.084 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 54.401 Mio. Euro. Dem steht ein Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 42.593 Mio. Euro) auf 53.806 Mio. Euro gegenüber. Hierbei handelt es sich vor allem um vereinnahmte Entgelte aus weiterzuleitenden Beförderungsentgelten aus dem Verbundausgleich der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs. Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens dienen der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

3.2 Finanzlage

Nach Verrechnung der liquiden Mittel mit den abzuführenden Entgelten aus der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs standen der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken.

3.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2013 ein Gesamtvolumen von 11,792 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (11,192 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 0,600 Mio. Euro bzw. 5%.

Der Sachaufwand lag mit 4,977 Mio. Euro um etwa 3,6 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Personalaufwand hat sich, trotz einhergehender Lohnsteigerung, gegenüber dem Vorjahr um 0,04 Mio. Euro bzw. 0,9 % reduziert, da die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung um ca. 0,3 Mio. Euro rückläufig waren und die Mitarbeiterzahl leicht gesunken ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu stabil (+ 0,2 Mio. Euro).

Die im Geschäftsjahr 2013 nicht verbrauchten Finanzmittel werden gemäß der mittelfristigen Finanzplanung 2014 bis 2017 in den Folgejahren zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

4. Nachtragsbericht

In 2014 haben einige Verkehrsunternehmen beim Landgericht Köln Klage gegen die VRS GmbH erhoben. Ziel dieser Klage ist es, das Schiedsgutachten vom 29. Januar 2014 über die Aufteilung der Einnahmen aus dem VRS-Tarif für nicht nichtig bzw. hilfsweise für nicht verbindlich bzw. höchst hilfsweise für unwirksam erklären zu lassen.

Weitere Ereignisse von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Stichtag nicht ereignet.

5. Chancen- und Risikobericht

Die VRS GmbH ist für die den Verbundtarif anwendenden Verkehrsunternehmen – Abrechnungsgemeinschaft – die zuständige Abrechnungsstelle. Die Details sind geregelt im Gesellschaftsvertrag, im Kooperationsvertrag und im Einnahmenaufteilungsvertrag. Basis für die Aufteilung der Einnahmen sind die jährlichen Verkaufsergebnisse der Verkehrsunternehmen, die anhand regelmäßig stattfindender Verkehrserhebungen auf die Partner der Abrechnungsgemeinschaft aufgeteilt werden.

Über die Ergebnisse der letzten Verkehrserhebung aus dem Jahr 2009 konnten die Verkehrsunternehmen trotz vorliegender Kompromissvorschläge keine Einigung erreichen. Ein von den Verkehrsunternehmen auf Vorschlag des Präsidenten des OLG Köln vorgeschlagener Schiedsgutachter hat daher ein umfassendes Schiedsgutachten erstellt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Ergebnisse der Verkehrszählung 2009 als Grundlage für die jeweilige Jahresabrechnung verwendet werden können.

Mit Datum vom 05. März 2014 hat die Rhein-Sieg Verkehrsgesellschaft mbH (RSVG) Klage gegen die VRS GmbH beim Landgericht Köln eingereicht. Hauptsächlicher Gegenstand der Klage ist die Anfechtung eines Beschlusses aus dem Beirat der VRS GmbH vom 11. September 2008, dessen Unwirksamkeit durch das Gericht festgestellt werden soll. Zudem beantragt die RSVG das Schiedsgutachten vom 29. Januar 2014 über die Aufteilung der Einnahmen aus dem VRS-Tarif als unverbindlich zu erachten und das bei der Verkehrserhebung 2004/2005 angewandte Verfahren der Erlöskalibrierung auch für die Verkehrserhebung 2009 anzuwenden.

Mit Datum vom 07. März 2014 haben die Verkehrsunternehmen Stadtverkehr Martin Becker GmbH und Karl Schäfer Omnibusreisen GmbH beim Landgericht Köln Klage gegen die VRS GmbH erhoben. Ziel dieser Klage ist es, das Schiedsgutachten vom 29. Januar 2014 über die Aufteilung der Einnahmen aus dem VRS-Tarif für nicht nichtig bzw. hilfsweise für nicht verbindlich bzw. höchst hilfsweise für unwirksam erklären zu lassen.

Der weitere zeitliche und inhaltliche Ablauf der durch die Klagen eingeleiteten Gerichtsverfahren lässt sich derzeit nicht prognostizieren. Finanzielle Ansprüche gegenüber der VRS GmbH wurden durch die genannten Klagen nicht geltend gemacht. Ein finanzielles Risiko für die VRS GmbH besteht daher für den Fall, dass den Klagen durch das Landgericht stattgegeben wird, vor allem in Höhe der Prozesskosten. Als vorläufiger Streitwert ist in der Klage des RSVG ein Betrag von 1.693.200 Euro genannt, in der Klage der Unternehmer Martin Becker/Karl Schäfer ein Betrag von 259.600 Euro. Weitere Risiken könnten sich für den Fall ergeben, dass nach den Entscheidungen des Landgerichtes Köln der Weg durch weitere Instanzen angetreten wird.

Da die Verbundgesellschaft als Abrechnungsstelle und nicht als anspruchsberechtigtes Mitglied Teil der Abrechnungsgemeinschaft ist, wird sie die Vorwürfe zurückweisen. Auf die Wirtschaftslage der Gesellschaft wirkt sich der Rechtsstreit bis auf die Anwaltskosten nicht aus. Das Zusammenwirken der Mitglieder in der Abrechnungsgemeinschaft ist allerdings erheblich gestört. Die 2015 geplante Verkehrszählung wird nunmehr erneut verschoben werden müssen.

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

Da die Gesellschaft sich zu großen Teilen über Zuwendungen des Landes finanziert, haben Anpassungen des Landesfinanzierungssystems unmittelbare Auswirkungen auf die Ertragslage des Unternehmens. Mit der Revision des ÖPNVG NRW Ende 2012 wurden die finanziellen Grundlagen für die Finanzierung der Regieaufgaben der VRS GmbH landesseitig angepasst. Im Wirtschaftsjahr 2014 kann der Zweckverband Nahverkehr Rheinland nur noch 2,7 % seiner Finanzmittel nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG zur Deckung anfallender Regiekosten bei den Verbundgesellschaften – AVV und VRS GmbH bzw. NVR GmbH – verwenden. Im Vorjahr lag der Anteilswert noch bei 2,8%. Sollte das Land auf eine weitere Abschmelzung dieses Anteils bestehen, besteht ab 2015 die Gefahr, dass es bei fehlender Alternativfinanzierung zu Einschnitten bei der Aufgabenwahrnehmung der Verbundgesellschaft kommen kann.

6. Prognosebericht

Im Jahr 2014 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH stabil.

Seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland liegt der Zuwendungsbescheid in Höhe von 2.395,2 tsd. Euro vor. Auch die Zuwendungsbescheide für die Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Busse und Bahnen“ liegen mit Förderbeträgen von 1.500 tsd. Euro bzw. 1.231 tsd. Euro seitens des Landes vor. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300 tsd. Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2014 ist beantragt. Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat die dazu erforderliche Haushaltsatzung am 04. April 2014 einstimmig beschlossen.

Der im Unternehmen zur Anwendung kommende Tarifvertrag TVöD-V (Laufzeit bis 29.02.2016) sieht ab 01. März 2014 und ab 01. März 2015 eine Entgelterhöhung von jeweils 3,0 % (mindestens aber 90 Euro für die unteren Gehaltsgruppen) bzw. 2,4 % vor. In den Planansätzen für den Wirtschaftsplan 2014 wurde eine tarifvertragliche Entgelterhöhung mit 2,5 % eingeplant.

Unter den skizzierenden Bedingungen rechnet die Geschäftsführung für 2014 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Köln, 24. April 2014

4. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/kronenburgersee.php>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)

b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	(SPD)	Johannes Mertens	(CDU)

b) Vorstandsvorsteher

Reinhold Müller (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	(SPD)	Johannes Mertens	(CDU)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Naturpark Rheinland

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/Verbandsmitglied sowie die Bürgermeister der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. AV Manfred Poth		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Hans Peter Nussbaum	(CDU)
3. Heinrich Hettmer	(SPD)	Margret Rhiem	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Margret Rhiem	(SPD)

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Heinrich Hettmer	(SPD)

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Hans Peter Nussbaum	(CDU)	Andreas Schulte	(SPD)

d) Verbandsvorsteher

Landrat Werner Stump, Rhein-Erft-Kreis bis 06.2013
Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis ab 12.2013
Stellvertreter: LR Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gremien des Zweckverbandes entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. AV Manfred Poth		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Rita Gerdemann	(CDU)	Karsten Stickeler	(CDU)
3. Stefan Schmitz	(SPD)	Heinrich Hettmer	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Rita Gerdemann	(CDU)	Heinrich Hettmer	(SPD)

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Leo Wolter	(CDU)	Heinrich Hettmer	(SPD)

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Heinrich Hettmer	(SPD)	Karsten Stickeler	(CDU)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

6. Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

In seiner Sitzung am 20.03.2013 hat der Kreistag die sofortige Auszahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von 50.000 € beschlossen, um nach Geschäftsaufnahme am 01.01.2013 dessen Liquidität sicher zu stellen (D 6/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke
2. Ute Stolz (CDU)
3. Günter Weber (CDU)
4. Bernd Kolvenbach (CDU)
5. Ruth Schmitz (bis 08.10.2013) (CDU)
Johannes Esser (ab 09.10.2013) (CDU)
6. Urban Josef Jülich (CDU)
7. Heinrich Hettmer (SPD)

8. Hans Schmitz (SPD)
9. Peter Rau (FDP)
10. Hans Reiff (FDP)
11. Franz Troschke (UWV)
12. Angela Kalnins (B90/Grüne)

Stellvertreter

- AV Manfred Poth (CDU)
- Clas Kohlheyer (CDU)
- Carl Josef Rhiem (CDU)
- Hans Peter Wasems (CDU)
- Johannes Esser (bis 08.10.2013) (CDU)
- Hans-Erhard Schneider (ab 09.10.2013) (CDU)
- Günther Schulz (CDU)
- Uwe Schmitz (bis 31.08.2013) (SPD)
- Thilo Waasem (ab 09.10.2013) (SPD)
- Markus Ramers (SPD)
- Christian Grau (FDP)
- Dirk van Meenen (FDP)
- Thomas Pick (UWV)
- Nathalie Konias (bis 15.12.2013) (B90/Grüne)
- Valérie Nitsche (ab 18.12.2013) (B90/Grüne)

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Stellvertreter: LR Günter Rosenke
OB Marcel Philipp, Stadt Aachen

Geschäftsführer: Ulrich Schirowski

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 25.06.2014 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke
2. Urban-Josef Jülich (CDU)
3. Bernd Kolvenbach (CDU)
4. Franz-Josef Nießen (CDU)
5. Hans-Erhard Schneider (CDU)
6. Hans Peter Wasems (CDU)
7. Stefan Schmitz (SPD)
8. Hans Schmitz (SPD)
9. Wolfgang Heller (SPD)
10. Hans Reiff (FDP)
11. Angela Kalnins (B90/Grüne)
12. Franz Troschke (UWV)

Stellvertreter

- AV Manfred Poth
- Karsten Stickeler (CDU)
- Josef Reidt (CDU)
- Clas Kohlheyer (CDU)
- Dominik Schmitz (CDU)
- Frank Weimbs (CDU)
- Stefanie Seidler (SPD)
- Emmanuel Kunz (SPD)
- Dr. Peter Schweikert-Wehner (SPD)
- Bernd Lübke (AfD)
- Nathalie Konias (B90/Grüne)
- Michael Mondorf (AfD)

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2013 des Zweckverbandes lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

Mitglieder		Stellvertreter	
Urban-Josef Jülich	(CDU) bis 30.04.2013	Hans-Josef Nolden	(CDU) bis 30.04.2013
Hans Schmitz	(SPD) ab 01.05.2013	Urban-Josef Jülich	(CDU) ab 01.05.2013

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist seit 01.05.2013 durch Herrn Josef Reidt im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand

Dr.-Ing. Wulf Lindner

Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 99 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Seit 17.06.2013 ist der Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung durch Herrn Johannes Esser (CDU) vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

c) Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Robert Steegmans

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreie Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitglied 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

E) Zusammensetzung der Organe

a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)

b) Vorstand (10 Mitglieder)

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2013 ist im Internet abrufbar.